

1936-37 [Cmd. 5479] Palestine Royal Commission Report (Royal Commission)



PALESTINE ROYAL COMMISSION REPORT

*Presented by the Secretary of State for the Colonies
to Parliament by Command of His Majesty
July, 1937*

LONDON

PRINTED AND PUBLISHED BY HIS MAJESTY'S STATIONERY OFFICE

To be purchased directly from H.M. STATIONERY OFFICE at the following addresses:

Adastral House, Kingsway, London, W.C.2; 120 George Street, Edinburgh 2;

26 York Street, Manchester 1; 1 St. Andrew's Crescent, Cardiff;

80 Chichester Street, Belfast;

or through any bookseller

1937

Price 6s. 6d. net

Cmd. 5479

Die Seitenzahlen stimmen nicht mit den Seitenzahlen des Buchoriginals überein.

INHALTSVERZEICHNIS

Die königlichen Garantien	i
BERICHT	
VORWORT	iv
TEIL I. - DAS PROBLEM.	
KAPITEL I. DER GESCHICHTLICHE HINTERGRUND.	
1. Die Juden in Palästina	1
2. Die Araber in Palästina	3
3. Die Diaspora	5
4. Zionismus	10
KAPITEL II - DER KRIEG UND DAS MANDAT.	
1. Der arabische Aufstand	14
2. Die Balfour-Erklärung	22
3. Der Zeitraum der Verzögerung	28
4. Das Mandat	34
KAPITEL III - PALÄSTINA VON 1920 BIS 1936.	
1. 1920 bis 1925	44
2. Die Situation im Jahr 1925	55
3. 1926 bis 1929	63
4. Die Kontroverse von 1930	71
5. 1931 bis 1936	79
KAPITEL IV. DIE UNRUHEN VON 1936.	
1. Der Verlauf der Unruhen	95
2. Der Charakter der Störungen und der durch sie verursachte Schaden	103
3. Die zugrundeliegenden Ursachen	105
KAPITEL V. DIE GEGENWÄRTIGE SITUATION.	
1. Das Jüdische Nationalheim	112
2. Arabischer Fortschritt	124
3. Arabischer Nationalismus	129
4. Die Position der Regierung	135
5. Die arabischen und jüdischen Vorschläge	139

TEIL II - DIE AUSÜBUNG DES MANDATS.

KAPITEL VI - VERWALTUNG.

1. Palästina unter türkischer Herrschaft
2. Die Verwaltung der besetzten feindlichen Gebiete: 1918-1920
3. Die Zivilverwaltung: 1920-1936
4. Straßen
5. Eisenbahnen
6. Häfen
7. Die Jewish Agency
8. Der Oberste Muslimische Rat
9. Der Vorschlag einer erweiterten arabischen Agentur

KAPITEL VII.-ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

KAPITEL VIII - FINANZ- UND STEUERFRAGEN

KAPITEL IX. - DAS LAND.

1. Das erste Problem: Die doppelte Verpflichtung
2. Das zweite Problem: Anbaufläche
3. Das dritte Problem: Bewässerung
4. Vier Beispiele für Landprobleme.

- (a) *Birkat Ramadan*
- (b) *Die Huleh-Regelung*
- (c) *Beisan*
- (d) *Cäsarea*

5. Land in den Hill Districts
6. Landwirtschaft
7. Wälder
8. Kooperative Gesellschaften

KAPITEL X. - EINWANDERUNG.

1. Beschreibung der Einwanderung nach der Einwanderungsverordnung
2. Illegale Einwanderung
3. Die Jewish Agency und ihre Klagen über die Einwanderung
4. Die Kontrolle der Einwanderung
5. Einwanderung und die nationale Heimat
6. Schlussfolgerung

KAPITEL XI.-TRANS-JORDANIEN

KAPITEL XII.-ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT**KAPITEL XIII - ÖFFENTLICHE BAUARBEITEN UND DIENSTLEISTUNGEN****KAPITEL XIV - DIE CHRISTEN****KAPITEL XV. - STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT UND ERWERB DER PALÄSTINENSISCHEN STAATSBÜRGERSCHAFT****KAPITEL XVI.-ERZIEHUNG.**

- 1. Einführung**
- 2. Jüdische Erziehung**
- 3. Arabische Bildung**
- 4. Die gemischten Schulen**
- 5. Empfehlungen**

KAPITEL XVII-LOKALE VERWALTUNG.

- 1. Ländliche Autonomie**
- 2. Die Gemeinden**
- 3. Tel Aviv**
- 4. Empfehlungen**

KAPITEL XVIII - SELBSTVERWALTUNGSORGANE**KAPITEL XIX - SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN****TEIL III - DIE MÖGLICHKEIT EINER DAUERHAFTEN EINIGUNG.****KAPITEL XX - DIE KRAFT DER UMSTÄNDE****KAPITEL XXI.-KANTONISIERUNG****KAPITEL XXII - EIN PLAN ZUR TEILUNG****KAPITEL XXIII - SCHLUSSFOLGERUNG****ANHÄNGE**

- 1. Mandat für Palästina**
- 2. An den Hohen Kommissar gerichtete Vertretungen der höheren arabischen Beamten**
- 3. Einnahmen, Ausgaben und Handel pro Kopf in den Ländern des Nahen Ostens, 1935**
- 4. Einwohnerzahl und Fläche der Bezirke und Unterbezirke**

MAPS

- 1. Türkische Verwaltungsbezirke aus der Vorkriegszeit in Syrien und Palästina**

2.	Fortschritte bei der Erhebung bis Ende 1936	Am Ende.
3.	Fortschritte bei der Landabrechnung bis Ende 1936	Am Ende.
4.	Grundstücke in jüdischem Besitz	Am Ende.
5.	Staatsdomäne und Waldreservate	Am Ende.
6.	Anbauggebiete im Hügelland und im Flachland	Am Ende.
7.	Palästina und die Nachbarstaaten	Am Ende.
8.	Teilung : provisorische Grenze	Am Ende.
9.	Administrative Grenzen	Am Ende.

GRAFIK

Vorhersage der künftigen Bevölkerungsentwicklung

KÖNIGLICHE GARANTIEN

I.

Datum: 7. August 1936.

EDWARD R.I.

Edward der Achte, von Gottes Gnaden, König von Großbritannien, Irland und den britischen Herrschaftsgebieten jenseits der Meere, Verteidiger des Glaubens, Kaiser von Indien: Unserem recht zuverlässigen und recht wohlgeliebten Cousin und Berater William Robert Wellesley, Earl Peel, Großkomtur unseres erhabensten Ordens des Sterns von Indien, Großkreuzritter unseres ausgezeichnetsten Ordens des Britischen Empires, unserem recht zuverlässigen und wohlgeliebten Berater Sir Horace George Montagu Rumbold, Baronet, Großkreuzritter unseres ehrenwertesten Ordens des Bath, Großkreuzritter unseres vornehmsten Ordens des Heiligen Michael und des Heiligen Georg, Mitglied unseres königlichen viktorianischen Ordens. George, Mitglied Unseres königlichen viktorianischen Ordens, Unser treuer und geliebter Sir Egbert Laurie Lucas Hammond, Ritter Komtur Unseres erhabensten Ordens des Sterns von Indien, Komtur Unseres ausgezeichnetsten Ordens des Britischen Empire, Unser treuer und geliebter Sir William Morris Carter, Ritter, Kommandeur Unseres erhabensten Ordens des Britischen Empires, Unser treuer und wohlgelittener Sir Harold Morris, Ritter, Mitglied Unseres erhabensten Ordens des Britischen Empires, einer Unserer gelehrten Rechtsberater, und Unser treuer und wohlgelittener Reginald Coupland, Gefährte Unseres erhabensten Ordens des Indischen Empires, Gruß:

Wir haben es für zweckmäßig erachtet, unverzüglich eine Kommission einzusetzen, um die Ursachen der Mitte April in Palästina ausgebrochenen Unruhen festzustellen, die Art und Weise zu untersuchen, in der das Mandat für Palästina in bezug auf Unsere Verpflichtungen als Mandatar gegenüber den Arabern bzw. den Juden durchgeführt wird, und festzustellen, ob bei richtiger Auslegung der Mandatsbedingungen entweder die Araber oder die Juden irgendwelche berechtigten Beschwerden haben; und festzustellen, ob bei richtiger Auslegung der Mandatsbedingungen entweder die Araber oder die Juden berechnigte Beschwerden über die Art und Weise haben, in der das Mandat durchgeführt wurde oder wird; und wenn die Kommission zu der Überzeugung gelangt, dass solche Beschwerden begründet sind, Empfehlungen für ihre Beseitigung und für die Verhinderung ihres erneuten Auftretens zu geben:

Ihr sollt wissen, dass Wir, die Wir großes Vertrauen in euer Wissen und eure Fähigkeiten setzen, euch ermächtigt und ernannt haben und euch hiermit ermächtigen und ernennen, die genannten William Robert Wellesley, Earl Peel (Vorsitzender), Sir Horace George Montagu Rumbold, Baronet (stellvertretender Vorsitzender), Sir Egbert Laurie Lucas Hammond, Sir William Morris Carter, Sir Harold Morris und Reginald Coupland zu Unseren Beauftragten für die Zwecke und die Durchführung dieser Untersuchung.

Wir ermächtigen und verpflichten Sie hiermit, mit aller gebotenen Eile und mit allen rechtmäßigen Mitteln in die Untersuchung einzutreten und Beweise zu sammeln, die den Gegenstand dieser Untersuchung betreffen, und einen Bericht zu erstellen und Empfehlungen in Übereinstimmung mit den Bedingungen dieser Unserer Kommission abzugeben.

Wir fordern Sie ferner auf, sich in allen Dingen an die Anweisungen zu halten, die durch einen Unserer Hauptstaatssekretäre an Sie gerichtet werden.

Und Wir beauftragen und befehlen hiermit allen Unseren zivilen und militärischen Offizieren und allen Unseren treuen Untertanen und allen anderen Bewohnern Palästinas, dass sie Ihnen an ihren verschiedenen Orten und entsprechend ihren jeweiligen Befugnissen und Möglichkeiten bei der Ausführung dieses Unseres Auftrags behilflich sind.

Und Wir ordnen ferner an, dass es Ihnen freisteht, von Zeit zu Zeit über Ihr Vorgehen im Rahmen dieser Unserer Kommission zu berichten, wenn Sie es für zweckmäßig halten, dies zu tun.

Gegeben an Unserem Hof in Saint James's an diesem siebten Tag im August,

Eintausendneunhundertsechsdreißig, im ersten Jahr unserer Herrschaft.

Auf Befehl Seiner Majestät,

Malcolm MacDonald.

II.

Datiert auf den 17. Dezember 1936.

GEORGE R.I.

Georg der Sechste, von Gottes Gnaden, von Großbritannien, Irland und den britischen Herrschaftsgebieten jenseits der Meere KÖNIG, Verteidiger des Glaubens, an alle, denen diese Geschenke zuteil werden,

Grußwort!

In der Erwägung, daß es Unseren königlichen Vorgängern von Zeit zu Zeit gefallen hat, königliche Untersuchungsausschüsse für verschiedene darin genannte Zwecke einzusetzen:

In der Erwägung, dass im Falle einiger dieser Kommissionen, nämlich der so genannten...

Kommission für alte Denkmäler (England),
 Kommission für alte und historische Denkmäler (Schottland),
 Kommission für alte Denkmäler (Wales und Monmouthshire),
 Kommission für historische Manuskripte,

Kommission "Kommunalverwaltung in Tyneside",
 Palästina-Kommission,
 Königliche Kommission für Schöne Künste für England, Königliche
 Kommission für Schöne Künste für Schottland und Kommission für die
 Sicherheit im Steinkohlenbergbau,

die von Unseren königlichen Vorgängern ernannten Kommissare oder diejenigen von ihnen, die damals als Kommissare tätig waren, waren bei dem späten Ableben der Krone noch mit den ihnen anvertrauten Geschäften beschäftigt:

Wir halten es für zweckmäßig, dass die genannten Kommissare ihre Arbeit im Zusammenhang mit den genannten Untersuchungen ungeachtet des späten Ablebens der Krone fortsetzen:

Wisset nun, daß Wir, die Wir großes Vertrauen in den Eifer, die Besonnenheit und die Fähigkeiten der gegenwärtigen Mitglieder jeder der genannten Kommissionen setzen, sie durch diese Geschenke ermächtigen, ihre Arbeit fortzusetzen, und hiermit in allen wesentlichen Punkten die Bedingungen der genannten verschiedenen Kommissionen ratifizieren und bestätigen.

Und Wir ordnen ferner an, daß die besagten Kommissare Uns unter ihren Händen oder unter den Händen derjenigen von ihnen, die in den jeweiligen Kommissionen angegeben sind, über ihre Meinung zu den Angelegenheiten, die ihnen zur Prüfung vorgelegt werden, Bericht erstatten; und daß jedes Verfahren, das sie oder einer von ihnen unter und in Verfolgung der besagten Kommissionen seit dem späten Ableben der Krone und vor der Ausgabe dieser Präsente unternommen haben, als unter und kraft dieser Unserer Kommission unternommen angesehen und beurteilt wird.

Gegeben an Unserem Hof in Saint James's am siebzehnten Dezember 1936, im ersten Jahr Unserer Herrschaft.

Auf Befehl Seiner Majestät.

John Simon.

Das Protokoll der öffentlichen Beweisaufnahme der Königlichen Kommission und ein Band mit Memoranden, die von der Regierung Palästinas zur Verwendung durch die Königliche Kommission vorbereitet wurden, werden vom Seiner Majesty's Stationery Office separat in der Reihe der außerparlamentarischen Veröffentlichungen veröffentlicht.

Anmerkung: Der Anteil des Vereinigten Königreichs an den Kosten der Königlichen Kommission wird auf etwa £4,050 geschätzt. Die Kosten für den Druck und die Veröffentlichung dieses Berichts werden vom Stationery Office auf £815 10s. *od. geschätzt.*

AN DIE AUSGEZEICHNETE MAJESTÄT DES KÖNIGS.

Möge es Eurer Majestät gefallen,

Wir wurden am 7. August 1936 per Mandat unter dem Sign Manual von Seiner Früheren Majestät King Edward VIII. als Kommissionsmitglieder mit folgendem Auftrag ernannt

" Die Ursachen für die Mitte April in Palästina ausgebrochenen Unruhen zu ermitteln; die Art und Weise zu untersuchen, in der das Mandat für Palästina in Bezug auf die Verpflichtungen der Mandatsmacht gegenüber den Arabern bzw. den Juden umgesetzt wird; und festzustellen, ob bei richtiger Auslegung der Mandatsbedingungen entweder die Araber oder die Juden berechnigte Beschwerden über die Art und Weise haben, in der das Mandat umgesetzt wurde oder wird; und wenn die Kommission überzeugt ist, dass solche Beschwerden begründet sind, Empfehlungen für ihre Beseitigung und für die Verhinderung ihres erneuten Auftretens zu geben."

Wir bitten nun untertänigst um die Erlaubnis, Eurer Majestät den folgenden Bericht vorzulegen.

VORWORT.

Obwohl wir für den 7. August letzten Jahres verabredet waren, sahen wir uns aufgrund der anhaltenden "Unruhen" gezwungen, unsere tatsächliche Abreise nach Palästina um fast drei Monate zu verschieben. Diese Zeit war jedoch nicht ganz umsonst, da wir die Möglichkeit hatten, einige der zahlreichen offiziellen Berichte über die Mandatsverwaltung zu prüfen und eine unschätzbare Reihe von beschreibenden und statistischen Memoranden zu studieren, die uns auf unsere Bitte hin von der palästinensischen Regierung zur Verfügung gestellt wurden. Bei unserer ersten Sitzung, die am 6. Oktober in London unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, wurde beschlossen, dass bis zu unserer Ankunft in Jerusalem keine Zeugen vernommen werden sollten. Wir beschlossen, dass wir uns in der Zwischenzeit zwar einige Kenntnisse über den historischen Hintergrund und die wesentlichen Fakten und Zahlen aneignen, aber die in Palästina zu vernehmenden Beweise so weit wie möglich frei von Vorurteilen oder vorgefassten Meinungen betrachten sollten.

2. Der Streik in Palästina wurde am 12. Oktober beendet. Wir verließen London am 5. November und segelten am folgenden Tag von Marseille aus mit der s.s. *Cathay* nach Port Said, wo wir am Morgen des 9. Novembers in Jerusalem ankamen.

3. Am 12. November fand im Government House eine feierliche Eröffnungssitzung statt, an der eine große Anzahl von Persönlichkeiten sowie zivile und militärische Beamte teilnahmen. Die Königliche Kommission wurde in den drei Amtssprachen verlesen, und Seine Exzellenz der Hohe Kommissar, General Sir Arthur Grenfell Wauchope, G.C.M.G., K.C.B., C.I.E., D.S.O., hieß uns offiziell willkommen und

wünschte uns viel Erfolg bei unserer Arbeit. Unser Vorsitzender antwortete in einer kurzen Rede, aus der wir im Folgenden einige Passagen zitieren.

4. In Kapitel IV Absätze 21 und 22 beschreiben wir die Umstände, unter denen das arabische Oberkomitee, während wir auf dem Weg nach Palästina waren, beschloss, unsere Beratungen zu boykottieren, und die arabischen Vertreter durch ihre Abwesenheit bei der Eröffnungssitzung im Government House auffielen. Unser Vorsitzender nahm in seiner Antwort auf die Begrüßungsrede des Hohen Kommissars mit folgenden Worten auf die Angelegenheit Bezug:-

" Unglücklicherweise hat sich während unserer Reise hierher ein Vorfall ereignet, der kaum als hilfreich bezeichnet werden kann. Ein großer Teil der Bevölkerung hat durch seine Führer erklärt, dass er sich nicht an der Arbeit der Königlichen Kommission beteiligen wird. Es wäre höchst bedauerlich, wenn wir ohne ihren Rat und ihre Unterstützung gezwungen wären, Schlussfolgerungen zu ziehen und Entscheidungen zu treffen.

Eine Königliche Kommission ist ein völlig unabhängiges Gremium, das keine Verantwortung für die Politik der Regierung Seiner Majestät in der Gegenwart oder in der Vergangenheit trägt. Ist es zu viel verlangt, dass alle, die Palästina lieben und denen seine Zukunft am Herzen liegt, sich uns anschließen und unsere Arbeit teilen? Es wäre in der Tat bedauerlich, wenn dieses Heilige Land, das in der Vergangenheit eine Botschaft des Friedens und des guten Willens an die ganze Welt ausgesandt hat, von Zwietracht, Angst und Uneinigkeit heimgesucht würde."

Dieser Appell fand keine unmittelbare Resonanz, und es meldeten sich keine arabischen Zeugen, bis wir die Anhörung britischer und jüdischer Zeugen fast abgeschlossen und den Zeitpunkt unserer Abreise angekündigt hatten. Der Boykott wurde schließlich am 6. Januar abgebrochen, und wir verlängerten unseren Aufenthalt bis zur Anhörung Seiner Eminenz des Mufti von Jerusalem und anderer Vertreter des arabischen Oberausschusses.

5. Solange wir uns in Palästina aufhielten, fanden alle unsere formellen Sitzungen in Jerusalem statt. Was das Verfahren anbelangt, so haben wir beschlossen, keine Berater zuzulassen und die Zeugenaussagen so weit wie möglich öffentlich zu vernehmen. Wir erkannten jedoch an, dass es einige Zeugen gab, die es vorzogen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu vernehmen, und andere, die es vorzogen, auf diese Weise auszusagen: Im Allgemeinen wurde die Angelegenheit der Entscheidung des Zeugen im Einzelfall überlassen. Während unseres Aufenthalts in Palästina haben wir 60 Zeugen in 30 öffentlichen Sitzungen und 53 Zeugen in 40 privaten Sitzungen vernommen. Unsere Verhandlungen wurden in englischer Sprache geführt, obwohl bei einigen arabisch- und hebräischsprachigen Zeugen eine Verdolmetschung erforderlich war.

6. Die palästinensische Regierung erließ eine Verordnung mit dem Titel The Commissioners' Powers (Conferment of) Ordinance, No. 71 of 1936, die uns die notwendigen Befugnisse zur Vorladung von Zeugen, zur Vorlage von Beweisen usw. erteilte.

7. In der Eröffnungsrede unseres Vorsitzenden wurde auf die Auslegung unseres Mandats mit folgenden Worten hingewiesen: -

" Sie haben das von Seiner Majestät genehmigte Mandat gehört. Wir sollen * die den Unruhen, die Mitte April in Palästina ausgebrochen sind, zugrunde liegenden Ursachen ermitteln'. Sie werden die Worte 'zugrundeliegende Ursachen' bemerken. Es scheint also nicht notwendig zu sein, den genauen Verlauf der Ereignisse in den letzten sechs oder sieben Monaten zu erforschen. Wenn es Forderungen und Gegenforderungen gibt, die sich aus diesen Ereignissen ergeben, so ist dies Sache der Gerichte oder der Verwaltung, aber wir müssen uns, wie ich meine, mit weitergehenden Fragen befassen."

* * *

" Es wäre vielleicht zeitsparend, wenn diejenigen, die aussagen wollen, zunächst unser Mandat sorgfältig studieren würden. Wir sind natürlich nicht befugt, darüber hinauszugehen, aber das Mandat selbst ist sehr weit gefasst, und wir beabsichtigen, es weit und umfassend auszulegen. In diesem Zusammenhang möchte ich aus einer Rede des Premierministers zitieren, die er vor einigen Tagen im Unterhaus gehalten hat. Mr. Baldwin sagte: -

" Ich möchte betonen, dass eine königliche Kommission in diesem Land ein völlig unabhängiges Gremium ist, das nicht von der Regierung Seiner Majestät kontrolliert wird und völlig frei ist, im Rahmen seines Auftrags in jedem Sinne zu berichten, den es für richtig hält."

8. Wir hielten es für undurchführbar, alle Personen zu vernehmen, die sich als Zeugen anboten; wir glauben jedoch, dass kein Aspekt der Situation, zu dem es wichtig war, Beweise zu erhalten, in den repräsentativen Aussagen derjenigen, die tatsächlich vor uns erschienen sind, oder in den schriftlichen Erklärungen vernachlässigt wurde. Die bloße Danksagung, die die einzige Antwort war, die wir vielen, die uns Memoranden zur Prüfung vorgelegt haben, zukommen lassen konnten, war kein Maß dafür, dass wir den Wert solcher Beiträge zu schätzen wussten, und wir möchten diese Gelegenheit nutzen, um all jenen, die uns auf diese Weise unterstützt haben, unseren Dank auszusprechen.

9. Während unseres Aufenthalts in Palästina bemühten wir uns, soweit es die Zeit erlaubte, uns mit dem allgemeinen Charakter der verschiedenen Teile des Landes und mit der Lebensweise seiner Bewohner vertraut zu machen. So besuchten wir bei einer Gelegenheit Jaffa, Tel Aviv und Petah Tiqva, während wir bei einer anderen Gelegenheit über Bethlehem, Hebron und Beerscheba nach Gaza fuhren. Ein kurzer Aufenthalt in Tiberias ermöglichte es uns, Haifa, Akko und den Bezirk Huleh zu besuchen. In verschiedenen Abschnitten unseres Berichts erwähnen wir Besuche in bestimmten ländlichen Zentren, arabischen und jüdischen, sowie im Daniel-Sieff-Forschungsinstitut in Rehovot. In Verbindung mit mehreren dieser Expeditionen wurden Vorkehrungen getroffen, damit wir verschiedene Regierungsbüros an Orten auf unserer Route besuchen konnten, und wir schätzten die Gelegenheit sehr, die sich uns dadurch bot,

Beamte der Bezirksverwaltung aller Rassen zu treffen und eine offene Äußerung ihrer Ansichten zu hören.

10. Am 9. Januar besuchten drei von uns Transjordanien als Gäste des britischen Residenten, Oberstleutnant C. H. F. Cox. Die Kommissare wurden von Seiner Hoheit Amir Abdullah sehr gastfreundlich empfangen, mit dem sie bei einer Privataudienz eine lange Diskussion führten. Sie verbrachten die Nacht in Amman und kehrten am folgenden Tag nach Jerusalem zurück.

11. Wir verließen Jerusalem an verschiedenen Terminen in der Woche ab dem 17. Januar und fuhren nach einigen Tagen für Gespräche in Helouan in Ägypten am 24. Januar mit der s.s. *Cathay* von Port Said ab und kamen am 30. Januar wieder in London an.

12. Nach unserer Rückkehr hielten wir in London eine öffentliche Sitzung ab, in der wir zwei Zeugen vernahmen, und sieben private Sitzungen, in denen wir acht Zeugen vernahmen. Bei letzteren handelte es sich ausschließlich um Personen, die offizielle Positionen oder hohe Staatsämter innehatten.

13. Unserem Bericht wurden separate Bände beigefügt, die (1) von der palästinensischen Regierung vorgelegte Memoranden, (2) Protokolle der öffentlichen Anhörungen und den Wortlaut der auf unserer Eröffnungssitzung in Jerusalem gehaltenen Reden enthalten.

[Hier eingeben]

TEIL I
DAS PROBLEM

DER GESCHICHTLICHE HINTERGRUND.

Die "Unruhen", die am 19. April 1936 in Palästina ausbrachen, waren das Ergebnis eines Konflikts zwischen dem arabischen und dem jüdischen Nationalismus; und als wir im darauffolgenden November das Land besuchten, erwarteten wir (in Abwandlung des berühmten Satzes von Lord Durham) "zwei Nationen, die sich im Schoße eines einzigen Staates bekriegen". Aber wir hatten nicht erwartet, eine so tiefe Kluft zwischen ihnen vorzufinden oder eine, die so schwer zu überbrücken ist. Ein solcher Konflikt in einem Land, das drei Weltreligionen, dem Judentum, dem Islam und dem Christentum, geweiht ist, ist an sich schon tragisch genug; aber er ist noch tragischer, weil in den tatsächlichen "Unruhen" eine Seite sich, nicht zum ersten Mal, durch die Anwendung von Gewalt ins Unrecht setzte, während die andere Seite geduldig das Gesetz einhielt, ist es im Grunde ein Konflikt von Recht mit Recht.

2. Um zu erklären, wie es zu dieser unglücklichen Situation gekommen ist, ist eine kurze historische Einführung erforderlich. Das gegenwärtige Palästina-Problem ist in der Tat unverständlich ohne die Kenntnis der Geschichte, die ihm zugrunde liegt. Kein anderes Problem unserer Zeit ist so tief in der Vergangenheit verwurzelt.

1. Die Juden in Palästina.

3. Im Laufe des zweiten Jahrtausends v. Chr. waren die Länder entlang der Ostküste des Mittelmeers regelmäßigen Einfällen semitischer Stämme ausgesetzt, die aus den kargen Steppen des Nordens über die arabische Wüste in Richtung Meer drängten. In Palästina wurden diese Einwanderer als Hebräer bekannt, und ein Stamm oder eine Gruppe von Stämmen, die behaupteten, von Abraham von Ur abstammen, erhielten den Namen Israeliten von Abrahams Enkel, Jakob oder Israel. Aus der alten Überlieferung von der Wanderung dieser Israeliten nach Ägypten, ihrer Verfolgung durch die Pharaonen und ihrer Rückkehr nach Palästina unter der Führung von Moses ergibt sich die historische Tatsache, dass die Israeliten um 1100 v. Chr. den größten Teil des Hügellandes in Palästina besetzt hatten und dass sie sich bereits durch ihre besondere Religion von den Völkern der Küste (den Phöniziern oder Philistern) und von den Semiten der Wüste jenseits des Jordan unterschieden. In krassem Gegensatz zur götzendienerischen Vielgötterei der gesamten antiken Welt hatten die Israeliten die Vorstellung von einem unsichtbaren Gott entwickelt und das, was sie für seine Gebote hielten, in das mosaische Gesetzbuch aufgenommen. Der Aufstieg dieses Volkes zu einem bedeutenden Platz in der Geschichte ist aus den Seiten des Alten Testaments so gut bekannt, dass er für unsere Zwecke nur kurz zusammengefasst werden kann. Die Zeit der Richter war eine Zeit der Uneinigkeit der Stämme und des ständigen Konflikts mit benachbarten Feinden. Der feindliche Druck, vor allem durch die Philister, führte zur Errichtung einer Monarchie, und unter König David (ca. 1010-970 v. Chr.) aus dem Stamm Juda und seinem Sohn und Nachfolger, König Salomo (ca. 970-930 v. Chr.), wurden die Israeliten als Ganzes wirksam geeint, die Philister und andere Feinde wurden

entscheidend besiegt, und die Macht des neuen Königreichs erstreckte sich eine Zeit lang nicht nur über ganz Palästina, sondern auch über den größten Teil des Gebiets im Norden und Süden, das zwischen den rivalisierenden Reichen Ägypten und Assyrien lag. Nach dem Tod Salomos setzte ein Niedergang ein. Die Küstenbewohner erlangten ihre Unabhängigkeit zurück. Die nördlichen Stämme spalteten sich ab und gründeten ein separates Königreich Israel mit dem Zentrum in Samaria, das sich vom Königreich Juda entfremdete und manchmal mit ihm Krieg führte, in dem sich die Tradition des hebräischen Denkens und der hebräischen Kultur vor allem deshalb konzentrierte, weil der Tempel, den Salomo in Jerusalem erbaut hatte, das überragende sichtbare Symbol des hebräischen Glaubens war. Diese Spaltung Palästinas erleichterte seine unvermeidliche Unterwerfung unter das jeweils stärkere der benachbarten Reiche; aber den beiden Königreichen und den Küstenstädten gelang es, eine prekäre Unabhängigkeit für etwa 200 Jahre aufrechtzuerhalten - ein Zeitraum, der vor allem durch das Leben und die Schriften der großen Propheten gekennzeichnet ist. In den Jahren 721-715 v. Chr. erfolgte der erste Schlag. Das Nordreich wurde in das assyrische Reich eingegliedert, Samaria wurde zerstört, und der fähigere und wohlhabendere Teil der Bevölkerung wurde in ferne Länder deportiert. Durch die Unterwerfung unter die assyrische Oberhoheit entging das Südreich für einige weitere Generationen einer solch strengen Behandlung; aber um 585 v. Chr. erlitt Juda durch Nebukadnezar, den König des neuen babylonischen Reiches, das Assyrien im Irak abgelöst hatte, das gleiche Schicksal wie Israel. Jerusalem wurde geplündert und zerstört, und ein großer Teil des Volkes wurde nach Babylon verschleppt.

4. Die "Gefangenschaft" dauerte nicht lange. Im Jahr 539 v. Chr. besetzte Kyros, der Gründer des persischen Reiches, Babylon und erlaubte 538 v. Chr. den judäischen Exilanten, nach Judäa zurückzukehren. Einige von ihnen blieben im Irak, aber die Mehrheit - die Zahl wird auf 40.000 geschätzt - kehrte in ihre historische Heimat zurück und machte sich daran, den Tempel wieder aufzubauen und ihr nationales Leben in einem kleinen Staat im Landesinneren neu zu gestalten. Für die nächsten drei oder vier Jahrhunderte ist die Geschichte der "Männer von Juda" oder Juden nicht überliefert, abgesehen von der bloßen Tatsache, dass sie als Teil der fünften Satrapie des persischen Reiches regiert wurden und danach unter die ptolemäischen Nachfolger Alexanders des Großen kamen. Die moderne Forschung schreibt dieser dunklen Periode jedoch eine Blütezeit der hebräischen Kultur zu. Es war die Zeit, in der das mosaische Gesetz oder die *Thora* ihre endgültige Form annahm und zum verbindlichen Kodex für das gesellschaftliche Leben und die Einhaltung der Religion wurde, und in der so unterschiedliche Errungenschaften des jüdischen Denkens und der Kunst wie *Hiob*, *Rut*, *das Hohelied Salomos*, *Prediger*, *Sprüche* und einige der schönsten *Psalmen* verfasst wurden.

5. Die nächste Phase beginnt mit der Eroberung Palästinas durch die seleukidischen Herrscher von Syrien und der darauf folgenden ersten Verfolgung des jüdischen Glaubens. Der Hellenismus war nun auf dem Vormarsch, und es wurde versucht, die Juden zu zwingen, die Herrschaft der *Thora* aufzugeben und griechische Götter und

Lebensweisen anzunehmen. Angeführt von der Familie der Hasmonäer, deren herausragende Persönlichkeiten Judas Makkabäus und Johannes Hyrkanus waren, revoltierten die Juden erfolgreich, und ab etwa 150 v. Chr. erlangten sie nicht nur die lange verlorene Unabhängigkeit Judäas zurück, sondern dehnten ihre Herrschaft nach Norden, Süden und Osten aus, bis sie in etwa die Grenzen des Reiches Davids und Salomos erreichte. Doch die nächste der vielen Eroberungen Palästinas stand nun unmittelbar bevor, und gegen die Macht des expandierenden Römischen Reiches konnten die Juden ihre Freiheit nicht behaupten. Im Jahr 63 v. Chr. stürmte Pompejus Jerusalem. Seitdem war Palästina nie wieder ein unabhängiger Staat.

6. Obwohl die Regierungsform variierte und tributpflichtige einheimische Herrscher wie Herodes den Namen eines Königs tragen durften, war Palästina nun praktisch eine römische Provinz. Dass es sich als widerspenstig erwies, war zum Teil auf die Unterdrückung und Erpressung einiger römischer Oberherren zurückzuführen; aber der Nationalgeist der Juden war so stark und die Fehden, die sich unter ihnen entwickelten, so erbittert, dass es auch der besten Regierung schwer gefallen wäre, Palästina in Frieden zu halten. Ein Jahrhundert ständiger Auseinandersetzungen gipfelte 64 n. Chr. in einem allgemeinen Aufstand, der erst nach Jahren erbitterter Kämpfe niedergeschlagen wurde, als 70 n. Chr. Jerusalem von Titus eingenommen und geplündert und der Tempel, der Schauplatz des letzten Widerstands, niedergebrannt wurde. Doch die Juden waren noch nicht besiegt. Sie rebellierten 115 n. Chr. und 132 n. Chr. erneut. Dieser letzte Aufstand war so erfolgreich, dass Rom beschloss, eine Wiederholung unmöglich zu machen. Im Jahr 135 n. Chr. wurde Jerusalem zerstört und die Stadt eingeebnet. Ein Großteil der Bevölkerung wurde hingerichtet, viele weitere in die Sklaverei verschleppt. Von diesem Zeitpunkt an geriet Palästina immer mehr in Vergessenheit. Die Bevölkerung schrumpfte noch weiter. Während sich die Juden, die sich über den größten Teil der übrigen Welt ausgebreitet hatten, vermehrten und vervielfältigten, blieben in ihrer alten Heimat bald nur noch einige Tausend von ihnen übrig.

7. Die Geschichte des jüdischen Palästinas, die auf diese Weise zu Ende ging, hat sich zum größten Teil in einem Land von der Größe von Wales abgespielt, aber sie stellt eines der großen Kapitel in der Geschichte der Menschheit dar. Mit seinen beiden wichtigsten Errungenschaften - der Entwicklung der ersten groben Anbetung Jehovas zu einem hochgeistigen Monotheismus und der Verkörperung dieses Glaubens und der sozialen und politischen Ideale, die er inspirierte, in unsterblicher Prosa und Poesie - muss das Geschenk des Hebraismus im alten Palästina an die moderne Welt mit den Geschenken des alten Griechenlands und Roms gleichziehen. Darüber hinaus dürfen Christen nicht vergessen, dass Jesus ein Jude war, der auf jüdischem Boden lebte und sein Evangelium auf einer Grundlage jüdischen Lebens und Denkens gründete.

2. Die Araber in Palästina.

8. Fünfhundert Jahre lang stand Palästina unter römischer und byzantinischer Herrschaft, und im siebten Jahrhundert n. Chr. wurde es erneut erobert. Inspiriert durch

den Aufstieg des Islam, des dritten großen monotheistischen Glaubens, der in dem semitischen Landstrich zwischen dem Persischen Golf und dem Mittelmeer geboren wurde, brachen die Araber aus der arabischen Wüste auf und begannen eine Eroberungskarriere, die fast so bemerkenswert war wie die von Mazedonien oder Rom. Zwischen 632 und 713 n. Chr. eroberten und besetzten sie in rascher Folge Syrien, den Irak, Persien, Ägypten, die gesamte nordafrikanische Küste und schließlich Spanien. Als ihr weiteres Vordringen nach Europa 678 und 717 durch den Widerstand Konstantinopels und 732 durch den Sieg der Franken bei Poitiers gestoppt wurde, war die gesamte Mittelmeerküste mit einem großen Teil des Landesinneren, das sich von den Pyrenäen im Westen bis zum Taurus im Osten erstreckt, unter arabische Herrschaft geraten und sollte es auch drei Jahrhunderte lang bleiben. Dies war das goldene Zeitalter der Araber. Ihre Seemacht beherrschte den Indischen Ozean und machte jedem die Herrschaft über das Mittelmeer streitig. Ihr Handel erstreckte sich von Cádiz bis Kairo, Bagdad und Sansibar und darüber hinaus bis Indien und China. Sie übernahmen die Führung in der Zivilisation. Ihre wichtigsten Bevölkerungs- und Wohlstandszentren waren auch die Brutstätten der Wissenschaften und Künste. Gelehrte aus Mittel- und Nordeuropa, die sich noch im finsternen Mittelalter befanden, kamen an die arabischen Universitäten, um zu lernen, und durch die arabischen Übersetzungen der Klassiker wurde der Hellenismus bewahrt und weitergegeben, um die Renaissance und die Entstehung des modernen Zeitalters zu inspirieren.

9. An all diesen Aktivitäten und Errungenschaften hatte das arabische Palästina keinen großen Anteil. Jerusalem war wieder aufgebaut worden, und die erobernden Araber errichteten dort eine Universität, die zu einem lokalen Zentrum der arabischen Gelehrsamkeit wurde; aber das von seinen steinigen Hügeln abgeschiedene Jerusalem konnte in Sachen Reichtum und Kultur nie mit den Städten in den fruchtbaren Ebenen und Tälern des Irak, Ägyptens und Spaniens konkurrieren. Nur ein oder zwei kleinere Figuren in der großen Schar der arabischen Gelehrten waren Palästinenser; und das einzige große Kunstwerk, das aus der Zeit der arabischen Unabhängigkeit überlebt hat, ist der Felsendom, eine prächtige Moschee, die gegen Ende des siebten Jahrhunderts in der Mitte der breiten Steinplattform errichtet wurde, die einst den jüdischen Tempel getragen hatte. Aber in einer Hinsicht hat Jerusalem einen höheren Stellenwert in der arabischen Welt als Bagdad, Kairo oder Granada. Auf dieser heiligen Plattform, dem *Haram esh Sharif*, steht neben dem Felsendom die Moschee al Aqsa, in die Mohammed der Überlieferung nach von Gott geführt wurde, und die Moslems glauben, dass der Prophet vom Felsen selbst aus auf seinem magischen Pferd in den Himmel flog. Der *Haram esh Sharif* zählt daher neben Mekka und Medina zu den drei wichtigsten "Heiligen Stätten" des Islam. Tatsächlich war er vor Mekka die *Qibla* oder der Punkt, auf den sich die Muslime beim Gebet richten.

Im Laufe von drei- oder vierhundert Jahren begann das arabische Reich zu zerfallen, und die Araber Palästinas waren, wie zuvor die Juden, fremder Eroberung und Unterwerfung ausgesetzt. Im elften Jahrhundert wurden alle arabischen Staaten im Nahen Osten von den Seldschuken unterworfen. Ab 1095 war Palästina einer Reihe von

Invasionen aus dem christlichen Europa ausgesetzt, die als Kreuzzüge bekannt wurden und denen es, teils von der Vision der Wiedererlangung des Heiligen Grabes, teils von eher materiellen Zielen inspiriert, gelang, bis zum Ende des zwölften Jahrhunderts ein prekäres Königreich in Jerusalem und ein weiteres Jahrhundert lang ein Standbein an der Küste aufrechtzuerhalten, woraufhin ganz Palästina wieder unter muslimische Herrschaft geriet. Während der meisten der nächsten 200 Jahre war es zusammen mit Syrien der ägyptischen Mamluken-Dynastie unterstellt, und während dieser Zeit war es den verheerenden Mongoleneinfällen von Halagu und Tamerlane ausgesetzt. Im Jahre 1517 wurde es zusammen mit Syrien und Ägypten von den osmanischen Türken erobert und blieb mit Ausnahme der wenigen Monate der napoleonischen Invasion und der wenigen Jahre der Besetzung durch Mohammed Ali bis zum Weltkrieg von 1914 in den Händen der osmanischen Sultane in Konstantinopel.

In den mehr als zwölf Jahrhunderten, die seit der arabischen Eroberung vergangen waren, war Palästina praktisch aus der Geschichte verschwunden. Man erinnert sich nur noch an ein Kapitel - die nicht sehr edle Romanze der Kreuzzüge. In der Wirtschaft wie in der Politik lag Palästina außerhalb des Hauptstroms des Weltlebens. Auf dem Gebiet des Denkens, der Wissenschaft und der Literatur leistete es keinen Beitrag zur modernen Zivilisation. Sein letzter Zustand war schlimmer als sein erster. Im Jahr 1914 war der Zustand des Landes ein hervorragendes Beispiel für die Lethargie und die Misswirtschaft des osmanischen Vorkriegsregimes. Die Bevölkerung, die immer noch überwiegend arabisch geprägt war, fristete vor allem in den Hügeln ein prekäres Dasein. In den Ebenen, wo Leben und Besitz weniger sicher waren, gab es schon lange keine Bewässerungsanlagen mehr, wie sie in der Antike bestanden hatten. Rund um Jaffa wurden Orangen angebaut, aber der größte Teil des Meeressgürtels war nur spärlich besiedelt und wurde nur spärlich bewirtschaftet. Esdraelon war größtenteils sumpfig und malariaverseucht. Im Osten jenseits des Jordans war von den griechischen Städten der klassischen Zeit nichts übrig geblieben, außer ein oder zwei Gruppen verlassener Ruinen. Im Süden, in Beerscheba, wo sich einst mehrere wohlhabende Städte befanden, waren alle Spuren städtischen Lebens längst unter dem eindringenden Sand begraben.

Doch so arm und vernachlässigt es auch war, für die Araber, die darin lebten, war Palästina - oder genauer gesagt Syrien, zu dem Palästina seit den Tagen Nebukadnezars gehörte - immer noch ihr Land, ihre Heimat, das Land, in dem ihr Volk seit Jahrhunderten gelebt und seine Gräber hinterlassen hatte.

Die Diaspora.

13. Die jüdische Geschichte hatte inzwischen aufgehört, die Geschichte Palästinas zu sein; aber obwohl das Problem Palästinas das Thema dieses Berichts ist, ist dieses Problem so untrennbar mit dem jüdischen Problem insgesamt verbunden, dass es wünschenswert erscheint, in einem kurzen Abriss das Schicksal der Juden in der äußeren Welt zu beschreiben.

14. Einige von ihnen hatten sich (wie sich später zeigen wird) während der jahrhundertelangen muslimischen Besetzung an das geklammert, was einst ihr nationaler Boden gewesen war; aber die große Mehrheit der Rasse hatte sich über den Rest der Welt verteilt. Diese Dispersion (Diaspora) hatte lange vor der Katastrophe von 135 n. Chr. begonnen. Im Irak zum Beispiel war aus der Gruppe der Exilanten, die 538 v. Chr. nicht nach Jerusalem zurückkehrten, eine große jüdische Gemeinde entstanden. Als wohlhabende und einflussreiche Körperschaft, der es erlaubt war, eine Art kommunaler Autonomie aufrechtzuerhalten, und die mit zwei berühmten Akademien für das Studium und die Darstellung der hebräischen Tradition ausgestattet war, hatte sie vollen Anteil an den großen Tagen des arabischen Kalifats in Bagdad; und erst im elften Jahrhundert begann der Prozess des Niedergangs. Auch in Ägypten gab es eine blühende jüdische Gemeinschaft, die in allen Bereichen des ägyptischen Lebens aktiv war, hohe Posten in der Armee und der Verwaltung bekleidete und an den kulturellen Errungenschaften teilhatte, die Alexandria berühmt machten. Es ist bezeichnend, dass sich diese ägyptischen Juden im Gegensatz zu den Gründern des hasmonäischen Staates nicht gegen die "Assimilation" wehrten. Im Gegenteil, sie wurden vollständig "hellenisiert", gaben ihre alte Sprache zugunsten des Griechischen auf und nahmen griechische Namen an. Die Septuaginta oder griechische Übersetzung des hebräischen Testaments war ihr Werk.

15. Zur Zeit der endgültigen Zerstörung Jerusalems im Jahr 135 n. Chr. hatten aufeinanderfolgende Auswanderungswellen die Größe der Gemeinden in Irak und Ägypten anschwellen lassen und strömten auch nach Syrien und in den Jemen sowie über das Mittelmeer nach Griechenland und Italien. Fünf oder sechs Jahrhunderte später folgte eine weitere Welle im Gefolge der arabischen Eroberung entlang des nordwestlichen Afrikas und nach Spanien; und es war in Spanien, wo das jüdische Leben den Höhepunkt erreichte, den es seit dem Verlust der alten Heimat erreicht hatte. Alle Lebensbereiche standen ihnen offen, sowohl die ländlichen als auch die städtischen. Als das arabische Spanien die Welt anführte, waren sie im arabischen Spanien führend - Sekretäre oder Wesire des Kalifen, Diplomaten, Financiers, Wissenschaftler, Ärzte, Gelehrte. Es folgte eine große Wiederbelebung der hebräischen Literatur, insbesondere der religiösen Dichtung, und der hebräischen Gelehrsamkeit. Maimonides (1135-1204 n. Chr.), geboren in Cordoba und später in Kairo ansässig, war vielleicht der größte Gelehrte seiner Zeit. Es scheint in der Tat so zu sein, dass die Beziehungen zwischen Arabern und Juden in jenen Tagen in Spanien recht harmonisch waren: aber es ist wiederum bezeichnend, dass die spanischen Juden, wie die ägyptischen, die Assimilation in fast allem außer der Religion akzeptierten. Sie sprachen Arabisch, nahmen arabische Namen an und machten sich arabische Sitten zu eigen. Unter diesen Umständen konnte die Kraft, die in dem gemeinsamen Semitismus der beiden Völker lag, ungehindert wirken.

16. Die Ära der Verfolgung, die die Bedingungen des jüdischen Lebens in der Diaspora völlig verändern sollte, begann nicht in der muslimischen, sondern in der christlichen Welt. Seit der Annahme des Christentums durch das Römische Reich war

das Judentum von den christlichen Herrschern stets weniger tolerant behandelt worden als von den muslimischen; und die Juden, die nach Italien und Gallien und nach dem Fall des Reiches nach Deutschland und England vorgedrungen waren, sahen sich verschiedenen Beschränkungen und Verboten ausgesetzt, die sie als eigenständiges und minderwertiges Volk zu kennzeichnen versuchten. Soziale Faktoren vergrößerten die Kluft. Im feudalen Europa des finsternen Mittelalters konnte der eingewanderte Jude keinen Platz auf dem Land oder in den Zünften der Industrie finden: Er wurde zwangsläufig zum Zwischenhändler, sei es als Kaufmann oder Hausierer. Und da die Kirche den Christen den Wucher verboten hatte, wurde der Jude zwangsläufig auch zum Geldverleiher - ein unbeliebter Beruf. Das jüdische Leben spielte sich daher fast ausschließlich in den Städten ab, und die jüdischen Energien wurden im Laufe der Zeit immer mehr auf den Handel und das Finanzwesen ausgerichtet. Die Juden nahmen schon früh am Bankensystem teil. Einige von ihnen häuften Vermögen an. Christliche Herrscher wandten sich an sie, wenn sie Geld brauchten. Aber trotz ihrer Nützlichkeit wurden sie nie gemocht. Der Instinkt des Volkes wendet sich von dem ab, was fremd ist, und die Juden - Fremde, fremd aussehend, sich selbst erhaltend, an ihrem besonderen Glauben festhaltend - waren fremd. In den Augen der Kirche waren sie darüber hinaus die schlimmsten Ketzer. Sie versuchten zwar nicht, andere zu bekehren, aber keiner weigerte sich so hartnäckig, sich zu bekehren. Und dahinter stand die allgemeine Vorstellung, dass alle Juden zu allen Zeiten und an allen Orten die Schuld an der Kreuzigung trugen.

17. Dieser Komplex von Missgunst erreichte seinen Höhepunkt in der Zeit der Kreuzzüge. Der Zorn der Kreuzfahrer galt sowohl den Juden als auch den Moslems, und bald schien es ein Akt der Frömmigkeit zu sein, die Juden in Europa ebenso zu töten wie die Sarazenen im Heiligen Land. Eine Verfolgungswelle mit immer grausameren Methoden breitete sich über ganz Westeuropa aus. Zunächst in England, dann in Frankreich wurden die Juden enteignet, gefoltert, massakriert und schließlich aus dem Land vertrieben. In Spanien, aus dem die Araber Ende des zwölften und Anfang des dreizehnten Jahrhunderts mit Ausnahme von Granada vertrieben worden waren, ging es eine Zeit lang weniger brutal zu: In der zweiten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts nahm die Inquisition ihre Aufgabe auf, Ketzer aufzuspüren und zu verbrennen, und 1492 wurden alle Juden, die sich weigerten, zu konvertieren, vertrieben. Damit wurde eine weitere jüdische Migration in Gang gesetzt, diesmal von Westen nach Osten. Die Flüchtlinge aus Südeuropa, insbesondere aus Spanien, fanden vor allem in den Mittelmeerprovinzen des türkischen Reiches, auf dem Balkan, in Ägypten, in Kleinasien und in Konstantinopel selbst Unterschlupf. Aus dieser Zeit stammt auch die bedeutende Ansiedlung spanischer Juden oder *Sephardim* in Saloniki. Eine gewisse Anzahl von Juden kehrte nach Palästina zurück. Im Nahen Osten waren sie vor den schlimmsten Formen der Verfolgung relativ sicher. Einige Juden erlangten sogar hohe Positionen am Hof des Sultans, insbesondere im diplomatischen Bereich. Aber im Allgemeinen erreichten sie nie wieder den Status, den sie in Spanien genossen hatten. Auch wenn die Moslems, ob Türken oder Araber, toleranter waren als die Christen, betrachteten sie die

Juden als ihre Untergebenen, die streng unter dem Rang eines Gläubigen gehalten werden mussten.

In Mitteleuropa und Italien kam es wie anderswo zu Massakern an den Juden, aber nicht zu einer generellen Vertreibung. Von nun an wurden sie jedoch strikt von den Christen getrennt, auf bestimmte Viertel der Städte beschränkt, in denen sie lebten, die so genannten Ghettos, und oft verpflichtet, ein gelbes Abzeichen zu tragen, um sie von anderen Menschen zu unterscheiden. Viele von ihnen verließen, vor allem in Deutschland, ihre Heimat und suchten zusammen mit den aus Frankreich und England Vertriebenen Zuflucht in den damals erst halb entwickelten östlichen Randgebieten des expandierenden Europas, in Litauen, Polen und Ungarn - ein Prozess, der sich fortsetzte, bis weit mehr als die Hälfte der Juden der Welt in diesem Landstrich versammelt war. Die polnischen Könige schützten sie zunächst, aber der Aufschub war nur von kurzer Dauer. Jahrhunderts kam die Eroberung durch die Kosaken und später die russische Herrschaft. Von der Ostsee nördlich von Warschau bis zum Schwarzen Meer in der Nähe von Odessa wurde eine Art territoriales Ghetto, das "Ansiedlungsrayon", errichtet, um die Juden daran zu hindern, nach Russland einzudringen, und in diesem Gebiet wurde das System der städtischen Ghettos eingeführt.

Wenn die Brutalität dieser mittelalterlichen Verfolgung für die meisten modernen Menschen erstaunlich ist, so ist die Tatsache, dass die Juden sie überlebt haben, vielleicht noch erstaunlicher. Ihre Zahl wurde stark reduziert. Es liegen keine sicheren Zahlen vor, aber in der Frühzeit der Diaspora gab es vielleicht vier Millionen Juden und im Jahr 1700 wahrscheinlich etwa anderthalb Millionen. Aber sie waren weder durch Massaker noch durch Konvertierung ausgerottet worden. Das Judentum, so schien es, war unzerstörbar. Und was es an Zahl und Reichtum durch die Verfolgung verlor, gewann es an Intensität. Vor allem das Ghettosystem machte das "besondere Volk" noch besonderer. Es vergrößerte die Kluft zwischen ihnen und den anderen Völkern. Innerhalb der Ghettotore zusammengepfercht, klammerten sie sich mit neuer Leidenschaft an die Geschichte und Tradition, die Zeremonien und Bräuche, die sie zu Juden gemacht hatten. Es war ein Nationalismus des "heißen Hauses" und etwas ungesund, wie alles Leben im Ghetto sein musste, aber es ermöglichte den Juden, ihre Selbstachtung zu bewahren, sich über ihre Verarmung und Unterwerfung hinwegzutrusten und der feindlichen Welt draußen zu trotzen.

20. Im nächsten Kapitel kehrt die Hoffnung der Diaspora vom Osten in den Westen zurück, denn in Frankreich und England, den einstigen Anführern der Verfolgung, entwickelte sich erstmals ein neuer Geist der Toleranz. Begünstigt wurde er durch das Eindringen eines aufgeklärten Typs spanischer Juden, der so genannten *Marranos*, Nachkommen derer, die, wenn auch nicht in geheimer Überzeugung, so doch äußerlich das Knie vor der Inquisition "gebeugt" hatten. Sie etablierten sich schnell und bewiesen ihre Nützlichkeit und ebneten so den Weg für den Eintritt anderer, offener und offensichtlicher Juden. In den Geschäftszentren wie London, Hamburg und Amsterdam traten die Juden bald wieder in den Vordergrund. Das Haus Rothschild, das seinen

Ursprung im Frankfurter Ghetto hatte, wurde zu einer wachsenden Macht im internationalen Finanzwesen. So wurden die Ideen der amerikanischen und der französischen Revolution auf nicht ganz unangenehmem Boden gesät. In den Vereinigten Staaten wurden die Juden 1787 und in Frankreich 1790 "emanzipiert", d.h. von allen Beschränkungen befreit, die nicht für andere Bürger galten. In Holland, Deutschland und Italien brachen die einmarschierenden Armeen der Republik die Ghettotore auf. Napoleon führte eine Art kommunale Selbstverwaltung für die Juden des Kaiserreichs ein. In Mitteleuropa gab es nach 1815 eine deutliche Reaktion, aber die Sache der Toleranz hielt mit der Sache der konstitutionellen Regierung Schritt, und der Prozess der jüdischen Emanzipation wurde in Italien 1870 und in Deutschland 1871 abgeschlossen. In England ging es langsamer voran, weil die alten Beschränkungen weniger stark spürbar waren. Als 1890 die letzte formale Ungleichheit beseitigt war, hatte es lange Zeit kaum eine faktische Ungleichheit gegeben. Disraeli hatte zwar schon in jungen Jahren aufgehört, sich zum jüdischen Glauben zu bekennen, aber es war ein großes Ereignis für das Judentum, als er 1868 Premierminister wurde. 1858 war Baron Lionel de Rothschild, ein bekennender Jude, Mitglied des Unterhauses geworden, und 1885 nahm sein Sohn, Nathaniel, seinen Sitz im Oberhaus ein. Wie sehr Juden seither am britischen Leben teilhaben, ist allgemein bekannt. Jüdische Kabinettsminister, Finanziere, Industrielle, Wissenschaftler, Philosophen, Schriftsteller - während des Krieges ein Divisionskommandeur und nach dem Krieg ein Oberster Richter Englands, der Vizekönig von Indien wurde, ein Generalgouverneur eines Dominions und mehr als ein Kolonialgouverneur - es ist offensichtlich, dass die Juden in der britischen Welt (und dasselbe könnte man auch von Frankreich sagen) innerhalb des letzten halben Jahrhunderts eine Vormachtstellung erlangt haben, die in keinem Verhältnis zu ihrer Zahl steht.

21. Aber es war dem Judentum nicht vergönnt, Freiheit und Sicherheit für sein ganzes Volk auf einmal zu erlangen. Vielleicht als Reaktion auf ihre Erholung im Westen erschien mit dem "Antisemitismus" ein neuer Feind - neu deshalb, weil nun, im neunzehnten Jahrhundert, der Angriff nicht mehr aus Gründen des Glaubens, sondern aus Gründen der Rasse erfolgte. Die Bewegung begann um 1880 in Deutschland und breitete sich in Mitteleuropa aus. Der Fall Dreyfus war Beweis genug für den Einfluss, den sie in Frankreich hatte. In der Zwischenzeit hatte sie die alte Intoleranz in Russland wiederbelebt und verstärkt. Von 1881 an war die Lage der Juden in Russland fast so schlimm wie in Westeuropa zur Zeit der Kreuzzüge. Ihr Ausschluss aus ganz Russland mit Ausnahme Polens war noch das geringste Unglück. Eine Reihe von *Pogromen - Massaker*, die von antijüdischen Fanatikern absichtlich angezettelt und von der Regierung geduldet, wenn nicht gar gefördert wurden - wurde initiiert und bis 1910 von Zeit zu Zeit wiederholt. Zehntausende von Juden wurden ermordet. Weitere wurden obdachlos und sind verarmt. Deshalb kam es erneut zu einer Massenmigration nach Westen. Zwischen 1880 und 1910 flohen mindestens drei Millionen Juden aus Osteuropa. Viele fanden Zuflucht auf britischem Boden, in England, Kanada, Australien und Südafrika, aber die große Mehrheit ging in die Vereinigten Staaten. Im Jahr 1870

betrug die Zahl der amerikanischen Juden etwa eine Viertelmillion; heute sind es etwa viereinhalb Millionen. Von den übrigen zwölf Millionen Juden in der Welt leben etwa zehn Millionen in Europa und davon etwa neun Millionen in Mittel- und Osteuropa.

3. Zionismus.

22. Während die Juden also über die ganze Welt verstreut waren, hatten sie Palästina nie vergessen. Wenn die Christen durch die Bibel mit der Physiognomie des Landes, seinen Ortsnamen und den Ereignissen, die sich vor mehr als zweitausend Jahren ereignet haben, vertraut geworden sind, so ist die Verbindung, die die Juden mit Palästina und seiner vergangenen Geschichte verbindet, für sie viel enger und intimer. Das Judentum und sein Ritual sind in diesen Erinnerungen verwurzelt. Es genügt, die Tatsache zu erwähnen, dass die Juden, wo immer sie sich befinden, immer noch um Regen beten, wenn er in Palästina gebraucht wird. Und dieselbe Hingabe an das Land Israel, *Eretz Israel*, dasselbe Gefühl der Verbannung von dort, durchdringt das jüdische säkulare Denken. Einige der schönsten hebräischen Gedichte, die in der Diaspora geschrieben wurden, sind wie die Psalmen der Gefangenschaft von der Sehnsucht nach der Rückkehr nach Zion inspiriert.

23. Es handelt sich auch nicht um eine rein geistige oder intellektuelle Verbindung. Seit dem Untergang des jüdischen Staates haben immer oder fast immer einige Juden in Palästina gelebt. Unter arabischer Herrschaft gab es bedeutende jüdische Gemeinden in den wichtigsten Städten. In der Zeit der Kreuzzüge und während der Mongoleninvasionen wurden sie fast, aber nicht vollständig ausgelöscht. Unter osmanischer Herrschaft erholten sie sich langsam wieder. Von Zeit zu Zeit kamen neue Einwanderer, im sechzehnten Jahrhundert aus Spanien und im siebzehnten aus Osteuropa. Sie ließen sich vor allem in Galiläa nieder, in zahlreichen Dörfern, die sich nach Norden hin bis zum Libanon ausdehnten, sowie in den Städten Safad und Tiberias. Safad, in dem nach jüdischer Überlieferung im 16. Jahrhundert bis zu 15 000 Juden lebten, wurde zu einem Zentrum der rabbinischen Gelehrsamkeit und übte einen tiefgreifenden Einfluss auf das jüdische Denken in der gesamten Diaspora aus. Es gab keine Spaltung zwischen den Juden in Galiläa und den muslimischen und christlichen Bauern, unter denen sie lebten. Sie sprachen Arabisch; außer in ihrer Abstammung und ihrer Religion unterschieden sie sich kaum von ihren Nachbarn, und sie waren den Überfällen marodierender Stammesangehöriger vom Libanon oder von der anderen Seite des Jordans gleichermaßen ausgesetzt. Diese Überfälle nahmen in dem Maße zu, wie sich die öffentliche Sicherheit verschlechterte. Galiläa schrumpfte beständig. Vor hundert Jahren gab es nur etwa 4.000 Juden in Safad und etwa 3.000 in Tiberias. In ganz Palästina gab es im Jahr 1845 nicht mehr als 12.000 Juden. Doch so gering ihre Zahl auch war, die Existenz dieser Juden in Palästina bedeutete für das gesamte Judentum viel. Scharen von armen und unwissenden Juden in den Ghettos Osteuropas fühlten sich gewissermaßen durch diesen Rest ihrer Rasse vertreten, der sich im Lande gegen den Tag der Ankunft des Messias behauptete.

24. Dieser Glaube an die göttliche Verheißung einer späteren Rückkehr nach Palästina erklärt weitgehend die Standhaftigkeit, mit der die Juden in der Diaspora an ihrem Glauben festhielten und Verfolgungen ertrugen. Die Aufregung, die im gesamten Judentum durch das gelegentliche Auftauchen eines "falschen Messias" ausgelöst wurde, zeigt, wie real und stark dieser Glaube war. Aber zumindest unter den gebildeten Juden setzte mit dem neunzehnten Jahrhundert ein Wandel ein. Einerseits bekamen die alten Prophezeiungen unter dem Einfluss des "Modernismus" eher eine symbolische als eine konkrete Bedeutung. Die messianische Wiederherstellung würde eine Wiedergeburt des jüdischen Glaubens und seine Ausbreitung unter den Heiden sein. Der Tempel würde wieder aufgebaut werden, aber nicht mit Händen. Andererseits schien die Emanzipation der Juden in der westlichen Welt das Bedürfnis nach mehr als einer geistigen Heimat in Palästina zu beseitigen. Die Juden, so dachte man, würden sich in das Leben der Länder einfügen, in denen sie lebten. Mit Ausnahme ihres Glaubens und ihrer Rasse würden sie Engländer, Franzosen, Deutsche oder Amerikaner werden. Und man hoffte, dass sich dieser Prozess der Freizügigkeit und Assimilierung bald auf Osteuropa ausweiten würde.

25. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wurde deutlich, dass das jüdische Problem nicht so einfach zu lösen war. Das Aufkommen und die Ausbreitung des Antisemitismus, die in der Dreyfus-Affäre und den russischen *Pogromen* gipfelten, zeigten, dass selbst im Westen der neue Status der Juden nicht sicher war und dass es ihnen im Osten kaum besser ging als im Mittelalter. Für die Juden in Osteuropa, damals wie heute die große Mehrheit des Weltjudentums, schien die einzige Hoffnung auf Befreiung erneut in der physischen Flucht, in der Auswanderung in großem Stil zu liegen. Die große Mehrheit der Flüchtlinge ging, wie wir gesehen haben, nach Westen; eine Minderheit aber folgte dem alten Ruf ihres Glaubens und machte sich auf den Weg nach Palästina. Die Bewegung hatte ihren Ursprung in Russland, wurde aber vom westlichen Judentum unterstützt. Bereits 1860 wurde in Frankreich die Alliance Israelite Universelle zur Unterstützung verfolgter Juden gegründet, und einige Jahre später eröffnete sie in der Nähe von Jaffa eine Landwirtschaftsschule. Eine ähnliche anglo-jüdische Vereinigung wurde 1871 gegründet. Die wirksamste Hilfe für die Ansiedlung von Juden in Palästina leistete jedoch Baron Edmond de Rothschild, der sich zwischen 1883 und 1900 für eine Gruppe von sieben "Pionierkolonien" verantwortlich zeigte und einen Fonds zur Aufrechterhaltung und Ausweitung des Kolonisierungsprozesses einrichtete.

26. Die Folge dieser neuen Bewegung war ein erheblicher Anstieg der Zahl der Juden in Palästina. Im Jahr 1881 waren es etwa 25.000, im Jahr 1914 über 80.000. Der Großteil der Einwanderer siedelte sich in Jerusalem, Haifa, Jaffa und deren Vororten an, aber fast 12.000 von ihnen lebten auf dem Land, verteilt auf dreiundvierzig "Kolonien". Ob in der Stadt oder in der Landwirtschaft, es gab einen Unterschied zwischen den Neuankömmlingen und den alten jüdischen Bewohnern Palästinas - ein Unterschied, der in späteren Jahren noch deutlicher werden sollte. Die alten Bewohner, vor allem in den "heiligen Städten" im Bergland - Hebron im Süden, Safad und Tiberias im Norden -

hatten sich schon lange an das Leben unter den Arabern angepasst. Doch die neuen Einwanderer brachten eine neue Idee mit. Sie wollten sich nicht mit dem Leben in Palästina, wie sie es vorfanden, arrangieren. Sie wollten sich ein eigenes Leben schaffen, eine jüdische Gesellschaft aufbauen und sie zum Träger einer Wiederbelebung der jüdischen Kultur machen. Diese neue Idee wurde als Zionismus bekannt.

27. Der Zionismus ist in seiner negativen Seite ein Glaubensbekenntnis der Flucht, aber nicht so sehr der Flucht vor den physischen Gefahren als vielmehr vor den psychologischen Nachteilen des jüdischen Lebens in der Diaspora. Er appellierte in der Tat mit besonderer Kraft an die emanzipierten, intellektuellen Juden in den westlichen Ländern, wo ihr Leben und ihre Freiheit vollkommen sicher waren. Der Ursprung dieser Bewegung war die wachsende Überzeugung, dass Enfranchisement und Assimilation das jüdische Problem niemals lösen würden. Dieser doppelte Prozess hatte bereits eine alarmierende Reaktion hervorgerufen, und es war denkbar, dass sich der kontinentale Antisemitismus über den Kanal und den Atlantik ausbreiten würde. Aber ganz abgesehen davon gab es auch in England oder den Vereinigten Staaten viele Juden, wenn auch bei weitem nicht alle, die das Gefühl hatten, dass sie bei aller Gleichberechtigung und bei allem Aufstieg nicht in vollem Umfang in die Gesellschaft, in der sie lebten, aufgenommen wurden. Ein Jude blieb irgendwie anders und abseits. Wie sehr man ihn auch mochte und respektierte, man dachte und sprach immer von ihm als Jude. Und solange die Juden nicht völlig in einer größeren Gemeinschaft aufgehen, sondern eine eigenständige Gruppe innerhalb dieser bleiben, werden sie immer eine Minderheit sein. Selbst wenn alle nichtjüdischen Nationen tolerant und freundlich zu den Juden wären, wäre die Welt in dieser Hinsicht immer noch ein einziges großes Ghetto. Und es war dieser Minderheitenstatus, so schien es, der die Juden ebenso wie ihre Rasse und ihren Glauben von anderen Menschen unterschied. Alle anderen zivilisierten Völker hatten irgendwo eine Heimat, in der sie die überwältigende Mehrheit waren, ein Land, das sie ihr Eigen nennen konnten, einen Staat, der denjenigen von ihnen, die als Minderheit in anderen Staaten lebten, eine gleichberechtigtere Stellung neben deren Bürgern gab.

28. Der Zionismus hatte auch seine positive Seite. Der Ausbruch aus dem "Minderheitenleben" würde den Juden die Chance geben, zu zeigen, was sie als Juden, als jüdische Gemeinschaft, als jüdische Nation leisten konnten. Sie hatten einmal Geschichte geschrieben. Mit einem eigenen Land könnten sie es wieder schaffen. Und für die meisten Zionisten konnte dieses Land nur Palästina sein. Dieses kleine Land konnte zwar nur einen Bruchteil des Weltjudentums aufnehmen, aber es stand nie zur Debatte, dass alle Juden "nach Hause gehen". Die Ausdehnung des Territoriums war damals eine zweitrangige Überlegung. Das psychologische Bedürfnis würde befriedigt, die Unterlegenheit des Status ausgeglichen werden, wenn die Juden, die nach Palästina zurückkehrten, in die Lage versetzt würden, ein nationales Leben zu führen, wie klein es auch sein mochte. Dieses nationale Leben sollte selbstverständlich wirklich und intensiv national sein. Daher war der Zionismus von Anfang an mit der Wiederbelebung des Hebräischen als gesprochene und beliebte Sprache verbunden. Etwa ein Jahr vor

dem Krieg, als der *Hilfsverein der Deutschen Juden*, ein ähnlicher Verein wie in Frankreich und England, in seinen palästinensischen Schulen Deutsch als Unterrichtssprache forderte, "streikten" die meisten Lehrer, viele Kinder wurden abgezogen, und es wurden neue Schulen rein hebräischer Art gegründet. Der Unterschied zwischen der neuen jüdischen Gemeinde und den alten jüdischen Bewohnern Palästinas war also von Anfang an deutlich.

29. Der Zionismus betrat das Feld der praktischen Politik, als Theodor Herzl, ein Wiener Dramatiker und Journalist, 1897, angespornt durch den Fall Dreyfus, einen Kongress des Weltjudentums in Basel einberief und die Zionistische Organisation gründete. Als ihr erster Präsident setzte er sich dafür ein, vom türkischen Sultan eine Charta für die jüdische Kolonisation in Palästina zu erhalten; da die Türken aber bereits eine deutliche Abneigung gegen die seit Anfang der achtziger Jahre zunehmende jüdische Einwanderung gezeigt hatten, erkannte er die Notwendigkeit, die Unterstützung einer mächtigen europäischen Regierung zu erhalten, und wandte sich zu diesem Zweck an England. Die Idee der Wiederansiedlung der Juden in Palästina hatte dort mehr Aufmerksamkeit erregt als anderswo. Bereits 1840 hatte Lord Shaftesbury einen Plan zur jüdischen Kolonisierung unter internationaler Garantie vorgeschlagen, um den "Reichtum und die Industrie des jüdischen Volkes" für die wirtschaftliche Entwicklung eines rückständigen Gebiets zu nutzen. George Eliot und Laurence Oliphant hatten das zionistische Ideal klar formuliert und warmherzig befürwortet. Unter den englischen Juden waren seine prominentesten Verfechter der junge Disraeli und Sir Moses Montefiore. Aber die britische Regierung war nicht in der Lage, dem Sultan den Zionismus aufzuzwingen; und abgesehen von der Entsendung einer Expedition zur Erkundung des Teils des Sinai, der innerhalb der ägyptischen Grenze lag, wurden keine praktischen Fortschritte gemacht, bis im Jahre 1903 auf Veranlassung von Mr. Joseph Chamberlain, damals im Kolonialministerium tätig, den Außenminister Lord Lansdowne ermächtigte, den Zionisten ein Stück Land im Hochland von Britisch-Ostafrika für die Gründung einer jüdischen Kolonie mit vollen Befugnissen der lokalen Autonomie unter der "allgemeinen Kontrolle" der britischen Regierung anzubieten. Es war ein bemerkenswertes Angebot, das viele Zionisten in Versuchung führte. Aber die Mehrheit lehnt es vehement ab. Für sie war es unvorstellbar, dass die Juden ihr nationales Leben in einem anderen Land als der alten Heimat wiederherstellen könnten; und unterstützt durch einen nicht sehr günstigen Bericht über die Bedingungen in Ostafrika, setzten sie sich leicht durch.

Die Hoffnungen des Zionismus richteten sich also nach wie vor auf Palästina und nur auf Palästina, als der Weltkrieg ausbrach und als der Eintritt des türkischen Reiches an der Seite der Mittelmächte deutlich machte, dass am Ende der Kämpfe die Kontrolle über Palästina und seine Geschicke von den Türken in andere Hände übergegangen sein könnte.

KAPITEL II

DEN KRIEG UND DAS MANDAT.

1. Der arabische Aufstand.

1. Viele Jahre vor dem Krieg waren die arabischen Provinzen des türkischen Reiches unter der Herrschaft des Sultans in Konstantinopel unruhig gewesen, und die türkische Armee war oft damit beschäftigt gewesen, die Ausbrüche der freigeistigen Stammesangehörigen auf der arabischen Halbinsel zu unterdrücken. Nicht weniger gefährlich für die osmanische Vorherrschaft war das Aufkommen einer nationalistischen Bewegung unter der jungen *Intelligenz* in Syrien. Ihr Ursprung lässt sich auf das um 1860 erwachende neue Interesse an der arabischen Geschichte und Kultur zurückführen. Es wurden Gesellschaften für das Studium des arabischen goldenen Zeitalters und die Wiederbelebung der arabischen Literatur gegründet. Die Bewegung erhielt Auftrieb durch die Gründung des Syrian Protestant College im Jahr 1866 unter amerikanischer Schirmherrschaft, das bald im gesamten Nahen Osten als Roberts College bekannt wurde. Es leistete bewundernswerte Arbeit, indem es die Jugend Syriens mit den Ideen der westlichen Welt vertraut machte; dazu gehörten auch die Ideen der Selbstverwaltung und der Nationalität, und der Nationalismus wurde durch die amerikanische Erziehung in Syrien ebenso unweigerlich angeregt wie durch die britische Erziehung in Indien. Mehr als eine Generation lang machte die Sache unter der despotischen Herrschaft von Abdul Hamid kaum Fortschritte, doch der *Staatsstreich* der Jungtürken im Jahr 1908 schien für einen Moment ein neues Zeitalter der Freiheit im gesamten Reich zu eröffnen. Dem Sultan wurde eine Verfassung abgetrotzt, die auf der Vertretung aller Provinzen beruhte. Im ersten Parlament waren die syrischen Araber jedoch im Unterhaus stark unterrepräsentiert und hatten nur drei von vierzig Sitzen im Oberhaus; und es war bald klar, dass die Hoffnungen auf autonome arabische Provinzen, in denen sich das arabische Leben und die arabische Kultur voll entfalten konnten, enttäuscht werden würden. Das effiziente Komitee für Union und Fortschritt stand für Zentralisierung, nicht für lokale "Selbstverwaltung", für "Türkisierung" und nicht für eine arabische *Renaissance*. Der arabische Nationalismus wurde so in den Untergrund getrieben. Ab 1909 wurden in Paris, Konstantinopel, Kairo, Damaskus und Beirut Geheimgesellschaften gegründet; 1913 wurde in Paris ein arabischer Kongress abgehalten, und die Idee eines allgemeinen arabischen Aufstandes bei günstiger Gelegenheit und die Schaffung eines freien und vereinigten arabischen Staates mit der Hauptstadt Damaskus setzte sich durch. Die türkische Regierung war sich dieser aufrührerischen Propaganda durchaus bewusst und tat, was sie konnte, um sie zu unterdrücken. Der Prozess gegen Aziz Ali im Jahr 1914 erregte in Westeuropa große Aufmerksamkeit.

2. Dies war die Situation, als das Osmanische Reich am 31. Oktober 1914 in den Krieg eintrat. Die alliierten Mächte sahen sofort zwei Gefahren. Syrien und Palästina

könnten zur Basis für einen türkisch-deutschen Angriff auf den Suezkanal werden, und das Ansehen des Kalifats könnte dazu benutzt werden, den gesamten Islam in einem *Dschihad* oder Heiligen Krieg gegen die Alliierten aufzubringen. Um der ersten Gefahr zu begegnen, wurden Truppen in Ägypten konzentriert. Um der zweiten Gefahr zu begegnen, wurden Verhandlungen mit Hussein, dem Scherifen und Emir von Mekka und erblichen Wächter der heiligen Stätten der Muslime in Mekka und Medina, aufgenommen. Hussein und sein Volk hegten seit langem ähnliche Ideen, das türkische Joch abzuschütteln, wie die syrischen Nationalisten, und es wurde ihm angedeutet, dass seine Teilnahme am Krieg auf Seiten der Alliierten zu diesem Ergebnis führen könnte. Als der Sultan-Kalif im November in Konstantinopel den *Dschihad* ausrief, weigerte sich Hussein, ihn in den Moscheen der Heiligen Städte predigen zu lassen. Er unternahm jedoch keine weiteren Schritte, und der nächste Schritt kam von britischer Seite. Im Juni 1915 wurde die britische Politik in Bezug auf die Zukunft von Arabia Proper durch die Herausgabe einer Proklamation in Ägypten, dem Sudan und Arabien deutlich gemacht, in der verkündet wurde, dass bei Friedensschluss die Unabhängigkeit der arabischen Halbinsel gesichert sei.

3. Aber es gab noch andere arabische Provinzen im türkischen Reich und andere als britische Interessen, die von einem möglichen Zerfall betroffen waren. Im März 1915 erklärte die französische Regierung, dass Frankreich in diesem Fall die Kontrolle über Syrien beanspruchen würde, einschließlich (wie der Begriff seit langem beinhaltet) Palästina. Dieser Vorschlag wurde von einem Regierungsausschuss erörtert, der im Juni 1915 berichtete, dass der französische Anspruch auf Nordsyrien zugestanden werden sollte, dass aber Jerusalem und ein Teil Palästinas wegen der weltweiten Bedeutung des Heiligen Landes einer internationalen Verwaltung vorbehalten bleiben sollten.

4. In der Zwischenzeit hatte sich das Glück der Alliierten auf diesem Kriegsschauplatz gemehrt. Im Februar 1915 wird der deutsch-türkische Angriff auf den Suezkanal entscheidend zurückgeschlagen. Im April begann die Besetzung von Gallipoli durch die Alliierten, und die Aussichten für die ersten Monate waren so hoffnungsvoll, dass sich im Juli im Osten Gerüchte über den bevorstehenden Fall Konstantinopels verbreiteten. Die arabische Meinung reagierte schnell. Erstens beschloss das geheime nationalistische Komitee in Syrien, die Unabhängigkeitsversprechen der türkischen und der deutschen Regierung abzulehnen und gemeinsame Sache mit dem Scherifen von Mekka zu machen. Zweitens informierte Hussein in einem Schreiben vom 14. Juli 1915 Sir Henry McMahon, den damaligen Hochkommissar in Ägypten, über die Bedingungen, zu denen er bereit war, mit Großbritannien gegen die Türken zusammenzuarbeiten. Die wesentliche Passage des Briefes lautete wie folgt:

"England erkennt die Unabhängigkeit der arabischen Länder an, die im Norden durch Mersina und Adana bis zum 37.⁰ Breitengrad begrenzt werden, auf den Birijik, Urfa, Mardin, Midiat, die Insel Amadia (Jezireh) bis zur Grenze Persiens fallen; im Osten durch die Grenzen Persiens bis zum Golf von Basra; im Süden durch den Indischen Ozean, mit

Ausnahme der Lage von Aden, die so bleiben soll, wie sie ist; im Westen durch das Rote Meer, das Mittelmeer bis nach Mersina".

Dieser Anspruch ging natürlich weit über die bereits zugesagte Unabhängigkeit der arabischen Halbinsel hinaus. Er umfasste fast die gesamte arabische Welt in Asien. Er war eindeutig in nicht geringem Maße von den Ideen des syrischen Nationalismus inspiriert. Sir Henry McMahon erklärte in einer freundlichen und ermutigenden Antwort, dass die Diskussion über die Grenzen verfrüht sei.

5. Einige Wochen zuvor hatte die alliierte Sache einen schweren Rückschlag erlitten. Am 10. August scheiterte der britische Angriff auf Sari Bair von der Suvla-Bucht aus. Der Fall von Konstantinopel schien auf unbestimmte Zeit verschoben zu sein. Die Risiken, denen die Araber ausgesetzt wären, wenn sie sich offen auflehnten, hatten sich offensichtlich erhöht. Im zweiten Brief des Sherifs an Sir Henry McMahon vom 9. September änderte sich daher der Ton.

"Eure Exzellenz werden mich entschuldigen und mir erlauben, klar zu sagen, dass die Kühle und das Zögern in der Frage der Grenzen auf eine Entfremdung oder etwas Ähnliches schließen lassen könnte."

Etwa zur gleichen Zeit, als Sir Henry McMahon dieses Schreiben erhielt, wurde er auch über Gespräche informiert, die mit einem Vertreter des Syrischen Nationalistischen Komitees geführt worden waren, der deutlich machte, dass die Wahl der Araber zwischen den Mittelmächten und den Alliierten von der Art der britischen Zusicherungen hinsichtlich ihrer künftigen Unabhängigkeit abhängen würde. Er erklärte, dass die Araber zwar die Freiheit aller arabischen Länder wünschten, aber die Existenz britischer Interessen im "Irak und französischer Interessen an der syrischen Küste" anerkannten. Sie würden jedoch auf der Unabhängigkeit des syrischen Landesinneren - der Bezirke von Damaskus, Aleppo, Hama und Homs - bestehen. Sir Henry McMahon übermittelte diese Informationen zusammen mit dem Schreiben des Scherifen an Sir Edward Grey im Außenministerium, und er wurde ermächtigt, dem Scherifen in dem von ihm [Sir Henry McMahon] vorgeschlagenen Sinne zu antworten. Am 24. Oktober schrieb er dementsprechend den folgenden Brief an den Sherif:-

" Ich habe Ihren Brief [vom 9. September] mit großer Freude erhalten, und Ihre aufrichtigen und freundlichen Worte haben mir die größte Genugtuung bereitet.

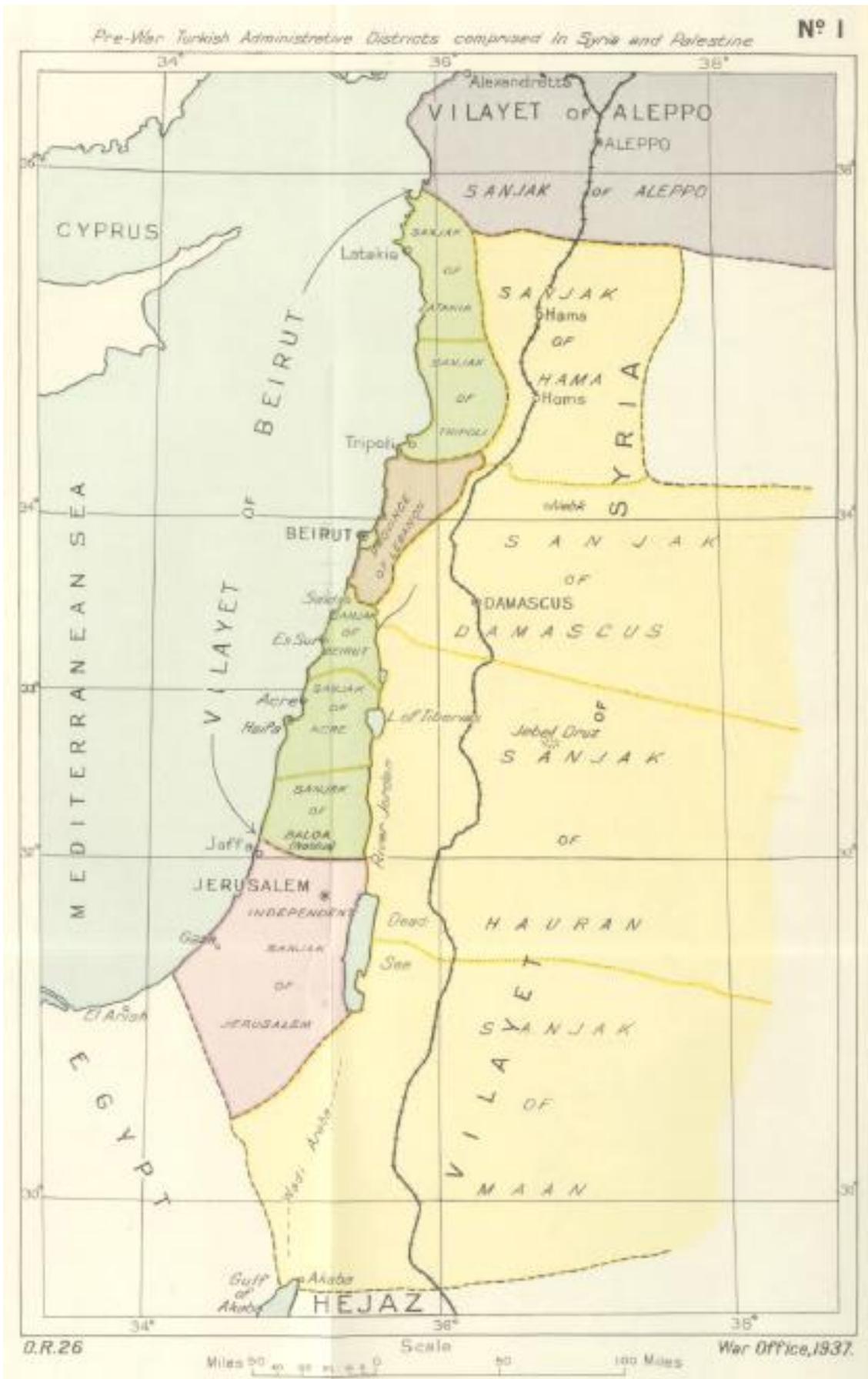
" Ich bedaure, dass Sie aus meinem letzten Brief den Eindruck gewonnen haben, dass ich die Frage der Grenzen mit Kälte und Zögern betrachte; das war nicht der Fall, aber ich hatte den Eindruck, dass der Zeitpunkt noch nicht gekommen war, an dem sie gewinnbringend diskutiert werden konnte.

" Aus Ihrem letzten Schreiben habe ich jedoch entnommen, dass Sie diese Frage als eine lebenswichtige und dringende Angelegenheit betrachten. Ich habe daher keine Zeit verloren, die Regierung Großbritanniens über den Inhalt Ihres Schreibens zu unterrichten, und es ist mir eine große Freude, Ihnen in ihrem Namen die folgende Erklärung zu übermitteln, die Sie sicher mit Genugtuung aufnehmen werden: -

" Die Bezirke Mersina und Alexandretta sowie die Teile Syriens, die *westlich der Bezirke Damaskus, Homs, Hama und Aleppo* liegen, können nicht als rein arabisch bezeichnet werden und sollten von den vorgeschlagenen Grenzen ausgeschlossen werden.

Mit der obigen Änderung und unbeschadet unserer bestehenden Verträge mit den arabischen Häuptlingen akzeptieren wir diese Grenzen und Abgrenzungen, und *in bezug auf die Teile der Gebiete, in denen Großbritannien frei ist, ohne Beeinträchtigung der Interessen seines Verbündeten Frankreich zu handeln*, bin ich ermächtigt, im Namen der Regierung Großbritanniens die folgenden Zusicherungen zu geben und Ihr Schreiben wie folgt zu beantworten: -

" Vorbehaltlich der oben genannten Änderungen ist Großbritannien bereit, die Unabhängigkeit der Araber in den Gebieten anzuerkennen und zu unterstützen, die in den vom Scherifen von Mekka vorgeschlagenen Grenzen liegen. Großbritannien wird die Heiligen Stätten gegen jede äußere Aggression garantieren und ihre Unverletzlichkeit anerkennen.



" Wenn die Lage es zulässt, wird Großbritannien den Arabern mit Rat und Tat zur Seite stehen und ihnen helfen, die am besten geeigneten Regierungsformen in den verschiedenen Gebieten zu schaffen.

" Andererseits wird davon ausgegangen, dass die Araber beschlossen haben, nur den Rat und die Führung Großbritanniens in Anspruch zu nehmen, und dass die europäischen Berater und Beamten, die für den Aufbau einer soliden Verwaltung erforderlich sind, Briten sein werden.

" Was die Dörfer Bagdad und Basra betrifft, so werden die Araber anerkennen, daß die etablierte Position und die Interessen Großbritanniens besondere Maßnahmen der administrativen Kontrolle erfordern, um diese Gebiete vor ausländischer Aggression zu schützen, das Wohlergehen der örtlichen Bevölkerung zu fördern und unsere gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen zu wahren.

" Ich bin davon überzeugt, dass diese Erklärung Ihnen ohne jeden Zweifel die Sympathie Großbritanniens für die Bestrebungen seiner traditionellen Freunde, der Araber, versichern und zu einem festen und dauerhaften Bündnis führen wird, dessen unmittelbare Ergebnisse die Vertreibung der Türken aus den arabischen Ländern und die Befreiung der arabischen Völker von dem türkischen Joch sein werden, das so viele Jahre lang schwer auf ihnen lastete.... "

Von den kursiv gedruckten Passagen ist die zweite im Zusammenhang mit dem Anspruch der französischen Regierung vom März 1915 auf die endgültige Kontrolle über ganz Syrien einschließlich Palästinas von Bedeutung. Aber es ist die erste Passage, auf die sich die anschließende Kontroverse konzentriert hat.

6. Die auf dieser Seite eingefügte Karte zeigt, dass das fragliche Gebiet unter türkischer Herrschaft in drei Verwaltungsgebiete unterteilt war, die Vilayets von Aleppo, Syrien und Beirut. Das Vilayet von Syrien erstreckte sich nach Süden und umfasste das Gebiet, das heute Transjordanien heißt. Das Vilayet von Beirut erstreckte sich im Süden bis in die Nähe von Jaffa. Das übrige Palästina, einschließlich Jerusalem, gehörte zu keinem der Vilayets: Es war ein "unabhängiger Sanjak".

7. Der arabische Standpunkt, der in den uns vom Arab Higher Committee vorgelegten Beweisen ausführlich dargelegt wurde, war immer, dass Palästina zu dem Gebiet gehörte, in dem Sir Henry McMahon die Anerkennung der arabischen Unabhängigkeit versprochen hatte. Die beiden Hauptargumente sind (1), dass, da ein Teil der westlichen Grenze des vom Sherif vorgeschlagenen unabhängigen Gebiets das Mittelmeer war, der Ausschluss der gesamten Mittelmeerküste aus diesem Gebiet nicht beabsichtigt gewesen sein kann, und (2), dass Damaskus der südlichste Punkt war, der erwähnt wurde, und dass Palästina nicht als westlich davon liegend angesehen werden konnte.

8. Wir waren nicht der Ansicht, dass unsere Aufgabenstellung eine detaillierte und langwierige Recherche in den Dokumenten von vor 20 Jahren erforderte, die für eine vollständige erneute Untersuchung dieser Frage notwendig gewesen wäre. Wir halten es für die Zwecke dieses Berichts für ausreichend, festzustellen, dass die britische Regierung den arabischen Fall nie akzeptiert hat. Als sie von der arabischen Delegation 1922 in London zum ersten Mal formell vorgetragen wurde, antwortete der Staatssekretär für die Kolonien (Herr Churchill) wie folgt:

" In diesem Brief [Sir H. McMahons Brief vom 24. Oktober 1915] wird das Versprechen an den Scherifen von Mekka zitiert, die Unabhängigkeit der Araber innerhalb der von ihm vorgeschlagenen Gebiete anzuerkennen und zu unterstützen. Dieses Versprechen wurde jedoch unter einem Vorbehalt gegeben, der in demselben Brief gemacht wurde und der unter anderem die Teile Syriens, die westlich des Bezirks Damaskus liegen, von seinem Geltungsbereich ausschloss. Dieser Vorbehalt wurde von der Regierung Seiner Majestät stets so verstanden, dass er das Vilayet von Beirut und den unabhängigen Sanjak von Jerusalem umfasste. Das gesamte Palästina westlich des Jordans war somit von Sir H. McMahons Zusage ausgeschlossen."

9. Es war in höchstem Maße bedauerlich, dass die britische Regierung unter den Bedingungen des Krieges nicht in der Lage war, dem Scherifen ihre Absicht deutlich zu machen. Palästina wurde, wie bemerkt, in Sir Henry McMahons Schreiben vom 24. Oktober 1915 nicht ausdrücklich erwähnt. Auch später wurde nicht darauf Bezug genommen. In der weiteren Korrespondenz zwischen Sir Henry McMahon und dem Sherif wurden lediglich die Vilayets von Aleppo und Beirut erwähnt, die für die vorliegende Diskussion relevant sind. Der Sherif behauptete, dass diese Vilayets rein arabisch seien; und als Sir Henry McMahon darauf hinwies, dass französische Interessen involviert seien, antwortete er, dass er zwar nicht von seinen vollen Ansprüchen im Norden zurücktrete, aber die Allianz zwischen Großbritannien und Frankreich nicht verletzen wolle und erst nach dem Krieg um das bitten werde, "was wir Frankreich jetzt in Beirut und seinen Küsten überlassen". Es gab keine weiteren Verhandlungen über die Grenzen. Die britische Regierung musste dem Scherifen nur noch die monatliche Subvention in Gold sowie die Gewehre, die Munition und die Lebensmittel liefern, die er für die Auslösung und Aufrechterhaltung des Aufstandes benötigte.

10. In der Zwischenzeit war das französische Interesse an Syrien bekräftigt worden. Im November 1915, kurz nachdem Sir Henry McMahon dem Scherifen sein "Versprechen" gegeben hatte, gab Sir Edward Grey die Anweisung, in London Verhandlungen mit M. Georges Picot, dem Vertreter der französischen Regierung, aufzunehmen, um die britischen, französischen und arabischen Ansprüche im syrischen Gebiet miteinander in Einklang zu bringen. Picot bestand von Anfang an darauf, dass ganz Syrien bis zur ägyptischen Grenze an Frankreich abgetreten werden müsse. Nach Rücksprache mit seiner Regierung stimmte er zu, dass das syrische Hinterland von Arabern unter französischem Einfluss verwaltet werden sollte. Weitere Verhandlungen werden von M. Picot und Sir Mark Sykes geführt, die sich mit der russischen Regierung beraten. Schließlich wurde im Mai 1916 ein Abkommen geschlossen, das gemeinhin als

Sykes-Picot-Abkommen bekannt ist und das arabische Gebiet nördlich der arabischen Halbinsel wie folgt aufteilt

(1) Ein Küstenstreifen von ein wenig nördlich von Haifa bis ein wenig westlich von Mersina sollte von Frankreich kontrolliert werden.

(2) Der südliche Irak, vom Persischen Golf bis etwas nördlich von Bagdad, sollte zusammen mit einer kleinen Enklave um Haifa von Großbritannien kontrolliert werden.

(3) "Um die religiösen Interessen der Entente-Mächte zu sichern, soll Palästina mit den Heiligen Stätten vom türkischen Territorium abgetrennt und einer Sonderregelung unterworfen werden, die im Einvernehmen zwischen Rußland, Frankreich und Großbritannien festgelegt wird."

(4) Der Rest des zur Diskussion stehenden Gebiets wurde "dem arabischen Staat oder Staatenbund" überlassen. Im syrischen Landesinneren würde die von den Arabern gewünschte Beratung und Verwaltungshilfe von Frankreich, im nördlichen Irak und dem Land östlich des Jordans von Großbritannien geleistet.

11. Dieses Abkommen wurde geheim gehalten, bis die russische bolschewistische Regierung im November 1917 eine Kopie davon veröffentlichte, die in den Archiven des Außenministeriums in Petrograd gefunden wurde. In Unkenntnis eines anderen Abkommens als des "McMahon Pledge" erklärte der Scherif im Juni 1916 den Türken den Krieg. Die Geschichte des arabischen Aufstandes ist durch den Ruhm und die Schriften von T. E. Lawrence zu bekannt, als dass sie noch einmal erzählt werden müsste. Ihre wichtigsten Merkmale lassen sich wie folgt zusammenfassen. Ende 1916 hatten die Araber des Hedjaz die isolierten türkischen Stellungen im Süden ihres Landes mit Leichtigkeit überwunden, waren aber nicht in der Lage, die Garnison in Medina, die durch die Hedjaz-Eisenbahn mit den türkischen Hauptkräften im Norden verbunden war, zu vertreiben. Im Laufe des Jahres 1917 wurden die türkischen Stellungen entlang der Strecke immer wieder überfallen und Streckenabschnitte der Bahn zerstört. Als die britische Armee im Herbst 1917 in Palästina einmarschierte, operierten die Araber, von denen einige Tausend zu einer regulären Truppe ausgebildet worden waren, jenseits des Jordans an der äußeren Flanke des Vormarsches. Ihre Mitarbeit war zweifellos ein Faktor für den Erfolg des Feldzugs, der in der Einnahme Jerusalems am 9. Dezember 1917 und in der endgültigen Vertreibung der türkischen Truppen aus Palästina im darauffolgenden Herbst gipfelte. Die offene Revolte des Scherifs hatte außerdem eine deutliche Wirkung auf die schwankenden Sympathien anderer arabischer Stämme als die des Hedschas.

12. Es waren jedoch die eigenen Leute des Scherifen, die die Hauptlast der eigentlichen Kämpfe trugen. Die Araber Palästinas erhoben sich nicht gegen die Türken, und während einige palästinensische Wehrpflichtige desertierten, kämpften andere weiter in der türkischen Armee. Man darf jedoch nicht vergessen, dass ein Aufstand in der Wüste viel einfacher war als in einem Land, das sich noch in türkischer Hand befand

und im Zuge der britischen Invasion einer immer härteren Behandlung ausgesetzt war. Die Türken waren ohnehin in ernster Verlegenheit, weil sie nicht auf die Loyalität der Bevölkerung zählen konnten, und innerhalb ihrer Linien betrieben die syrischen Nationalisten aktiven Aufruhr, für den einige von ihnen den Preis am Galgen bezahlten.

2. Die Balfour-Erklärung.

13. Der Eintritt des türkischen Reiches in den Krieg weckte die Hoffnungen des jüdischen wie des arabischen Nationalismus. Ein Sieg der Alliierten, so schien es, würde den Weg für eine jüdische Rückkehr nach Palästina in weitaus größerem Umfang öffnen, als man es bisher für möglich gehalten hatte. Die zionistischen Führer fassten daher ihre Ideen in einem definitiven Plan zusammen, der den alliierten Regierungen bei der ersten Gelegenheit vorgelegt werden sollte. Ein ernsthaftes Hindernis, der Widerstand der zaristischen russischen Regierung, verlor Ende 1916 an Kraft, und im Februar 1917, als der britische Vormarsch auf Palästina unmittelbar bevorstand, wurden offizielle Verhandlungen zwischen den Zionisten und der britischen Regierung aufgenommen. Ähnliche Verhandlungen fanden auch mit der französischen und der italienischen Regierung statt. In Paris und Rom wie auch in London wurde das zionistische Projekt offiziell gebilligt. Die Veröffentlichung dieser Zustimmung verzögerte sich bis Ende Oktober 1917, als der Erfolg von General Allenbys Invasion in Palästina sicher schien. Am 2. November veröffentlicht die britische Regierung eine politische Erklärung, die später als "Balfour-Erklärung" bekannt wird und die die Form eines Schreibens von Herrn Balfour, dem damaligen Außenminister, an Lord Rothschild hat: -

" Es ist mir eine große Freude, Ihnen im Namen der Regierung Seiner Majestät die folgende Erklärung der Sympathie mit den zionistischen Bestrebungen der Juden zu übermitteln, die dem Kabinett vorgelegt und von diesem gebilligt wurde:

‘ Die Regierung Seiner Majestät betrachtet die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen und wird sich nach besten Kräften bemühen, die Verwirklichung dieses Ziels zu erleichtern, wobei klar ist, dass nichts unternommen werden darf, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nichtjüdischen Gemeinden in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in irgendeinem anderen Land beeinträchtigen könnte.’

" Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung der Zionistischen Föderation zur Kenntnis bringen würden."

14. Der Text der Erklärung war Präsident Wilson vorgelegt und von ihm vor der Veröffentlichung gebilligt worden. Am 14. Februar und am 9. Mai 1918 haben die französische und die italienische Regierung die Erklärung öffentlich gebilligt.

15. Wie der McMahon Pledge war auch die Balfour-Erklärung kein Ausdruck eines völlig neuen Gefühls. So wie die britische Öffentlichkeit vor dem Krieg mit den Opfern des alten osmanischen Regimes sympathisiert hatte, so hatte sie auch mit den Opfern antisemitischer Verfolgung sympathisiert. Aber in beiden Fällen waren der Zeitpunkt und die Art und Weise, in der diese Sympathien in die Tat umgesetzt wurden, durch die

Erfordernisse des Krieges bestimmt. Der damalige Premierminister Lloyd George erklärte in seiner Aussage vor uns, dass die zionistische Sache zwar vor November 1917 in Großbritannien und Amerika breite Unterstützung gefunden hatte, dass aber die Verabschiedung der Balfour-Deklaration zu diesem Zeitpunkt "aus propagandistischen Gründen" erfolgte; und er schilderte die ernste Lage, in der sich die alliierten und assoziierten Mächte damals befanden. Die Rumänen waren niedergeschlagen worden. Die russische Armee war demoralisiert. Die französische Armee war im Moment nicht in der Lage, in großem Umfang in die Offensive zu gehen. Die Italiener hatten bei Caporetto eine schwere Niederlage erlitten. Millionen von Tonnen britischer Schiffe waren von deutschen U-Booten versenkt worden. In den Schützengräben waren noch keine amerikanischen Divisionen verfügbar. In dieser kritischen Situation glaubte man, dass jüdische Sympathie oder das Gegenteil davon einen wesentlichen Unterschied für die Sache der Alliierten ausmachen würde. Insbesondere würde jüdische Sympathie die Unterstützung des amerikanischen Judentums bestätigen und es Deutschland erschweren, seine militärischen Verpflichtungen zu reduzieren und seine wirtschaftliche Position an der Ostfront zu verbessern.

16. Dies waren die Umstände, unter denen die britische Regierung die Balfour-Erklärung abgab.

" Die zionistischen Führer [Herr Lloyd George informierte uns] gaben uns das eindeutige Versprechen, dass sie, wenn die Alliierten sich verpflichten, Erleichterungen für die Errichtung einer nationalen Heimstätte für die Juden in Palästina zu gewähren, ihr Bestes tun würden, um das jüdische Gefühl und die Unterstützung in der ganzen Welt für die Sache der Alliierten zu gewinnen. Sie haben ihr Wort gehalten."

17. Um das Weltjudentum über die Erklärung zu informieren, wurden Millionen von Flugblättern in den jüdischen Gemeinden in Umlauf gebracht. Sie wurden aus der Luft auf deutsche und österreichische Städte abgeworfen und im gesamten jüdischen Gürtel von Polen bis zum Schwarzen Meer verteilt.

18. Inzwischen hatten auch die Mittelmächte den Kriegswert der jüdischen Sympathie erkannt. Zur Zeit der Balfour-Deklaration setzte die deutsche Regierung alles daran, die zionistische Bewegung auf ihre Seite zu ziehen; und nach der Deklaration beeilte sie sich, zusammen mit ihren türkischen Verbündeten, einen Gegenvorschlag zu formulieren. Es sollte eine Art Aktiengesellschaft für deutsche Zionisten gegründet werden. Sie sollte eine begrenzte Form der lokalen Selbstverwaltung und ein Recht auf Einwanderung nach Palästina haben. Ende 1917 war bekannt, dass die Türken bereit waren, einen solchen Plan zu akzeptieren; doch bevor die Zugeständnisse in Konstantinopel endgültig bestätigt wurden, war Palästina in den Händen von General Allenby.

19. Die Tatsache, dass die Balfour-Erklärung 1917 abgegeben wurde, um jüdische Unterstützung für die Alliierten zu gewinnen, und die Tatsache, dass diese Unterstützung gewährt wurde, wird in Palästina nicht ausreichend gewürdigt. Die

Araber scheinen erstens nicht zu begreifen, dass die heutige Lage der gesamten arabischen Welt vor allem den großen Opfern zu verdanken ist, die die alliierten und assoziierten Mächte im Krieg gebracht haben, und zweitens, dass die Balfour-Erklärung, soweit sie zum Sieg der Alliierten beigetragen hat, zur Emanzipation aller arabischen Länder von der türkischen Herrschaft beigetragen hat. Hätten die Türken und ihre deutschen Verbündeten den Krieg gewonnen, wäre es unwahrscheinlich, dass alle arabischen Länder, mit Ausnahme Palästinas, jetzt unabhängige Staaten geworden wären oder kurz davor stünden.

20. Wir müssen uns nun fragen, was die Balfour-Erklärung bedeutete. Wir durften die Unterlagen zu dieser Frage einsehen, und es ist uns klar, dass die Worte "die Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina" das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den Ministern waren, die die letztendliche Errichtung eines jüdischen Staates ins Auge fassten, und denen, die dies nicht taten. Es ist auf jeden Fall offensichtlich, dass die Regierung Seiner Majestät sich nicht zur Gründung eines jüdischen Staates verpflichten konnte. Sie konnte sich nur verpflichten, das Wachstum einer Heimstätte zu erleichtern. Es würde hauptsächlich von dem Eifer und der Unternehmungslust der Juden abhängen, ob das Heim groß genug werden würde, um ein Staat zu werden. Herr Lloyd George, der zu dieser Zeit Premierminister war, teilte uns als Beweismittel mit, dass:-

" Die Idee war, und so wurde sie damals interpretiert, dass ein jüdischer Staat nicht sofort durch den Friedensvertrag gegründet werden sollte, ohne die Wünsche der Mehrheit der Einwohner zu berücksichtigen. Andererseits war vorgesehen, dass, wenn die Zeit gekommen war, Palästina mit repräsentativen Institutionen auszustatten, wenn die Juden in der Zwischenzeit die Gelegenheit wahrgenommen hatten, die ihnen die Idee einer nationalen Heimstätte bot, und eine eindeutige Mehrheit der Einwohner geworden war, Palästina auf diese Weise ein jüdisches Gemeinwesen werden würde."

21. Die Regierung Seiner Majestät war sich also offensichtlich darüber im Klaren, dass ein jüdischer Staat im Laufe der Zeit gegründet werden könnte, aber sie war nicht in der Lage zu sagen, dass dies geschehen würde, und schon gar nicht, es von sich aus herbeizuführen. Die zionistischen Führer erkannten ihrerseits an, dass ein endgültiger jüdischer Staat durch den Wortlaut der Erklärung nicht ausgeschlossen war, und so wurde er auch anderswo verstanden. "Ich bin überzeugt", sagte Präsident Wilson am 3. März 1919, "dass die alliierten Nationen mit der vollsten Zustimmung unserer eigenen Regierung und unseres Volkes darin übereinstimmen, dass in Palästina der Grundstein für ein jüdisches Gemeinwesen gelegt werden soll". General Smuts, der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Erklärung Mitglied des kaiserlichen Kriegskabinetts war, sagte in seiner Rede in Johannesburg am 3. November 1919 einen zunehmenden Strom jüdischer Einwanderung nach Palästina voraus, und "in den kommenden Generationen wird dort wieder ein großer jüdischer Staat entstehen". Lord Robert Cecil im Jahr 1917, Sir Herbert Samuel im Jahr 1919 und Winston Churchill im Jahr 1920 sprachen oder

schrieben in Ausdrücken, die nur bedeuten konnten, dass sie die eventuelle Gründung eines jüdischen Staates in Betracht zogen. Führende britische Zeitungen äußerten sich in ihren Kommentaren zur Erklärung ebenso deutlich.

22. Bleibt noch, die Reaktion der Balfour-Erklärung auf die arabische Meinung zu beschreiben.

Der größte Teil der arabischen Teile des türkischen Reiches, einschließlich des Irak, Syriens und Palästinas, befand sich unter britischer militärischer Besatzung, als die Kämpfe mit den Türken durch den Waffenstillstand vom 30. Oktober 1918 beendet wurden, und die Araber waren in der Hoffnung bestärkt worden, dass der Sieg die volle Verwirklichung ihrer Unabhängigkeit bedeuten würde. Bereits im Januar des Vorjahres hatte einer der "vierzehn Punkte", die von Präsident Wilson als Grundlage für den Frieden festgelegt worden waren und die die alliierten Mächte vorbehaltlos akzeptiert hatten, folgende Worte enthalten:-

" Den türkischen Teilen des gegenwärtigen Osmanischen Reiches sollte eine sichere Souveränität zugesichert werden, aber den anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine unzweifelhafte Sicherheit des Lebens und eine absolut unbehelligte Möglichkeit der autonomen Entwicklung zugesichert werden."

23. Am 7. November gaben die britische und die französische Regierung eine gemeinsame Erklärung ab, deren wesentliche Passagen wie folgt lauten: -

" Das Ziel, das Frankreich und Großbritannien mit der Weiterführung des vom deutschen Ehrgeiz ausgelösten Krieges im Osten verfolgen, ist die vollständige und endgültige Emanzipation der so lange von den Türken unterdrückten Völker und die Einsetzung nationaler Regierungen und Verwaltungen, die ihre Autorität aus der Initiative und der freien Wahl der einheimischen Bevölkerung ableiten.

" Um diese Absichten zu verwirklichen, sind sich Frankreich und Großbritannien darin einig, die Errichtung einheimischer Regierungen und Verwaltungen in Syrien und Mesopotamien, die jetzt von den Alliierten befreit sind, und in den Gebieten, für deren Befreiung sie sich einsetzen, zu fördern und zu unterstützen, und diese anzuerkennen, sobald sie errichtet sind. Sie sind weit davon entfernt, der Bevölkerung dieser Gebiete irgendwelche besonderen Institutionen aufzwingen zu wollen, sondern wollen nur durch ihre Unterstützung und durch angemessene Hilfe das regelmäßige Funktionieren von Regierungen und Verwaltungen sichern, die von der Bevölkerung selbst frei gewählt werden."

Da die Araber Palästina immer als zu Syrien gehörig betrachtet hatten, schien diese Ankündigung alles zu versprechen, was sie sich wünschten. Umso größer war ihre Enttäuschung, als sie erfuhren, dass die Siegermächte vorschlugen, Palästina nicht nur von Syrien zu trennen, sondern es unter eine besondere Regierungsform zu stellen, um die Politik der Balfour-Erklärung umzusetzen. Der Scherif Hussein und sein Sohn, der Emir Feisal, die die Araber des Hedschas im Krieg angeführt hatten, sahen in dieser Politik einen Bruch des "McMahon Pledge", des einzigen Vertrags, den sie bis dahin kannten. Und selbst wenn sie das Versprechen dahingehend interpretiert hätten, dass Palästina nicht unabhängig, sondern französischer oder britischer oder internationaler

Kontrolle vorbehalten sei, hätten sie nicht voraussehen können, dass diese Kontrolle auch die Errichtung einer jüdischen Heimstätte umfassen könnte.

24. Palästina war jedoch ein relativ kleines Gebiet, und Ende 1918 waren der Scherif und seine Familie weit davon entfernt, ihre Ambitionen zu verwirklichen. Die gesamte arabische Welt war von der türkischen Despotie befreit worden. Das Ansehen des osmanischen Kalifen war geschwächt, und der Scherif von Mekka war zum König des Hedschas ernannt worden, der als souveräner Staat anerkannt wurde und im Begriff war, mit dem Emir Feisal als Hauptvertreter an der Friedenskonferenz in Paris teilzunehmen. Im Norden mag die Zukunft noch ungewiss sein, aber die arabische Position ist im Moment *de facto* stark. Der Emir Feisal war in der ersten Oktoberwoche an der Spitze der arabischen Reiter nach Damaskus geritten und hatte mit Erlaubnis von General Allenby die arabische Flagge gehisst.

25. Als der Emir Feisal daher nach London und Paris kam, wurde er davon überzeugt, die Politik der Balfour-Erklärung nicht nur zu akzeptieren, sondern zu begrüßen. In seinem Lager östlich des Jordans hatte er im Sommer zuvor Dr. Chaim Weizmann kennengelernt, der sich durch seine chemischen Entdeckungen um die Sache der Alliierten im Krieg verdient gemacht hatte und eine führende Rolle in der zionistischen Bewegung und bei der Diskussion der Balfour-Erklärung gespielt hatte. Es war ihm gelungen, den Emir von den Vorteilen zu überzeugen, die die jüdische Heimstätte für ganz Palästina mit sich bringen würde, und ein Memorandum, das der Emir auf der Pariser Konferenz vorlegte, war äußerst versöhnlich:-

" In Palästina ist die große Mehrheit der Bevölkerung Araber. Die Juden sind den Arabern blutsverwandt, und es gibt keinen charakterlichen Konflikt zwischen den beiden Rassen. In den Grundsätzen sind wir uns absolut einig. Dennoch können die Araber es nicht riskieren, die Verantwortung dafür zu übernehmen, das Zünglein an der Waage im Kampf der Rassen und Religionen zu spielen, der in dieser einen Provinz die Welt so oft in Schwierigkeiten gebracht hat. Sie würden sich die wirksame Überlagerung eines großen Treuhänders wünschen, solange sich eine repräsentative lokale Verwaltung durch aktive Förderung des materiellen Wohlstands des Landes auszeichnet."

Ein noch gewichtigerer Beweis für das gute Einvernehmen war das Abkommen, das am 3. Januar 1919 von Emir Feisal, "in Vertretung und im Namen des arabischen Königreichs Hedjas", und Dr. Weizmann, "in Vertretung und im Namen der Zionistischen Organisation", unterzeichnet wurde. Darin verpflichteten sich die Parteien zu einer herzlichen Zusammenarbeit zwischen "dem arabischen Staat und Palästina", zur Annahme der Balfour-Erklärung und zur Förderung der Einwanderung von Juden in großem Umfang nach Palästina und ihrer raschen Ansiedlung in dem Land. Der Emir fügte diesem Abkommen einen Vorbehalt hinzu, der besagt, dass seine Ausführung von der Erfüllung der arabischen Unabhängigkeitsforderungen abhängt, die er der Friedenskonferenz unterbreitet hat.

" Wenn Änderungen vorgenommen werden, kann ich nicht für die Nichteinhaltung dieser Vereinbarung verantwortlich gemacht werden".

26. Als Emir Feisal dieses Abkommen im Namen seines Vaters abschloss, vertrat er zwar nicht direkt die Araber Palästinas, aber die Araber betrachteten, wie bereits erwähnt, Syrien als ein Land, und in Syrien war die Führung des Emirs akzeptiert worden. Hätten sich seine Hoffnungen tatsächlich erfüllt, wäre die Entwicklung der Lage in Palästina vielleicht viel friedlicher verlaufen, als sie es war. So aber markiert das Abkommen den einzigen kurzen Moment in der ganzen Geschichte, in dem eine echte Harmonie zwischen arabischer und jüdischer Staatskunst hergestellt wurde. Wenn König Hussein und der Emir Feisal ihren großen arabischen Staat sicherten, würden sie den Juden ein kleines Palästina zugestehen.

27. Achtzehn Monate später, am 12. Juli 1920, wiederholte Lord Balfour in einer oft zitierten Rede die Idee eines Kompromisses auf dieser Grundlage. Unter Bezugnahme auf die Schwierigkeiten, die dem Zionismus im Wege standen, sagte er:-

" Ich bin mir nicht sicher, ob ich unter diesen Schwierigkeiten nicht die unvermeidliche Schwierigkeit der Behandlung der arabischen Frage, wie sie sich innerhalb der Grenzen Palästinas stellt, an die erste Stelle setze, oder zumindest an die erste. Sie erfordert Takt, sie erfordert Urteilsvermögen, sie erfordert vor allem wohlwollende Sympathie auf jüdischer und arabischer Seite. Was die Araber betrifft - *eine* große, interessante und anziehende Rasse -, so hoffe ich, dass sie sich daran erinnern werden, dass ... die Großmächte, und unter allen Großmächten ganz besonders Großbritannien, sie, die arabische Rasse, von der Tyrannei ihres brutalen Eroberers befreit haben, der sie viele Jahrhunderte lang unter seiner Ferse gehalten hatte. Ich hoffe, sie werden sich daran erinnern, dass wir es waren, die die unabhängige arabische Souveränität des Hedschas begründet haben. Ich hoffe, sie werden sich daran erinnern, dass wir es sind, die in Mesopotamien den Weg für die Zukunft eines selbstverwalteten, autonomen arabischen Staates ebnen wollen. Und ich hoffe, dass sie, wenn sie sich an all das erinnern, diesen kleinen Fleck nicht missgönnen werden - er ist geographisch nicht mehr, was auch immer er historisch sein mag -, diesen kleinen Fleck in dem, was jetzt arabische Gebiete sind, die dem Volk gegeben werden, das seit all diesen Jahrhunderten davon getrennt war."

28. Lord Balfour erwähnte Syrien nicht. Zum Zeitpunkt seiner Rede wurde die Chance auf eine einvernehmliche Regelung auf der Grundlage der Zusammenarbeit zwischen König Hussein und dem Emir Feisal durch die Politik der französischen Regierung zunichte gemacht, die sich nie an das "McMahon-Versprechen" gehalten hatte und sich vehement gegen die Errichtung eines arabischen Staates unter der Kontrolle des Emirs Feisal in Damaskus aussprach. Der Emir seinerseits war, gestützt auf eine starke Volksstimmung in Syrien, entschlossen, sich den Ansprüchen Frankreichs zu widersetzen. Im März 1920 wurde er von einem Kongress syrischer Persönlichkeiten zum König von Syrien und Palästina ausgerufen. Ende August wurde Damaskus von einer französischen Armee besetzt und der Emir aus Syrien vertrieben. Ein Jahr später wurde er zum König des Irak ernannt, und in der Zwischenzeit war sein Bruder Abdullah Emir des Teils des historischen Palästinas östlich des Jordans

geworden, der unter dem Namen Transjordanien dem Gebiet der arabischen Unabhängigkeit gemäß dem "McMahon Pledge" zugeteilt worden war. Die königliche Familie des Hedschas hatte also nicht schlecht abgeschnitten, aber die Hoffnung, das Palästina-Problem einvernehmlich lösen zu können, war gestorben. Das Feisal-Weizmann-Abkommen konnte nicht in Kraft treten: Die damit verbundene Bedingung war nicht erfüllt worden. So flammte die alte Feindseligkeit der syrischen Araber gegen die Teilung des Landes und die Umsetzung der Balfour-Erklärung wieder auf. 1920 und 1921 kam es in Palästina zu gewaltsamen arabischen Ausbrüchen gegen die Juden, wie im nächsten Kapitel beschrieben wird. Der Konflikt zwischen arabischem und jüdischem Nationalismus hatte begonnen.

3. Der Zeitraum der Verzögerung.

29. In der Zwischenzeit hatte das "Sonderregime", unter dem Palästina regiert werden sollte, noch keine genaue und rechtliche Form angenommen. Am 30. Januar 1919 hatte der Oberste Rat der Friedenskonferenz beschlossen, dass die eroberten arabischen Provinzen nicht wieder unter türkische Herrschaft gestellt werden sollten. Am 3. Februar legt die Zionistische Organisation einen Resolutionsentwurf vor, der ihren Plan zur Umsetzung der Balfour-Erklärung enthält. Am 27. Februar erscheinen ihre Führer vor dem Obersten Rat und erläutern den Plan. Ein detaillierterer Plan, datiert auf den 28. März, wurde von Herrn Felix Frankfurter, einem bedeutenden amerikanischen Zionisten, ausgearbeitet. Aus diesen und anderen Dokumenten und Aufzeichnungen geht hervor, dass das zionistische Projekt bereits in diesen frühen Tagen so etwas wie die Form des Mandats, wie wir es kennen, angenommen hatte. Das Recht der Juden, aus historischen Gründen ihre nationale Heimstätte in Palästina wieder zu errichten, wurde bekräftigt. Die jüdische Einwanderung und die enge Besiedlung des Landes sollten gefördert werden. Ein Gremium, das die Juden Palästinas und der ganzen Welt vertritt, sollte mit der Mandatsverwaltung zusammenarbeiten. Das jüdische Bildungswesen sollte in jüdischer Hand liegen. Die lokale Selbstverwaltung sollte gefördert werden.

30. Es wurde nie bezweifelt, daß das Experiment von einer der Großmächte kontrolliert werden mußte; und zu diesem Zweck wurde in Übereinstimmung mit der Vorstellung des Emirs Feisal von einem "großen Treuhänder" und mit den Wünschen der Zionisten vereinbart, daß Palästina seinen Platz im neuen Mandatssystem haben sollte, das eines der auffälligsten Merkmale des Völkerbündspakts war. Die Grundsätze dieses Systems wurden in Artikel 22 formuliert, der wie folgt lautet:-

" Auf die Kolonien und Territorien, die infolge des letzten Krieges nicht mehr unter der Souveränität der Staaten stehen, die sie früher regiert haben, und die von Völkern bewohnt werden, die noch nicht in der Lage sind, unter den harten Bedingungen der modernen Welt zu bestehen, sollte der Grundsatz angewandt werden, dass das Wohlergehen und die Entwicklung dieser Völker ein heiliges Vertrauen der Zivilisation bilden, und dass die Sicherheiten für die Erfüllung dieses Vertrauens in diesem Pakt verankert werden sollten.

" Die beste Methode, diesen Grundsatz in die Praxis umzusetzen, besteht darin, die Vormundschaft über diese Völker fortgeschrittenen Nationen anzuvertrauen, die aufgrund ihrer Mittel, ihrer Erfahrung oder ihrer geographischen Lage diese Verantwortung am besten übernehmen können und bereit sind, sie zu übernehmen, und dass diese Vormundschaft von ihnen als Mandatare im Namen der Liga ausgeübt werden sollte.

" Der Charakter des Mandats muss je nach der Entwicklungsstufe des Volkes, der geographischen Lage des Gebiets, seinen wirtschaftlichen Bedingungen und anderen ähnlichen Umständen unterschiedlich sein.

" Bestimmte Gemeinschaften, die früher zum türkischen Reich gehörten, haben ein Entwicklungsstadium erreicht, in dem ihre Existenz als unabhängige Nationen vorläufig anerkannt werden kann, wobei sie von einem Mandatsträger verwaltungstechnisch beraten und unterstützt werden, bis sie in der Lage sind, allein zu bestehen. Die Wünsche dieser Gemeinschaften müssen bei der Auswahl des Mandatsträgers eine wichtige Rolle spielen.

" Andere Völker, insbesondere die Völker Zentralafrikas, sind so weit fortgeschritten, dass die Mandatsmacht die Verwaltung des Gebietes unter Bedingungen übernehmen muss, die die Gewissens- und Religionsfreiheit gewährleisten, nur die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Moral, das Verbot von Missbräuchen wie Sklaven-, Waffen- und Alkoholhandel, die Verhinderung der Errichtung von Befestigungen oder Militär- und Marinestützpunkten und der militärischen Ausbildung der Eingeborenen zu anderen als polizeilichen Zwecken und zur Verteidigung des Gebietes, sowie die Sicherstellung der Gleichberechtigung von Handel und Gewerbe mit anderen Mitgliedern der Liga.

" Es gibt Gebiete, wie z.B. Südwestafrika und bestimmte Inseln im Südpazifik, die aufgrund ihrer geringen Bevölkerungszahl, ihrer geringen Größe, ihrer Abgelegenheit von den Zentren der Zivilisation, ihrer geographischen Nähe zum Mandatsgebiet und anderer Umstände am besten nach den Gesetzen des Mandatsgebietes als integrale Teile seines Territoriums verwaltet werden können, vorbehaltlich der oben erwähnten Schutzmaßnahmen im Interesse der einheimischen Bevölkerung.

" In jedem Fall eines Mandats legt der Mandatar dem Rat einen Jahresbericht über das ihm anvertraute Gebiet vor.

" Der Grad der Autorität, der Kontrolle oder der Verwaltung, der vom Mandatsträger ausgeübt werden soll, wird, wenn nicht vorher von den Mitgliedern der Liga vereinbart, in jedem Einzelfall vom Rat ausdrücklich festgelegt.

" Es wird eine ständige Kommission eingesetzt, die die Jahresberichte der Beauftragten entgegennimmt und prüft und den Rat in allen Fragen berät, die mit der Erfüllung der Beauftragten zusammenhängen."

31. Der Vertrag von Versailles und der Pakt wurden am 28. Juni 1919 unterzeichnet; aber der Fortschritt bei der Regelung der Angelegenheiten Palästinas wurde gebremst, zum Teil durch den Widerstand einflussreicher nicht-zionistischer Juden in England und Frankreich gegen die Politik der Balfour-Erklärung, vor allem aber durch internationale Komplikationen und insbesondere das durch die Ereignisse in Syrien geschaffene Hindernis für eine einfache Zusammenarbeit zwischen der französischen und der

britischen Regierung. Ein entscheidender Punkt war jedoch geklärt, nämlich die Frage, wer das Mandat übernehmen sollte. Der vierte Absatz von Artikel 22 des Paktes schrieb vor, dass für "bestimmte Gemeinschaften, die früher zum türkischen Reich gehörten", "die Wünsche dieser Gemeinschaften bei der Auswahl des Mandatsträgers eine Hauptrolle spielen müssen"; und Präsident Wilson drängte auf die Entsendung einer interalliierten Kommission nach Syrien und Palästina, um die Wünsche ihrer Völker zu erfahren. Da dieses Vorhaben scheiterte, entsandte er eine inoffizielle amerikanische Kommission, die im Juni und Juli 1919 beide Länder bereiste und privat berichtete, dass die Araber die völlige Unabhängigkeit eines vereinigten Syriens und Palästinas wünschten, dass aber, wenn eine Überwachung notwendig sei, ihre erste Wahl die Vereinigten Staaten seien, ihre zweite Großbritannien. Die Zionisten hatten ihre Wünsche bereits zu einem früheren Zeitpunkt geäußert. Am 18. Dezember 1918 hatte der Amerikanisch-Jüdische Kongress eine Resolution verabschiedet, in der er "die Treuhänderschaft Großbritanniens" forderte, und dieselbe Forderung wurde in dem Plan erhoben, den die Zionistische Organisation dem Obersten Rat am 3. Februar 1919 vorlegte:.

" Die Wahl Großbritanniens als Mandatsmacht wird damit begründet, dass dies der Wunsch der Juden der Welt sei und der Völkerbund bei der Auswahl der Mandatsmacht so weit wie möglich dem Wunsch des Volkes folgen werde."

32. Obwohl die Annahme dieses Antrags die Situation im östlichen Mittelmeerraum, wie sie im Sykes-Picot-Abkommen vorgesehen war, erheblich verändern würde, stimmte die französische Regierung zu, und am 25. April 1920 teilte der Oberste Rat in San Remo das Mandat für Syrien Frankreich und die Mandate für Mesopotamien (Irak) und Palästina Großbritannien zu, das für die Umsetzung der Balfour-Erklärung verantwortlich sein sollte.

33. Der nächste Schritt war die Unterzeichnung des Vertrags von Sèvres am 10. August. Er bestätigt die *faktische* Ausgliederung der türkischen Provinzen aus dem türkischen Reich, unterscheidet aber hinsichtlich ihrer künftigen Regierung zwischen Syrien und Irak einerseits und Palästina andererseits. In Artikel 94 wurden die beiden erstgenannten Gebiete "in Übereinstimmung mit Artikel 22 Absatz 4" des Paktes "vorläufig als unabhängige Staaten anerkannt, die bis zu dem Zeitpunkt, an dem sie in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen, der administrativen Beratung und Unterstützung durch ein Mandat unterliegen". In Artikel 95 wurde vereinbart, "in Anwendung der Bestimmungen des Artikels 22 die Verwaltung Palästinas" einer Mandatsverwaltung anzuvertrauen, die "für die Durchführung der ursprünglich am 2. November 1917 von der britischen Regierung abgegebenen und von den anderen alliierten Mächten angenommenen Erklärung verantwortlich" sein sollte, und es folgte der vollständige Wortlaut der Balfour-Erklärung. Dieser Vertrag wurde nie ratifiziert. Er wurde im Juli 1923 durch den Vertrag von Lausanne ersetzt, in dem jeder Hinweis auf die Mandate fehlte.

34. Nach der Unterzeichnung des Vertrags von Sevres vergingen fast zwei Jahre, bevor der Entwurf des Palästina-Mandats dem Rat des Völkerbundes vorgelegt wurde. Diesmal war die Verzögerung vor allem auf die Intervention der Regierung der Vereinigten Staaten zurückzuführen. In einer Note vom 20. November 1920 machte sie geltend, dass die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Krieg sie dazu berechtige, zu den Bedingungen der Mandate konsultiert zu werden. Die britische Regierung stimmte dem sofort zu. Der Entwurf des Palästina-Mandats wurde zusammen mit den Entwürfen der anderen britischen Mandate der Regierung der Vereinigten Staaten vorgelegt, und auf deren Wunsch wurden einige geringfügige Änderungen an ihm vorgenommen. Der wichtigste Diskussionspunkt war wirtschaftlicher Natur. Während die Regierung der Vereinigten Staaten bei allen anderen Mandaten auf der Anwendung des Grundsatzes der wirtschaftlichen Chancengleichheit für alle Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes und der Vereinigten Staaten sind, bestand, verzichtete sie bei Palästina auf diesen Anspruch in Anerkennung seiner "besonderen Lage" und der Interessen der jüdischen Heimstätte. Mit dieser Sympathiebekundung für die zionistischen Bestrebungen spiegelt die Regierung die Meinung der Legislative wider. Am 30. Juni 1922 nahm der Kongress die folgende gemeinsame Resolution an:-

" Befürwortung der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina.

" *Der Senat und das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika haben im Kongress beschlossen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina befürworten, wobei klar ist, dass nichts unternommen werden darf, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der christlichen und aller anderen nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina beeinträchtigen könnte, und dass die heiligen Stätten und religiösen Gebäude und Stätten in Palästina angemessen geschützt werden müssen.*"

35. Nachdem eine Einigung über die Bedingungen des Mandats erzielt worden war, wurden Verhandlungen über den Abschluss eines Vertrages aufgenommen, der die amerikanischen Interessen in Palästina für die Zukunft sichern sollte. Das Ergebnis war eine "Konvention zwischen dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechte der Regierungen der beiden Länder und ihrer jeweiligen Staatsangehörigen in Palästina", die am 3. Dezember 1924 unterzeichnet und zu gegebener Zeit ratifiziert wurde*.

36. Dieses Übereinkommen enthält den gesamten Text des Palästinamandats, einschließlich der Präambel.

* Cmd. 2559.

Die meisten der acht Artikel des Übereinkommens befassen sich mit den Rechten amerikanischer Staatsangehöriger, Eigentum und Institutionen in Palästina. Nur drei davon müssen hier zitiert werden: -

Article 1.

" Vorbehaltlich der Bestimmungen der vorliegenden Konvention stimmen die Vereinigten Staaten der Verwaltung Palästinas durch Seine Britische Majestät gemäß dem oben erwähnten Mandat zu.

Article 2.

" Die Vereinigten Staaten und ihre Staatsangehörigen haben alle Rechte und Vorteile, die den Mitgliedern des Völkerbundes und ihren Staatsangehörigen durch das Mandat gesichert sind, ungeachtet der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten nicht Mitglied des Völkerbundes sind.

Artikel 7.

" Keine der in diesem Übereinkommen enthaltenen Bestimmungen wird durch eine etwaige Änderung des oben genannten Mandats berührt, es sei denn, die Vereinigten Staaten haben einer solchen Änderung zugestimmt."

37. In der Zwischenzeit, am 24. Juli 1922, war der Entwurf des Mandats für Palästina vom Rat des Völkerbundes bestätigt worden. Zwischen diesem Ereignis und der Verabschiedung der Balfour-Erklärung waren fast fünf Jahre vergangen, und in dieser langen Zeitspanne war ein Aspekt der Frage, der anfangs etwas vernachlässigt worden war, in den Vordergrund gerückt. In der Balfour-Deklaration war anerkannt worden, dass die Errichtung der jüdischen Heimstätte die Rechte der bestehenden Bevölkerung Palästinas nicht beeinträchtigen dürfe; doch scheint damals wenig über die Größe und den Charakter dieser Bevölkerung bekannt gewesen zu sein. Die Erklärung sprach nur von "bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina" - eine Formulierung, die vermuten ließ, dass es eine Reihe von Gruppen gab, wie muslimische Araber, christliche Araber, Armenier und andere kleinere Gemeinschaften, die mehr oder weniger gleichgestellt waren. 1922 war jedoch klar, dass die wichtigste Gemeinschaft in Palästina die arabische Gemeinschaft war, die mehr als eine halbe Million Menschen umfasste, die alle arabisch sprachen und arabische nationale Ziele verfolgten. Wie wir sehen werden, war auch klar, dass die Führer dieser Gemeinschaft die zionistische Politik vehement ablehnten und ihre Anhänger zu mörderischen Angriffen auf die Juden anstacheln konnten. Im Februar 1922 teilte eine Delegation arabischer Führer dem Kolonialamt mit, dass "das Volk von Palästina" weder die Balfour-Erklärung noch das Mandat akzeptieren könne und seine nationale Unabhängigkeit fordere.

38. Unter diesen Umständen veröffentlichte der Staatssekretär für die Kolonien, Winston Churchill, im Juni 1922 eine Erklärung zur "britischen Politik in Palästina"*. Sie enthielt die folgende Interpretation der Balfour-Erklärung: -

" Was die jüdische Bevölkerung Palästinas anbelangt, so scheinen einige von ihnen zu befürchten, dass die Regierung Seiner Majestät von der in der Erklärung von 1917 verankerten Politik abweichen könnte. Es ist daher notwendig, noch einmal zu bekräftigen, dass diese Befürchtungen unbegründet sind und dass diese Erklärung, die von der Konferenz der wichtigsten alliierten Mächte in San Remo und erneut im Vertrag von Sèvres bekräftigt wurde, nicht geändert werden kann.

* Gedruckt in Cmd. 1700 (Seiten 17-21), auch in Cmd. 3530 (Anhang V).

" Während der letzten zwei oder drei Generationen haben die Juden in Palästina eine Gemeinschaft geschaffen, die jetzt 80.000 Menschen zählt, von denen etwa ein Viertel Bauern oder Arbeiter auf dem Land sind. Diese Gemeinschaft hat ihre eigenen politischen Organe, eine gewählte Versammlung für die Leitung ihrer inneren Angelegenheiten, gewählte Räte in den Städten und eine Organisation für die Kontrolle ihrer Schulen. Sie hat ein gewähltes Oberrabbinat und einen Rabbinatsrat für die Leitung ihrer religiösen Angelegenheiten. Ihre Geschäfte werden in Hebräisch als Volkssprache abgewickelt, und eine hebräische Presse dient ihren Bedürfnissen. Sie hat ein ausgeprägtes intellektuelles Leben und weist eine beträchtliche wirtschaftliche Aktivität auf. Diese Gemeinschaft mit ihrer Stadt- und Landbevölkerung, ihren politischen, religiösen und sozialen Organisationen, ihrer eigenen Sprache, ihren eigenen Bräuchen und ihrem eigenen Leben hat also tatsächlich "nationale" Merkmale. Auf die Frage, was mit der Entwicklung der jüdischen Heimstätte in Palästina gemeint ist, kann man antworten, dass es nicht darum geht, den Bewohnern Palästinas insgesamt eine jüdische Nationalität aufzuzwingen, sondern darum, die bestehende jüdische Gemeinschaft mit Hilfe der Juden in anderen Teilen der Welt weiterzuentwickeln, damit sie zu einem Zentrum wird, an dem das jüdische Volk insgesamt aus religiösen und rassischen Gründen Interesse und Stolz haben kann. Damit aber diese Gemeinschaft die besten Aussichten auf freie Entfaltung hat und dem jüdischen Volk die volle Möglichkeit bietet, seine Fähigkeiten zu entfalten, ist es unerlässlich, dass es weiß, dass es sich in Palästina mit Recht und nicht mit Duldung befindet. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass die Existenz einer jüdischen Heimstätte in Palästina international garantiert wird und dass formell anerkannt wird, dass sie auf einer alten historischen Verbindung beruht.

" Dies ist also die Auslegung, die die Regierung Seiner Majestät der Erklärung von 1917 gibt, und so verstanden, ist der Staatssekretär der Meinung, dass sie nichts enthält oder impliziert, was die arabische Bevölkerung Palästinas beunruhigen oder die Juden enttäuschen könnte."

39. Diese Definition der Nationalen Heimstätte wurde manchmal so verstanden, dass sie die Errichtung eines jüdischen Staates ausschließt. Aber obwohl die Formulierung eindeutig darauf abzielte, den arabischen Antagonismus gegen die Nationale Heimstätte so weit wie möglich zu beschwichtigen, enthält sie nichts, was die letztendliche Errichtung eines jüdischen Staates verbieten würde, und Herr Churchill selbst hat uns als Zeuge erklärt, dass ein solches Verbot nicht beabsichtigt war. Diese Ansicht wurde natürlich von der Zionistischen Organisation geteilt, deren Vorstand nach Prüfung der Grundsatzklärung erklärte, dass "die Aktivitäten der Zionistischen Organisation in

Übereinstimmung mit der darin dargelegten Politik durchgeführt werden". Ein Grund, warum 1922 keine öffentliche Anspielung auf einen Staat gemacht wurde, war derselbe Grund, warum 1917 keine solche Anspielung gemacht worden war. Das Nationale Heim war immer noch nicht mehr als ein Experiment. In den Jahren 1920 und 1921 waren etwa 16.000 Juden nach Palästina gekommen. Die arabische Bevölkerung betrug etwa 600.000. Es schien sehr lange zu dauern, bis die Juden die Mehrheit im Lande bilden würden. Noch 1926 erklärte ein führender Zionist, es gebe "immer noch wenig Aussicht darauf, dass die Araber innerhalb einer messbaren Zeitspanne zahlenmäßig überholt werden".*

* Mr. L. Stein, in *Survey of International Affairs, 1925*, (Oxford, 1927), Bd. I, S. 392, Anm. 2.

Erst mit dem starken Anstieg der jüdischen Einwanderung in den letzten Jahren rückte die Aussicht auf einen jüdischen Staat in greifbare Nähe. Im Jahr 1922 lag er noch weit darüber hinaus.

4. Das Mandat.

40. Wir brauchen hier nur den Wortlaut der Präambel des Mandats und derjenigen Artikel anzuführen, die für unsere Untersuchung von unmittelbarer Bedeutung sind. Der Wortlaut der übrigen Artikel findet sich in Anhang I am Ende dieses Berichts.

Präambel.

Der Rat des Völkerbundes:

in der Erwägung, daß die alliierten Hauptmächte übereingekommen sind, zur Durchführung des Artikels 22 des Völkerbundspaktes die Verwaltung des ehemals zum Türkischen Reich gehörenden Gebietes Palästina in den von ihnen zu bestimmenden Grenzen einer von ihnen ausgewählten Mandatsstelle zu übertragen, und

Die alliierten Hauptmächte sind ferner übereingekommen, daß die Mandatsverwaltung für die Durchführung der ursprünglich am 2. November 1917 von der Regierung Seiner Britischen Majestät abgegebenen und von den genannten Mächten angenommenen Erklärung zugunsten der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina verantwortlich sein soll, wobei klar ist, daß nichts unternommen werden darf, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in irgendeinem anderen Land beeinträchtigen könnte, und

in der Erwägung, daß damit die historische Verbindung des jüdischen Volkes mit Palästina und die Gründe für die Wiederherstellung seiner nationalen Heimstätte in diesem Land anerkannt werden, und

in der Erwägung, daß die alliierten Hauptmächte Seine Britische Majestät als Mandatar für Palästina ausgewählt haben, und

Das Mandat für Palästina ist wie folgt formuliert und dem Rat des Völkerbundes zur Genehmigung vorgelegt worden

Seine Britische Majestät hat das Mandat für Palästina angenommen und sich verpflichtet, es im Namen des Völkerbundes in Übereinstimmung mit den nachstehenden Bestimmungen auszuüben; und

In dem bereits erwähnten Artikel 22 (Absatz 8) ist vorgesehen, daß der Grad der Autorität, der Kontrolle oder der Verwaltung, die von der Mandatsstelle ausgeübt werden sollen, vom Rat des Völkerbundes ausdrücklich festgelegt wird, wenn die Mitglieder des Völkerbundes dies nicht vorher vereinbart haben;

In der Bestätigung des besagten Mandats wird dessen Inhalt wie folgt definiert:

Article 1.

Der Beauftragte hat alle Befugnisse der Gesetzgebung und der Verwaltung, soweit sie nicht durch die Bestimmungen dieses Mandats eingeschränkt werden.

Article 2.

Die Mandatsverwaltung hat die Aufgabe, das Land unter solche politischen, administrativen und wirtschaftlichen Bedingungen zu stellen, die die Errichtung der in der Präambel vorgesehenen jüdischen nationalen Heimstätte und die Entwicklung von Selbstverwaltungsinstitutionen sicherstellen, sowie die bürgerlichen und religiösen Rechte aller Einwohner Palästinas ohne Unterschied der Rasse und der Religion zu wahren.

Artikel 3.

Der Mandatar fördert, soweit es die Umstände erlauben, die lokale Autonomie.

Artikel. 4

Eine geeignete jüdische Agentur wird als öffentliche Einrichtung anerkannt, um die Verwaltung Palästinas in wirtschaftlichen, sozialen und anderen Angelegenheiten, die die Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte und die Interessen der jüdischen Bevölkerung in Palästina betreffen, zu beraten und mit ihr zusammenzuarbeiten, und um, immer unter der Kontrolle der Verwaltung, die Entwicklung des Landes zu unterstützen und daran teilzunehmen.

Die zionistische Organisation wird, solange ihre Organisation und Verfassung nach Ansicht der Mandatsregierung angemessen sind, als solche anerkannt. Sie soll in Absprache mit der Regierung Seiner Britischen Majestät Schritte unternehmen, um die Zusammenarbeit aller Juden zu sichern, die bereit sind, bei der Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte zu helfen.

Artikel 6

Die Verwaltung Palästinas erleichtert die jüdische Einwanderung unter angemessenen Bedingungen, wobei sie dafür sorgt, dass die Rechte und die Stellung anderer Bevölkerungsgruppen nicht beeinträchtigt werden, und fördert in Zusammenarbeit mit der

in Artikel 4 genannten jüdischen Agentur die enge Ansiedlung von Juden auf dem Land, einschließlich staatlichem Land und Brachland, das nicht für öffentliche Zwecke benötigt wird.

Artikel 7

Die Verwaltung Palästinas ist verantwortlich für den Erlass eines Staatsangehörigkeitsgesetzes. In dieses Gesetz werden Bestimmungen aufgenommen, die den Erwerb der palästinensischen Staatsbürgerschaft durch Juden, die ihren ständigen Wohnsitz in Palästina nehmen, erleichtern sollen.

Artikel 9

Die Mandatsverwaltung hat dafür zu sorgen, dass das in Palästina eingerichtete Rechtssystem sowohl den Ausländern als auch den Einheimischen eine vollständige Garantie für ihre Rechte bietet.

Die Achtung des persönlichen Status der verschiedenen Völker und Gemeinschaften und ihrer religiösen Interessen wird in vollem Umfang gewährleistet. Insbesondere wird die Kontrolle und Verwaltung der Wakfs in Übereinstimmung mit den religiösen Gesetzen und den Anordnungen der Stifter ausgeübt.

Artikel 11

Die Verwaltung Palästinas ergreift alle notwendigen Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der Gemeinschaft im Zusammenhang mit der Entwicklung des Landes und hat vorbehaltlich der vom Mandat übernommenen internationalen Verpflichtungen die volle Befugnis, öffentliches Eigentum oder öffentliche Kontrolle über alle natürlichen Ressourcen des Landes oder über die dort errichteten oder zu errichtenden öffentlichen Arbeiten, Dienstleistungen und Versorgungseinrichtungen vorzusehen. Sie führt ein den Bedürfnissen des Landes entsprechendes Bodensystem ein, wobei sie unter anderem darauf achtet, dass eine dichte Besiedlung und intensive Bewirtschaftung des Bodens gefördert wird.

Die Verwaltung kann mit der in Artikel 4 erwähnten jüdischen Stelle vereinbaren, zu fairen und gerechten Bedingungen alle öffentlichen Arbeiten, Dienstleistungen und Versorgungseinrichtungen zu errichten oder zu betreiben und alle natürlichen Ressourcen des Landes zu erschließen, soweit diese Angelegenheiten nicht unmittelbar von der Verwaltung übernommen werden. In solchen Vereinbarungen ist vorzusehen, daß die von einer solchen Stelle unmittelbar oder mittelbar ausgeschütteten Gewinne einen angemessenen Zinssatz auf das Kapital nicht übersteigen dürfen und daß alle weiteren Gewinne von ihr in einer von der Verwaltung genehmigten Weise zum Nutzen des Landes verwendet werden müssen.

Artikel 13.

Alle Verantwortung im Zusammenhang mit den heiligen Stätten und religiösen Gebäuden oder Stätten in Palästina, einschließlich der Wahrung bestehender Rechte und der Sicherung des freien Zugangs zu den heiligen Stätten, religiösen Gebäuden und Stätten und der freien Ausübung des Gottesdienstes, unter Wahrung der Erfordernisse der öffentlichen Ordnung und des Anstands, wird vom Mandatsträger übernommen, der in allen damit zusammenhängenden Angelegenheiten ausschließlich dem Völkerbund verantwortlich ist,

vorausgesetzt, dass nichts in diesem Artikel den Mandatsträger daran hindert, mit der Verwaltung solche Vereinbarungen zu treffen, die er für die Durchführung der Bestimmungen dieses Artikels für angemessen hält; und unter der Bedingung, dass nichts in diesem Mandat so ausgelegt werden kann, dass es dem Mandatar die Befugnis verleiht, in die Struktur oder die Verwaltung von rein muslimischen heiligen Stätten einzugreifen, deren Immunität garantiert ist.

Artikel 15.

Die Mandatsverwaltung sorgt dafür, dass die völlige Gewissensfreiheit und die freie Ausübung aller Formen der Religionsausübung, vorbehaltlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Moral, für alle gewährleistet sind. Zwischen den Bewohnern Palästinas darf es keinerlei Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion oder Sprache geben. Niemand darf allein aufgrund seiner religiösen Überzeugung aus Palästina ausgeschlossen werden.

Das Recht jeder Gemeinschaft, eigene Schulen für den Unterricht ihrer Mitglieder in ihrer eigenen Sprache zu unterhalten, darf nicht verweigert oder beeinträchtigt werden, wobei die von der Verwaltung aufgestellten allgemeinen Bildungsanforderungen einzuhalten sind.

Artikel 16.

Die Mandatsverwaltung ist dafür verantwortlich, die Aufsicht über religiöse oder elektorale Körperschaften aller Glaubensrichtungen in Palästina auszuüben, wie es für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der guten Regierung erforderlich ist. Vorbehaltlich dieser Aufsicht dürfen in Palästina keine Maßnahmen ergriffen werden, die den Betrieb dieser Einrichtungen behindern oder stören oder einen Vertreter oder ein Mitglied dieser Einrichtungen aufgrund seiner Religion oder Nationalität diskriminieren.

Artikel 18.

Das Mandat sorgt dafür, dass in Palästina keine Diskriminierung der Staatsangehörigen eines Mitgliedsstaates des Völkerbundes (einschließlich der nach seinen Gesetzen gegründeten Gesellschaften) gegenüber den Staatsangehörigen des Mandatsgebiets oder eines ausländischen Staates in Fragen der Besteuerung, des Handels oder der Schifffahrt, der Ausübung von Industrien oder Berufen oder der Behandlung von Handelsschiffen oder zivilen Flugzeugen stattfindet. Desgleichen darf es in Palästina keine Diskriminierung von Waren geben, die aus einem der genannten Staaten stammen oder für einen dieser Staaten bestimmt sind, und es besteht Transitfreiheit unter gerechten Bedingungen im gesamten Mandatsgebiet.

Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen und der übrigen Bestimmungen dieses Mandats kann die Verwaltung Palästinas auf Anraten des Mandatars die Steuern und Zölle erheben, die sie für erforderlich hält, und die Maßnahmen ergreifen, die sie zur Förderung der Entwicklung der natürlichen Ressourcen des Landes und zur Wahrung der Interessen der Bevölkerung für geeignet hält. Sie kann ferner auf Anraten der Mandatsstelle ein besonderes Zollabkommen mit jedem Staat schließen, dessen Gebiet 1914 vollständig zur asiatischen Türkei oder zu Arabien gehörte.

Article 22.

Englisch, Arabisch und Hebräisch sind die offiziellen Sprachen Palästinas. Jede Aussage oder Aufschrift in Arabisch auf Briefmarken oder Geld in Palästina wird in Hebräisch wiederholt, und jede Aussage oder Aufschrift in Hebräisch wird in Arabisch wiederholt.

Article 23.

Die Verwaltung von Palästina erkennt die heiligen Tage der jeweiligen Gemeinschaften in Palästina als gesetzliche Ruhetage für die Mitglieder dieser Gemeinschaften an.

Article 25.

In den Gebieten zwischen dem Jordan und der Ostgrenze Palästinas, wie sie schließlich festgelegt wird, hat der Mandatar das Recht, mit Zustimmung des Völkerbundsrats die Anwendung derjenigen Bestimmungen dieses Mandats aufzuschieben oder zu verweigern, die er angesichts der bestehenden örtlichen Verhältnisse für unanwendbar hält, und die Verwaltung der Gebiete so zu regeln, wie er es für diese Verhältnisse für angemessen hält, vorausgesetzt, daß nichts unternommen wird, was mit den Bestimmungen der Artikel 15, 16 und 18 unvereinbar ist.

Artikel 27

Für jede Änderung der Bedingungen dieses Mandats ist die Zustimmung des Völkerbundsrates erforderlich.

Artikel 28.

Im Falle der Beendigung des Mandats, das hiermit dem Mandat übertragen wird, trifft der Rat des Völkerbundes die Vorkehrungen, die für notwendig erachtet werden, um die durch die Artikel 13 und 14 gesicherten Rechte unter der Garantie des Völkerbundes auf Dauer zu sichern, und setzt seinen Einfluss dafür ein, dass die Regierung Palästinas unter der Garantie des Völkerbundes den finanziellen Verpflichtungen, die von der Verwaltung Palästinas während der Dauer des Mandats rechtmäßig eingegangen worden sind, einschließlich der Ansprüche der Beamten auf Pensionen oder Gratifikationen, voll nachkommt.

41. Am 16. September 1922 billigte der Rat des Völkerbundes ein von der britischen Regierung vorgelegtes Memorandum, in dem Artikel 25 des Mandats zitiert, die Grenzen des als Transjordanien bezeichneten Teils Palästinas festgelegt und der Rat ersucht wurde, zuzustimmen, dass die Erwägungsgründe 2 und 3 der Präambel, die Artikel 4, 6, 13, 14, 22 und 23, der Satz in Artikel 2, der sich auf die jüdische Heimstätte bezieht, der zweite Satz in Artikel 7 und der gesamte Artikel II mit Ausnahme des ersten Satzes auf Transjordanien nicht anwendbar sind. In dem Memorandum heißt es weiter, dass die Regierung Seiner Majestät die volle Verantwortung als Mandatsträger für Transjordanien übernimmt und dass die Bestimmungen des Mandats, die nicht unanwendbar sind, bei der Verwaltung des Landes beachtet werden.

42. Aus dem genauen Studium dieser Texte und aus dem, was wir gelesen und gehört haben, ergeben sich folgende Hauptpunkte: -

(1) Erwägungsgrund 3 der Präambel ergänzt die in Erwägungsgrund 2 zitierte Balfour-Erklärung um einen wichtigen Zusatz. Darin wird erklärt, dass die alliierten Hauptmächte mit der Annahme der Politik der Erklärung "die historische Verbindung des jüdischen Volkes mit Palästina und die Gründe für die Wiederherstellung seiner nationalen Heimstätte in diesem Land" anerkannt haben.

(2) Das Mandat unterscheidet sich von dem Mandat für Syrien und den Libanon und dem Entwurf des Mandats für den Irak. Diese letzteren, die der Einfachheit halber als "A-Mandate" bezeichnet wurden, entsprachen dem vierten Absatz von Artikel 22. So sah das syrische Mandat vor, dass die Regierung auf einem organischen Gesetz beruhen sollte, das die Rechte, Interessen und Wünsche aller Einwohner berücksichtigen sollte, und dass Maßnahmen erlassen werden sollten, "um die fortschreitende Entwicklung Syriens und des Libanon als unabhängige Staaten zu erleichtern". Die entsprechenden Sätze des Mandatsentwurfs für den Irak waren die gleichen. In Übereinstimmung mit ihnen wurden zu gegebener Zeit nationale Legislaturen auf Wahlbasis eingerichtet. Artikel 1 des Palästina-Mandats hingegen überträgt dem Mandatsträger "alle Befugnisse der Gesetzgebung und der Verwaltung" innerhalb der Grenzen des Mandats.

Zu der von arabischen Zeugen vor uns vorgebrachten Behauptung, das Palästina-Mandat verstoße gegen Artikel 22 des Paktes, weil es nicht mit dessen Absatz 4 übereinstimme, möchten wir darauf hinweisen, *a)* dass die vorläufige Anerkennung "bestimmter, früher zum türkischen Reich gehörender Gemeinschaften" als unabhängige Nationen zulässig ist; es heißt "*kann* vorläufig anerkannt werden", nicht "*wird*" oder "*soll*": *(b)* dass der vorletzte Absatz von Artikel 22 vorschreibt, dass der Grad der von der Mandatsverwaltung auszuübenden Befugnisse bei Bedarf vom Rat des Völkerbundes festgelegt wird; *c)* dass die Annahme der Politik der Balfour-Erklärung durch die alliierten Mächte und die Vereinigten Staaten von Anfang an deutlich gemacht hat, dass Palästina anders behandelt werden muss als Syrien und der Irak, und dass diese unterschiedliche Behandlung vom Obersten Rat im Vertrag von Sèvres und vom Rat des Völkerbundes bei der Billigung des Mandats bestätigt wurde.

Diese spezielle Frage ist von geringerer praktischer Bedeutung, als es den Anschein haben mag. Denn Artikel 2 des Mandats verlangt "die Entwicklung von Selbstverwaltungsinstitutionen"; und im Lichte der allgemeinen Intention des Mandatssystems (auf die wir noch zu sprechen kommen werden) impliziert dieses Erfordernis unseres Erachtens die endgültige Herstellung der Unabhängigkeit.

(3) Das Gebiet, in dem die jüdische Heimstätte errichtet werden sollte, wurde zum Zeitpunkt der Balfour-Erklärung als das gesamte historische Palästina verstanden, und die Zionisten waren schwer enttäuscht, als Transjordanien in Artikel 25 aus diesem Gebiet herausgeschnitten wurde. Dies geschah, wie wir gesehen haben, in Übereinstimmung mit dem McMahon-Versprechen, das der Balfour-Erklärung vorausging.

(4) Von den spezifischen Verpflichtungen, die dem Mandatar und der Verwaltung auferlegt werden, halten wir vier für besonders wichtig:-

- (i) die Verpflichtungen aus den Artikeln 2 und 6 in Bezug auf die jüdische Heimstätte;
- (ii) die in denselben Artikeln enthaltene Verpflichtung, die Rechte aller Einwohner Palästinas und insbesondere die der Nicht-Juden zu schützen;
- (iii) die in den Artikeln 2 und 3 enthaltene Verpflichtung zur Entwicklung von Selbstverwaltungseinrichtungen und zur Förderung der lokalen Autonomie;
- (iv) die in Bezug auf die Heiligen Stätten in Artikel 13 eingegangenen Verpflichtungen.

Die vierte dieser Verpflichtungen gilt für Juden und Araber gleichermaßen und für viele andere Völker der Welt. Die dritte gilt gleichermaßen für Juden und Araber. Aber die erste ist eine Verpflichtung nur gegenüber dem jüdischen Volk und die zweite eine Verpflichtung hauptsächlich gegenüber den Arabern. Jüdische Zeugen wiesen uns darauf hin, dass es sich bei der ersten um eine positive und bei der zweiten um eine negative Verpflichtung handelt, aber sie räumten natürlich ein, dass positive und negative Verpflichtungen gleichermaßen verbindlich sind. Der Hauptzweck des Mandats, *wie er in seiner Präambel und seinen Artikeln zum Ausdruck kommt*, besteht jedoch zweifellos darin, die Errichtung der jüdischen Heimstätte zu fördern.

(5) Die Artikel 4, 6 und 11 sehen die Anerkennung einer Jüdischen Agentur "als öffentliche Einrichtung zum Zwecke der Beratung und Zusammenarbeit mit der Verwaltung" in Angelegenheiten, die jüdische Interessen betreffen, vor. Für die Behandlung der arabischen Interessen ist keine solche Einrichtung vorgesehen.

(6) Während Artikel 7 eine gemeinsame palästinensische Staatsbürgerschaft für Araber und Juden vorsieht, erkennen die Artikel 15 und 22 den Unterschied zwischen der arabischen und der jüdischen Nationalität an und tendieren dazu, ihn zu bestätigen, indem sie vorschreiben, dass Arabisch und Hebräisch beide "Amtssprachen" sein sollen und dass jede Gemeinschaft das Recht hat, "ihre eigenen Schulen für die Ausbildung ihrer Mitglieder in ihrer eigenen Sprache zu unterhalten".

(7) Artikel 28 sieht die Möglichkeit vor, das Mandat zu beenden.

43. Wir haben uns bisher mit den spezifischen Verpflichtungen befasst, die im Text des Mandats festgelegt sind. Aber es gibt auch allgemeine Verpflichtungen, die mit jedem Mandat verbunden sind. An diese wird in der gegenwärtigen Kontroverse nicht immer gedacht, und auch der erste Erwägungsgrund der Präambel wird nicht so oft zitiert wie diejenigen, die sich auf die jüdische Heimstätte beziehen. Im ersten Erwägungsgrund wird erklärt, dass Palästina einem Mandat anvertraut wird, "um Artikel 22 des Paktes Wirkung zu verleihen". Der vollständige Wortlaut von Artikel 22 wurde

auf einer früheren Seite wiedergegeben und es genügt, den ersten Absatz zu wiederholen: -

" Auf die Kolonien und Gebiete, die infolge des letzten Krieges nicht mehr unter der Souveränität der Staaten stehen, die sie früher regiert haben, und die von Völkern bewohnt werden, die noch nicht in der Lage sind, sich unter den harten Bedingungen der modernen Welt selbst zu behaupten, sollte der Grundsatz angewandt werden, dass das Wohlergehen und die Entwicklung dieser Völker ein heiliges Vertrauen der Zivilisation bilden, und dass die Sicherheiten für die Erfüllung dieses Vertrauens in diesem Pakt verankert werden sollten."

44. Die Absicht dieses maßgeblichen Absatzes von Artikel 22 kann nicht vollständig verstanden werden, wenn man nicht weiß, wie und zu welchem Zweck das Mandatssystem erfunden wurde.

45. Auch wenn die britische Tradition der Treuhänderschaft für rückständige Völker eine Menge damit zu tun hatte, war das Mandatssystem hauptsächlich das Ergebnis amerikanischer Ideen. Von dem Moment an, als die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten, machte Präsident Wilson deutlich, dass seiner Ansicht nach die territorialen Anpassungen, die sich aus dem Sieg ergeben könnten, nach anderen Prinzipien erfolgen sollten als nach denen, die am Ende früherer Kriege befolgt worden waren. Es dürfe "keine Annexionen" gegen den Willen der betroffenen Völker geben. Das Prinzip der "nationalen Selbstbestimmung" sollte so weit wie möglich angewandt werden. "Völker und Provinzen dürfen nicht von Souveränität zu Souveränität verschachert werden, als wären sie bloßes Hab und Gut und Spielfiguren.

46. Um diese Grundsätze auf die Verfügung über die ehemaligen deutschen Kolonien und die ehemaligen türkischen Provinzen anzuwenden, wurde das Mandatssystem eingeführt. Früher war die einfache Annexion solcher "Kriegsbeute" eine Selbstverständlichkeit gewesen. Jetzt sollten sie nicht mehr als "Besitz" dieser oder jener Siegermacht verwaltet werden, sondern als "heiliges Gut der Zivilisation" nach den vom Völkerbund festgelegten Regeln und unter seiner ständigen Aufsicht.

47. In Bezug auf Palästina bedeutete das Mandatssystem, dass "das Wohlergehen und die Entwicklung" der bestehenden Bevölkerung gefördert werden sollten. Es bedeutete auch, dass diese Bevölkerung im Laufe der Zeit in die Lage versetzt werden sollte, für sich selbst zu sorgen. Im Jahr 1919, als der Vertrag unterzeichnet wurde, war die große Mehrheit der Bevölkerung arabisch. Es waren diese halbe Million Araber mit einer kleinen Minderheit von 65.000 Juden, die der türkischen Herrschaft entzogen worden waren und nun der Mandatsverwaltung anvertraut werden sollten.

48. Aber Palästina war anders als die anderen ehemals türkischen Provinzen. Es war in der Tat einzigartig, sowohl als Heiliges Land der drei Weltreligionen als auch als die alte historische Heimat der Juden. Die Araber hatten dort jahrhundertlang gelebt, aber sie hatten schon lange aufgehört, es zu beherrschen, und angesichts seines besonderen Charakters konnten sie jetzt nicht behaupten, es in der gleichen Weise zu besitzen wie

Syrien oder den Irak. In einer Rede vor dem Oberhaus am 27. Juni 1923 erklärte Lord Milner, er sei "ein starker Befürworter der proarabischen Politik". "Ich glaube an die Unabhängigkeit der arabischen Länder. Ich freue mich auf eine arabische Föderation." Aber, fuhr er fort,

"Palästina kann niemals als ein Land betrachtet werden, das den anderen arabischen Ländern gleichgestellt ist. Man kann nicht alle Geschichte und Tradition in dieser Angelegenheit ignorieren. Man kann nicht ignorieren, dass dies die Wiege von zwei der großen Weltreligionen ist. Es ist ein heiliges Land für die Araber, aber es ist auch ein heiliges Land für die Juden und die Christen; und die Zukunft Palästinas kann unmöglich von den vorübergehenden Eindrücken und Gefühlen der arabischen Mehrheit im Lande der Gegenwart bestimmt werden."

49. Darin lag die Rechtfertigung dafür, die allgemeinen Verpflichtungen des Mandatssystems mit den spezifischen Verpflichtungen des Palästinamandats zu verbinden. Die Anerkennung der jüdischen Rechte war damit mit der Anerkennung der arabischen Rechte verbunden. Den Juden wurde zugestanden, sich von Rechts wegen in Palästina aufzuhalten. Der kleinen jüdischen Minderheit sollte durch Einwanderung zu einem Wachstum verholfen werden. Die Errichtung der jüdischen Heimstätte zu erleichtern, war eine verbindliche internationale Verpflichtung der Mandatsmacht. Das Mandat sah auch besondere Verpflichtungen gegenüber den Arabern vor. Ihre bürgerlichen und religiösen Rechte und ihre Stellung im Zusammenhang mit der Einwanderung und der Landbesiedlung durften nicht beeinträchtigt werden. Aber die Annahme dieser spezifischen und negativen Verpflichtungen gegenüber den Arabern entbindet das Mandat natürlich nicht von den allgemeinen und positiven Verpflichtungen, die im ersten Erwägungsgrund der Präambel und im ersten Absatz von Artikel 22 des Pakts enthalten sind. Wenn die arabischen Ansprüche in Palästina den Rechten anderer unterworfen waren, so waren es auch die jüdischen Ansprüche.

50. Es ist also klar, dass die Politik der Balfour-Erklärung 1919 dem Mandatssystem unterworfen wurde, in der Überzeugung, dass die damit eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den Arabern bzw. den Juden nicht in Konflikt geraten würden. Diese Überzeugung hielt sich auch, als der Entwurf des Mandats 1922 vom Rat des Völkerbundes bestätigt wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatten die arabischen Führer bereits ihre Feindseligkeit gegenüber dem Mandat und allem, was es mit sich brachte, zum Ausdruck gebracht; aber man glaubte, dass diese Feindseligkeit in Kürze nachlassen und abklingen würde. Churchill sprach von seiner "Erklärung zur Politik" als einer Grundlage, auf der seiner Meinung nach ein "Geist der Zusammenarbeit" aufgebaut werden könnte. Und der Grund für diesen Glauben an die Vereinbarkeit der Verpflichtungen war nicht weniger klar. Man ging davon aus, dass die Errichtung des Nationalen Heims eine große Steigerung des Wohlstands für ganz Palästina bedeuten würde. Es war ein wesentlicher Teil der zionistischen Mission, das Land wiederzubeleben, durch jüdische Arbeit, Fähigkeiten und Kapital den Schaden zu beheben, den es durch jahrhundertelange Vernachlässigung erlitten hatte. Davon würden die Araber ebenso profitieren wie die Juden. Sie würden feststellen, dass das

Land, das sie so lange als arm und rückständig kannten, rasch die materiellen Segnungen der westlichen Zivilisation erlangte. Aus diesem Grund ging man davon aus, dass die arabischen Ängste und Vorurteile allmählich überwunden werden würden.

51. Es muss von Anfang an klar gewesen sein, dass eine sehr unangenehme Situation entstehen würde, wenn sich diese Grundannahme als falsch erweisen sollte. Sie würde die Durchführung des Mandats in jeder Hinsicht schwierig machen und die Frage der Beendigung des Mandats erheblich erschweren. Die jüdische Einwanderung zu fördern in der Hoffnung, dass sie schließlich zur Schaffung einer jüdischen Mehrheit und zur Errichtung eines jüdischen Staates mit der Zustimmung oder zumindest der Duldung der Araber führen könnte, war eine Sache. Eine ganz andere Sache war es, auch nur im Entferntesten die gewaltsame Umwandlung Palästinas in einen jüdischen Staat gegen den Willen der Araber in Erwägung zu ziehen. Denn das würde eindeutig gegen den Geist und die Absicht des Mandatssystems verstoßen. Es würde bedeuten, dass die nationale Selbstbestimmung verweigert wurde, als die Araber in Palästina in der Mehrheit waren, und erst dann zugestanden wurde, als die Juden in der Mehrheit waren. Es würde bedeuten, dass den Arabern die Möglichkeit verweigert wurde, für sich selbst einzustehen: dass sie faktisch nach einer Zeit des Konflikts von der türkischen Souveränität an die jüdische Souveränität verschachert worden sind. Es stimmt, dass die jüdische Herrschaft über Palästina im Lichte der Geschichte nicht als Fremdherrschaft im gleichen Sinne wie die türkische angesehen werden konnte; aber die internationale Anerkennung des Rechts der Juden, in ihre alte Heimat zurückzukehren, bedeutete nicht die Anerkennung des Rechts der Juden, die Araber in diesem Land gegen ihren Willen zu regieren. Das von Lord Milner angeführte Argument gegen eine arabische Kontrolle Palästinas gilt gleichermaßen für eine jüdische Kontrolle.

52. Die wesentlichen Punkte dieses Kapitels lassen sich wie folgt zusammenfassen:

(1) Die Araber verstanden vor und nach dem Ausbruch der Hedjas-Revolution 1915, dass Palästina im Falle eines Sieges der Alliierten in die Sphäre der arabischen Unabhängigkeit einbezogen werden würde.

(2) 1917 versprach die britische Regierung, die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina zu erleichtern, vorausgesetzt, dass die bürgerlichen und religiösen Rechte der Araber und anderer Nichtjuden nicht beeinträchtigt würden; und die Juden gingen davon aus, dass sich die nationale Heimstätte im Laufe der Zeit zu einem jüdischen Staat entwickeln würde, wenn das Experiment gelänge.

(3) Das Mandatssystem wurde als Vehikel für die Umsetzung dieser Politik angenommen. Es beinhaltete bestimmte allgemeine Verpflichtungen, vor allem gegenüber den Arabern. Das Mandat selbst brachte bestimmte spezifische Verpflichtungen mit sich, vor allem gegenüber den Juden.

(4) Die Verknüpfung der Politik der Balfour-Erklärung mit dem Mandatssystem implizierte die Überzeugung, dass die arabische Feindseligkeit

gegenüber dem Mandatssystem früher oder später überwunden werden würde. Sollte sich dieser Glaube als falsch erweisen, wäre es sehr schwierig, das Mandat umzusetzen oder zu beenden.

KAPITEL III

PALÄSTINA VON 1920 BIS 1936

1.-1920 bis 1925

Es wurde als ratsam erachtet, das britische Mandat für Palästina und das französische Mandat für Syrien gleichzeitig in Kraft zu setzen. Da sich die Verkündung des letzteren durch die französisch-italienischen Gespräche verzögerte, traten die beiden Mandate erst am 29. September 1923 in Kraft. In Palästina wurden die wichtigsten Bestimmungen des Mandats jedoch bereits angewandt, und die Geschichte seiner Ausführung begann, als im Sommer 1920 anstelle des Militärregimes eine Zivilverwaltung eingerichtet wurde. Der erste Inhaber des Amtes des Hohen Kommissars - ein Titel, der zweifellos den obligatorischen Charakter des Territoriums kennzeichnen sollte, obwohl für die afrikanischen Mandate Gouverneursämter eingerichtet worden waren - war Sir Herbert Samuel. Die von ihm geleitete Regierung war eine einfache "Kronkolonie"-Regierung. Es gab einen kleinen Exekutivrat aus Beamten und einen Beirat, der sich (neben dem Hochkommissar) aus zehn Beamten und zehn ernannten Nichtbeamten zusammensetzte, von denen vier muslimische Araber, drei christliche Araber und drei Juden waren - eine Verteilung, die den Minderheitengemeinschaften mehr als ihre gebührende Vertretung einräumte, denn von der 1922 geschätzten Bevölkerung waren 589.000 Moslems, 83.000 Juden und 71.000 Christen. Die leitenden Beamten sowohl in den zentralen Abteilungen als auch in den Distrikten waren Briten, meist ehemalige Offiziere der Armee, die unter dem Militärregime gedient hatten. Die unteren Posten wurden von Anfang an von Palästinensern, Arabern und Juden, besetzt. Die Polizei war palästinensisch mit britischen Offizieren, aber eine spezielle britische Gendarmerie, die ursprünglich 762 Mann zählte, wurde 1922 angeworben, hauptsächlich aus Irland. Was die Justiz anbelangt, so waren britische Richter Vorsitzende der beiden Abteilungen des Berufungsgerichts, der vier Bezirksgerichte und der beiden Landgerichte. Der Rest der Richter und Staatsanwälte waren Palästinenser. Fälle des Religionsrechts und des Personenstands wurden von muslimischen und jüdischen Gerichten entschieden.

2. Obwohl die spezifischen und positiven Verpflichtungen des Palästina-Mandats hauptsächlich die Errichtung der nationalen Heimstätte betrafen, besteht der erste Grundsatz der Mandatsregierung darin, wie wir im vorangegangenen Kapitel erläutert haben, "das Wohlergehen und die Entwicklung" der Bevölkerung des Mandatsgebiets als Ganzes zu fördern. Und für das Wohlergehen und die Entwicklung der Araber, die

die überwältigende Mehrheit des palästinensischen Volkes ausmachten, gab es viel zu tun.

3. 1920 war die Struktur der arabischen Gesellschaft in Palästina noch quasi-feudal. An der Spitze stand eine kleine Aristokratie von Landbesitzern, die schon lange vor dem Krieg in die *effendi* oder die regierende Klasse des türkischen Reiches aufgenommen worden waren. Viele von ihnen waren wohlhabend und die meisten von ihnen gut ausgebildete Männer, die sich durch das Studium in Beirut oder anderswo oder durch Reisen die äußeren Formen der europäischen Kultur angeeignet hatten. Der Zusammenhalt dieser herrschenden Klasse wurde durch die traditionelle Rivalität zwischen ihren führenden Familien, von denen die beiden wichtigsten zu dieser Zeit die Husseini und die Nashashibi waren, etwas beeinträchtigt. An zweiter Stelle auf der sozialen Skala stand eine Mittelschicht von Fachleuten und Geschäftsleuten in den Städten - es gab einige kleine Industrien, insbesondere die Seifenherstellung in Nablus - und von wohlhabenderen Landwirten in den Ebenen. Die große Mehrheit der arabischen Bevölkerung waren Bauern oder *Fellaheen*, einige von ihnen Besitzer ihrer kleinen Grundstücke, die meisten jedoch Pächter oder Landwirte auf den Ländereien der *Effendi*, die in vielen Fällen "abwesende Grundbesitzer" waren. Auf der untersten Stufe standen die Beduinen, Nomaden aus der Wüste, die noch weitgehend als Hirten lebten, aber auch primitive Landwirtschaft betrieben. Ihre Zahl wurde 1922 - wahrscheinlich zu hoch - auf etwas mehr als 100.000 geschätzt.

4. Das herausragende Merkmal der bäuerlichen Klasse war ihre Armut. Dafür gab es mehrere Gründe: die Armut des Bodens, vor allem in den steinigen Hügeln, in denen die meisten Dörfer lagen, und der Mangel an Wasser; die hohe Schuldenlast, die ihnen den größten Teil ihres Einkommens raubte und sie des Kapitals beraubte, das sie für eine bessere Bewässerung ihres Landes oder die Verbesserung der Ernten benötigten; das Fehlen von Kenntnissen über intensive Anbaumethoden; die erdrückende Wirkung des veralteten Bodensystems und die allgemeine Unsicherheit der Besitzverhältnisse; die begrenzten Märkte für Landprodukte und die schlechten Zugangsmöglichkeiten zu den Städten. Die Geburtenrate war jedoch hoch, und trotz primitiver sanitärer Einrichtungen und eines völlig unzureichenden Gesundheitswesens wuchs die bäuerliche Bevölkerung stetig. Durch das Ende der türkischen Herrschaft standen außerdem in jeder Familie die jüngeren Männer, die zuvor zum Wehrdienst eingezogen worden waren und in der Regel nicht mehr zurückkehrten, für die Arbeit zu Hause zur Verfügung. Auch die Auswanderung nach Übersee war durch die Einwanderungsbeschränkungen der Nachkriegszeit gebremst worden. In allen Dörfern standen daher mehr Arbeitskräfte zur Verfügung als vor dem Krieg, was jedoch nicht unbedingt zur Hebung des Lebensstandards beitragen konnte. Es könnte ihn sogar senken, wenn nicht die anderen für die Entwicklung notwendigen Faktoren hinzukommen.

5. In Anbetracht der begrenzten Mittel, die zur Verfügung standen, wurden zwischen 1920 und 1925 bei der Bewältigung dieses komplizierten Problems erhebliche

Fortschritte erzielt. Ein Teil des Landes wurde vermessen und kartiert, um die Landbesiedlung vorzubereiten. Einschließlich der vor 1920 geleisteten Vorschüsse wurde eine Summe von mehr als einer halben Million Pfund, meist in kleinen Beträgen, an die Landwirte ausgeliehen. Für die Verbesserung und den Schutz der Kulturen wurde fachliche Beratung angeboten. In den ländlichen Bezirken wurden fast 200 Grundschulen eingerichtet. Durch Drainage- und andere Maßnahmen wurde die Malaria, die 1920 nicht nur in den ländlichen Tieflagen, sondern auch in den Städten grassierte, in allen größeren Städten mit Ausnahme von Haifa und in weiten Teilen des Flachlandes ausgerottet. Eine ähnliche Kampagne wurde gegen Augenkrankheiten geführt. Es wurden neue Krankenhäuser gebaut, Kinderfürsorgezentren und Kliniken eröffnet und die Ausbildung von Krankenschwestern und Hebammen gefördert. Jerusalem erhielt eine angemessene Wasserversorgung. Hunderte von Straßenkilometern wurden gebaut, was den Omnibusverkehr erleichterte und zu einem starken Anstieg des sonstigen Autoverkehrs führte. Das Eisenbahnnetz wurde neu organisiert und renoviert. Mit all diesen und anderen Maßnahmen war 1925 ein energischer Anfang gemacht worden, um das rückständige Palästina mit der materiellen Ausstattung eines modernen Staates zu versehen.

6. Ein Großteil der oben zusammengefassten Arbeit wurde von anderen Stellen als der Regierung geleistet. Christliche Missionen und andere europäische philanthropische Einrichtungen, von denen einige schon lange vor dem Krieg in Palästina gegründet worden waren, spielten, wie auch heute noch, eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von sozialen Diensten, insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen. Darüber hinaus gab es einige soziale Dienste, insbesondere im Bereich der Bildung, die die Juden von Anfang an auf ihre eigene Art und Weise und gegebenenfalls auf ihre eigenen Kosten bereitstellen wollten. Und für solche Ausgaben konnten die Zionistische Organisation und andere Einrichtungen große Geldsummen aufbringen. Infolgedessen wurde ein Großteil der oben erwähnten Arbeit von den jüdischen Einwanderern selbst geleistet, teils aus eigener Kraft, teils mit jüdischer Hilfe aus Europa und Amerika. Die Arbeit der Hadassah Medical Organisation, einer starken und effizienten Organisation, die von amerikanischen Zionisten gegründet wurde, verdient besondere Erwähnung: und wie die Trockenlegung von Sümpfen durch jüdische Kolonisten kam sie sowohl Arabern als auch Juden zugute.

7. Es sollte offen zugegeben werden, dass die sozialen Aktivitäten der Regierung zwar direkt oder indirekt dem ganzen Land zugute kamen, aber eher den Arabern als den Juden. Das war vernünftig genug, abgesehen davon, dass die Araber die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung stellten. Es gab wenig Aussicht auf jene *Annäherung* und Zusammenarbeit zwischen den Rassen, von der der letztendliche Erfolg des gesamten Experiments abhing, wenn nicht in allen Lebensbereichen jede Anstrengung unternommen wurde, um die Kluft zwischen ihnen zu schließen. Aber selbst unter den günstigsten Bedingungen, selbst wenn die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel weitaus größer gewesen wären, als sie es waren, konnte die Schließung der Kluft, die Anhebung des arabischen Niveaus an Wissen,

Geschicklichkeit und Unternehmungsgeist auf das jüdische Niveau nur sehr langsam vorstatten gehen; und obwohl 1925 offensichtlich eine neue Ära des Fortschritts begonnen hatte, lebten die Araber immer noch in der Atmosphäre der Vergangenheit, immer noch getrennt, fast, wie es scheinen mag, durch Jahrhunderte, von dem gebildeten, einfallsreichen, westlich gesinnten Teil der Juden, die jetzt in wachsender Zahl ins Land kamen.

8. Die "Erleichterung" dieses Zustroms "unter geeigneten Bedingungen" war eine der besonderen Aufgaben, die das Mandat auferlegte. Angeregt durch die Balfour-Deklaration nahm die Flut jüdischer Einwanderer durch die Wiederherstellung von Frieden und Ordnung an Fahrt auf, und die erste Aufgabe der Regierung war, was Sir Herbert Samuel zu Recht als "die unangenehme Aufgabe" bezeichnete, zu verhindern, dass diese Flut Palästina überschwemmte. Es wurde eine spezielle Abteilung für die Einwanderung eingerichtet und eine Verordnung zur Regelung der Einwanderung erlassen.* Das Ergebnis war, dass die jüdische Bevölkerung, die 1918 auf etwa 55.000 geschätzt wurde, bis März 1925 auf 108.000 angestiegen war. Dieser Anstieg bedeutete mehr als nur einen zahlenmäßigen Unterschied: Er bedeutete einen Unterschied im Charakter. Nicht nur die Herkunft der Einwanderer, sondern auch ihr Typ und ihre Einstellung waren nun vielfältiger. Um aus Sir Herbert Samuels Rückblick auf seine fünfjährige Amtszeit zu zitieren:

" Es gibt Rabbiner und Laien, für die allein die alte Religion von Bedeutung ist, und in deren Leben das Studium des Gesetzes und die rituellen Vorschriften im Vordergrund stehen. . . . Es gibt eifrige junge Arbeiter, im Wesentlichen modern, die den Buchstaben der Religion abgelehnt haben, obwohl sie oft den Geist beibehalten; intellektuell, sind sie dennoch eifrig bei der manuellen Arbeit beim Aufbau des Landes dabei; sie mögen von der Vergangenheit inspiriert sein, aber sie leben aktiv in der Gegenwart und bewegen sich bewusst auf eine geplante Zukunft zu. Zwischen diesen Typen gibt es alle Abstufungen und Kombinationen von Glaubensbekenntnissen und Weltanschauungen,

" Es gibt in Palästina orientalische Juden aus Bokhara, Persien und dem Irak, und es gibt Universitätsangehörige aus New York und Chicago. Es gibt Juden aus dem Jemen ... gute Handwerker in Silber und Elfenbein oder gute Arbeiter auf den Bauernhöfen; und es gibt Landwirtschaftsexperten aus den Hochschulen Frankreichs, Ingenieure aus Deutschland, Bankiers aus Holland, Fabrikanten und Kaufleute aus Polen und Russland. Es gibt Studenten und Schriftsteller, Ärzte und Anwälte, Architekten und Musiker, Organisatoren und Sozialarbeiter, aus Ost- und Westeuropa, aus Asien und Amerika. . . .

" Allgemein kann man sagen, dass mindestens die Hälfte der heutigen jüdischen Bevölkerung aus Osteuropa stammt; dass die streng orthodoxen Juden eine Minderheit sind, die völlig irreligiösen ebenfalls eine Minderheit, und die Masse dazwischen liegt; dass die Mehrheit politisch eingestellt und in ihren Ansichten fortschrittlich ist; dass es nur wenige Kommunisten gibt und dass diejenigen, die als revolutionär oder "bolschewistisch" bezeichnet werden können, eine zahlenmäßig zu vernachlässigende Gruppe sind; und dass drei Viertel dieser Bevölkerung derzeit in den Städten und ein Viertel in den landwirtschaftlichen Kolonien leben."

Damit war bereits der einzigartige Charakter der jüdischen Kolonisierung in Palästina klar.

* Zu Einzelheiten des Einwanderungssystems siehe Kapitel X. unten.

Die Kolonien in der Neuen Welt wurden zumeist von Siedlern einer einzigen Nation gegründet, die hauptsächlich aus der Arbeiter- oder unteren Mittelschicht stammten und keine sehr unterschiedlichen Berufe ausübten. Die jüdischen Einwanderer stammten aus einer Vielzahl verschiedener Länder und waren in allen Klassen und Tätigkeitsbereichen vertreten. Ihre Ansiedlung glich der Kolonisierung einer kompletten Gesellschaft in Miniatur - ein Schnitt durch alle Schichten -, von der die Kolonialreformer im England des frühen neunzehnten Jahrhunderts träumten, die aber nie realisiert wurde. Einzigartig waren auch die Vorbereitungen, die dafür getroffen wurden. Die meisten Einwanderer waren nicht nur von der zionistischen Organisation sorgfältig ausgewählt worden, sondern ein Teil von ihnen hatte in zwanzig in verschiedenen europäischen Ländern eingerichteten Zentren eine dreijährige Ausbildung absolviert, meist für die Landwirtschaft, aber auch für Industrie und Handwerk. Alle diese ausgebildeten Männer und Frauen waren jung und gehörten größtenteils der *Halutzim* oder Pioniere genannten Organisation an.

9. Eine ausgeklügelte jüdische Maschinerie zur Finanzierung und Kontrolle dieser Kolonisierung war bereits in Betrieb. Eine Jüdische Agentur, die zu dieser Zeit als Zionistische Exekutive bekannt war und die zionistische Bewegung in der ganzen Welt vertrat, war in Übereinstimmung mit dem Mandat eingerichtet worden und arbeitete mit der Verwaltung zusammen, insbesondere bei der Siedlungsarbeit. Eine andere Organisation, die sich von den Zionisten unterscheidet, die Palestine Jewish Colonization Association (Pica), Nachfolgerin der Gesellschaft von Baron Edmond de Rothschild, war ebenfalls seit einiger Zeit mit dem Landkauf und der Besiedlung beschäftigt. Die Anglo-Jewish Association und die Alliance Israelite Universelle setzten ihre Vorkriegsarbeit fort, vor allem im Bereich der landwirtschaftlichen Ausbildung, und mehrere andere Gesellschaften waren gegründet worden oder standen kurz vor der Gründung, vor allem in den Vereinigten Staaten, um den Aufbau des National Home zu unterstützen.

10. Das für die Kolonisten benötigte Land wurde zum Teil vom Jüdischen Nationalfonds (*Keren Kayemeth*), der durch freiwillige Beiträge von Juden aus aller Welt unterhalten wird, und zum Teil von der "Pica" erworben. Ein weiterer Fonds, der Stiftungsfonds oder *Keren Hayesod*, war zur Finanzierung der Siedlungskosten eingerichtet worden. Insgesamt waren seit dem Krieg bereits rund 6.000.000 Pfund für das National Home ausgegeben worden. Es waren 944.000 Dunum* Land erworben und etwa 100 Dörfer mit rund 25.000 Siedlern errichtet worden. Einige der Kolonien befanden sich in den Hügeln von Galiläa, die große Mehrheit jedoch in der See-Ebene und der Ebene von Esdraelon. Die Umwandlung der letzteren von einem sumpfigen und

dünn besiedelten Gebiet in ein gesundes und hoch kultiviertes Ackerland war aus jüdischer Sicht eine besonders bemerkenswerte Errungenschaft, die mit viel Leid und Sterblichkeit durch Malaria verbunden war.

* Ein Dunum (1000 qm²) ist etwa ein Viertel eines "acres".

11. Auch die soziale Organisation der Kolonien war von Anfang an so unterschiedlich wie heute. Es gab Orangenplantagen in Privatbesitz; es gab Siedlungen einzelner Bauern oder Kleinbauern; es gab genossenschaftliche Siedlungen, in denen einige das Land individuell, andere gemeinschaftlich bearbeiteten; und es gab einige wenige kommunale Siedlungen, in denen kein Lohn gezahlt, sondern die Arbeit verteilt und der Bedarf nach dem Kollektivprinzip gedeckt wurde.

12. In einigen ländlichen Bezirken wuchsen die jüdischen Dörfer aus der Vorkriegszeit zu kleinen Landstädten heran. Die Fläche von Petah Tiqva wuchs von 700 auf 5.000 Hektar und die Einwohnerzahl von 125 auf 4.000. Rehovot war 1890 ein Dorf mit weniger als 300 Einwohnern: 1925 waren es über 1.400.

13. Für die städtische Bevölkerung waren in Jerusalem und Haifa neue Vorstädte entstanden, und Tel Aviv am nördlichen Stadtrand von Jaffa, das 1914 aus weniger als 200 Häusern mit 2.000 Einwohnern bestand, war nun eine Stadt am Meer mit über 2.000 Häusern und 30.000 Einwohnern - "die einzige Stadt der Welt, die vollständig jüdisch ist". Um diese Einwohner zu versorgen, wurden neue Industrien gegründet - vier große Fabriken für Zement, Ziegel, Mehl, Öl und Seife mit einem Investitionsvolumen von über 500.000 Pfund und mehr als 100 kleinere Betriebe. Um diese industriellen Entwicklungen zu unterstützen, hatte ein Unternehmen unter der Leitung von Herrn Rutenberg, einem russisch-jüdischen Elektroingenieur, ein mit Öl betriebenes Elektrizitätswerk in Tel Aviv errichtet, während ein anderes Unternehmen unter der gleichen Leitung damit begonnen hatte, das Wasser des Jordans und des Yarmuk an einem Punkt etwa fünf Meilen südlich des Tiberias-Sees nutzbar zu machen - ein Unternehmen, das den größten Teil Palästinas mit Strom versorgen sollte und dessen Kosten sich auf etwa £1.000.000 beliefen.

14. Auch hier hatte die Einwanderergemeinde bereits eine ausgeklügelte soziale und politische Organisation entwickelt. Die meisten Industriearbeiter waren in verschiedenen Zweigstellen der General Federation of Jewish Labour oder *Histadruth* organisiert, die nicht nur soziale Dienstleistungen auf genossenschaftlicher Basis erbrachte, sondern auch Aufträge für Bau- und andere Arbeiten ausschrieb. Auf politischer Ebene war eine Generalversammlung mit 314 Mitgliedern eingerichtet worden, die von allen erwachsenen Juden beiderlei Geschlechts gewählt wurde und in zahlreiche Parteigruppen unterteilt war; und ein von der Versammlung gewählter Nationaler Exekutivrat oder *Va'ad Leumi* bildete sozusagen die verantwortliche Regierung des Nationalen Hauses. Auf lokaler Ebene gab es in Tel Aviv einen gewählten Stadtrat und in jeder Kleinstadt und jedem Dorf jeglicher Größe einen

gewählten Ausschuss. Die religiösen Angelegenheiten der gesamten Gemeinschaft wurden von einem Rabbinatsrat geregelt. Durch die 1927 erlassene Verordnung über die Organisation der religiösen Gemeinschaften wurden alle diese Gremien anerkannt und geregelt. Von nun an waren die *Va'ad Leumi* und die Komitees per Gesetz berechtigt, durch jährliche Budgets Steuern zu erheben und soziale Dienste zu unterhalten, von denen die wichtigsten das öffentliche Gesundheitswesen und das Bildungswesen waren. Die Verordnungen sahen natürlich die Kontrolle dieser Einrichtungen durch die palästinensische Regierung vor, insbesondere in Bezug auf die Finanzen; dennoch wäre es schwierig, in der Geschichte einen Präzedenzfall für die Einrichtung eines so ausgeprägten *imperium in imperio* zu finden.

15. In ihrer Kultur schließlich spiegelte diese kleine Gesellschaft von 100.000 Juden bereits das Nachkriegsleben der westlichen Welt wider. In der lokalen Kunst und Literatur war ein kreativer Geist zu spüren. Bialik, der größte hebräische Dichter der Neuzeit, sollte bald seine letzten Lebensjahre in Tel Aviv verbringen. Ein ehemaliger Dirigent der Großen Oper in Petrograd und Moskau hatte ein Orchester ausgebildet, das vor einem überfüllten Publikum spielte. Der einzige kulturelle Unterschied zwischen dieser jungen Gemeinschaft und den Älteren in Europa oder Amerika war ein Unterschied in der Intensität. Erstens war aufgrund des Einwanderungssystems ein ungewöhnlich hoher Anteil der Bevölkerung jung und hochgebildet. Zweitens war die große Mehrheit von ihnen sich fast leidenschaftlich einer nationalen Mission bewusst. Sie waren die Erbauer oder Wiedererbauer des Nationalen Hauses. Wie intensiv der Geist des Nationalismus sein kann, hat sich in jüngster Zeit in vielen Teilen der Welt gezeigt, nicht immer mit glücklichen Ergebnissen; aber nirgendwo war er in jenen frühen Tagen der Kolonisation und nirgendwo ist er jetzt intensiver als unter den Juden in Palästina. Das auffälligste Merkmal war und ist die Wiederbelebung der hebräischen Sprache. Wie wir gesehen haben, war dies immer einer der Hauptpunkte des Zionismus gewesen, und seit der Balfour-Deklaration wurde es zu diesem Zweck als wesentlich angesehen, dass erstens Hebräisch als "Amtssprache" in Palästina anerkannt wurde und dass zweitens die Erziehung der Kolonisten in jüdischer Hand lag. So wurde bereits 1925 ein kompletter Rahmen für das jüdische Bildungswesen errichtet - Grundschulen, weiterführende Schulen und technische Schulen - und im Frühjahr desselben Jahres wurde die Struktur durch die Eröffnung der Hebräischen Universität in Jerusalem durch Lord Balfour gekrönt. In den Grundschulen wurde intensiv Hebräisch gelehrt, und auf allen höheren Stufen war Hebräisch die Unterrichtssprache. Das Ergebnis war, dass eine Sprache, die eine Generation zuvor nur zur rituellen Rezitation gesprochen worden war, nun die lebendige Alltagssprache aller jüngeren, wenn auch noch nicht ganz aller älteren Juden in Palästina war. Alle jüdischen Zeitungen wurden auf Hebräisch gedruckt, und bald erschien eine wachsende Zahl hebräischer Literatur in den örtlichen Druckereien.

16. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Nationale Heim bereits 1925 alle wesentlichen Merkmale aufwies, die es heute auszeichnen. Doch trotz der bereits erzielten Ergebnisse und des Enthusiasmus seiner Pioniere wurde es noch immer allgemein als ein Experiment betrachtet, das am Ende erfolgreich sein könnte oder auch

nicht - und das nicht nur von nichtjüdischen Kritikern. Bislang waren die für den Landerwerb und die Ansiedlung sowie für die wesentlichen sozialen Dienste erforderlichen Mittel hauptsächlich von der ärmeren Schicht der Juden in aller Welt in kleinen Beträgen aufgebracht worden. Ein Großteil der Ausgaben war unwirtschaftlich gewesen. Für einen Teil des bereitgestellten Kapitals konnte keine Rendite erwartet werden, für den Rest nur eine geringe und möglicherweise lang verzögerte Rendite. Die Finanzierung des Nationalen Heims hatte in der Tat den Charakter von Spenden für ein Missionsunternehmen. Wenn es jedoch die Träume seiner Förderer innerhalb eines überschaubaren Zeitraums verwirklichen sollte, brauchte es eine normalere wirtschaftliche Grundlage; es musste als "solides Vorhaben" angesehen werden und Investitionen in der üblichen Weise anziehen.

17. Die jüdische Heimstätte ist nur eine Seite des Bildes, und im Laufe des Jahres 1925 wurde die andere Seite durch ein bedeutendes Ereignis erhellt. Für die Juden war die Ankunft von Lord Balfour in Palästina und die Eröffnung der Hebräischen Universität das glücklichste aller Vorzeichen. Für die Araber waren sie ein Gräuelpiel, und sie feierten den Besuch von Lord Balfour mit einem effektiven "Generalstreik". In der Tat hatte die arabische Opposition gegen die Politik des National Home nichts von ihrer Kraft verloren. In den ersten Jahren war er sogar von den ersten beiden gewalttätigen Ausbrüchen gekennzeichnet, die bis 1936 in regelmäßigen Abständen wiederkehren sollten. Trotz der Anwesenheit einer beträchtlichen Anzahl britischer Truppen im Lande kam es im April 1920 in Jerusalem zu schweren Ausschreitungen und Plünderungen. Die Araber griffen Juden brutal an, und die Truppen mussten hart durchgreifen, um die Ordnung wiederherzustellen. Fünf Juden wurden getötet und nicht weniger als 211 verwundet, darunter mehrere Frauen und Kinder. Von den Arabern wurden vier getötet und einundzwanzig verwundet. Die Untersuchung ergab, dass die Ursachen für die Unruhen folgende waren: (1) die Enttäuschung der Araber über die Nichterfüllung der Versprechen der Unabhängigkeit, die ihnen ihrer Meinung nach im Krieg gegeben worden waren; (2) die Überzeugung der Araber, dass die Balfour-Erklärung eine Verweigerung des Rechts auf Selbstbestimmung bedeutete, und ihre Befürchtung, dass die Einrichtung der Nationalen Heimstätte eine starke Zunahme der jüdischen Einwanderung bedeuten und zu ihrer wirtschaftlichen und politischen Unterwerfung unter die Juden führen würde; (3) die Verschärfung dieser Gefühle einerseits durch die Propaganda von außerhalb Palästinas im Zusammenhang mit der Proklamation des Emirs Feisal zum König eines wiedervereinigten Syriens und mit der Zunahme panarabischer und panmoslemischer Ideen und andererseits durch die Aktivitäten der Zionistischen Kommission, die durch die Mittel und den Einfluss der Juden in der ganzen Welt unterstützt wird. Es wurde darauf hingewiesen, dass die jüdische Einwanderung vor dem Krieg die Araber nicht übermäßig beunruhigt hatte und dass es unter ihnen einige gab, die den wirtschaftlichen Wert einer angemessenen Anzahl jüdischer Einwohner für das Land erkannten. Aber, wie ein einflussreicher Araber zu jener Zeit bemerkte: "Wer Salz will, leert den ganzen Keller in seinen Teller."

18. Ein Jahr später, im Mai 1921, kam es zu einem weiteren alarmierenden Ausbruch. Erregt durch Unruhen, die aus einem innerjüdischen Streit zwischen der bolschewistischen Gruppe und der orthodoxen Arbeiterpartei resultierten, verübten die Araber von Jaffa einen mörderischen Angriff auf die jüdischen Einwohner der Stadt; und an den darauffolgenden Tagen kam es zu zerstörerischen arabischen Überfällen auf fünf der jüdischen ländlichen Kolonien. Im Verlauf der Unruhen wurden 47 Juden getötet und 146 verwundet, zumeist von Arabern. Von den Arabern wurden 48 getötet und 73 verwundet, vor allem durch die Polizei und das Militär bei der Niederschlagung der Unruhen. Der Bericht über die Untersuchung dieser Ereignisse, die von Sir Thomas Haycraft, dem Obersten Richter von Palästina, und zwei Beamten durchgeführt wurde, enthüllte der Öffentlichkeit zum ersten Mal die Stärke des arabischen Antagonismus gegen das Nationale Heim und die Gründe dafür. "Die Hauptursache für die Unruhen in Jaffa und die darauf folgenden Gewalttaten", schrieben die Kommissare, "war ein Gefühl der Unzufriedenheit und Feindseligkeit unter den Arabern gegenüber den Juden, das auf politische und wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen war und mit der jüdischen Einwanderung sowie mit ihrer Vorstellung von der zionistischen Politik, die von jüdischen Vertretern stammte, zusammenhing. Als Antwort auf die jüdischen Argumente, dass sich der arabische Antagonismus eher gegen die britische Herrschaft als gegen den Zionismus richte und in der ungebildeten Masse der arabischen Bevölkerung von *Effendi* künstlich angefacht worden sei, die mit dem Verlust der profitablen Privilegien, die sie unter dem türkischen Regime genossen hatten, unzufrieden waren, erklärten die Kommissare, dass "das Gefühl gegen die Juden zu echt, zu weit verbreitet und zu intensiv sei, um auf die oben genannte oberflächliche Weise erklärt zu werden". Die Wurzel des Übels sei die Furcht der Araber vor einer stetigen Zunahme der jüdischen Einwanderung, die letztlich zu ihrer politischen und wirtschaftlichen Unterwerfung führen würde. Die Araber waren sich bewusst, dass diese Aussicht nicht nur von "extremistischen" Zionisten wie Herrn Jabotinsky, sondern auch von verantwortungsbewussteren Vertretern des Zionismus wie Dr. Eder, dem amtierenden Vorsitzenden der Zionistischen Kommission, ins Auge gefasst wurde; und um dies zu erreichen, übten die Zionisten durch ihre Kommission und auf andere Weise einen unzulässigen Einfluss auf die Verwaltung aus. Außerdem wurde die jüdische Einwanderung von den Arabern als Ursache für die arabische Arbeitslosigkeit angesehen. "Das Ziel des modernen jüdischen Pioniers in Palästina", so hieß es in einer von den Förderern des Jüdischen Stiftungsfonds herausgegebenen Broschüre, "ist es, Platz und Arbeit für die Tausende und Millionen zu schaffen, die draußen warten". Schließlich hatten die Araber mit Abneigung und Beunruhigung die Haltung und das Verhalten vieler jüngerer Einwanderer beobachtet. Es war nur natürlich, dass junge Juden, die dem Elend und den Gefahren Osteuropas entkommen waren, zum ersten Mal die Freiheit erlebten und sich endlich in einem Land "zu Hause" fühlten, das sie von Rechts wegen für sich beanspruchten, ihrem Übermut freien Lauf ließen und in Kleidung und Verhalten die unkonventionellen Standards der jüngeren Nachkriegsgeneration in anderen Teilen der Welt widerspiegeln; aber es war nicht weniger natürlich, dass ein solches Verhalten von Arabern, die in der strengeren Schule

des Islam erzogen worden waren, mit Abneigung, wenn nicht gar mit Abscheu betrachtet wurde. Außerdem entdeckten sie bei einigen dieser jungen Neuankömmlinge eine Arroganz, die darauf hinzudeuten schien, dass sie sich als Angehörige einer überlegenen Rasse fühlten, die dazu bestimmt war, schon bald die Herrschaft über das Land zu übernehmen.

19. Einige andere Merkmale der Unruhen von 1921 sind zu erwähnen. Erstens waren sich die muslimischen und christlichen Araber, deren Beziehungen schon immer unruhig und zuweilen unfreundlich waren, in ihrer Feindschaft gegenüber den Juden einig. Zweitens war diese Feindseligkeit in den Unruheregionen nicht auf eine bestimmte Klasse beschränkt, sondern wurde von der gesamten arabischen Gemeinschaft geteilt. Drittens zeigte die Art und Weise, in der sich die wildesten antijüdischen Gerüchte verbreitet hatten, und die heftige Erregung, die sie hervorriefen, wie entflammbar das Temperament der arabischen Landbevölkerung war, wie leicht sich ein Gefühl der Unzufriedenheit oder Abneigung bis zu unvernünftiger Angst und mörderischem Hass steigern konnte. Und schließlich war klar, dass die Kluft, die sich so plötzlich und scharf zwischen den beiden Völkern auftat, kein zufälliges oder vorübergehendes Phänomen war. "Es ist schön und gut zu sagen", so der Bericht der Haycraft-Kommission, "dass seit einer Generation Frieden zwischen Arabern und Juden herrscht. Es war die Art von Frieden, die zwischen zwei Gruppen von Menschen besteht, die wenig oder nichts miteinander zu tun haben.

20. Es war offensichtlich, dass das Fortbestehen und mehr noch die Verschärfung des arabischen Antagonismus gegen die Nationale Heimstätte die moralische Grundlage der gesamten in der Balfour-Erklärung und dem Mandat verankerten Politik untergraben würde, und Sir Herbert Samuel widmete sich energisch der Aufgabe der Versöhnung. Einer seiner ersten Schritte bestand darin, der muslimischen Gemeinschaft die gleiche Art von offizieller Anerkennung zukommen zu lassen wie den Juden. Im März 1921 erließ er einen Erlass zur Einsetzung eines gewählten Komitees, das die Verwaltung des *Awqaf* oder der muslimischen religiösen Stiftungen und die Ernennung der Richter der *Schari'a* oder der muslimischen religiösen Gerichte überwachen sollte. Die Bestimmungen dieses Erlasses wurden von den führenden Arabern heftig kritisiert, und im Dezember 1921 wurde ein neuer Erlass erlassen, der einen Obersten Muslimischen Rat schuf, bei dessen Konstituierung die Regierung kein Mitspracherecht haben sollte und über dessen Verwaltung der *Awqaf* die Regierung keine Kontrolle haben würde. Es muss von Anfang an klar gewesen sein, dass der Präsident dieses Rates, wenn er von einer Mehrheit seiner Kollegen unterstützt wird, eine Position mit beträchtlicher Macht und Prestige einnehmen würde. Er würde über die *Awqaf*-Mittel verfügen, die bis 1936 auf nicht weniger als 67.000 Pfund pro Jahr anwachsen sollten. Außerdem hatte er das Recht, die Richter und andere Beamte der Scharia-Gerichte zu ernennen und zu entlassen, deren jährliche Bezüge sich auf insgesamt über 15.000 Pfund beliefen. 1921 wurde Haj Amin Eff. el Husseini, ein überzeugter arabischer Nationalist, der zum Mufti von Jerusalem ernannt worden war, auch zum Präsidenten des Obersten Muslimischen Rates gewählt. Beide Ämter übt er seither weiter aus.*

*Siehe Seiten (177-180) unten.

21. Es gab noch weitere Beweise für den Wunsch der Regierung, die arabische Meinung zu versöhnen. Der unglückliche Vorschlag von 1922, einen Legislativrat einzurichten, sollte vor allem den arabischen Politikern gefallen. Für die arabischen Landwirte bedeutete die Senkung des Zehnten, der für sie die wichtigste Steuer war, von 12½ % auf 10 % eine erhebliche Erleichterung; und ein Fall von strittigem Landbesitz, der Beisan-Fall, an dem die arabische Öffentlichkeit stark interessiert war, wurde zu sehr günstigen Bedingungen für die arabischen Landwirte geregelt.† Die rasche Entwicklung des Sozialwesens, die zwar durch die allgemeine Pflicht der Regierung gegenüber der gesamten Bevölkerung des Landes und nicht speziell durch die Notwendigkeit, die Araber zu versöhnen, diktiert wurde, sollte eine versöhnende Wirkung haben. Neue Straßen, neue Krankenhäuser und Gesundheitsdienste, neue Schulen, ein neues Regime gleichen Rechts und gleicher Gerechtigkeit - das waren die Früchte der britischen Verwaltung; und obwohl die jüdischen Einwanderer bisher nur einen Bruchteil der Steuern zahlten, die diese Verwaltung finanzierten, stand dieser Bruchteil bereits in keinem Verhältnis mehr zu ihrer Zahl. Und schließlich waren diese Einflüsse für Frieden und Harmonie in Palästina durch die Haltung der Regierung in England verstärkt worden. Man hoffte, dass das "Statement of Policy" von 1922, das zwar das Festhalten der Regierung an der Balfour-Deklaration bekräftigte, ihr durch die darin enthaltene gemäßigte Definition des "National Home" viel von ihrem Stachel genommen hatte.

†Siehe Kapitel IX Abschnitt 4 Buchstabe c).

22. In Anbetracht all dieser begünstigenden Faktoren konnte Sir Herbert Samuel am Ende seiner fünfjährigen Amtszeit eine deutliche Verbesserung der arabischen Haltung feststellen. Die extravaganten Befürchtungen von 1921 hatten sich nicht bewahrheitet. Das Vertrauen in die ehrlichen Absichten der britischen Regierung sei gestärkt worden. Die Haltung der arabischen Exekutive war zwar immer noch kompromisslos, aber ihr Einfluss nahm offenbar ab. Eine neue und gemäßigtere Partei, die Nationale Partei, war von der Nashashibi-Fraktion gegründet worden. Eine wachsende Zahl nachdenklicher Araber, insbesondere diejenigen, deren wirtschaftliche Interessen nicht mit denen der Juden kollidierten, begannen seiner Meinung nach zu glauben, dass die jüdische Einwanderung schließlich sowohl das Wohl der Araber als auch das der Juden fördern könnte.

23. Taten sind aussagekräftiger als Worte, und der beste Beweis für die vor zwölf Jahren gehegten Hoffnungen war die deutliche Verringerung der für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung verfügbaren Kräfte. Die Garnison in Palästina und Transjordanien, die 1921 aus drei Infanteriebataillonen und drei Kavallerieregimentern mit Artillerie und Hilfstruppen bestanden hatte, war bis Ende

1926 auf eine einzige Schwadron der Royal Air Force und zwei Kompanien gepanzerter Fahrzeuge reduziert worden; die britische Gendarmerie war aufgelöst und das britische sowie das palästinensische Element in der Polizei verringert worden; und zehn der neunundzwanzig britischen Bezirksbeamten, die 1920 dienten, waren durch Palästinenser, Araber und Juden, ersetzt worden.

2. Die Situation im Jahr 1925.

24. Es ist leicht, im Nachhinein weise zu sein, und wir wollen nicht behaupten, dass der vorsichtige Optimismus, der 1925 vorherrschte, nicht begründet war. Aber mit unserem Wissen über das, was seither geschehen ist, ist es für uns ganz klar, dass, was auch immer für eine vorübergehende Verbesserung der Situation erreicht worden sein mag, die Wurzel des Problems unangetastet blieb. Die vorherrschende Kraft in den Köpfen der gebildeten Araber war der Geist des arabischen Nationalismus. Er war, wie wir gesehen haben, durch die Kriegseignisse verstärkt und durch nichts, was danach geschah, in irgendeiner Weise geschwächt worden. Der deutlichste Beweis dafür war die eindeutige, logische und unerschütterliche Haltung der arabischen Exekutive gegenüber dem Vorschlag, einen Legislativrat einzurichten. Die erste Mitteilung der Delegation, die die Exekutive Anfang 1922 nach London schickte, an den Staatssekretär für die Kolonien (Mr. Churchill) begann mit folgender Erklärung

" Solange die Lage in Palästina so ist, wie sie heute ist, mit der britischen Regierung, die die Autorität durch eine Besatzungsmacht innehat und diese Autorität dazu benutzt, dem Volk gegen seinen Willen eine große Einwanderung von fremden Juden aufzuzwingen, von denen viele einen bolschewistischen, revolutionären Charakter haben, kann keine Verfassung akzeptiert werden, die dem Volk von Palästina nicht die volle Kontrolle über seine eigenen Angelegenheiten geben würde.

" Wenn die britische Regierung ihre derzeitige Politik in Palästina revidieren, das zionistische *Kon-dominium* beenden, die Einwanderung von Ausländern stoppen und dem Volk von Palästina - das nach Recht und Erfahrung am besten beurteilen kann, was gut und schlecht für sein Land ist - Exekutiv- und Legislativbefugnisse einräumen würde, könnten die Bedingungen für eine Verfassung in einer anderen Atmosphäre diskutiert werden. Wenn das palästinensische Volk heute einer Verfassung zustimmen würde, die ihm nicht die volle Kontrolle über seine eigenen Angelegenheiten einräumt, wäre es in der Lage, einem Regierungsinstrument zuzustimmen, das dazu benutzt werden könnte und wahrscheinlich auch würde, sein nationales Leben unter einer Flut fremder Einwanderung zu ersticken."

Im Laufe der anschließenden Diskussionen stellte sich heraus, dass es sich tatsächlich um eine Forderung nach sofortiger und vollständiger nationaler Selbstverwaltung handelte, die auf zwei rechtlichen oder quasi-rechtlichen Behauptungen beruhte. Erstens wurde behauptet, Palästina gehöre zu den arabischen Staaten, denen im McMahan-Abkommen die Unabhängigkeit zugesagt worden sei.* Zweitens wurde behauptet, Palästina gehöre zu den "ehemals zum türkischen Reich gehörenden Gemeinschaften", die in Artikel 22 des Völkerbundabkommens erwähnt werden und deren "Existenz als unabhängige Nationen vorläufig anerkannt werden kann, vorbehaltlich administrativer

Beratung und Unterstützung durch ein Mandat, bis sie in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen" - ein Status, der sich offensichtlich von dem, den Palästina zu diesem Zeitpunkt hatte, unterscheidet. Herr Churchill antwortete auf die erste dieser Behauptungen, dass nach Ansicht der Regierung Seiner Majestät "Palästina westlich des Jordans von Sir H. McMahons Zusage ausgeschlossen" sei. Was die zweite Behauptung anbelangt, so sagte er: "Es kommt nicht in Frage", "die Menschen in Palästina als weniger fortgeschritten zu behandeln als ihre Nachbarn im Irak und in Syrien . . . [aber] es ist ganz klar, dass die Schaffung einer nationalen Regierung in diesem Stadium die Erfüllung des Versprechens der britischen Regierung gegenüber dem jüdischen Volk ausschließen würde". Angesichts des offenen Widerstands der arabischen Führer gegen die jüdische Einwanderung konnte niemand den Wahrheitsgehalt dieser letzten Aussage in Frage stellen, noch konnte jemand nicht die offensichtliche Schlussfolgerung daraus ziehen. Die arabischen Delegierten griffen sie sofort auf und unterstrichen sie. "Die obige Aussage", so schrieben sie, "ist der stärkste Beweis dafür, dass die jüdische Heimstätte die Ursache dafür ist, uns unseres natürlichen Rechts zu berauben, eine unabhängige Regierung zu errichten, so wie Mesopotamien und der Hedjaz". Und weiter: "Wir können keinen anderen Grund für diese Verzögerung [bei der Gewährung der nationalen Unabhängigkeit] finden als den Eifer der Regierung, Zeit verstreichen zu lassen, in der die Juden zahlenmäßig zunehmen und die Kräfte des Zionismus sich im Lande stärker etablieren."

* Siehe Seiten 17 bis 18 oben.

25. Wir glauben, dass die britische Regierung und das Parlament immer an der moralischen Annahme festgehalten haben, auf der, wie oben erläutert, das Mandat beruhte, nämlich dass Araber und Juden im Laufe der Zeit ihre Differenzen in einer gemeinsamen palästinensischen Staatsbürgerschaft überwinden könnten und würden. Um diese Einigung zu erreichen, und nicht nur, um die Nationale Heimstätte weiter zu vergrößern und zu stärken, haben sie auf einer Verzögerung bestanden. Mit anderen Worten: Eine nationale Selbstverwaltung konnte in Palästina nicht eingerichtet werden, solange sie dazu benutzt werden würde, den Zweck der Balfour-Erklärung zu vereiteln. Dennoch war der Kern der Sache für die Araber klar genug.

Es war die Balfour-Erklärung und ihre Umsetzung im Mandatsentwurf und nichts anderes, was sie anscheinend daran hinderte, ein ähnliches Maß an Unabhängigkeit zu erlangen, wie es andere arabische Gemeinschaften bereits genossen. Und ihre Reaktion auf diesen Knackpunkt war logisch. Sie lehnten die Balfour-Erklärung ab. Sie protestieren gegen deren Umsetzung im Mandatsentwurf. "Das Volk von Palästina", so sagten sie, "kann die Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina nicht akzeptieren". Und sie weigerten sich, an einer anderen Regierungsform als einer nationalen, dem palästinensischen Volk verantwortlichen Regierung mitzuarbeiten.

26. Die britische Regierung ließ sich durch die Unnachgiebigkeit der arabischen Exekutive nicht davon abhalten, die von ihr entworfene Politik zu verfolgen. Der wichtigste positive Vorschlag in Churchills Grundsatzerklärung war die Einrichtung eines Legislativrats, der aus muslimischen Arabern, christlichen Arabern, Juden und Beamten bestehen sollte und in dem der Hochkommissar den Vorsitz führen sollte; zu gegebener Zeit wurden 1923 Wahlen dazu abgehalten. Die große Mehrheit der Araber weigerte sich jedoch, ihre Stimme abzugeben, woraufhin das Verfahren per Ratsbeschluss für ungültig erklärt wurde. Daraufhin wurde versucht, den Beirat durch die Ernennung inoffizieller Mitglieder auf derselben repräsentativen Grundlage wie der vorgeschlagene Legislativrat neu zu bilden. Der Hohe Kommissar lud zehn gemäßigt gesinnte Araber ein, Mitglieder zu werden, acht Moslems und zwei Christen. Alle Einladungen wurden angenommen, aber auf Druck der arabischen Exekutive wurden sieben zurückgezogen. Die Ernennung inoffizieller Mitglieder wurde daraufhin aufgegeben, und der Beirat blieb bis heute ein reines Beamtengremium.

27. Im Laufe des Jahres 1923 wurde die Schwierigkeit, die arabische Zusammenarbeit sicherzustellen, noch deutlicher. Beeindruckt von dem Nachdruck, den die arabische Delegation im Vorjahr auf die Befugnisse der zionistischen Exekutive in Palästina gelegt hatte, schlug der Herzog von Devonshire, der Churchills Nachfolger im Kolonialamt geworden war, die Einrichtung einer arabischen Agentur vor, "die eine Position einnehmen wird, die genau derjenigen entspricht, die der jüdischen Agentur gemäß Artikel 4 des Mandats zuerkannt wurde". Der Hochkommissar sollte die Mitglieder der Agentur "in Absprache mit den örtlichen Führern" ernennen. Dieser Vorschlag sei "ein großes Zugeständnis an die arabischen Gefühle", und er würde nicht weiterverfolgt, wenn er nicht sicher sei, dass er "von den Arabern selbst loyal umgesetzt wird". Der Hohe Kommissar erläuterte das Angebot vor einer Versammlung von 26 arabischen Führern. Obwohl mehrere von ihnen der gemäßigten Schule angehörten und obwohl die versöhnliche Kraft, die die "Churchill-Erklärung zur Politik" enthielt, inzwischen Zeit hatte, ihre Wirkung zu entfalten, "lehnte die Versammlung einstimmig das Angebot einer arabischen Agentur ab, das die Bestrebungen des arabischen Volkes nicht befriedigen würde".

28. In einem Telegramm vom 9. November 1923 zählte der Herzog von Devonshire die drei Vorschläge auf, die "im Hinblick auf eine engere Einbeziehung der arabischen Gemeinschaft in die Verwaltung Palästinas" gemacht worden waren: der Legislativrat, der erweiterte Beirat und die Arabische Agentur. "Gegenüber all diesen Vorschlägen haben die Araber die gleiche Haltung eingenommen, nämlich die Verweigerung der Zusammenarbeit. Die Regierung Seiner Majestät ist widerwillig zu dem Schluss gekommen, dass weitere Bemühungen in dieser Richtung nutzlos wären, und hat daher beschlossen, den Versuch nicht zu wiederholen." Was die verfassungsrechtliche Entwicklung anbelangt, so war die Situation völlig festgefahren.

29. Zwei Jahre später war die Lage noch immer dieselbe. Die einzige Hoffnung auf Fortschritt lag im Auftauchen einer gemäßigten arabischen Partei. Aber die Geschichte

der nationalistischen Bewegungen in allen Teilen der Welt zeigt, dass es in einem Kampf um nationale Unabhängigkeit für den Extremisten immer leichter ist als für den Gemäßigten, sich die Gefolgschaft seines Volkes zu sichern. Und der Grund dafür ist klar. Die Haupttriebfeder des Nationalismus in der Revolte ist der Wunsch eines Volkes nicht nur nach Freiheit, sondern nach der Gleichstellung mit anderen sich selbst entwickelnden Völkern, die die Freiheit mit sich bringt. Und wenn Freiheit eine Frage des Grades sein kann, kann Gleichheit keine Frage des Grades sein. Jedes Mal, wenn ein gemäßigter Nationalist an sein Volk appelliert, etwas weniger als die nationale Unabhängigkeit zu akzeptieren, wird er unweigerlich von dem Extremisten übertrumpft, der sie in vollem Umfang fordert.

30. In Palästina wurden die Aussichten eines gemäßigten Nationalismus, der bereit war, einen mehr oder weniger unbestimmten Aufschub der Unabhängigkeit zu akzeptieren, von Anfang an durch die Tatsache beeinträchtigt, dass das Problem Palästinas kein Problem war, das nur Palästina betraf. Wir beziehen uns nicht auf seine einzigartige religiöse Stellung in der Welt, auf das Gefühl in den Herzen unzähliger Männer und Frauen außerhalb seiner Grenzen für ein Land, das drei Religionen heilig ist. Wir sind der Meinung, dass dieser Aspekt des Problems schon immer in allgemeinem Einvernehmen behandelt werden konnte und immer noch kann. Die religiöse Bedeutung des Landes ist zwar sowohl mit dem arabischen als auch mit dem jüdischen Nationalismus eng verbunden, und sie kann von rücksichtslosen Extremisten pervertiert werden, um die weniger kühlen Anhänger beider Seiten zu erregen. Aber das muss nicht sein, und mit Ausnahme eines unglücklichen Ereignisses* war es bis heute kein dominierender Faktor für die Verschärfung des Problems. Wenn wir sagen, dass das Problem über Palästina hinausgeht, meinen wir damit, dass es nicht nur die Araber und die Juden im Lande, sondern auch die Araber und die Juden außerhalb des Landes betrifft. Die Situation in Palästina war also nie stabil. Einerseits drängte die zionistische Bewegung, die im Laufe der Zeit von einem wachsenden Teil des Weltjudentums unterstützt wurde, unaufhörlich und nachdrücklich darauf, mehr und mehr Juden ins Land zu holen: so dass gemäßigte arabische Nationalisten nicht nur mit einer bestimmten Anzahl von Juden in Palästina zu einem bestimmten Zeitpunkt konfrontiert waren. Sie waren gezwungen, ins Ausland und in die Zukunft zu blicken und - so beruhigend die Grundsatzklärung von 1922 auch erscheinen mochte - im besten Fall einen stetig anhaltenden, im schlimmsten Fall einen stark zunehmenden Zustrom von Juden in Betracht zu ziehen, der das bestehende Gleichgewicht zwischen den Rassen drastisch verändern würde; und es fiel ihnen daher schwer, ihre arabischen Mitbürger davon zu überzeugen, den Extremisten zu widersprechen, die sagten, dass die jüdische Einwanderung gestoppt werden müsse und dass sie nur durch die Erlangung der Unabhängigkeit gestoppt werden könne. Auf der anderen Seite war der arabische Nationalismus dem Druck der Ereignisse in allen Nachbarländern ausgesetzt. Im Norden, Osten und Südosten liegen Syrien, Transjordanien, der Irak, das Königreich der Wahabiten und das Königreich des Hedschas, alles arabische Länder, und im Südwesten liegt Ägypten, das größtenteils arabischen Blutes, aber hauptsächlich muslimischen

Glaubens ist. Mit all diesen Völkern standen die Araber in Palästina in ständigem Kontakt. Das Reisen mit dem Flugzeug war noch nicht so alltäglich wie heute, aber "der Irak war bereits mit Syrien durch einen Autodienst durch die Wüste verbunden. Und mit Syrien war Palästina aufs Engste verbunden. Bis zur Regelung der Nachkriegszeit hatten sie jahrhundertlang zu einer einzigen territorialen Einheit gehört. Viele der führenden Araber in beiden Ländern gehörten denselben Familien an. Der Handels- und Berufsverkehr war eng und häufig. Wichtige Ereignisse in Syrien wirkten sich daher sofort auf Palästina aus und *umgekehrt*, und es gab eine ähnliche, wenn auch nicht immer ganz so starke, gegenseitige Reaktion der Ereignisse in der gesamten arabischen Welt und in Ägypten.

* Siehe Seite 60 unten.

31. Nirgendwo war der Geist des Nationalismus nach dem Krieg so ausgeprägt wie in diesem Gebiet des Nahen und Mittleren Ostens. In allen Gebieten mit Ausnahme Transjordaniens kam es zu ernsthaften Unruhen, und in allen Gebieten mit Ausnahme Palästinas gab es einen deutlichen Fortschritt in Richtung Selbstverwaltung. Die ersten Unruhen gab es in Ägypten, das Ende 1914 zum britischen Protektorat geworden war. Mit diesem Regime waren die ägyptischen Patrioten der Nachkriegszeit alles andere als zufrieden, und 1919 führte die Organisation der nationalistischen Bewegung unter Zaghlul Pascha, die die vollständige und sofortige Unabhängigkeit anstrebte, zu weit verbreiteten Unruhen und Blutvergießen. 1920 empfahl die Milner-Mission die Anerkennung Ägyptens als souveräner, unabhängiger Staat unter bestimmten Bedingungen, und 1922 wurde diese Anerkennung durch eine einseitige Erklärung der britischen Regierung gewährt. Das Protektorat wurde aufgehoben und Ägypten zu einem unabhängigen, souveränen Staat erklärt, vorbehaltlich des Vorbehalts von vier Punkten, die bis zu einer diesbezüglichen Einigung in das absolute Ermessen der britischen Regierung gestellt wurden. Dabei handelte es sich um die Sicherheit der Verkehrsverbindungen des britischen Empire, die Verteidigung Ägyptens gegen ausländische Aggressionen oder Einmischungen, den Schutz der britischen Interessen und der Minderheiten sowie den Sudan. Die Erklärung wurde von den Nationalisten nie akzeptiert. Es folgte eine lange Reihe von politischen Ausschreitungen, die 1924 in der Ermordung von Sir Lee Stack gipfelten. Die britische Regierung ergriff strenge Maßnahmen: Der "Terrorismus" wurde zerschlagen oder in den Untergrund getrieben. Doch 1925, obwohl Zaghlul nicht mehr im Amt war, konnten die Nationalisten immer noch auf die Unterstützung der großen Mehrheit des ägyptischen Volkes zählen.

32. Die Lage in Syrien war noch schwieriger. Die Syrer hatten von Anfang an die Idee einer Mandatsregierung abgelehnt und die nationale Unabhängigkeit gefordert, und erst nach einigen Kämpfen konnten die Franzosen 1920 Damaskus besetzen und König Feisal zwingen, das Land zu verlassen. In den folgenden vier Jahren wurde die französische Mandatsverwaltung auf der Grundlage einer territorialen Aufteilung organisiert, in deren Rahmen schließlich vier "Staaten" gebildet wurden - ein großes

"Syrien" im Landesinneren, zwei kleine "Staaten" an der Küste, der Libanon (wo die Tradition der französischen Freundschaft am ältesten und stärksten war) und ein alouitischer "Staat" nördlich des Libanon, sowie eine separate Enklave im Bergland für die Drusen. In jeder dieser Einheiten waren bis 1925 gewählte Repräsentativräte eingesetzt worden; die Verwaltung lag in den Händen arabischer Minister, und die Befugnisse der französischen Beamten beschränkten sich nominell auf Überwachung und Beratung. Trotz dieser weitgehenden Selbstverwaltung brach im Sommer 1925 ein gefährlicher Aufstand aus, der von den Drusen angezettelt wurde. Er begann mit der Niederlage einer französischen Kolonne, die 800 Opfer forderte, und der Belagerung mehrerer isolierter Garnisonen. Das aufsehenerregendste Ereignis der darauf folgenden langwierigen Kämpfe war die französische Bombardierung von Damaskus im Oktober. Ende 1925 hatte sich die Lage durch die Versuche von M. de Jouvenel, zu "konstitutionellen" Methoden zurückzukehren, zwar gebessert, aber die Unruhen waren noch nicht beendet, und der Guerillakrieg ging weiter. Nicht nur Frankreich, sondern auch die arabische Welt ist sich darüber im Klaren, dass die Aufrechterhaltung des Mandats angesichts des syrischen Nationalismus eine schwierige und kostspielige Aufgabe ist.

33. Die Sympathie der palästinensischen Araber mit ihren Verwandten in Syrien hatte sich in dieser Zeit deutlich gezeigt. Beide Völker hielten an dem Grundsatz fest, dass Palästina zu Syrien gehörte und niemals von ihm hätte abgetrennt werden dürfen. Feisal wurde von einem syrischen Kongress, dem auch Palästinenser angehörten, zum König proklamiert. Ein weiterer syrisch-palästinensischer Kongress wurde 1921 in Genf gegründet. Im Jahr 1925 wurde in Palästina ein wirksamer "Generalstreik" in Sympathie mit dem arabischen Aufstand in Syrien organisiert, und ein weiterer im folgenden Jahr, um gegen den offiziellen Besuch von M. de Jouvenel in Jerusalem zu protestieren. Und 1925, als Lord Balfour von Jerusalem nach Damaskus reiste, löste seine Ankunft so schwere Unruhen aus, dass französische Truppen angefordert werden mussten und sein eigenes Leben zeitweise in Gefahr war.

34. Auch wenn die Stimmung der palästinensischen Araber am deutlichsten in den Entwicklungen in Syrien zum Ausdruck kommt, so ist es doch der Irak, der das eindrucksvollste Beispiel dafür liefert, was der arabische Nationalismus erreichen kann. Im Irak wie auch in Syrien hatte die Agitation gegen die Mandatspolitik seit Kriegsende angehalten, und die Bestätigung dieser Politik in San Remo im Frühjahr 1920 verschärfte die Unruhen noch. Sie gipfelte im Laufe des Sommers in einer Rebellion, die so stark und weit verbreitet war, dass sie eine Art Rückeroberung des Landes durch eine britische Armee von etwa 76.000 Mann erforderte. Noch bevor die Kämpfe beendet waren, beschloss die britische Regierung, der nationalistischen Bewegung weitreichende Zugeständnisse zu machen. Im Oktober wurde anstelle der bis dahin hauptsächlich britischen Verwaltung, die mehr oder weniger der einer indischen Provinz vor dem Krieg entsprach, ein provisorischer Staatsrat eingesetzt, der aus arabischen Ministern bestand, und auch die wichtigsten Verwaltungsposten in den Landbezirken wurden mit Arabern besetzt, wobei in beiden Fällen britische Beamte als Berater

fungierten. Dieses Regime bereitete den Weg für eine arabische konstitutionelle Monarchie. 1921 wurde Feisal auf Beschluss des Staatsrats, der durch ein Plebiszit bestätigt wurde, zum König ernannt. 1922 wurde der Mandatsentwurf mit Zustimmung der Mandatskommission verworfen und stattdessen ein Bündnisvertrag zwischen der britischen Regierung und der irakischen Regierung ausgehandelt, in dem die britische Regierung zwar eine gewisse beratende Kontrolle über außenpolitische, finanzielle und militärische Angelegenheiten behielt, aber die souveräne Unabhängigkeit des Irak anerkannte und sich verpflichtete, zu gegebener Zeit die Aufnahme des Landes in den Völkerbund zu erleichtern. So war der Irak Ende 1925 fast, wenn auch noch nicht ganz, ein freies und gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Gesellschaft, mit einer arabischen konstitutionellen Monarchie und einem arabischen Kabinett, das einem gewählten arabischen Parlament verantwortlich war.

35. Weniger dramatisch als die Ereignisse im Irak, aber dennoch bedeutsam für die palästinensischen Araber, war der stille Beginn eines ähnlichen Regimes in kleinerem Maßstab in Transjordanien. Es stand weiterhin unter Mandatsverwaltung - eine Erweiterung des Mandats für Palästina ohne die Artikel, die sich auf die nationale Heimstätte bezogen -, aber die Regierungsform unterschied sich völlig von der in Palästina. Seit 1921 wurde es von einem arabischen Herrscher, dem Amir Abdullah, einem Bruder von König Feisal, geleitet und 1923 von der britischen Regierung als "unabhängige Regierung" anerkannt. Der britische Hochkommissar für Palästina behielt die ultimativen Befugnisse, die das Fortbestehen des Mandats mit seinen internationalen Verpflichtungen mit sich brachte; aber die Funktion des britischen Residenten in Amman und seiner Handvoll britischer Untergebener bestand darin, zu beraten, nicht zu regieren, und die Abteilungen der Verwaltung wurden von den arabischen Ministern des Amirs geleitet und fast ausschließlich mit arabischen Beamten des Amirs besetzt. Der Kontrast zu Palästina war deutlich. Der Araber, der 1925 über Jerusalem hinaus über das Tal des Jordans auf das dahinter liegende Hochland schaute, blickte auf ein Land, das vor dem Krieg lange Zeit Teil Palästinas gewesen war, ein Land, das in seinem gegenwärtigen Entwicklungsstadium viel ärmer war als Palästina, ein Land mit einer Bevölkerung, die nur etwa ein Drittel der Bevölkerung des arabischen Palästinas ausmachte, und das sozial und politisch rückständiger war, aber ein Land, das auf dem Weg zur vollen nationalen Freiheit viel weiter fortgeschritten war als Palästina.

36. Es war also bereits 1925 klar, dass das Problem Palästinas, sowohl auf arabischer als auch auf jüdischer Seite, niemals ein in sich geschlossenes, isoliertes Problem sein konnte. Wenn Palästina durch eine Naturkatastrophe so vom Rest der Welt abgeschnitten worden wäre, dass jede Annäherung oder Kommunikation mit ihm von außen unmöglich geworden wäre, dann wären die beiden Völker, die sich innerhalb seiner engen Grenzen gegenüberstanden, vielleicht gezwungen gewesen, das Beste daraus zu machen und zu lernen, in Harmonie miteinander zu leben. So aber konnte die jüdische Gemeinschaft in Palästina nicht von ihrer Verbindung mit den Hoffnungen, Ängsten und Leiden der Juden anderswo befreit werden, und auch die nationalen

Bestrebungen der palästinensischen Araber konnten nicht von denen der arabischen Welt ringsum abgekoppelt werden.

37. Schon damals wirkten also sowohl äußere als auch innere Faktoren, um die beiden Rassen in Palästina auf Distanz und Feindschaft zu halten. Und es ist heute leichter zu erkennen als damals, dass ein Konflikt zwischen zwei nationalen Idealen entstanden war und dass er unter dem durch das Mandat auferlegten System nur gelöst werden konnte, wenn eines oder beide dieser Ideale aufgegeben wurden. Wären die Juden nach Palästina gekommen und bereit gewesen, ihr Leben und ihre Kultur mit dem arabischen Leben und der arabischen Kultur zu verschmelzen, die Sprache der Mehrheit zu akzeptieren und die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, eines Tages von dieser Mehrheit regiert zu werden, dann wäre es denkbar gewesen, dass sie in Palästina ebenso willkommen und erfolgreich gewesen wären wie ihre Vorfahren im Irak oder in Ägypten oder in Spanien in den frühen Tagen der Diaspora. Aber es wäre völlig unvernünftig gewesen, von ihnen eine solche Haltung zu erwarten. Es wäre die direkte Verneinung des Zionismus gewesen, sowohl auf seiner sozialen oder politischen als auch auf seiner kulturellen Seite. Die Zionisten kehrten einerseits nach Palästina zurück, um einer fremden Umgebung zu entfliehen, den Schatten des Ghettos abzuschütteln und sich von allen Nachteilen des "Minderheiten"-Lebens zu befreien, andererseits kamen sie von dem Glauben beseelt zurück, dass das jüdische Genie, wieder in seine alte Heimat zurückgekehrt, Dinge vollbringen könnte, die mit denen vergleichbar sind, die es in alten Zeiten vollbracht hatte. Die hebräische Sprache musste daher zwangsläufig die Sprache der Nationalen Heimat sein: Der jüdische Nationalismus wurde durch ihre Gründung zwangsläufig gestärkt. Aufgeklärte Einwanderer konnten ein sehr wohlwollendes Interesse am arabischen Leben und an der arabischen Kultur haben: aber von einer jüdischen Verschmelzung oder "Assimilation" mit ihr konnte keine Rede sein, noch weniger von einer Unterordnung. Das Nationale Heim konnte nicht halbnational sein. Auch die Vorstellung, dass die Araber ihrerseits eine Verschmelzung der arabischen mit der jüdischen Kultur dulden würden, war kaum mehr vorstellbar. Um noch einmal die arabischen Delegierten von 1922 zu zitieren: "Die Natur erlaubt es nicht, einen Geist der Zusammenarbeit zwischen zwei so unterschiedlichen Völkern zu schaffen".*

* Cmd. 1700, p. 28.

38. Die Situation am Ende der ersten fünf Jahre der Zivilverwaltung wurde ausführlich beschrieben, weil es wichtig ist, deutlich zu machen, dass die Situation, wie wir sie elf Jahre später vorgefunden haben, keine andere Situation ist, die durch neue oder vorübergehende Faktoren in oder außerhalb Palästinas entstanden ist. Es ist die alte Situation, die sich verschärft hat. Das meiste, was seit 1925 geschehen ist, ist eine Wiederholung dessen, was vor 1925 geschah, und zwar in immer größerem Ausmaß. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten des Palästina-Problems waren ihm von Anfang an inhärent. Die Zeit hat daran nichts geändert, sondern sie nur noch verstärkt.

3.--1926 bis 1929

39. Das herausragende Merkmal der vier Jahre nach 1925 war die wirtschaftliche Depression, von der Palästina und insbesondere das Nationale Heim betroffen waren. Sie war nicht Teil der weltweiten Depression, die im Laufe des Jahres 1929 einsetzte, und ihre Ursachen lassen sich nur schwer mit Sicherheit bestimmen. Ein Faktor ist unbestritten: der Zusammenbruch des polnischen *Zloty* und die Devisenbeschränkungen in Osteuropa im Allgemeinen, die die jüdischen Einwanderer, die aus diesem Teil der Welt kamen und etwa die Hälfte der Gesamteinwanderung ausmachten, ernsthaft verarmten. Unabhängig von der Ursache führte die Depression zu einem starken Rückgang der Einwanderungszahlen. Im Jahr 1925 waren 33.801 Juden nach Palästina eingewandert und nur 2.151 hatten es verlassen. Im Jahr 1926 betrug die Zahl der Einwanderer 13.081 und die der Auswanderer 7.365. Im Jahr 1927 kamen nur noch 2.713, und 5.071, also fast doppelt so viele, verließen das Land. Und trotz dieser abflauenden Flut stieg die Zahl der jüdischen Arbeitslosen von etwa 400 Anfang 1925 auf 5.000 Ende 1927. Die Einnahmen reagierten heftig, vor allem bei den Erträgen aus den Einfuhrzöllen.

	<i>Gesamteinnahmen</i> (ausgenommen Fördermittel)	<i>Zollbehörden</i> Einnahmen
	£	£
1925-26	2,604,446	886,312
1926-27	2,364,887	803,665
1927	1,709,035	569,935
(April bis Dezember)		

Es wurden Anstrengungen unternommen, um die vorherrschende Not zu lindern, die durch ein zerstörerisches Erdbeben im Jahr 1927 noch verschärft wurde. Die Regierung nahm ihr Programm für öffentliche Arbeiten vorweg, um Arbeit und Löhne für die Arbeitslosen zu schaffen.

40. Aber es gab auch positive Aspekte, die zeigten, dass die Krankheit keineswegs tödlich war. Die Produktion, sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie, nahm stetig zu. Der Index für den landwirtschaftlichen Ertrag des Landes stieg weiter an. Die Ausdehnung der Orangenplantagen war 1927 doppelt so groß wie 1923. Die industriellen Erträge waren ebenso ermutigend. Die großen Industriezweige, Zement, Mehl und Seife, konnten ihren Umsatz steigern. Die junge Tabakindustrie florierte.

Auch die kleineren Industrien in Tel Aviv steigerten ihre Produktion und erweiterten ihren Markt in Palästina und im Ausland. Während die Einfuhren sanken, stiegen die Ausfuhren. Der Wert der exportierten palästinensischen Produkte belief sich 1925 auf 1.330.830 Pfund, 1926 auf 1.308.333 Pfund und 1927 auf 1.889.759 Pfund, wobei die landwirtschaftlichen Exporte 1927 zum ersten Mal seit dem Krieg die landwirtschaftlichen Importe übertrafen.

41. Das tatsächliche Wachstum des Nationalen Heims, wenn es denn kontrolliert wurde, war nicht gebremst worden. Zwischen 1925 und 1928 stieg die jüdische Bevölkerung von 121.000 auf 151.000 und die in jüdischem Besitz befindliche Landfläche von 944.000 Dunum auf 1.024.000 Dunum.

42. Im Frühjahr 1928 begann sich das Blatt zu wenden. Die Arbeitslosigkeit ging stetig zurück. Der volle Strom der jüdischen Einwanderung ist noch nicht wiederhergestellt: die Gesamtzahl der Einwanderer für das Jahr beträgt nur 2.178. Aber der Abwanderungsstrom war gestoppt worden: Es gab zehn mal mehr Einwanderer als Auswanderer. Mitte 1928 hatte die Nationale Heimstätte also die schlimmste Krise überstanden, die sie bisher zu bewältigen hatte; und gerade zu diesem Zeitpunkt wurde ihre moralische Stärke durch die Erweiterung der Jewish Agency gestärkt. In einem früheren Kapitel wurde bereits erwähnt, dass die Balfour-Erklärung nicht von allen Juden in der Diaspora begrüßt worden war. Eine mächtige Gruppe war entschieden gegen sie. Doch in den vergangenen Jahren hatte sich dieser Widerstand abgeschwächt, und eine wachsende Zahl von Juden, vor allem in den Vereinigten Staaten, die zwar immer noch nicht bereit waren, alle Grundsätze des zionistischen Glaubensbekenntnisses zu übernehmen, waren nun begeisterte Befürworter der Nationalen Heimstätte und bestrebt, ihr Wachstum zu unterstützen. Eine Zusammenarbeit zwischen ihnen und der Zionistischen Organisation war offensichtlich wünschenswert. Sie wurde auf den Zionistenkongressen von 1925 und 1927 grundsätzlich bekräftigt; und 1928 wurde als Ergebnis einer umfassenden Untersuchung durch eine Gemeinsame Kommission und einer Reihe von Konferenzen eine neue Verfassung angenommen, die den repräsentativen Nicht-Zionisten die gleiche Anzahl von Sitzen wie den Zionisten in allen Gremien einräumte, die die Entwicklung des Nationalen Heims kontrollierten. Diese Reorganisation wurde am Ende des Zionistenkongresses im August 1929 gebilligt. So wurde die Jewish Agency in Palästina in einem weiteren Sinne jüdisch und war besser in der Lage, die Sympathie und die Ressourcen aller Freunde der Nationalen Heimstätte im jüdischen Volk zu mobilisieren und zu lenken, sowohl in Amerika als auch in Europa.

43. Es ist bezeichnend, dass diese Jahre der Depression auch Jahre des Friedens waren. Von 1926 bis 1928 war der arabische Antagonismus relativ ruhig. In den offiziellen Berichten für diese Jahre sind weder organisierte Proteste gegen die jüdische Einwanderung noch Forderungen nach Selbstverwaltung verzeichnet. Zwischen 1925 und 1928 fand keine Sitzung des Arabischen Kongresses von Palästina statt. Die Regierung glaubte offensichtlich nicht, dass sich die Unruhen von 1920 und 1921

wiederholen würden, denn sie hielt die für die Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung stehenden Kräfte auf der sehr geringen Stärke, auf die sie 1926 reduziert worden waren, und dies trotz der Warnung der Ständigen Mandatskommission vor der "Gefahr, keine ausreichenden lokalen Kräfte zu unterhalten".*

* Ständige Kommission für Mandate, 1926. *Protokoll*, S. 184.

44. Zu diesem Friedensintermezzo trugen zweifelsohne verschiedene Faktoren bei. Die Regierung setzte ihre Aufgabe, das Land zu entwickeln und öffentliche Dienstleistungen zu erbringen, unablässig fort, und dem Ansehen, das Lord Plumer, der von 1925 bis 1928 Hochkommissar war, genoss, und dem Einfluss, den er auf alle Teile der Bevölkerung ausübte, muss gebührendes Gewicht beigemessen werden. Aber die scheinbare Abschwächung der arabischen Verbitterung nur auf solche Faktoren zurückzuführen, hieße, die Wurzel des Problems zu ignorieren und eine gefährliche Illusion von Sicherheit zu nähren. Es liegt auf der Hand, dass die Hauptursache für die arabische Stille der starke Rückgang der Geschicke des Nationalen Hauses war. Ein oder zwei Jahre lang muss es so ausgesehen haben, als ob ihre Befürchtungen übertrieben gewesen wären. Die niedrige Einwanderungsrate im Jahr 1926 bedeutete, dass die arabische Mehrheit in Palästina, die bereits 5 zu 1 betrug, zu einer immer größeren Mehrheit werden würde, da der natürliche Zuwachs an Arabern den natürlichen Zuwachs an Juden und Einwanderern zusammen übersteigen würde. Die Aussichten schienen 1927 noch besser zu sein, als über 2.000 Juden mehr Palästina verließen als einwanderten. Wenn das so weiterging, gab es für die Araber keinen Grund, Ärger zu machen. Das Nationale Heim, so schien es, hatte sich als Fehlschlag erwiesen und war im Begriff, sich aufzulösen. Doch als sich die Depression zu bessern begann, als der Prozess des Niedergangs gestoppt wurde, als es 1928 einen - wenn auch winzigen - Überschuss an jüdischen Einwanderern gab, als in den ersten Monaten des Jahres 1929 überhaupt keine Auswanderung stattfand, änderte sich die Haltung der Araber schnell. Die alten Ängste wurden wieder geweckt. Der alte Antagonismus lebte wieder auf.

45. Es waren auch nicht nur die inneren Faktoren, die dem friedlichen Zwischenspiel im Sommer 1929 ein plötzliches und gewaltsames Ende bereiteten. Die äußeren Faktoren spielten auch eine Rolle. Einerseits blieb die Erweiterung der Basis der Jewish Agency von den Arabern nicht unbemerkt. Sie wussten, dass dies eine Erhöhung des Drucks des Weltjudentums auf Palästina und der materiellen Ressourcen bedeutete. Sie sahen auch, dass dies das Selbstvertrauen, um nicht zu sagen die Aggressivität, der weniger zurückhaltenden Bewohner der nationalen Heimstätte wiederbelebt hatte. Auf der anderen Seite machten die Kräfte des Nationalismus und der Selbstverwaltung in den Nachbarländern neue Fortschritte. In *Transjordanien* wurde das 1923 eingeführte Regime der "unabhängigen Regierung" am 20. Februar 1928 durch ein formelles Abkommen zwischen Seiner Britischen Majestät und Seiner Hoheit dem Amir bestätigt, und ein Organisationsgesetz trat vorläufig in Kraft, das *unter anderem* einen Legislativrat vorsah, der sich aus gewählten Volksvertretern und den Ministern des

Amirs zusammensetzt. In *Ägypten* einigten sich der britische Außenminister und der ägyptische Premierminister 1927 auf einen Bündnisvertrag, der zwar nicht alle nationalistischen Forderungen erfüllte und bald wieder zurückgezogen wurde, aber wesentliche Zugeständnisse der britischen Seite enthielt. Ägypten sollte unverzüglich dem Völkerbund beitreten, und die heikle Frage des Standorts der britischen Garnison sollte in zehn Jahren erneut geprüft werden.* Im *Irak* war der Fortschritt noch deutlicher. In mehreren Abkommen hatte sich die britische Regierung seit 1926 verpflichtet, die Quasi-Mandatsstellung zu beenden und den Beitritt des Irak zum Völkerbund zu einem so frühen Zeitpunkt zu fördern, wie es die Entwicklung des Landes rechtfertigte. Angesichts der nationalistischen Forderung nach einer konkreteren Zusage wurde jedoch im Sommer 1930 ein neuer Vertrag unterzeichnet, in dem sich die britische Regierung verpflichtete, die Aufnahme des Irak in den Völkerbund im Jahr 1932 ohne jeden Vorbehalt zu empfehlen. Sogar im unruhigen *Syrien*, das dem arabischen Palästina sowohl gefühlsmäßig als auch faktisch immer am nächsten stand, verbesserten sich die Aussichten des Nationalismus. Die französische Regierung, die zweifellos von den Ereignissen im Irak beeindruckt ist, bemüht sich nach Kräften, sich mit dem syrischen Nationalismus zu arrangieren, und 1928 wird eine verfassungsgebende Versammlung eingesetzt, die eine Verfassung nach syrischen Vorstellungen ausarbeitet. Einige Artikel des Entwurfs gingen zu weit, um mit den französischen Mandatsverpflichtungen übereinzustimmen, und so kam es vorerst zu keinem Ergebnis. Bei der Eröffnung der Versammlung hatte der Hohe Kommissar jedoch verraten, dass eine Änderung oder Beendigung des Mandats bereits in Erwägung gezogen wurde. Er hatte erklärt, "dass, wenn die Versammlung ihre Aufgabe erfüllt hat, die Zeit gekommen sein wird, die Beziehungen zwischen Syrien und Frankreich auf die Grundlage eines Vertrages zu stellen". So war 1929 wie 1925 in dieser Gruppe verwandter Länder nur in Palästina kein einziger Fortschritt in Richtung Volksregierung oder nationale Unabhängigkeit zu verzeichnen.

* Weitere Verhandlungen fanden 1929 statt, und 1930 wurde eine Einigung über alle Fragen mit Ausnahme der Zukunft des Sudan erzielt.

46. Ausgangspunkt der Reihe von Ereignissen, die in dem katastrophalen Ausbruch im August 1929 gipfelten, war ein Vorfall, der sich am 24. September 1928, dem jüdischen Versöhnungstag, in Jerusalem ereignete. Nach altem Brauch wurde an diesem Tag ein Gottesdienst vor der Klagemauer abgehalten, einer hohen Mauer aus massiven Steinblöcken, die den Juden heilig ist, weil sie einst Teil des Tempels war, und den Moslems heilig ist, weil sie die westliche Seite der Plattform des *Haram-esh-Sharifs* bildet. Sie ist Eigentum der Moslems, aber seit dem Mittelalter, wenn nicht schon früher, haben die Juden das Recht, den schmalen Gehsteig unterhalb der Mauer zu betreten, um dort zu beten. Die muslimischen Behörden hatten jedoch darauf bestanden, und die türkische Regierung hatte zugestimmt, dass auf dem Bürgersteig keine Stühle, Bänke, Schirme usw. aufgestellt werden durften. Die britische Regierung, die sich ihrer

Verpflichtungen aus Artikel 13 des Mandats bewusst war, hatte beschlossen, den *Status quo* strikt beizubehalten. Als daher am Abend des 23. September gemeldet wurde, dass die Juden einen Paravent aufgestellt hatten, um die Männer von den Frauen zu trennen, wurde angeordnet, diesen zu entfernen. Die Juden entfernten ihn jedoch nicht, und am 24. September wurde er von der Polizei während des Gottesdienstes gewaltsam entfernt.

47. Mehr ist nicht passiert, und für den Unkundigen mag es ein sehr unbedeutender Vorfall gewesen sein. Aber in Palästina darf man nicht vergessen, dass der *Haram-esh-Sharif* einst die Stätte des Tempels war. Kein gemäßigt denkender Zionist, davon sind wir überzeugt, würde in diesen Tagen die tatsächliche Wiederherstellung des Tempels in Erwägung ziehen, ganz gleich, welche symbolische Sprache er verwenden mag. Aber viele weniger verantwortungsbewusste Juden dachten anders und hatten sich in diesem Sinne geäußert oder geschrieben; und während gemäßigt gesinnte Araber vielleicht nicht unangemessen beunruhigt waren, gab es extremistische Araber, die bereit waren, das Schlimmste zu glauben und es an die leichtgläubige und fanatische Landbevölkerung im ganzen Land weiterzugeben. Bisher hatte dieses hochgradig aufrührerische Element der Religion glücklicherweise nur wenig mit dem Anwachsen des arabischen Antagonismus gegen das Nationale Haus zu tun. In Palästina, wie auch anderswo in der muslimischen Welt, war der Nationalismus eher politisch als religiös. Aber wenn der religiöse Ruf laut wurde, wenn man weithin und wirklich glaubte, dass die Ankunft der Juden im Lande nicht nur ihre wirtschaftliche und politische Vorherrschaft bedeuten würde, sondern auch die vollständige Wiederherstellung des alten Judentums, die Invasion und Entweihung der Heiligen Stätte und den Wiederaufbau des Tempels an seinem ursprünglichen Ort, dann gab es wenig Zweifel daran, dass die arabische Feindseligkeit einmütiger, fanatischer und verzweifelter sein würde, als sie jemals zuvor gewesen war.

48. Die jüdischen Behörden erkannten sofort die Gefahr, die in diesem Vorfall lag. Die zionistische Organisation wies in einem Protestschreiben an den Völkerbund gegen die Entfernung des Paravents die Andeutung, die Juden beabsichtigten, "die Unverletzlichkeit der heiligen Stätte der Moslems zu bedrohen", energisch zurück: und in einem offenen Brief an die Moslems Palästinas erklärte die *Va'ad Leumi*, während sie darum bat, dass die jüdischen Rechte an der Klagemauer respektiert werden sollten, "nachdrücklich und aufrichtig, dass kein Jude jemals daran gedacht hat, in die Rechte der Moslems über ihre eigenen heiligen Stätten einzugreifen".* Doch der Schaden war bereits angerichtet. Haj Amin Eff. Husseini, immer noch Mufti von Jerusalem und Präsident des Obersten Muslimischen Rates, und seine Mitstreiter hatten beschlossen, das Beste daraus zu machen. Sie protestierten bei der palästinensischen Regierung, schickten ein Telegramm an den König, in dem sie "die wiederholten Übergriffe der Juden an der Mauer" beklagten, und der Mufti erklärte im Namen des Obersten Muslimischen Rates vor dem Offizier, der den abwesenden Hochkommissar vertrat, dass "das Ziel der Juden darin besteht, die Al-Aqsa-Moschee nach und nach in Besitz zu nehmen." (†) Am 1. November trat eine allgemeine muslimische Konferenz unter dem Vorsitz des Mufti von Jerusalem zusammen, richtete weitere Proteste an den

Völkerbund und beschloss die Gründung einer "Gesellschaft zum Schutz der heiligen Stätten der Muslime". Im Laufe der nächsten Monate wurden die Flammen durch Baumaßnahmen und andere "Neuerungen" der Moslems in der Nähe der Klagemauer weiter angefacht, von denen die Juden glaubten, dass sie ihre Andacht absichtlich stören wollten. Ein Versuch der Regierung, die verschiedenen strittigen Fragen im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den beiden Gemeinschaften zu regeln, scheiterte sowohl am jüdischen als auch am arabischen Unwillen.

* Shaw-Bericht, Cmd. 3530, p. 30.

† Ebd., S. 31

49. In der Zwischenzeit hatte die Politik begonnen, ihre Rolle im Bündnis mit der Religion zu spielen. Die arabische Exekutive machte es sich Anfang 1929 zur Aufgabe, die nationalistische Agitation im ganzen Land wiederzubeleben, und zu diesem Zweck wurden in den größeren Provinzstädten Zweigstellen bestimmter muslimischer Gesellschaften gegründet. Das Hauptziel dieser Agitation war das alte Ziel, die nationale Selbstverwaltung, und als Lord Plumer Ende 1928 aus dem Amt schied, verlor die arabische Exekutive keine Zeit, Sir John Chancellor, den neuen Hochkommissar, um die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Einrichtung einer Repräsentativversammlung zu bitten.

50. Das unmittelbare Vorspiel zum Ausbruch der Unruhen im August 1929 war eine provokative Demonstration und Gegendemonstration des jüdischen bzw. arabischen Nationalismus. Am 15. August marschierten die Juden in einer Prozession zur Klagemauer. Am nächsten Tag taten die Araber dasselbe. Eine Woche später brach das Feuer, das so lange geschürt worden war, in Flammen aus. Vom 23. bis 29. August wurden in verschiedenen Teilen des Landes mörderische Angriffe auf die Juden verübt. Die heftigsten richteten sich nicht gegen die neuen Siedlungen, sondern gegen die alteingesessenen jüdischen Gemeinden im arabischen Bergland in Hebron und Safad. In Hebron wurden über 60 Juden, darunter Frauen und Kinder, getötet und mehr als 50 verletzt. Viel jüdisches Eigentum wurde zerstört, Synagogen wurden geschändet und ein jüdisches Krankenhaus geplündert. Nur der Mut des einzigen britischen Polizeibeamten in der Stadt verhinderte, dass sich der Ausbruch zu einem allgemeinen Massaker ausweitete.* In Safad wurden 45 Juden getötet oder verwundet, und im jüdischen Viertel kam es zu ähnlichen Plünderungen und Zerstörungen. Weniger blutige Ausbrüche gab es in Jerusalem und Jaffa. In den ländlichen Gebieten wurden mehrere jüdische Kolonien angegriffen und sechs von ihnen praktisch zerstört. Die Juden übten kaum Vergeltung. Am schlimmsten war es in Jaffa, wo ein arabischer Imam und etwa sechs weitere Personen getötet wurden, und in Jerusalem, wo eine sehr alte Moschee beschädigt und entweiht wurde.

* Shaw-Bericht (Cmd. 3530), S. 64.

51. Als der Frieden mit Hilfe der aus Ägypten herbeigeeilten Truppen wiederhergestellt war, waren 133 Juden getötet und 339 verwundet worden. Von den Arabern waren, soweit festgestellt werden konnte, 116 getötet und 232 verwundet worden. Wie im Jahr 1921 wurden die meisten arabischen Opfer von den Truppen oder der Polizei getötet. In den anschließenden Gerichtsverfahren wurden schließlich 27 Todesurteile wegen Mordes bestätigt, eines davon gegen einen Juden. Drei Araber wurden gehängt, die übrigen Urteile wurden vom Hochkommissar in Freiheitsstrafen umgewandelt.

52. Im Bericht der Untersuchungskommission unter der Leitung von Sir Walter Shaw, die Palästina von Oktober bis Dezember 1929 besuchte, wurden die Ursachen des Ausbruchs klar benannt. "Unserer Ansicht nach besteht kein Zweifel daran, dass die Rassenfeindlichkeit der Araber, die sich aus der Enttäuschung ihrer politischen und nationalen Bestrebungen und der Angst um ihre wirtschaftliche Zukunft ergibt, die Hauptursache für den Ausbruch im August letzten Jahres war. Was die politische Seite anbelangt, so wiesen die Kommissare darauf hin, dass die Spaltung zwischen den Rassen eine Entwicklung der Nachkriegszeit sei und hauptsächlich auf den Konflikt zwischen den Interpretationen der arabischen bzw. jüdischen Nationalisten zu den von der britischen Regierung im Krieg gemachten Zusagen zurückzuführen sei. Der folgende Satz verdient besondere Aufmerksamkeit. "Eine nationale Heimstätte für die Juden, in dem Sinne, wie sie allgemein verstanden wurde, war unvereinbar mit den Forderungen der arabischen Nationalisten, während die Forderungen des arabischen Nationalismus, wenn sie zugelassen würden, die Erfüllung des Versprechens gegenüber den Juden unmöglich gemacht hätten." Über die wirtschaftliche Seite berichteten die Kommissare:

" In der Vorkriegszeit bildeten die Juden in Palästina kollektiv betrachtet eine unauffällige Minderheit; individuell betrachtet waren viele von ihnen für ihren Lebensunterhalt auf Wohltätigkeit angewiesen, während viele der übrigen - insbesondere die Kolonisten - den Bewohnern des Gebiets, in dem sie sich niederließen, direkte und offensichtliche materielle Vorteile brachten. Der jüdische Einwanderer der Nachkriegszeit hingegen ist eine Person mit mehr Energie und Initiative als die Mehrheit der jüdischen Gemeinschaft der Vorkriegszeit. Er repräsentiert eine Bewegung, die von einer bedeutenden internationalen Organisation ins Leben gerufen wurde, die durch Mittel unterstützt wird, die nach arabischen Maßstäben unerschöpflich zu sein scheinen. Den Arabern muss es unwahrscheinlich erscheinen, dass solche Konkurrenten sich in den kommenden Jahren damit zufrieden geben werden, das Land mit ihnen zu teilen. Diese Befürchtungen wurden durch die extremeren Äußerungen der zionistischen Politik noch verstärkt, und die Araber sehen in dem jüdischen Einwanderer nicht nur eine Bedrohung ihrer Lebensgrundlage, sondern auch einen möglichen Oberherrn der Zukunft."

53. Diese politischen und wirtschaftlichen Befürchtungen, so der Bericht, seien zum einen durch die Zahl der jüdischen Einwanderer, die sich trotz des Rückschlags von 1926/8 bereits im Land niedergelassen hatten, und zum anderen durch den Umfang des von ihnen bereits erworbenen Grundbesitzes verstärkt worden.

" Obwohl die jüdische Einwanderung und das jüdische Unternehmertum für Palästina von großem Nutzen waren, war der direkte Nutzen für die einzelnen Araber, der als einziger geschätzt werden kann, gering, fast vernachlässigbar im Vergleich zu dem, was er hätte sein können, wenn die Siedlungsmethoden der Vorkriegszeit fortgesetzt worden wären. Als auf die Zeit der starken Einwanderung Handelsdepression und Arbeitslosigkeit folgten, wurden die indirekten Vorteile, die die jüdischen Aktivitäten in vielen Teilen Palästinas gebracht hatten, vergessen, und überall in der arabischen Bevölkerung wurde die zionistische Bewegung als Ursache für die wirtschaftlichen Probleme des Landes angesehen. Der Verkauf der Sursock-Ländereien und andere jüdische Landkäufe in Gegenden, in denen der Boden am produktivsten ist, wurden als Beweis dafür angesehen, dass die Einwanderer sich nicht damit zufrieden geben würden, unerschlossene Gebiete zu besetzen, und dass der wirtschaftliche Druck auf die arabische Bevölkerung wahrscheinlich zunehmen würde.

" Mit anderen Worten, die Folgen der jüdischen Unternehmungen, die das arabische Volk am stärksten betroffen haben, waren so, dass die arabischen Führer sie als Mittel benutzen konnten, um ihren Anhängern einzuschärfen, dass eine Fortsetzung der jüdischen Einwanderung und der Landkäufe kein anderes Ergebnis haben konnte, als dass die Araber mit der Zeit ihrer Lebensgrundlage beraubt würden und dass sie und ihr Land schließlich unter die politische Herrschaft der Juden kommen könnten. Die Rassenfeindlichkeit bedurfte keines weiteren Anstoßes, wurde aber durch den Geist der gegenseitigen Intoleranz, der leider ein ausgeprägtes Merkmal des letzten Jahrzehnts in Palästina war, weiter gefördert. Von Anfang an hatten die beiden Rassen keine gemeinsamen Interessen. Sie unterschieden sich in der Sprache, in der Religion und in der Weltanschauung. Nur durch gegenseitige Toleranz und durch Kompromisse hätten die Ansichten der Führer der beiden Völker in Einklang gebracht und ein gemeinsames Bestreben für das Gemeinwohl erreicht werden können. Stattdessen hatte keine der beiden Seiten einen nachhaltigen Versuch unternommen, die Rassenbeziehungen zu verbessern. Die Juden, von dem sehnlichen Wunsch beseelt, ihre Hoffnungen erfüllt zu sehen, haben eine Politik betrieben, die mindestens so umfassend ist, wie es das Weißbuch von 1922 rechtfertigen kann. Die Araber haben sich mit unerbittlichem Widerstand geweigert, dieses Dokument zu akzeptieren, und haben eine politische Kampagne geführt, um den jüdischen Aktivitäten entgegenzuwirken und ihre eigenen politischen Ambitionen zu verwirklichen."

54. Spätere Ereignisse haben unserer Meinung nach die Richtigkeit dieser Beobachtungen bestätigt, die erneut die wahre Schwere des Problems offenbart haben. Die Hoffnungen, auf denen der Optimismus von 1925 beruhte, hatten sich als illusorisch erwiesen. Das Gefühl des Friedens und der Sicherheit, das die Reduzierung der Garnison ausgelöst hatte, hatte sich als falsch und gefährlich erwiesen. Die Rassen hatten sich in den letzten vier Jahren nicht angenähert, sondern sich weiter voneinander entfernt. Und der Bruch war durch die Ereignisse von 1928/9, zuerst durch das Auftauchen des religiösen Faktors und dann durch den tatsächlichen Ausbruch von Mord und Zerstörung und deren gewaltsame Unterdrückung, weit über das Maß von 1925 hinaus vergrößert worden. Für einige Zeit war jede Möglichkeit der Zusammenarbeit, selbst auf wirtschaftlichem Gebiet, wo die Chancen am günstigsten zu sein schienen, ausgeschaltet. Gegenseitige "Boykotte" des arabischen und jüdischen Handels wurden organisiert. Jüdische Kaufleute in Jerusalem gaben ihre Niederlassungen in der Altstadt

auf und begannen im neuen Handelsviertel außerhalb der Stadtmauern von Neuem. Jüdische Ladenbesitzer zogen von Jaffa nach Tel Aviv. In jeder Hinsicht war die Spaltung zwischen den beiden Völkern nun offen und unverhohlen.

4. Die Kontroverse von 1930.

55. In den ersten Monaten des Jahres 1930 hatte sich die Lage etwas entspannt, auch wenn die Rassengefühle immer noch bitter waren und in den Zeitungen immer noch heftig zum Ausdruck kamen. Der arabische Handelsboykott, der strenger war und länger anhielt als der jüdische, erlosch allmählich, und der Einfluss der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen war wieder spürbar. Es war, als ob bis zur Veröffentlichung des Shaw-Berichts und der Entscheidung der Regierung darüber so etwas wie ein Waffenstillstand ausgerufen worden wäre. Aber es war nur ein Waffenstillstand, kein Frieden. Von einem Kompromiss oder einer Zusammenarbeit war keine Rede. Als im Juni eine internationale Kommission in Palästina eintraf, um sich mit der Frage der Klagemauer zu befassen, scheiterte der Versuch der Regierung, die arabischen und jüdischen Führer davon zu überzeugen, zusammenzukommen und eine freiwillige Vereinbarung in dieser Angelegenheit zu treffen, anstatt sich eine Entscheidung von oben aufzwingen zu lassen. Am Ende des Jahres legte die Kommission ihren Bericht vor, und ihre Empfehlungen wurden angenommen. Obwohl die arabischen Ängste vor weitreichenden jüdischen Plänen für den *Haram-esh-Shanf* nie zerstreut wurden und in der Tat in arabischen Aussagen vor uns zum Ausdruck kamen, hat es in dieser speziellen Frage der Klagemauer seitdem keine ernsthafte Kontroverse mehr gegeben.

56. Der Shaw-Bericht erschien im März. Darin wurde, wie bereits erwähnt, die Hauptursache für den Ausbruch des Konflikts in der Feindseligkeit der Araber gegenüber dem Nationalen Haus gesehen, die einerseits ein Hindernis für die Erlangung ihrer nationalen Unabhängigkeit darstellte und andererseits durch die zunehmende Einwanderung und den Landerwerb zu ihrer wirtschaftlichen und politischen Unterwerfung führen sollte. Die Ergebnisse der Shaw-Kommission, obwohl sie das Ergebnis einer längeren und umfassenderen Untersuchung waren, waren praktisch identisch mit denen der Haycraft-Kommission. In den Jahren 1921 und 1929 führten die gleichen Ursachen zu den gleichen Ergebnissen. Wie wir gleich sehen werden, sollten die gleichen Ursachen auch 1933 und 1936 zu den gleichen Ergebnissen führen.

57. Die wichtigsten Empfehlungen des Berichts waren (1) "die Herausgabe einer klaren Erklärung der Politik, die die Regierung Seiner Majestät in Palästina zu verfolgen gedenkt ... mit der geringstmöglichen Verzögerung"; einschließlich einer Definition der Bedeutung der Passagen im Mandat, die die Interessen der " nicht-jüdischen Gemeinschaften " schützen sollten: (2) eine Revision der Methoden zur Regelung der Einwanderung, um "eine Wiederholung der übermäßigen Einwanderung von 1925 und 1926" zu verhindern und um diesbezüglich Konsultationen mit nichtjüdischen Vertretern vorzusehen: (3) die Einleitung einer wissenschaftlichen Expertenuntersuchung über "die Aussichten für die Einführung verbesserter Anbaumethoden in Palästina" und die Regelung der Bodenpolitik entsprechend den

Ergebnissen: (4) die Bekräftigung der 1922 abgegebenen Erklärung, dass "die der Zionistischen Organisation durch das Mandat zugewiesene Sonderstellung sie nicht berechtigt, in irgendeiner Weise an der Regierung Palästinas teilzunehmen".

58. Der Shaw-Bericht war für die Araber im Großen und Ganzen nicht unbefriedigend. Insbesondere hatte er ihre Hoffnungen geweckt, indem er die Meinung vertrat, dass die jüdische Einwanderung in der Vergangenheit "exzessiv" gewesen sei; und sie wurden noch mehr ermutigt, als die Ausstellung von Einwanderungszertifikaten ausgesetzt wurde, bis Sir John Hope Simpson, der im Mai in Palästina eintraf, um die von der Shaw-Kommission empfohlene Untersuchung durchzuführen, seine Arbeit abgeschlossen hatte. Sein Bericht wurde im Oktober veröffentlicht, und wieder einmal schien es, dass sich eher die arabische als die jüdische Sichtweise durchgesetzt hatte. Denn der Bericht stützte sich auf eine Berechnung, die, wenn sie zutreffend wäre, das Nationale Heim an der Wurzel treffen würde. Bis dahin war man davon ausgegangen, dass noch eine beträchtliche Menge an kultivierbarem Land für die weitere Ausdehnung der jüdischen Kolonisation zur Verfügung stand, ohne die arabischen Interessen zu verletzen. Die verfügbare Menge war von einigen Zionisten auf 16.000.000 Dunum oder mehr geschätzt worden; der Commissioner of Lands hatte sie auf 10.592.000 geschätzt;* aber Sir John Hope Simpsons Zahl betrug nur 6.544.000* Dunum. Aus dieser grundlegenden Berechnung zog er zwei verblüffende Schlussfolgerungen.

(1) Würde man das gesamte kultivierbare Land in Palästina unter der arabischen Landbevölkerung aufteilen, gäbe es nicht genug, um jeder Familie einen angemessenen Lebensunterhalt zu sichern.

(2) Bis zur weiteren Erschließung des jüdischen Landes und der Bewässerung und der Einführung besserer Anbaumethoden durch die Araber "gibt es keinen Platz für einen einzigen zusätzlichen Siedler, wenn der Lebensstandard der *Fellachen* auf dem jetzigen Niveau bleiben soll." Auch auf staatlichem Land gab es bis zur Entwicklung keinen Platz für jüdische Siedler.

* Diese Schätzungen schließen den Unterbezirk Beersheba aus.

Doch Sir John Hope Simpson erklärte weiter, er sei "persönlich davon überzeugt, dass bei einer gründlichen Entwicklung des Landes nicht nur Platz für die gesamte derzeitige landwirtschaftliche Bevölkerung auf einem höheren Lebensstandard, als sie ihn derzeit genießt, sondern auch für nicht weniger als 20.000 Familien von Siedlern von außerhalb vorhanden sein wird". Um die Verpflichtungen des Mandats gegenüber Arabern und Juden zu erfüllen, empfahl er daher "eine aktive Politik der landwirtschaftlichen Entwicklung, die eine enge Besiedlung des Landes und eine intensive Bewirtschaftung sowohl durch Araber als auch durch Juden zum Ziel hat".

59. Es würde einige Zeit dauern, bis die Früchte dieser Entwicklungspolitik heranreiften, und in der Zwischenzeit sprach sich Sir John Hope Simpson eindeutig

gegen die Zulassung weiterer jüdischer Einwanderer als Siedler in diesem Land aus. Auch in Bezug auf die industrielle Einwanderung war er auf den ersten Blick nicht viel ermutigender. Zu dieser Zeit gab es kein statistisches Material - und es ist immer noch unzureichend, um sich eine wissenschaftliche Meinung über das Ausmaß der arabischen Arbeitslosigkeit im Land zu bilden. Sir John Hope Simpson weigerte sich zwar, in dieser Frage ein Dogma aufzustellen, war aber überzeugt, dass die arabische Arbeitslosigkeit "ernsthaft und weit verbreitet" sei: "Es ist falsch", argumentierte er, "dass ein Jude aus Polen, Litauen oder dem Jemen zugelassen wird, um eine freie Stelle zu besetzen, während es in Palästina bereits fähige Arbeiter gibt, die diese Stelle besetzen können und keine Arbeit finden." "Diese Politik", fügte er hinzu, "wird für die jüdischen Behörden unannehmbar sein." Er hatte Recht: aber tatsächlich hatte er seinem Urteil einen Zusatz hinzugefügt, der dem jüdischen Fall weit entgegenkam.

" Es wurde darauf hingewiesen, dass jüdisches Kapital nicht nach Palästina gebracht werden wird, um arabische Arbeitskräfte zu beschäftigen. Es wird mit dem eindeutigen Ziel der Beschäftigung jüdischer Arbeitskräfte einwandern und nicht anders. Das Prinzip der "abgeleiteten Nachfrage" würde die Einwanderung jüdischer Arbeitskräfte rechtfertigen, selbst wenn es arabische Arbeitslose im Lande gibt, wenn die neu importierte jüdische Arbeitskraft durch die Einführung jüdischen Kapitals, das die Arbeit zur Verfügung stellt, mit der diese Arbeitskraft beschäftigt werden soll, eine dauerhafte Arbeit erhält. Es ist eindeutig kein Vorteil für den arbeitslosen Araber, dass jüdisches Kapital daran gehindert wird, ins Land zu kommen, und er ist in keiner schlechteren Lage, wenn jüdische Arbeitskräfte importiert werden, um in Palästina Arbeit zu verrichten, für die die Mittel durch den gleichzeitigen Import jüdischen Kapitals verfügbar sind. In der Tat ist er besser dran, da die Ausgabe dieses Kapitals für Löhne an jüdische Arbeiter letztendlich eine Nachfrage nach den Diensten eines Teils der arabischen Arbeitslosen hervorrufen wird. "*"

60. Die Untersuchungen, die sich aus dem Ausbruch des Jahres 1929 ergaben, waren nun abgeschlossen, und die Regierung Seiner Majestät verlor keine Zeit, um auf sie zu reagieren. Im Oktober 1930 erschien zeitgleich mit dem Hope-Simpson-Bericht ein "Statement of Policy by His Majesty's Government in the United Kingdom", das bald als "Weißbuch" bekannt wurde.† Der erste Teil enthielt die Definition der Politik und die Bekundung der Entschlossenheit, sie zu verfolgen, die die Liste der Empfehlungen der Shaw-Kommission angeführt hatte. Er zitiert die Worte, die der Premierminister (Herr Ramsay MacDonald) einige Monate zuvor im Unterhaus gebraucht hatte: "Er wies darauf hin, dass ein Großteil der jüngsten Aufregung darauf zurückzuführen sei, dass sowohl die Araber als auch die Juden es versäumt hätten, die Grenzen zu erkennen, die der Politik durch diese doppelte Verpflichtung auferlegt würden, und erklärte, dass "die Regierung Seiner Majestät sich weder durch Druck noch durch Drohungen von dem im Mandat festgelegten Weg abbringen lassen wird." Hinsichtlich des Charakters der Nationalen Heimstätte und der Funktionen der Jewish Agency wurde wiederholt, was im Churchill-Memorandum von 1922 gesagt worden war; und es wurde das Prinzip bekräftigt, dass die "wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit" der begrenzende Faktor für die Einwanderung sein sollte. So viel zu den Grundsätzen. "Die zu bewältigenden

praktischen Probleme" wurden dann unter drei Überschriften behandelt: (1) Sicherheit, (2) Verfassungsentwicklung, (3) wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Zum ersten Punkt wurde erklärt, dass zwei Infanteriebataillone, zwei Flugzeugstaffeln und vier Abteilungen gepanzerter Fahrzeuge bis auf weiteres in Palästina und Transjordanien verbleiben würden. Zum zweiten Punkt wurde erklärt, dass es an der Zeit sei, einen Legislativrat nach den Vorgaben der Churchill-Erklärung zur Politik einzurichten. Im dritten Punkt, der die schwierigsten und umstrittensten Fragen - die Möglichkeiten der Landbesiedlung, das Problem der Arbeitslosigkeit und die Auswirkungen auf die Einwanderungsrate - umfasste, wurden die meisten Einschätzungen, Meinungen und Empfehlungen von Sir John Hope Simpson fast wortwörtlich übernommen. Es gab jedoch zwei bemerkenswerte Auslassungen. Das "Weißbuch" verpflichtete die Regierung nicht zu der Ansicht, dass bei einer umfassenden Entwicklungspolitik letztendlich Platz für eine beträchtliche Anzahl jüdischer Siedler auf noch nicht von ihnen erworbenem Land vorhanden sein würde. Zweitens wiederholte es zwar das Argument von Sir John Hope Simpson über den Zusammenhang zwischen der arabischen Arbeitslosigkeit und der Einwanderungsrate, nahm aber keinen Bezug auf seinen rettenden Absatz über die Beschäftigung von jüdischem Kapital, das sonst nicht zur Verfügung gestanden hätte. Die Sprache des "Weißbuchs" verriet darüber hinaus eine ausgeprägte Unempfindlichkeit gegenüber jüdischen Gefühlen. Obwohl die Regierung nicht über die Beschlüsse und Vorschläge des Shaw- und des Hope-Simpson-Berichts hinausging, deutete der Ton des Dokuments auf eine eindeutigere Neigung zur arabischen Seite der Kontroverse hin, als dies bei den beiden Berichten der Fall war.

* Hope-Simpson-Bericht (Cmd. 3686), S. 131-6.

† Cmd. 3692.

61. Die Folge war unglücklich. Die Veröffentlichung des "Weißbuchs" ist der letzte einer Reihe von Rückschlägen für die zionistische Sache. Der Ausbruch des Jahres 1929 und insbesondere das Gemetzel in Hebron und Safad hatten die Unsicherheit des Nationalen Hauses offenbart. Der Shaw-Bericht hatte die Regierung vor einer "übermäßigen" Einwanderung gewarnt. Der Hope-Simpson-Bericht hatte eine drastische Einschränkung, wenn nicht gar einen vorübergehenden Stopp der Einwanderung zum Zwecke der Ansiedlung auf dem Lande vorausgesagt. Das "Weißbuch" hatte den Eindruck erweckt, dass für die Zwecke der Arbeit ebenfalls kein jüdischer Arbeiter zugelassen werden würde, solange ein arabischer Arbeiter arbeitslos war. Und diese aufeinanderfolgenden Schläge fielen zu einem Zeitpunkt, als das Nationale Heim sich gerade von der "Flaute" erholt hatte und die jüdischen Hoffnungen für die Zukunft hoch waren. Nicht umsonst gab es einen Aufschrei unter den Zionisten und ihren Anhängern in Europa und Amerika. Dr. Weizmann protestierte, dass das "Weißbuch" "mit den Bedingungen des Mandats unvereinbar sei und in wesentlichen

Punkten eine Umkehrung der bisherigen Politik der Regierung Seiner Majestät in Bezug auf die jüdische Heimstätte darstelle", und teilte dem Staatssekretär für die Kolonien (Lord Passfield) mit, dass er von seinem gemeinsamen Amt als Präsident der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency zurückgetreten sei. Auch andere namhafte Zionisten traten von ihren Ämtern in der zionistischen Verwaltung zurück. Ihre Haltung wurde von führenden Politikern offen unterstützt. In der *Times* erschienen Briefe, die Dr. Weizmanns Behauptung unterstützten, dass der Kurs der britischen Politik geändert worden sei, und die seine Interpretation des Mandats akzeptierten; und für den Moment schien die ernste Gefahr zu bestehen, dass die Regierung Palästinas zu einem Thema der britischen Parteipolitik werden würde, mit einer Partei auf der arabischen Seite und den anderen auf der jüdischen. Eine solche bedauerliche *Entwicklung* wurde glücklicherweise abgewendet; aber die öffentliche Austragung der Kontroverse war eine eindrucksvolle Demonstration der politischen Macht, die die Zionisten in England mobilisieren konnten, vorausgesetzt, sie konnten immer ein vernünftiges Argument vorbringen. Und das war ihnen gelungen. Sie konnten zeigen, dass die Grundlage des Berichts von Sir John Hope Simpson, seine Schätzung des gesamten kultivierbaren Landes, keine ausreichend wissenschaftliche und endgültige Berechnung war, um eine Umkehr der Einwanderungspolitik zu rechtfertigen - es scheint sogar zweifelhaft, ob dies beabsichtigt war. Sie konnten mit einigem Nachdruck argumentieren, dass die Reservierung aller staatlichen Flächen, die für landlose Araber verfügbar werden könnten, unabhängig davon, ob sie von Juden enteignet wurden oder nicht, nicht ohne weiteres mit den Anforderungen von Artikel 6 des Mandats in Einklang gebracht werden konnte. Und sie waren in der Lage, die besonderen Auslassungen und die allgemeine Stimmung des "Weißbuchs" auszunutzen, die oben erwähnt wurden.

62. Im November wurde bekannt gegeben, dass die Jewish Agency eingeladen worden war, sich mit der Regierung über das "Weißbuch" zu beraten. Im darauffolgenden Februar wurde das Ergebnis veröffentlicht, allerdings nicht in Form eines geänderten "Statement of Policy", sondern in Form eines Schreibens des Premierministers an Dr. Weizmann. Dieser Brief lehnte die im "Weißbuch" niedergelegte Politik nicht ab; er versuchte, sie zu erklären oder zu interpretieren; aber in so wichtigen Punkten wie der zukünftigen Verfügbarkeit von staatlichem Land für jüdische Siedler oder der Zulassung jüdischer Arbeitskräfte, die von jüdischem Kapital unterhalten wurden, war die Interpretation günstiger für jüdische Ansprüche, als es das uninterpretierte "Weißbuch" gewesen zu sein schien. Ein genauer Vergleich der beiden Dokumente zeigt jedoch, dass der Unterschied zwischen ihnen in Wirklichkeit nicht so groß war, wie gemeinhin angenommen wurde. Der wirklich auffallende Unterschied lag nicht in den Meinungsäußerungen oder der Politik, sondern im Tonfall.

63. Die Auswirkung dieses Verfahrens auf die arabische Meinung insgesamt war jedoch zwangsläufig böseartig. Die Rückkehr zu einer wohlwollenderen Haltung gegenüber der Nationalen Heimstätte oder, wie die Zionisten es ausdrückten, zu einer Haltung, die mehr mit dem Mandat in Einklang steht, wurde von den Arabern zwangsläufig als ungerechter jüdischer Sieg über die arabischen Rechte angesehen. Und

es wird immer noch allgemein behauptet, und zwar nicht nur von Arabern, dass eine Reihe von Kommissionen nach Palästina geschickt wurden, dass sie in jedem Fall zugunsten der Araber berichteten und dass ihre Empfehlungen in jedem Fall von der britischen Regierung abgelehnt wurden. Dies entspricht bei weitem nicht der Wahrheit. Tatsächlich wurden die wichtigsten Empfehlungen der Shaw-Kommission und von Sir John Hope Simpson umgehend angenommen und in die Tat umgesetzt. Die Tatsache, dass die Jewish Agency zwar gemäß dem Mandat berechtigt war, die Regierung Palästinas zu beraten und mit ihr zusammenzuarbeiten, aber in keiner Weise Teil dieser Regierung war, wurde erneut bekräftigt: eine Entwicklungsabteilung wurde eingerichtet und begann mit der Durchführung des empfohlenen Programms. Die einzige wichtige Frage, in der das spätere Vorgehen der Regierung nicht mit den Berichten von Shaw und Hope Simpson übereinstimmte, war die Frage der jüdischen Landbesiedlung: In diesem Punkt hatten die jüdischen Vertreter mit Nachdruck behauptet - und die Ereignisse haben dies unserer Meinung nach bestätigt -, dass ein gewisses Maß an weiterer Besiedlung möglich sei, insbesondere auf Land, das bisher als unkultivierbar galt, ohne der arabischen Bevölkerung zu schaden.

64. Die Wahrheit über das, was getan wurde, wurde jedoch durch die Art und Weise, wie es getan wurde, traurig verdunkelt. In den Augen der Araber war die Ersetzung des "Weißbuchs" durch den "Schwarzen Brief", wie sie ihn nannten, ein klarer Beweis für die Macht, die das Weltjudentum in London ausüben konnte, und das Vertrauen, das sie zuvor vielleicht in die britische Entschlossenheit gesetzt hatten, wenigstens das zu tun, was unter dem Mandat, das sie immer als ungerecht angesehen haben, getan werden konnte, wurde ernsthaft erschüttert. Aber auch hier wurde die Wirkung auf die arabische Meinung übertrieben. Es wird weithin angenommen, dass die so genannte *Kehrtwende* von 1931 eine der Hauptursachen für die nachfolgenden "Unruhen" war; und es ist nicht zu leugnen, dass die Erinnerung daran die arabische Haltung seither verschärft hat. Aber wir haben auf den vorangegangenen Seiten dieses Berichts versucht, deutlich zu machen, dass die Wurzel des Übels unserer Ansicht nach tiefer liegt. Der vorrangige Wunsch der arabischen Führer im Jahre 1931 war genau derselbe wie 1920 - die nationale Unabhängigkeit; und der Hauptgrund für ihre Ablehnung des Nationalen Hauses war 1931 wie 1920 die Überzeugung, dass es den Weg zur Verwirklichung dieses Wunsches versperrte. Es wird manchmal vergessen, dass eine arabische Delegation unter der Leitung des Präsidenten der arabischen Exekutive im März 1930, dem Monat, in dem der Shaw-Bericht veröffentlicht wurde, nach London kam. Laut der offiziellen Zusammenfassung der anschließenden Gespräche zwischen den Delegierten und den Mitgliedern der Regierung legten die Araber ihre Argumente nicht nur in Bezug auf den Landerwerb und die Einwanderung, sondern auch auf die Selbstverwaltung dar; und die Antwort der Regierung war hauptsächlich auf den letzten Punkt gerichtet.

" Die Delegation wurde darauf hingewiesen, dass die von ihr geforderten weitreichenden Verfassungsänderungen völlig inakzeptabel seien, da sie es der Regierung Seiner Majestät unmöglich gemacht hätten, ihren Verpflichtungen aus dem Mandat

nachzukommen. Es wurde klargelegt, dass keine Vorschläge in Betracht gezogen werden können, die mit den Anforderungen des Mandats unvereinbar sind.

" Da die Erfüllung der Wünsche der arabischen Delegation in Bezug auf eine demokratische Regierung zur Folge gehabt hätte, dass die Regierung Seiner Majestät nicht mehr in der Lage gewesen wäre, ihrer Verantwortung als Mandatar für Palästina in vollem Umfang gerecht zu werden, und da die Delegation trotz der Erklärungen und Zusicherungen der Minister Seiner Majestät nicht in der Lage war, ihre Haltung zu ändern, wurde es offensichtlich, dass diese Angelegenheit nicht sinnvoll weiter verfolgt werden konnte."

65. Auch der Shaw-Bericht konnte die Araber in dieser grundlegenden Frage nicht zufriedenstellen. Die Kommissare räumten zwar ein, dass die arabische Feindseligkeit gegenüber den Juden, die die Hauptursache für den Ausbruch des Jahres 1929 war, aus der "Enttäuschung ihrer politischen und nationalen Bestrebungen" sowie aus der "Angst um ihre wirtschaftliche Zukunft" entstanden war, verzichteten aber ausdrücklich auf eine Empfehlung zur "Verfassungsentwicklung". Selbst das "Weißbuch", das den arabischen Standpunkt in anderen Fragen nicht zu würdigen schien, bot ihnen nur den Legislativrat an, den sie bereits abgelehnt hatten. Das Zugeständnis von mehr als dem wurde entschieden ausgeschlossen. "Es ist für die arabischen Führer sinnlos, ihre Forderungen nach einer Verfassungsform aufrechtzuerhalten, die es der Regierung Seiner Majestät unmöglich machen würde, die doppelte Verpflichtung ... gegenüber dem jüdischen Volk einerseits und der nichtjüdischen Bevölkerung Palästinas andererseits im vollen Sinne zu erfüllen. In diesem krassen Widerspruch zwischen den arabischen Bestrebungen und den britischen Verpflichtungen lag und liegt seit jeher der unüberwindliche Knackpunkt. Die Rate der jüdischen Einwanderung könnte steigen oder fallen, der jüdische Landerwerb könnte ausgeweitet oder eingeschränkt werden, "Schwarze Briefe" könnten auf "Weiße Papiere" folgen, aber alle diese Faktoren, obwohl sie sicherlich wichtig waren, waren nur untergeordnete Faktoren. Sie konnten die Flammen anheizen oder dämpfen. Aber das Mandat selbst, von dem diese anderen Faktoren nur Anwendungen oder Interpretationen waren, hatte das Feuer entzündet; und das Mandat selbst, wie auch immer angewandt oder interpretiert, war verpflichtet, es am Brennen zu halten - außer unter der alten ursprünglichen Annahme, dass die beiden Rassen lernen könnten und würden, miteinander zu leben und zu arbeiten.

66. Es wird nicht behauptet, dass die Regierung Seiner Majestät zu irgendeinem Zeitpunkt nicht erkannt hätte, wie grundlegend diese Annahme war. Im Gegenteil, in jeder Krise, in jeder Diskussion, in jeder offiziellen Erklärung wurde sie nachdrücklich und manchmal wortgewaltig bekräftigt. Die folgenden Zitate sprechen für sich selbst.

Churchills Erklärung zur Politik, 1922.

" Der Staatssekretär glaubt, dass auf dieser Grundlage der Geist der Zusammenarbeit entstehen kann, von dem der künftige Fortschritt und Wohlstand des Heiligen Landes weitgehend abhängen muss."

Herzog von Devonshire an den Hochkommissar, - 1923.

" Aus diesem Grund hat es sich die Regierung Seiner Majestät zur Hauptaufgabe gemacht, Maßnahmen zu ergreifen, die der gegenwärtigen Unruhe ein Ende setzen und ein Regime einführen, in dem alle Teile der Gemeinschaft mit der britischen Verwaltung zusammenarbeiten."

Weißbuch, 1930.

" Es ist jedoch notwendig, einen wichtigen Punkt zu betonen, nämlich, dass unter den besonderen Umständen Palästinas keine noch so aufgeklärte oder noch so energisch verfolgte Politik auf Erfolg hoffen kann, es sei denn, sie wird nicht nur von der Akzeptanz, sondern auch von der bereitwilligen Zusammenarbeit der Gemeinschaften unterstützt, zu deren Nutzen sie gedacht ist."

Brief des Premierministers, 1931.

" Unterschiedliche Interessen und Standpunkte ... können nur dann in Einklang gebracht werden, wenn man sich darüber im Klaren ist, dass die vollständige Lösung des Problems von einer Verständigung zwischen Juden und Arabern abhängt."

67. Die verschiedenen Untersuchungsausschüsse hatten aus demselben Text gepredigt.

Haycraft-Kommission, 1921.

" Wir sind der Meinung, dass viel getan werden könnte, um die bestehende Feindseligkeit zwischen den Völkern abzubauen, wenn die Verantwortlichen auf beiden Seiten sich darauf einigen könnten, die zwischen ihnen auftretenden Fragen in einem vernünftigen Geist zu diskutieren, auf der Grundlage, dass die Araber die erklärte Politik der Regierung in Bezug auf die jüdische Heimstätte vorbehaltlos akzeptieren und die zionistischen Führer alle darüber hinausgehenden Ansprüche aufgeben und zurückweisen sollten."

Shaw-Kommission, 1930.

" In einer Atmosphäre, in der Rassenantagonismus und gegenseitiges Misstrauen allgemein verbreitet sind, ... mag es in diesem Augenblick müßig erscheinen, darauf hinzuweisen, dass es wenig Aussicht auf den Erfolg der jüdischen Kolonisation in Palästina oder auf eine friedliche und fortschrittliche Entwicklung des arabischen Volkes gibt, wenn nicht die Zusammenarbeit zwischen den beiden Rassen, die Beilegung ihrer Differenzen und die Beseitigung der Ursachen des Misstrauens auf irgendeine Weise herbeigeführt werden Ohne Zusammenarbeit im Geiste gegenseitiger Toleranz besteht wenig Hoffnung, dass die Bestrebungen beider Völker verwirklicht werden können."

Lord Snell's Note of Reservations, 1930.

" Eine friedliche wirtschaftliche und politische Entwicklung in Palästina wird von einem entsprechenden Wachstum des guten Willens zwischen den beiden Völkern abhängen."

Hope-Simpson-Bericht, 1930.

" Wenn ein solcher Plan nicht sowohl von Juden als auch von Arabern akzeptiert wird, kann er sehr wohl scheitern. Es wird der Unterstützung beider bedürfen, wenn es das

erwünschte Ergebnis haben soll, nämlich die Förderung eines vernachlässigten, aber historischen Landes auf dem Weg moderner Effizienz durch die gemeinsame Anstrengung der beiden großen Teile seiner Bevölkerung, mit der Unterstützung der Mandatsmacht."

68. Die Zionisten ihrerseits hatten diese Erklärungen gebilligt.

Resolution des Zionistenkongresses, 1921.

" Die Entschlossenheit des jüdischen Volkes, mit dem arabischen Volk in Eintracht und gegenseitiger Achtung zusammenzuleben und gemeinsam mit ihnen die gemeinsame Heimat zu einer blühenden Gemeinschaft zu machen." *Brief der Zionistischen Organisation an das Kolonialamt, 1922.*

" Die Zionistische Organisation wird ihrerseits keine Mühen scheuen, um den Geist des guten Willens zu fördern, den die Regierung Seiner Majestät als die einzige sichere Grundlage für das zukünftige Gedeihen Palästinas bezeichnet hat."

Memorandum der Jewish Agency zum Weißbuch, 1930.

Die Entschließung des Kongresses von 1921 "bleibt wahr, wie sie immer wahr war".

69. So hatten britische Minister, Untersuchungskommissare und die Sprecher des Zionismus einstimmig die Annahme bekräftigt, auf der die erfolgreiche Durchführung des Mandats von Anfang an beruhte, nämlich dass Juden und Araber irgendwie und irgendwann bei der Förderung des Friedens und des Wohlergehens von Palästina zusammenarbeiten würden. Nur eine Stimme fehlte in diesem Chor - die arabische Stimme. Seit 1919 hatte kein einziger arabischer Führer gesagt, dass eine Zusammenarbeit mit den Juden überhaupt möglich sei. Die Antwort des arabischen Nationalismus auf die Annahme, an der alle anderen Parteien in diesem Fall so hartnäckig festhielten, war eine ebenso hartnäckige Leugnung. *Obstat natura.*

5. 1931 bis 1936

70. Der Ausbruch des Jahres 1929 und die anschließenden Untersuchungen und Diskussionen hatten die Schwierigkeiten bei der Ausführung des Mandats deutlich gemacht. Das Gleichgewicht, das das Mandat zwischen seinen beiden Verpflichtungen aufrechtzuerhalten versucht hatte, war gestört worden. Unter arabischem Druck hatte es sich für einen Moment ein wenig auf die arabische Seite verlagert. Auf jüdischen Druck hin kehrte sie sofort wieder zu ihrer alten Position zurück. Die Loyalität gegenüber dem Mandat verlangte, dass die jüdische Einwanderung so lange fortgesetzt werden sollte, wie nachgewiesen werden konnte, dass sie den arabischen Wirtschaftsinteressen nicht schadete. Das politische Problem wurde, wie zuvor, der Zeit überlassen. Dass es das Hauptproblem war, dass es akut war, dass es den Weg zum Frieden versperrte - diese grundlegenden Tatsachen mögen durch die Überzeugung vernebelt worden sein, dass die Möglichkeit, dass die Juden in Palästina eine Mehrheit werden könnten, in weiter Ferne lag. Sollte dies tatsächlich die Argumentation gewesen sein, so ging sie an der Sache vorbei. Die jüdische Einwanderung hatte die arabische Forderung nach nationaler Unabhängigkeit nicht geschaffen, sondern nur verstärkt. Und selbst wenn diese

dominierende Tatsache und alles, was sich daraus ergibt, vollständig verstanden worden wäre, ist es zweifelhaft, ob die Regierung Seiner Majestät damals bereit gewesen wäre, die gesamte Position zu überdenken und zu fragen, ob das Mandat selbst im Lichte der zehnjährigen zivilen Regierung Palästinas nicht vielleicht revidiert werden sollte. So setzte sich der alte Prozess nach 1929 in der gleichen Weise fort wie zuvor, und er führte, wie wir bald sehen werden, zum gleichen Ergebnis.

71. Seit der Wende im Jahr 1928 stieg die Zahl der jüdischen Einwanderer im National Home stetig, wenn auch langsam, an. Im Jahr 1929 betrug die Zahl der jüdischen Einwanderer 5.249, im Jahr 1930 4.994 und 1931 4.075. Diesem leichten Rückgang der Einwanderung stand jedoch ein deutlicher Rückgang der Auswanderung gegenüber. Die Zahl der jüdischen Auswanderer lag in diesen Jahren bei 1.746, 1.679 und 666. Im Jahr 1932 stieg die Zahl der Einwanderer auf 9.553, der erste von vier aufeinanderfolgenden Sprüngen, die die Situation bis Anfang 1936 verändern sollten. In den Jahren 1932 bis 1934 wurden keine Zahlen zur Auswanderung von Juden im Unterschied zu anderen Rassen erhoben, aber 1935 war die jüdische Auswanderung auf die vernachlässigbare Zahl von 396 gesunken. Auch das war nicht das ganze Bild. Seit einigen Jahren war eine wachsende Zahl von Juden nach Palästina eingereist und hatte sich dort gesetzeswidrig aufgehalten, indem sie sich entweder Reisepässe besorgt und die erlaubte Aufenthaltsdauer überschritten oder sich auf dem Land- und Seeweg eingeschmuggelt hatten. Im Jahr 1931 beschloss die Regierung, die *vollendeten Tatsachen* zu akzeptieren, und erlaubte etwa 6.000 Juden, die ihre illegale Anwesenheit im Lande zugaben, als Einwanderer registriert zu werden. Doch der irreguläre Zustrom hielt an. Als das verbesserte Kontrollsystem in Kraft trat, stellte man fest, dass die Zahl der "Reisenden", die 1933 einreisten und sich illegal im Land aufhielten, in die Tausende ging, und dazu kam noch eine Reihe von "Selbstschmugglern".

72. Mit der Zunahme der Einwanderung ging eine entsprechende Zunahme des in der Heimat und in der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion investierten Kapitals einher. Es wurde in der Tat vermutet, dass das hohe Volumen der illegalen Einwanderung zum Teil auf die Information zurückzuführen war, die sich in Osteuropa, das sich in der Talsohle der Weltwirtschaftskrise befand, darüber verbreitete, dass in Palästina Arbeit zu haben war und Löhne verdient werden konnten.

73. In der Zwischenzeit verbesserte sich die wirtschaftliche Lage der Araber insgesamt weiter. Die Löhne stiegen, die Märkte für die Produkte des Landes wurden erweitert, mehr Straßen, Brücken und Schulen wurden gebaut. Und zu gegebener Zeit traten die 1930 beschlossenen neuen Maßnahmen zur Wahrung und Förderung der arabischen Interessen in Kraft. Im Sommer 1931 traf Lewis French, der neue Direktor für Entwicklung, in Palästina ein und legte im Dezember 1931 und im April 1932 zwei Berichte vor. Ihm sollten zwei Kollegen, ein Araber und ein Jude, zur Seite stehen, aber bezeichnenderweise waren weder die Araber noch die Juden bereit, sich an der Arbeit zu beteiligen. 1931 wurden Araber, die behaupteten, sie seien aufgrund jüdischer Landkäufe von ihrem Land vertrieben worden, aufgefordert, ihre Anträge zur

Registrierung einzureichen, um auf Kosten der Regierung neu angesiedelt zu werden. Um einer weiteren "Landlosigkeit" vorzubeugen, war 1929 eine Verordnung zum Schutz der Landwirte erlassen worden, die die Pächter vor willkürlicher Landverschiebung im Falle eines Verkaufs schützte. Nach mehreren Änderungen wurde sie 1933 durch eine neue Verordnung ersetzt. 1931 und erneut 1933 besuchte C. F. Strickland das Land, um durch Untersuchungen und Berichte sowie durch persönliche Propaganda im ganzen Land das Wachstum von Genossenschaften zu fördern - auch dies eine Maßnahme der Unterstützung, die zwar für beide Rassen hilfreich war, aber von den Juden, die seit langem ein umfangreiches und vielfältiges System der Zusammenarbeit aufgebaut hatten, weniger benötigt wurde als von den Arabern, die praktisch nichts darüber wussten. Auch auf politischem Gebiet wurde ein Fortschritt erzielt, der eher den arabischen als den jüdischen Bedürfnissen und Ansprüchen gerecht werden sollte. Im Jahre 1932 wurde der arabischen Exekutive, der Jewish Agency und verschiedenen lokalen Behörden der Entwurf einer Verordnung über die kommunalen Körperschaften zur Stellungnahme und Kritik übermittelt; und die Regierung erklärte ihre Absicht, Schritte zur Bildung eines Legislativrates zu unternehmen, sobald die Verordnung in ihrer endgültigen Form in Kraft getreten war.

74. Die relative Ruhe, die zwischen 1930 und 1933 in Palästina herrschte, hätte zu der Annahme verleiten können, dass diese Maßnahmen zur Förderung des arabischen Wohlergehens in ihrer Gesamtheit eine versöhnliche Wirkung hätten. Doch von Zeit zu Zeit traten Ereignisse ein, die zeigten, dass unter der ruhigen Oberfläche der arabische Antagonismus immer noch heftig schwelte. Mehrere Juden wurden von unbekanntem Attentätern ermordet. Jüdische Orangenbäume wurden zerstört, jüdisches Vieh verstümmelt, jüdische Landkäufe durch organisierten Landfriedensbruch behindert. 1931 wurden die Gewehre, die zehn Jahre lang in versiegelten Waffenkammern in den isolierten jüdischen Kolonien gelagert worden waren, durch Schrotflinten ersetzt, die zwar zur Verteidigung, aber nicht für den Fernkampf geeignet waren. Angesichts der mörderischen Angriffe von 1929 konnte diese Änderung kaum als Provokation angesehen werden, jedenfalls nicht von den Arabern; aber sie wurde zum Vorwand für eine aufrührerische Agitation in der arabischen Presse gegen die "Bewaffnung der Juden" genommen; und die darauf folgende Demonstration in Nablus wurde nur durch ein energisches Vorgehen der Polizei unterdrückt. Es gab zwar Fälle von Zusammenarbeit zwischen den Rassen. Einige Araber und Juden saßen gemeinsam in den Regierungsausschüssen und in den alten Stadtverwaltungen. Aber eine Einladung an repräsentative Araber, 1932 in einem staatlichen Bildungsausschuss mitzuarbeiten, wurde abgelehnt, und zwei arabische Mitglieder des Straßenbauamtes traten kurz nach ihrer Ernennung zurück. Auch die Haltung der arabischen Führer zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit änderte sich nicht. Als die Juden in Tel Aviv eine Palästina-Handelsausstellung, die "Levante-Messe", eröffneten, erklärte die arabische Exekutive nicht nur einen Boykott der Messe, sondern kündigte auch an, dass die Juden nicht zur Teilnahme an der arabischen Messe im folgenden Jahr eingeladen würden. Zwei weitere Ereignisse aus dieser Zeit sind erwähnenswert. Ende 1931 tagte in Jerusalem ein

muslimischer Kongress, an dem 145 Delegierte aus allen Teilen der muslimischen Welt teilnahmen. Seine öffentlichen Beratungen waren nicht politisch und führten nicht, wie befürchtet, zu Unruhen. Aber zum einen stärkte er die Position und das Ansehen des Muftis von Jerusalem, der den Vorsitz führte, und zum anderen war er eine Demonstration der Solidarität des Islams, die in bezeichnender Weise auf palästinensischem Boden stattfand. Das zweite bemerkenswerte Ereignis war die Gründung einer neuen arabischen Partei im Jahr 1932, der Istiqlal-Partei (Unabhängigkeitspartei), die zwar nicht mit den beiden vorherrschenden Fraktionen, den Husseini und den Nashashibi, konkurrieren konnte, aber durch ihre kompromisslose Konzentration auf die Forderung nach nationaler Freiheit die jüngere Generation der arabischen Nationalisten ansprechen sollte.

75. So war die innere Lage - so schlecht wie sie unter der Oberfläche immer gewesen war-, als einer der beiden äußeren Faktoren, die von Anfang an ständig auf das empfindliche Gleichgewicht der Angelegenheiten in Palästina eingewirkt hatten, plötzlich mit ungeheurer Wucht zu wirken begann. Am 30. Januar 1933 wurde in Deutschland das nationalsozialistische Regime errichtet. Fast sofort und in immer größerem Umfang begann ein Strom jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland zu fließen. Viele von ihnen fanden eine vorübergehende Zuflucht in den Nachbarländern, aber die Türen, die nach dem Krieg gegen eine massenhafte Einwanderung nach Übersee geschlossen worden waren, wurden nicht wieder geöffnet. In der Zwischenzeit verschlechterte sich die Lage der Juden in Polen und Rumänien immer mehr. Es war die schwärzeste Krise, die das jüdische Volk in der Neuzeit zu bewältigen hatte - schwärzer, weil umfassender und in mancher Hinsicht schmerzhafter als die Krise der russischen Pogrome vor dem Krieg. Und natürlich richteten sich die Augen des Judentums auf Palästina - das einzige Land, das sie "mit Recht und nicht mit Duldung" betreten konnten. In jenem Jahr 1933 stieg die Zahl der jüdischen Einwanderer sprunghaft von 9.553 auf 30.327 - mehr als eine Verdreifachung. Die meisten von ihnen (13.125) kamen wie in den Vorjahren aus Polen, aber an zweiter Stelle der Liste standen nun Juden aus Deutschland, die 1932 nur 353, 1933 aber 5.392 waren. Und in einer Hinsicht war diese neue Einwanderungswelle von einem noch nie dagewesenen Charakter. Unter den Einwanderern aus Deutschland befanden sich ungewöhnlich begabte Männer - einige von ihnen genossen weltweites Ansehen in der Wissenschaft und in den Berufen. Zu den Wissenschaftlern, Ärzten und Rechtsanwälten gesellten sich erfahrene und fähige Männer aus dem Finanzwesen und der Unternehmensorganisation. Auch in materieller Hinsicht wurde die Stärke des Nationalen Hauses erheblich gestärkt. Die Höhe des jüdischen Kapitals, das in den Landerwerb, in die Entwicklung des Zitrusanbaus, in die Industrie und das Verkehrswesen investiert wurde, betrug 1932 2.833.000 Pfund und 1933 5.630.000 Pfund.* Die Einfuhr von Investitionsgütern für die Ausrüstung von Landwirtschaft, Industrie und Verkehr oder als Rohstoffe hatte 1932 einen Wert von 2.422.000 Pfund und 1933 von 4.060.000 Pfund.* Das finanzielle Element, das das Nationale Heim für seinen Erfolg immer gebraucht hatte - die Investition von Geld in das Heim, nicht als Missionsunternehmen, sondern als "laufendes Unternehmen" - hatte

bereits vor 1933 begonnen, sich zu verwirklichen; aber jetzt schien sein Fortbestand und seine Expansion gesichert.

* Die Zahlen stammen von der Jewish Agency.

76. Die arabische Reaktion auf diese plötzliche und auffällige Entwicklung war ganz natürlich. Alles, was die arabischen Führer 1929 empfunden hatten, empfanden sie jetzt noch bitterer. Damals befand sich die Nationale Heimat in einer "Flaute". Jetzt erlebte sie einen "Boom". All diese jüdischen Männer und Frauen, all dieses jüdische Geld, das nach Palästina strömte, konnte sowohl für die Araber als auch für die Juden mehr Wohlstand bedeuten, auch wenn sie sich weigerten, selbst dieses Maß an Trost zuzulassen: aber je größer der jüdische Zustrom, desto größer das Hindernis für die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit. Und nun schien ihnen zum ersten Mal ein schlimmeres Schicksal zu drohen als die Verweigerung ihrer Freiheit und der Fortbestand der Mandats Herrschaft. Bislang war es angesichts der hohen natürlichen Vermehrungsrate der Araber unmöglich gewesen, dass die Juden in absehbarer Zeit die Mehrheit in Palästina bilden konnten. Was aber, wenn die neue Einwanderungsflut noch weiter ansteigen würde? Diese Frage gab der Idee der Selbstverwaltung in Palästina, wie sie von den arabischen Nationalisten bisher konzipiert worden war, eine ganz andere Farbe. Sie eröffnete die unerträgliche Aussicht auf einen jüdischen Staat - auf die Herrschaft der Juden über die palästinensischen Araber. Es ist daher nicht verwunderlich, dass mit der Ankunft eines Schiffes nach dem anderen mit jüdischen Einwanderern, die von der hebräischen Presse mit hemmungslosem Enthusiasmus begrüßt werden, der alte Antagonismus immer heißer und heißer wird, bis er wieder in Flammen ausbricht.

77. Die erste offene Manifestation dieser steigenden Stimmung war die Veröffentlichung eines Manifests an die arabische Nation durch das arabische Exekutivkomitee im März 1933. Darin wird erklärt, dass "die allgemeine Tendenz der Juden, das Land dieses heiligen Landes in Besitz zu nehmen, und ihr Zustrom zu Hunderten und Tausenden mit legalen und illegalen Mitteln das Land in Angst und Schrecken versetzt hat." Das Land sei sich bewusst, dass die Politik der Regierung darauf abziele, "den Weg zu ebnen, um die Nation aus ihrer Heimat zu vertreiben und sie durch Ausländer zu ersetzen"; es werde "von dieser Regierung und ihrer Unterdrückung nichts Gutes erwarten" und "sie als den wahren Feind betrachten, den es mit allen legalen Mitteln loszuwerden gilt". Das Manifest schloss mit der Ankündigung einer Versammlung in Jaffa und appellierte an die Nation, "sich auf die schweren Maßnahmen vorzubereiten, die durch die Beschlüsse dieser Versammlung auferlegt werden". "Das Land ruft seine Söhne zu Taten und Opfern in diesen schweren Zeiten auf". An der Versammlung, die am 26. März stattfand, nahmen etwa fünf- oder sechshundert Araber aller Klassen, Städter und Dorfbewohner, aller Parteien, die Mitglieder der arabischen Exekutive, darunter der Mufti von Jerusalem, und die Bürgermeister der meisten arabischen Städte teil. Es wurden Resolutionen

verabschiedet, in denen "das Prinzip der Nicht-Zusammenarbeit" angenommen und "die sofortige Durchführung der ersten Schritte, wie der Boykott von Empfängen und des Austauschs von Höflichkeiten mit der Regierung, den Regierungsbehörden, britischen Waren und zionistischen Waren, Produkten und Geschäftsräumen", sowie die Bildung eines Komitees zur Untersuchung von Mitteln und Wegen für eine breitere Anwendung des "Prinzips der Nicht-Zusammenarbeit" angeordnet wurde.

78. Von diesem Zeitpunkt an wurde die arabische Presse, die bereits virulent genug war, immer aufrührerischer. Es wurde eine neue Presseverordnung erlassen, nach der Zeitungen, die "den öffentlichen Frieden gefährden", mit oder ohne Vorwarnung verboten werden konnten; aber eine Reihe von Warnungen, die an bestimmte Zeitungen gerichtet wurden, zeigten, wenn überhaupt, nur wenig Wirkung, und 1933 wurde tatsächlich keine einzige verboten. Im Frühherbst wurden so plumpe Anschuldigungen gegen die palästinensische Regierung gedruckt wie die, dass sie "das Land absichtlich mit Juden überschwemmt, um die Araber aus dem Land zu vertreiben und sie ihrer Arbeit zu berauben", oder dass "eine Masseneinwanderung von Juden von der Regierung zugelassen und gefördert wird, so dass die Juden bei der Einführung des Legislativrats in der Mehrheit sein werden".* Im August wurden die Flammen durch die Beratungen des Zionistenkongresses in Prag angefacht, der mit besonderem Hinweis auf die Ereignisse in Deutschland forderte, dass die jüdische Heimstätte "so schnell wie möglich und in größtmöglichem Umfang" errichtet werden solle, sowie durch Berichte, wonach bis zu 10.000 "illegale Einwanderer" kürzlich im Land Fuß gefasst hätten. Auf einem muslimischen Fest Anfang September hielt der Präsident der arabischen Exekutive, Musa Kazem Pasha el Husseini, eine heftige Rede gegen die jüdische Einwanderung und forderte in einem Telegramm an den Hohen Kommissar deren sofortigen Stopp. Es folgten weitere ernsthafte Agitationen, und öffentliche Versammlungen wurden nicht nur von der Istiqlal-Partei und der Moslem Young Men's Association, sondern auch von der Moslem-Christian Association organisiert: denn moslemische und christliche Araber versenkten wieder einmal ihre Differenzen in der gemeinsamen Sache.

* Jahresbericht für 1933, S. 5.

79. Anfang Oktober schließlich kündigte die arabische Exekutive, deren Mitglieder in den arabischen Zeitungen wegen ihrer Apathie und Trägheit heftig kritisiert worden waren, an, dass am 13. Oktober ein "Generalstreik" ausgerufen und eine Demonstration vor den Regierungsbüros in Jerusalem stattfinden würde. Trotz des Verbots der Regierung wurde die Demonstration am festgesetzten Datum durchgeführt, und der wütende Mob wurde erst nach wiederholten Schlagstockeinsätzen der Polizei zerstreut. Im Laufe der nächsten Wochen weiteten sich die Unruhen auf andere Teile Palästinas aus. Am 27. Oktober kam es zu einem schweren Ausbruch in Jaffa. Die Stimmung der arabischen Randalierer war so erregt und gefährlich, dass die Polizei von ihren Schusswaffen Gebrauch machen musste, bevor die Ordnung wiederhergestellt werden

konnte. Die Nachricht von diesen Ereignissen erreichte schnell Nablus, wo öffentliche Gebäude angegriffen und die Polizei gesteinigt wurde, und verbreitete sich bis nach Haifa, wo es am Abend und am nächsten Tag zu ähnlichen Unruhen kam. Am 28. und 29. brachen in Jerusalem erneut Unruhen aus. In jeder dieser Städte waren die Angriffe auf die Polizei zwar nicht so schwerwiegend wie in Jaffa, aber doch so heftig, dass sie sich gezwungen sah, zur Selbstverteidigung zu schießen. Die Gesamtzahl der Opfer belief sich auf einen getöteten Polizisten und 56 Verletzte sowie 26 getötete Randalierer und 187 Verletzte.

80. Damit war eine weitere Seite in der Geschichte Palästinas unter dem Mandat mit Blut geschrieben worden. Und dieser letzte Ausbruch arabischer Gewalt war in einem Punkt ebenso beispiellos wie bedeutsam. In den Jahren 1920, 1921 und 1929 hatten die Araber die Juden angegriffen. Im Jahr 1933 griffen sie die Regierung an. Der Gedanke, dass die britischen Behörden in London oder Jerusalem versuchten, das Gleichgewicht zwischen Arabern und Juden aufrechtzuerhalten, wurde nun ganz offen kritisiert. Sie seien die Verbündeten der Juden, hieß es, und die Feinde der Araber. Das Mandat war lediglich ein zynisches Instrument zur Förderung des britischen "Imperialismus" unter dem Deckmantel der humanen Rücksichtnahme auf die Juden. Ein weiterer Punkt war nicht zu übersehen: die Schnelligkeit, mit der sich die Unruhen ausgebreitet hatten. Palästina ist ein kleines Land, und die arabischen Führer besaßen bereits ein gefährliches Maß an Kontrolle über die öffentliche Meinung im Allgemeinen. Es ist in der Tat behauptet worden, dass, wenn nicht sofort gehandelt worden wäre, wenn die Polizei nicht geschossen hätte, sich schnell eine nicht viel weniger ernste Situation als die von 1936 hätte entwickeln können. So aber mag die rasche Unterdrückung der Unruhen die Behörden dazu verleitet haben, weiterhin zu hoffen, dass das Mandat irgendwie ohne Blutvergießen umgesetzt werden könnte, dass der Streit zwischen arabischem und jüdischem Nationalismus irgendwie beigelegt werden könnte.

81. Die Araber waren in dieser Zeit der Spannungen nicht die einzigen Störenfriede. Von Beginn des Mandatsregimes an gab es unter den Juden eine Minderheitengruppe, die das Mandat fast ebenso erbittert ablehnte wie die arabischen Nationalisten. Sie wurden "Revisionisten" genannt, weil sie eine Revision des Mandats wünschten, um Transjordanien in seinen Geltungsbereich einzubeziehen. Sie lehnten die Idee einer nationalen Heimstätte im Gebiet zwischen dem Jordan und dem Meer ab. Sie forderten, dass ganz Palästina auf beiden Seiten des Flusses die Nationale Heimstatt sein sollte. Und wenn die britische Regierung nicht bereit sei, es so schnell wie möglich mit mehreren Millionen Juden zu besiedeln, dann forderten sie die Übertragung des Mandats an eine andere Macht, die dazu bereit sei. Die parteipolitische Stimmung unter den Juden war schon immer heftig gewesen, und trotz des Fortschritts der Nationalen Heimstätte und des starken Anstiegs der Einwanderung war sie auch 1933 stark. Es wurde allgemein vermutet, dass der brutale Mord an Dr. Arlosoroff, einem führenden Mitglied der Jewish Agency, im Juni ein Akt des politischen Terrorismus war. An den arabischen Ausbrüchen im Herbst, die sich, wie wir gesehen haben, gegen die Regierung richteten, waren die Juden zum Glück nicht beteiligt. Aber im Dezember, kurz nach ihrer

Unterdrückung, kam es in Tel Aviv zu einem Zusammenstoß zwischen einer Versammlung von Revisionisten und der Polizei, die sich gezwungen sah, den Mob unter einem Steinhagel anzugreifen. Niemand wurde getötet, aber 11 Polizisten und 8 Zivilisten wurden verletzt.

82. In dieser unruhigen Atmosphäre beschleunigte sich das Wachstum des National Home weiter. Im Jahr 1934 gab es 42.359 zugelassene Einwanderer, 1935 waren es 61.854. Zwei neue Punkte fallen auf. Erstens werden weitaus mehr künftige Einwanderer in der Industrie und im städtischen Leben "absorbiert" als in der Landwirtschaft und der Landbesiedlung. Zweitens verringerte die Einwanderung die "wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit" keineswegs, sondern erhöhte sie. Je mehr Einwanderer kamen, desto mehr Arbeit schufen sie für die einheimische Industrie, um ihren Bedarf zu decken, insbesondere im Baugewerbe: und mehr Arbeit bedeutete mehr Platz für Einwanderer im Rahmen des "Arbeitsplans". Solange die Regierung also keine restriktivere Politik verfolgte oder es keinen wirtschaftlichen oder finanziellen Rückschlag gab, schien es keinen Grund zu geben, warum die Einwanderungsrate nicht immer weiter ansteigen sollte.

83. Wie schon 1933, so stiegen auch 1934 und 1935 die Indizes der gewerblichen und industriellen Tätigkeit mit den steigenden Einwanderungszahlen. Einige von ihnen sind in der folgenden Tabelle aufgeführt.

	1933	1934	1935
Einwanderung	30,327	42,359	61,854
Einfuhren zum Verbrauch (in Mio. £)	11.1	15.1	17.7
Ausfuhren (in Mio. £)	2.6	3.2	4.2
Eisenbahngüterverkehr (in Millionen Tonnenkilometern).	86	103	133
Abgefertigte Überseetonnage (in Millionen Tonnen, nur Dampfer).	3.1	4.1	5.4
Verbrauch von elektrischer Energie (in Millionen K.W.H.).	22.2	37.5	56.8
Umlauf von Banknoten und Münzen am Jahresende (in Millionen £).	3.6	4.7	6.6
Einnahmen (in Mio. £)	3.9	5.4	5.7
Zölle (in Millionen £)	1.8	2.6	2.7
Ausgaben (in Mio. £)	2.7	3.2	4.2

Das Nationale Heim wuchs in der Tat in einem Tempo, das seine eifrigsten Befürworter in früheren Tagen kaum erwartet hatten, und sein Wohlstand spiegelte sich in den steigenden Einnahmen der palästinensischen Regierung wider. Was die materielle Seite anbelangt, so hätten die meisten anderen Länder Palästina zu dieser Zeit beneiden können. Aber das Bild hatte zwei Seiten, und je heller die eine war, desto dunkler wurde die andere. Mit fast mathematischer Präzision bedeutete die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Palästina die Verschlechterung der politischen Situation.

84. In dem Maße, wie das Nationale Heim ab 1933 expandierte, wuchsen der Hass und die Angst der Araber vor ihm. Es änderte nichts daran, dass die Regierung im Frühjahr 1934 die halbjährliche Schätzung der Jewish Agency für die "Aufnahmekapazität" des Arbeitsplans von 20.100 auf 5.600 reduzierte, was dazu führte, dass in Tel Aviv ein Streik ausgerufen wurde und jüdische Randalierer von der Polizei auseinandergetrieben wurden. Die arabische Stimmung wurde auch nicht dadurch gemildert, dass die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung der illegalen Einwanderung sich nun als recht wirksam erwiesen. Im Gegenteil, die Haltung der arabischen Führer wurde immer feindseliger gegenüber der Regierung und der Ton der arabischen Presse immer bitterer. Im Herbst 1934 legte die arabische Exekutive dem Hohen Kommissar eine förmliche Erklärung vor, in der sie die Auffassung vertrat, dass die im Mandat verankerten Garantien für die arabischen Interessen nicht mehr gewährleistet seien. Eine Kampagne, an der sich der Oberste Muslimische Rat aktiv beteiligte, sollte verhindern, dass noch mehr arabisches Land in jüdische Hände gelangte. Kleingrundbesitzer wurden überredet, ihr Land als *Familien-Awqaf* zu registrieren, um eine Veräußerung zu verhindern. Ein bestimmter Vertrag über den Verkauf von 5.000 Dunum an Juden wurde auf direkte Veranlassung des Obersten Muslimischen Rates annulliert. Araber, die beschuldigt wurden, den Verkauf von Land an Juden erleichtert zu haben, wurden in den Moscheen, auf öffentlichen Versammlungen und in der Presse als Verräter an der Nation angeprangert. Eine arabische Bank wurde mit einem Kapital von 60.000 Pfund gegründet, um arabisches Land zu erschließen oder es vom Erwerb durch Ausländer auszuschließen. Außerdem wurde versucht, die Ansiedlung von Juden auf bereits gekauftem Land durch organisierten Landfriedensbruch und fiktive Rechtsstreitigkeiten zu verhindern.

85. In der Politik sind die Anzeichen einer zunehmenden Feindseligkeit ebenfalls deutlich zu erkennen. Im Jahr 1934 waren die Aktivitäten der sechs arabischen Organisationen größtenteils mit gegenseitigen Eifersüchteleien und Beschuldigungen verbunden, aber im Laufe des Jahres 1935 kristallisierten sie sich nicht nur zu effizienteren "Parteien" heraus, sondern sie folgten auch den vehementen Aufrufen in den Zeitungen, ihre Streitigkeiten der nationalen Sache unterzuordnen, und schlossen sich, mit Ausnahme der Istiqlal-Partei, zu einer gemeinsamen Erklärung zusammen, die sie der Regierung vorlegten.

In der Zwischenzeit verbesserte die nationalistische Bewegung als Ganzes ihre Organisation und weitete ihren Aktionsradius aus. Vor allem die "Jugendbewegung" wurde gefördert. Die Vereine junger Männer, die unter verschiedenen Namen auftraten, wurden bewusster und leidenschaftlicher nationalistisch. Es wurden Pfadfindergruppen und Sportvereine gegründet. "Gegen Ende des Jahres 1935" (so der Regierungsbericht*) "hatten die jüngeren Elemente offensichtlich an Boden gewonnen und wurden zu einem Faktor, der den Einfluss der älteren arabischen Führer herausfordern konnte".

* Bericht über die Verwaltung von Palästina für 1935, S. 17.

86. Es wurde also deutlich, dass die Situation in Palästina mit der Zeit nicht weniger bedrohlich wurde. Im Gegenteil: Je länger das Mandat bestand, desto stärker und erbitterter wurde der arabische Widerstand dagegen. Und die Aufgabe der Versöhnung, der sich Sir Arthur Wauchope, der 1931 das Amt des Hohen Kommissars übernahm, mit ganzem Herzen widmete, war nie schwieriger gewesen. In seiner persönlichen Stellungnahme auf der zweiundzwanzigsten Sitzung der Ständigen Mandatskommission im Jahr 1932 gab er Anlass zu einer mäßig hoffnungsvollen Einschätzung. Für die unmittelbare Zukunft stützte er seine Friedenshoffnungen auf die Entwicklung von "Selbstverwaltungsinstitutionen" gemäß Artikel 2 des Mandats. Er rechne damit, dass 1933 eine neue Verordnung über die lokale Verwaltung erlassen werde, der neue Vorschläge für die Einrichtung eines Legislativrats folgen würden. Auf die Frage, ob diese Maßnahmen "die Bestrebungen der Araber nach Selbstverwaltung befriedigen" würden, antwortete er, dass "die Extremisten zwar nicht beeinflusst werden könnten, er aber hoffe, dass die gemäßigten Araber zufrieden sein würden". Langfristig gesehen vertraue er auf die Gemeinschaft der wirtschaftlichen Interessen. "Er ist überzeugt, dass Araber und Juden im Laufe der Zeit erkennen werden, dass es zu ihrem beiderseitigen Vorteil ist, zusammenzuarbeiten. Er schloss seine förmliche Erklärung wie folgt ab:- "

" Wir würden Palästina gerne in Übereinstimmung mit den Wünschen der beiden Völker regieren; und wenn diese Wünsche miteinander in Konflikt geraten, setze ich alle Mittel ein, um sie zu versöhnen. Wenn sich diese Bemühungen als erfolglos erweisen, muss die Regierung ohne Rücksicht auf die Kritik die Politik betreiben, die sie im Interesse des gesamten Volkes und in Übereinstimmung mit dem Mandat für die beste hält".*

* Protokoll der 22. Sitzung der Kommission für Ständige Mandate, S. 82-86.

87. Die letzten Worte sind wichtig, denn es waren die Verpflichtungen des Mandats, damals wie heute, die die Aufgabe der Versöhnung nicht nur äußerst schwierig, sondern, wie wir heute meinen, unmöglich machten. Als die arabische Exekutive, wie wir gesehen haben, im Herbst 1934 gegen die jüdische Einwanderung und den Landerwerb protestierte, konnte der Hohe Kommissar nur antworten, dass die Zahl der Einwanderer die Aufnahmefähigkeit des Landes nicht übersteige und dass er alles in seiner Macht Stehende tue, um die arabischen Landwirte zu schützen und die Produktivität des Bodens zu erhöhen. Auch seine Ankündigung, dass die betreffende jüdische Gruppe bei Erhalt der Konzession für die Entwässerung des Huleh-Beckens zugestimmt habe, die für die arabische Besiedlung reservierte Fläche um etwa die Hälfte zu vergrößern, hinterließ keinen tiefen Eindruck. Im Juni des darauffolgenden Jahres (1935) wurde der aufrichtige Wunsch des Hochkommissars nach Versöhnung durch einen bedeutsamen Akt der Milde manifestiert. Anlässlich des Geburtstags des Königs kündigte er an, dass vierzehn Gefangene, die wegen ihrer Beteiligung an den Unruhen von 1929 verurteilt worden waren, sofort freigelassen würden, und dass zweiundzwanzig Gefangene, deren Todesurteile wegen Mordes zuvor in lebenslange Haft umgewandelt worden waren, im Jahr 1936 freigelassen würden.

88. Im Herbst verschlechtert sich die Lage rapide. Im Oktober wird die Entdeckung von Waffen und Munition, die in einer aus Belgien importierten Zementsendung versteckt waren, als Beweis dafür gewertet, dass die Juden heimlich in großem Umfang bewaffnet sind. Die arabische Presse übertrifft sich selbst in der Denunziation der Regierung und der Juden. Aus Protest wurde für den 26. Oktober ein "Streik" ausgerufen, der auch weitgehend eingehalten wurde. In Jaffa erregte er stark die Gemüter, und ein Zusammenstoß mit Tel Aviv wurde gerade noch abgewendet.

89. Anfang November wurde bekannt, dass sich in den Hügeln von Galiläa eine "terroristische" Bande unter der Führung von Scheich Izzed Din al Qassam, einem politischen Flüchtling aus Syrien mit einem weit verbreiteten Ruf als religiöser Führer, gebildet hatte. Die Gruppe wurde in der Nähe von Dschenin von der Polizei gefasst und vier ihrer Mitglieder, darunter Scheich Izzed Din, getötet. An seiner Beerdigung in Haifa nahm eine große Menge von Arabern teil, und es kam zu Demonstrationen und Steinwürfen. Die arabischen Zeitungen feierten ihn als Märtyrer für seine Nation und seinen Glauben. "Lieber Freund und Märtyrer", sagte eine von ihnen, "ich habe dich von einer Plattform aus predigen hören, die auf einem Schwert ruhte. Heute ... bist du, bei Gott, ein größerer Prediger, als du es zu Lebzeiten je warst".

90. Am 25. November überreichten die fünf arabischen Parteien dem Hochkommissar formell drei Hauptforderungen: (1) die Einsetzung einer demokratischen Regierung, (2) das Verbot der Übertragung arabischer Ländereien an Juden, (3) die sofortige Beendigung der jüdischen Einwanderung und die Bildung eines Komitees zur Bestimmung der "Aufnahmefähigkeit" des Landes.

91. Es war wieder einmal offensichtlich, dass das Zugeständnis der zweiten und dritten Forderung durch das Mandat verhindert wurde, es sei denn, es konnte gezeigt werden, dass die jüdische Einwanderung und der Landerwerb die Rechte und die Stellung der Araber definitiv verletzen. Und die Juden waren bereit, mit einer Fülle von Argumenten zu behaupten, dass die Nationale Heimstätte den Arabern keineswegs schade, sondern ihnen sogar sehr zugute kam. Außerdem wirkten gerade zu dieser Zeit die "externen Faktoren", wie wir sie genannt haben, sowohl auf jüdischer als auch auf arabischer Seite mit maximaler Kraft (wie wir sehen werden). Die Aussichten der Juden in Europa waren nicht besser, in Polen waren sie sogar noch schlechter, und der "Boom" in der Nationalen Heimstätte hatte die Hoffnung, dass in Palästina in zunehmendem Maße Abhilfe geschaffen werden würde, auf die Spitze getrieben. Die Haltung des Zionistenkongresses, der im Juli und August in Luzern stattgefunden hatte, hatte gezeigt, dass es in den Augen der Juden nicht darum ging, die Einwanderung einzuschränken, sondern sie in Zukunft zu verstärken.

" Kurz gesagt, die einstimmig angenommenen Entschlüsse des Politischen Ausschusses gaben einen Überblick über die ungünstigen Bedingungen des jüdischen Lebens in der Diaspora, vertraten die Auffassung, dass die jüdischen Errungenschaften in Palästina, dem einzigen Land, das gegenwärtig der jüdischen Einwanderung in großem Umfang offensteht, bewiesen haben, dass Einwanderung und Ansiedlung weit schneller als

bisher erfolgen können, und verkündeten die feste Entschlossenheit der zionistischen Organisation, die Energien des jüdischen Volkes auf die Ausweitung und Beschleunigung seiner Wiederansiedlung in Palästina zu konzentrieren. Der Kongress würdigte die Rolle der Mandatsmacht und bekräftigte die Bereitschaft der zionistischen Organisation zur Zusammenarbeit und appellierte an die Regierung, ihre Verpflichtungen durch eine aktive und systematische Politik zur Förderung der jüdischen Heimstätte in dem Umfang und Tempo zu erfüllen, wie es die Lage der Juden in der Welt erfordert und wie es mit aktiver Hilfe der Regierung möglich ist."

* Bericht über die Verwaltung von Palästina für 1935, S. 19.

Die britische Regierung war vielleicht nicht bereit, eine so optimistische Sicht der zukünftigen Möglichkeiten zu unterstützen, aber sie sah jedenfalls keinen Grund, von der Politik von 1931 abzuweichen. Die zweite und dritte der arabischen Forderungen wurden daher abgelehnt. Es wurde jedoch versucht zu zeigen, dass der arabische Fall keineswegs außer Acht gelassen wurde. Der Hohe Kommissar wurde im Februar 1936 ermächtigt, den Führern der fünf Parteien mitzuteilen, dass (1) eine Verordnung erlassen werden sollte, die den Verkauf von Land verbietet, es sei denn, der Eigentümer behält eine ausreichende Menge davon, um sich und seine Familie zu ernähren, und dass (2) die bereits vorgenommenen sorgfältigen Schätzungen der "Absorptionskapazität" durch ein neues statistisches Büro weiter überprüft werden sollten.

92. Auf die erste der arabischen Forderungen hatte die Regierung unverzüglich geantwortet. Es hat sich gezeigt, dass Sir Arthur Wauchopes größte Hoffnung auf Frieden in der Entwicklung von Selbstverwaltungseinrichtungen lag. Die neue Municipal Corporations Ordinance war im Januar 1934 in Kraft getreten. Im darauffolgenden Dezember teilte er den arabischen Führern mit, dass er mit dem vollen Einverständnis des Staatssekretärs vorschlage, nach einer angemessenen Zeitspanne, in der das Funktionieren der neuen Gemeinderäte beobachtet werden könne, mit den verschiedenen Parteien die Einrichtung eines Legislativrats zu erörtern. Am 21. und 22. Dezember 1935 unterbreitet er den arabischen und jüdischen Führern nacheinander einen konkreten Entwurf für die Zusammensetzung des Rates. Er sollte aus achtundzwanzig Mitgliedern bestehen, von denen nur fünf Beamte sein sollten. Es gibt elf ernannte inoffizielle Mitglieder und zwölf gewählte Mitglieder. Von diesen dreiundzwanzig Mitgliedern sind elf Moslems, sieben Juden, drei Christen und zwei Vertreter von Handelsinteressen. Der Präsident würde "eine unparteiische Person sein, die nichts mit Palästina zu tun hat". Es gibt also keine offizielle Mehrheit, aber drei wichtige "Garantien": (1) Die Gültigkeit des Mandats darf nicht in Frage gestellt werden. (2) Der Hohe Kommissar wird ermächtigt, unter bestimmten Umständen durch "Beglaubigung" oder durch Verordnung Gesetze zu erlassen. (3) Der Hohe Kommissar wird weiterhin die Arbeitsordnung festlegen, wobei eine Diskussion darüber im Rat möglich ist.

93. Diese Vorschläge konnten von den arabischen Führern kaum als Zugeständnis an die von ihnen geforderte "demokratische Regierung" angesehen werden, geschweige denn an die nationale Unabhängigkeit, die von Anfang an im Vordergrund der arabischen Forderungen gestanden hatte und von der Istiqlal-Partei und einer wachsenden Zahl jüngerer, gebildeter Araber immer noch energisch verfochten wurde. Fast alle arabischen Zeitungen prangerten den Plan an, da er zu viel Macht in den Händen des Hochkommissars belasse und der arabischen Wählerschaft zu wenig Gewicht gebe. Vor allem bot es wenig Aussicht darauf, dass die arabische Meinung in Zukunft bei der Eindämmung der jüdischen Einwanderung effektiver sein würde als in der Vergangenheit. Der Plan war jedoch ein größerer Schritt hin zu einer wirklichen Selbstverwaltung als der Plan von 1922, und die vereinigten Parteiführer lehnten ihn nicht rundweg ab.

94. Wir zweifeln kaum daran, dass einer der Hauptgründe, warum die Araber den Vorschlägen in diesem Ausmaß zustimmten, die Vehemenz war, mit der die Juden sie ablehnten. Die Vorzüge, die der Plan in den Augen der Araber besaß, verdammten ihn in ihren Augen. Ein Vorstoß in Richtung einer wirklichen Selbstverwaltung bedeutete einen Vorstoß in Richtung der Unterwerfung des Nationalheims unter eine arabische Mehrheit. Schon in Luzern hatte der Zionistenkongress seine kompromisslose Haltung deutlich gemacht. Um die oben zitierte Zusammenfassung fortzusetzen:

" Der Kongress drückte seine tiefe Besorgnis über die Absicht der Mandatsregierung aus, einen Legislativrat einzurichten, einen Schritt, den er als dem Geist des Mandats zuwiderlaufend ansah, und bekräftigte seine Ablehnung der Einrichtung eines Legislativrats in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung Palästinas und brachte widerstrebend seine kategorische Ablehnung des Plans zum Ausdruck."*

* Bericht über die Verwaltung von Palästina für 1935, S. 19

Dr. Weizmann und seine Kollegen teilten dem Hohen Kommissar daraufhin mit, dass sie den Plan ablehnten und beschlossen hatten, sich nicht an seiner Durchführung zu beteiligen.

95. Sein Schicksal wurde bald außerhalb Palästinas entschieden. Am 26. Februar 1936 wurde es im Oberhaus und am 24. März im Unterhaus debattiert. Bei ersterer Gelegenheit sprachen sich die Lords Snell, Lytton, Lothian, Jessel, Elibank, Mansfield, Melchett, Marley und Cecil, die alle Parteien des Hauses vertraten, übereinstimmend dafür aus, das Vorhaben entweder vorläufig aufzugeben oder auszusetzen, während eine königliche Kommission die Frage vor Ort untersuchte. Der Sprecher der Regierung, Lord Plymouth, war ihr einziger Befürworter. Im Unterhaus war das Ergebnis ähnlich. Zwölf Abgeordnete forderten die Aussetzung oder drastische Änderung der Regelung, und der Staatssekretär (J. H. Thomas), dessen Rede ständig unterbrochen wurde, hatte nur zwei Unterstützer.

96. In Anbetracht der arabischen Reaktion auf diese Debatten halten wir es für richtig, darauf hinzuweisen, dass nur zwei der Redner in jedem Haus Juden waren. Wenn wir die Debatten im Lichte unserer Erfahrungen in Palästina erneut lesen, sind wir beeindruckt von der Fairness der meisten Reden. Wenn die Argumente gegen den Plan zum Teil auf der Wahrscheinlichkeit beruhten, dass er sich zum Nachteil der jüdischen Heimstätte auswirken würde, so beruhten sie auch auf allgemeinen Erwägungen wie der Zweckmäßigkeit, mehr Zeit für die Ausbildung in der lokalen Verwaltung einzuräumen, oder der Unklugheit, Palästina auf eine Verfassungsform festzulegen, die auf natürliche Weise zu einer verantwortlichen Regierung führen würde und andernorts geführt hatte. Was den letzten Punkt betrifft, so sei daran erinnert, dass das Parlament bereits seit mehreren Jahren über die Schwierigkeit der Einführung einer verantwortlichen Regierung in einem durch kommunale Differenzen so tief gespaltenen Land wie Indien diskutiert hatte.

97. Aber wenn das Parlament den Plan nach seinen Vorzügen beurteilt hat, ist es nicht weniger bedauerlich, dass die jüdische Seite des Falles so viel ausführlicher dargelegt wurde als die arabische. Die Debatte war in der Tat eine eindrucksvolle Illustration des Nachteils, den die Araber erleiden, wenn sich das Feld der Kontroverse von Palästina zum Vereinigten Königreich verlagert. Die Juden haben durchaus das Recht, alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um sicherzustellen, dass ihre Forderungen voll und ganz verstanden werden; aber wir glauben, dass ihren eigenen Interessen letztlich besser gedient gewesen wäre, wenn die britische Öffentlichkeit von Anfang an mit einer nicht weniger klaren und überzeugenden Darstellung des arabischen Falls hätte konfrontiert werden können.

98. Wir nehmen an, dass nach den Debatten eine Einladung an die arabischen Führer erging, eine Delegation zu entsenden, um die Frage eines Legislativrats im Kolonialamt zu erörtern, um die Einseitigkeit der Position etwas zu korrigieren. Die "Unruhen" brachen aus, bevor dieser Vorschlag in die Tat umgesetzt werden konnte, aber es ist schwer anzunehmen, dass er den Eindruck, den die Debatten in den arabischen Köpfen hinterlassen hatten, in irgendeiner Weise hätte auslöschen können. Niemand in Palästina bezweifelte, dass das Parlament den Plan zu Fall gebracht hatte. Die jüdische Presse jubelte. Sie ging sogar so weit, das Ergebnis als "einen großen jüdischen Sieg" zu bejubeln. Und so sahen es natürlich auch die Araber. Sie sahen darin eine noch überzeugendere Demonstration der jüdischen Macht in London als im "Schwarzen Brief". Der Plan, der in ihren Augen nur einen kleinen Teil der von ihnen beanspruchten Rechte einräumte, war vom Hochkommissar angenommen und von der britischen Regierung gebilligt worden, nur um durch den jüdischen Einfluss im Parlament abgelehnt zu werden. Dass es einen anderen Grund für die Ablehnung gegeben haben könnte, scheint ihnen nie in den Sinn gekommen zu sein. Unweigerlich wurde ihre alte Feindseligkeit gegenüber dem Mandat und allem, wofür es stand, noch verstärkt. Mehr noch, ihre alte Angst, dass das Mandat letztlich zur Unterwerfung unter die Juden führen könnte, wurde konkreter und dringlicher. Sie sollten wirklich "überschwemmt" werden, so schien es, und das in nicht allzu langer Zeit.

99. Obwohl wir es für wichtig halten, die schwerwiegenden Auswirkungen der Ablehnung des Legislativratsplans auf die arabischen Gefühle zu betonen, müssen wir noch einmal einen Vorbehalt gegen Übertreibungen einlegen. Die Ablehnung war nicht die Ursache für die darauf folgenden Unruhen. Sie verschärfte die Ursache der Unruhen. Sie hat dazu beigetragen, dass sich die Probleme zuspitzten. Aber wenn das Parlament den Plan des Legislativrats akzeptiert hätte, hätte es nach unserer Einschätzung die arabischen Nationalisten nicht für längere Zeit zufrieden gestellt. Die Annahme, dass dies der Fall gewesen wäre, bedeutet, die "externen Faktoren" zu ignorieren. Denn so wie der Druck des europäischen Judentums auf Palästina jetzt am stärksten war, so war auch der Einfluss der Ereignisse in den Nachbarländern groß. Gerade in diesem Winter 1935/36 kam es in Ägypten und Syrien zu einem Wiederaufleben der nationalistischen Agitation, die so stark und wirksam war, dass sie in beiden Ländern innerhalb weniger Monate ihr Endziel, das Zugeständnis der nationalen Unabhängigkeit, erreichte.

100. Im Herbst 1935 führten die Entwicklungen, die sich aus dem Abessinienkrieg ergaben, in Ägypten zur Bildung einer "Einheitsfront" der politischen Parteien. Dieses Gremium forderte den Abschluss eines Vertrags zwischen Großbritannien und Ägypten. Die fünf Wochen, die bis zur Veröffentlichung der britischen Antwort vergingen, waren von ständigen Unruhen und schweren Ausschreitungen geprägt, die vor allem von den Studenten in Kairo ausgingen. Doch als bekannt wurde, dass die britische Regierung zu Verhandlungen bereit war, entspannte sich die Lage. Am 2. März 1936 begannen die Verhandlungen. Am 26. August wurde der anglo-ägyptische Bündnisvertrag unterzeichnet. Darin verpflichtete sich die britische Regierung, die Ägypten bereits als "souveränen, unabhängigen Staat" anerkannt hatte, dessen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zu unterstützen. Weitere Artikel begründeten "ein Bündnis zwischen den Hohen Vertragsparteien", sahen Konsultationen in Krisenzeiten und Zusammenarbeit im Kriegsfall vor, erklärten die britische Militärbesetzung Ägyptens für beendet und sahen den Abzug der britischen Luft- und Landstreitkräfte in die Nähe des Suezkanals vor.

101. Das ägyptische Beispiel hatte einen beträchtlichen Einfluss auf die Meinung in Syrien, und der Verlauf der Ereignisse in Syrien ähnelte dem in Ägypten. Im Januar 1936 gipfelt die wachsende Macht des "nationalistischen Blocks" in einem Ausbruch von schweren Unruhen. Es wird ein "Streik" ausgerufen, der fünfzig Tage lang andauert. Am 1. März kündigt die französische Regierung ihre Entscheidung an, einen Vertrag auszuhandeln. Am 9. September wurde der französisch-syrische Allianzvertrag unterzeichnet. Nach dem Vorbild des anglo-irakischen Vertrags von 1930 sah er vor, dass die französische Regierung innerhalb von höchstens drei Jahren das Mandat niederlegen sollte und den Antrag Syriens auf Aufnahme in den Völkerbund unterstützen würde. Er sah ein Bündnis zwischen Frankreich und Syrien, außenpolitische Konsultationen und gegenseitigen Beistand gegen Aggressionen vor. Frankreich erhielt die Möglichkeit, zwei Militärflugplätze auf syrischem Boden zu nutzen. Die Rechte von Minderheiten wurden sorgfältig geschützt. Der Kern des syrischen Vertrags, wie auch des ägyptischen, war der Erwerb des vollen nationalen

Status. Das bedeutete, dass die bestehende Beziehung zwischen einer Mandatsmacht und einem Mandatsgebiet in Kürze durch eine vertragliche Beziehung zwischen zwei souveränen Staaten ersetzt werden sollte. Damit hatte der syrische Nationalismus sein Ziel schnell und entschieden erreicht.

102. Am 13. November wurde ein fast gleichlautender Vertrag zwischen Frankreich und dem Libanon unterzeichnet, der vorsah, dass dieses kleine Land an der Küste mit einer Bevölkerung von etwa 860.000 Einwohnern und einem Territorium, das etwa der Größe von Norfolk und Suffolk zusammen entsprach, bald wie Syrien und der Irak ein souveräner unabhängiger Staat sein würde.

103. Diese Entwicklungen in Ägypten und Syrien mussten die nationalistische Agitation in Palästina anregen. Die arabischen Zeitungen nutzten diesen günstigen Umstand aus. Zur Zeit der Unruhen in Kairo rief eine dieser Zeitungen ihre Leser auf, dem ägyptischen Beispiel zu folgen. "Erhebt euch, um euch von der jüdischen und britischen Sklaverei zu befreien. Die Führer in Ägypten sind aufgewacht. Wo verstecken sich unsere Führer?" Wenig später wurden die Studenten in Palästina aufgefordert, wie ihre Brüder zu erwachen. "Die Zeit ist nahe und die Situation ernst. Vereinigt euch. Fordert eure verletzten Rechte und eure geraubte Freiheit ein. Schreitet voran. Gott ist mit euch". Die Eröffnung der französisch-syrischen Verhandlungen rief ebenfalls die stärksten Sympathiebekundungen mit "unseren heldenhaften Brüdern im nördlichen Teil dieses unterdrückten arabischen Landes" hervor: "Syrien ist zu beglückwünschen. Palästina wünscht ihm Erfolg in seinen nationalen Bestrebungen und in seiner Herausforderung an die Kolonisatoren". Es war nur zu erwarten, dass die palästinensischen Araber ihre erfolgreichen Nationalisten in den Ländern jenseits ihrer Nord- und Südgrenze beneiden und ihnen nacheifern würden. Denn von allen arabischen Völkern im Nahen Osten waren sie das einzige Volk, mit Ausnahme des Volkes von Transjordanien, das noch nicht die volle nationale Freiheit erlangt hatte oder bald erlangen würde: und, wie bereits erwähnt, war die Regierung von Transjordanien seit langem als "unabhängige Regierung" anerkannt.

104. Es gab noch einen weiteren externen Faktor, der die Situation beeinflusste. Der Konflikt zwischen Italien und dem Völkerbund über die Abessinienfrage ab September 1935 wurde in der gesamten Levante aufmerksam verfolgt, und sein Ergebnis wurde, wie uns berichtet wurde, überall als Beweis dafür angesehen, dass die britische Seemacht im östlichen Mittelmeer nicht mehr so unangefochten war, wie sie einst gewesen war. Die italienische Propaganda war zu dieser Zeit natürlich darauf bedacht, das britische Prestige zu schwächen, wo immer dies möglich war. Der Radiosender in Bari sendete Kritik am britischen "Imperialismus" in arabischer Sprache. Die Aufmerksamkeit der arabischen "Hörer" in Palästina wurde zum Beispiel auf die unzureichenden Vorkehrungen der Regierung für die arabische Bildung gelenkt. Wir glauben aber, es wäre leicht, den Einfluss der abessinischen *Unruhen* auf die Ereignisse in Palästina zu überschätzen. Zweifellos wurde eifrigen Nationalisten in Palästina wie in Syrien und Ägypten suggeriert, dass ihnen eine Gelegenheit gegeben wurde, ihre

Forderungen durchzusetzen, die sich nicht so leicht wiederholen könnte; und es scheint wahrscheinlich, dass das zeitliche Zusammentreffen zwischen den anglo-italienischen Spannungen und den "Unruhen" in Ägypten, Syrien und Palästina kein Zufall war. Aber das ist alles. Die Annahme, dass der Streit um Abessinien die Unruhen in Palästina stark vergrößert hat, und noch mehr die Vorstellung, dass die italienische Propaganda sie hervorgerufen hat, ist der alte Fehler. Wie wir zu zeigen versucht haben, war die Lage schon vor September 1935 ernst genug.

105. Die Geschichte der fünfzehn Jahre, die vergangen waren, seit die Ausführung des Mandats zum ersten Mal einer zivilen Verwaltung anvertraut worden war, hatte zu einer Situation geführt, in der fast jeder Faktor, sowohl intern als auch extern, der einem friedlichen Ausgang entgegenstand, stärker war als zu Beginn. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass im April 1936 die "Unruhen" ausbrachen, die Anlass für die Einsetzung der Königlichen Kommission waren.

KAPITEL IV.

DIE UNRUHEN VON 1936.

Wir sehen es nicht als unsere Aufgabe an, die "Unruhen" des letzten Jahres im Detail zu beschreiben oder die Art und Weise zu erörtern, wie die palästinensische Regierung mit ihnen umgegangen ist. Wir wollen uns daher in diesem Kapitel darauf beschränken, in aller Kürze den Verlauf und den Charakter der Unruhen zusammenzufassen und unsere Meinung zu den ihnen "zugrundeliegenden Ursachen" gemäß der ersten unserer Aufgabenstellung darzulegen.

1. Der Verlauf der Unruhen.

2. Die Unruhen begannen mit der Ermordung von zwei Juden durch arabische Banditen in der Nacht des 15. April auf der Straße zwischen Tulkarm und Nablus. In der folgenden Nacht wurden unweit von Petah Tiqva zwei Araber ermordet, was nach Ansicht der Araber ein Akt der jüdischen Vergeltung war. Die Beerdigung eines der ermordeten Juden in Tel Aviv am 17. April führte zu wütenden jüdischen Demonstrationen. Es kam zu einer Reihe von Übergriffen auf Araber in Tel Aviv, und am 19. April griff der arabische Mob, aufgeschreckt durch falsche Gerüchte über getötete Araber, Juden in Jaffa an und ermordete drei von ihnen. Die Polizei, verstärkt durch Soldaten, löste die Randalierer auf. Über Jaffa und Tel Aviv wurde eine Ausgangssperre verhängt, und die Palestine (Defence) Order in Council und die Emergency Regulations wurden per Proklamation für ganz Palästina in Kraft gesetzt.

3. Am 20. April wurde in Nablus ein arabisches Nationalkomitee gebildet, das beschloss, im ganzen Land einen Generalstreik auszurufen und so lange aufrechtzuerhalten, bis die im November letzten Jahres vorgebrachten arabischen Forderungen erfüllt waren. Bis zum Ende des Monats wurden in allen Städten und in einigen größeren Dörfern Palästinas ebenfalls Nationalkomitees gebildet. Am 21. April akzeptierten die Führer der fünf vereinigten Parteien den in Nablus gefassten Beschluss

und riefen für den nächsten Tag zu einem Generalstreik aller Araber auf, die in den Bereichen Arbeit, Transport und Handel tätig waren. Am 25. April wurde auf einer Sitzung aller arabischen Parteien ein Oberster Arabischer Ausschuss, der später als Arabischer Oberer Ausschuss bekannt wurde, gegründet. Es bestand aus Haj Amin Eff. El Husseini, Mufti von Jerusalem (Präsident), Awni Bey Abdelhadi (Sekretär), Ahmad Hilmi Pasha (Schatzmeister), Ragheb Bey Nashashibi, Jamaal Bey El Husseini, Abdul Latif Bey Salah, Dr. Hussein Eff. El Khalidi (Bürgermeister von Jerusalem), Yaqub Eff. Ghussein, Yaqub Eff. Farraj und Alfred Eff. Rock. Es ist anzumerken, dass die Istiqlal-Partei nun prominent mit den anderen verbunden war, da Awni Bey Abdelhadi ihr Generalsekretär war und Ahmad Hilmi Pasha (Manager der Arabischen Bank) mit ihr verbunden war, und dass Yaqub Eff. Farraj und Alfred Eff. Rock die christlichen Araber vertraten, da sie Mitglieder der griechisch-orthodoxen bzw. der römisch-katholischen Gemeinde waren.

4. Das neue Komitee nahm eine Resolution an, "den Generalstreik so lange fortzusetzen, bis die britische Regierung ihre gegenwärtige Politik grundlegend ändert, deren erster Schritt der Stopp der jüdischen Einwanderung ist." Außerdem wurden die nationalen arabischen Forderungen wie folgt neu formuliert: (1) das Verbot der jüdischen Einwanderung; (2) das Verbot der Übertragung von arabischem Land an Juden; (3) die Einsetzung einer nationalen Regierung, die einem repräsentativen Rat untersteht. Es ist festzustellen, dass der dritte Punkt eine klarere Definition der gesamten arabischen Forderung darstellt als die "Einsetzung einer demokratischen Regierung", die im vergangenen November gefordert wurde.

5. Am 5. Mai appellierte der Hohe Kommissar erfolglos an das arabische Oberkomitee, die Regierung bei der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung zu unterstützen. Am 8. Mai fand in Jerusalem eine Konferenz der Nationalkomitees statt, auf der nicht nur die Fortsetzung des Streiks, sondern auch die Weigerung der Araber, Steuern zu zahlen, beschlossen wurde. In einem vom arabischen Komitee der Autobesitzer und Fahrer* herausgegebenen Manifest wurde ebenfalls zur Nichtzahlung von Steuern aufgerufen und das arabische Oberkomitee aufgefordert, einen Streik aller arabischen Regierungsbeamten durchzusetzen.

* Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende dieses Ausschusses wurden wegen Aufwiegelung zu Unruhen zu einer Geldstrafe von jeweils 25 Pfund verurteilt.

Das Komitee deutete an, dass die Agitation für "zivilen Ungehorsam" zwar nicht von ihm zu verantworten sei, aber als spontaner Ausdruck des nationalen Gefühls betrachtet werden müsse, und fügte hinzu, dass es seinen Einfluss nicht geltend machen könne, um illegale Aktionen zu unterbinden oder den Streik abubrechen, wenn die jüdische Einwanderung nicht ausgesetzt würde. Einer solchen "grundlegenden" Änderung der Politik konnte der Hohe Kommissar nicht zustimmen. Am 18. Mai wurde ein Arbeitsplan mit 4.500 Einwanderern für die nächsten sechs Monate genehmigt.

6. In der Zwischenzeit war der Streik tatsächlich verhängt worden. Bereits im Mai waren die arabische Arbeit und der Handel praktisch zum Erliegen gekommen. Der Hafen von Jaffa war außer Betrieb. Die arabischen Geschäfte in Jerusalem und anderswo waren geschlossen. Nur im Hafen von Haifa und bis zu einem gewissen Grad bei den Eisenbahnen waren noch arabische Arbeitskräfte verfügbar. Der Streik wurde von vereinzelt lokalen Demonstrationen begleitet. In verschiedenen Teilen des Landes wurden Juden angegriffen und gesteinigt. Im Norddistrikt wurden jedoch viele jüdische Bäume und Ernten zerstört.

7. Am 18. Mai teilte der Staatssekretär dem Unterhaus mit, es sei "beschlossen worden, nach Wiederherstellung der Ordnung Seiner Majestät zu empfehlen, eine königliche Kommission zu ernennen, die, ohne die Bedingungen des Mandats in Frage zu stellen, die Ursachen von Unruhen und angeblichen Missständen sowohl bei den Arabern als auch bei den Juden untersuchen wird." In einer Debatte am 19. Juni erklärte Ormsby Gore, der Nachfolger von Thomas im Amt des Staatssekretärs, in Bezug auf die Königliche Kommission, dass "das einzige Ziel der Regierung Seiner Majestät darin besteht, einen objektiven und unparteiischen Bericht zu erhalten, der es ihr ermöglicht, allen Teilen der palästinensischen Bevölkerung gerecht zu werden." Wenn die von der Kommission empfohlene Politik der Regierung gefalle, werde sie ohne Furcht und Gefälligkeit umgesetzt; doch müsse die Regierung, vor allem in Anbetracht ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund, die letzte Verantwortung behalten. Er fügte hinzu, dass bis zum Erhalt und zur Prüfung des Berichts "keinerlei Änderung der Politik ins Auge gefasst werden kann". Am 29. Juli werden das Personal der Kommission und ihr Auftrag bekannt gegeben.

8. Die Lage in Palästina hatte sich unterdessen stetig verschlechtert. Im Mai und Juni verschärft sich der Streik im ganzen Land. Die wenigen Araber, die ihre Läden offen hielten oder sich anderweitig des Streiks enthielten, wurden bald von den Vertretern der Nationalkomitees, größtenteils mit jüngeren Arabern besetzt, überzeugt oder eingeschüchtert und die die Durchführung des Streiks sehr effizient überwachten. Gewalt und Sabotage nahmen zu. Auf jüdische Kolonien wurde immer wieder geschossen. Fünf Juden, zwei Araber und ein britischer Polizist wurden ermordet. Sporadische Angriffe wurden auf die Eisenbahnlinien verübt, zwei Züge entgleisten, und eine Brücke wurde gesprengt. Straßen wurden verbarrikadiert und Telefondrähte gekappt. Die schwerwiegendste Entwicklung war jedoch das Auftauchen bewaffneter arabischer Banden in den Hügeln, darunter auch Freiwillige aus Syrien und dem Irak. Bislang waren Militär und Polizei nur wahllosen Scharfschützen ausgesetzt gewesen. Nun wurden organisierte Angriffe auf sie verübt.

9. Ab der zweiten Maiwoche trafen militärische Verstärkungen aus Ägypten und Malta ein. Sie wurden vor allem zur Verteidigung von Schlüsselstellen, zum Patrouillieren der Straßen, zur Eskorte von Konvois und zum Schutz der Eisenbahnlinien eingesetzt. Ein groß angelegter Angriff auf die Banden in den Hügeln fand nicht statt. Am 23. Mai wurden einundsechzig arabische Aufwiegler in

verschiedenen Teilen des Landes verhaftet und in den meisten Fällen gezwungen, sich unter Polizeiaufsicht in anderen Städten als ihrem Heimatort aufzuhalten. Im Juni wurden einige der prominentesten Anführer, darunter Awni Bey Abdelhadi, in einem "Konzentrationslager" in Sarafand interniert. Im selben Monat wurden die Notstandsverordnungen dahingehend erweitert, dass die Strafen für Schüsse auf Truppen und Polizisten, für das Werfen von Bomben und für den illegalen Besitz von Waffen erhöht wurden. Diese Maßnahmen zeigten wenig Wirkung, und Ende Juni zeichnete sich eine Schwächung in den Reihen der Verwaltung selbst ab. Dem Hohen Kommissar wurde ein Memorandum vorgelegt, das von 137 hochrangigen arabischen Beamten und Richtern unterzeichnet war.

10. Die wichtigsten Punkte dieses Memorandums (das in vollem Wortlaut als Anlage 2 zu diesem Bericht abgedruckt ist) lauten wie folgt

(i) Die Unruhen waren auf ein Gefühl der Verzweiflung unter den Arabern zurückzuführen, das zum großen Teil durch den "Verlust des Glaubens an den Wert der offiziellen Zusagen und Zusicherungen für die Zukunft" verursacht wurde. "Die arabische Beschwerde in diesem Punkt ist im Wesentlichen gerechtfertigt."

(ii) Die Regierung hat offenbar nicht erkannt, dass die Unruhen nicht mit Gewalt gestoppt werden können, sondern nur durch die Beseitigung ihrer Ursachen.

(iii) "Wir zögern nicht, einen Einwanderungsstopp als die einzige faire, humane und ehrenhafte Lösung für die festgefahrene Situation zu empfehlen".

(iv) "Wir müssen gewissenhaft gegen die gegenwärtige Politik der Unterdrückung protestieren".

Indem sie diese Meinungen und Empfehlungen vorlegten, behaupteten die Unterzeichner, "natürlich in engerem Kontakt mit den intimen Gedanken der arabischen Bevölkerung zu stehen als selbst die engsten Berater Ihrer Exzellenz".

11. Dieses Memorandum, das, obwohl es in einer respektvollen Sprache formuliert war, eindeutig feststellte, dass das Misstrauen in die Gutgläubigkeit der Regierung gerechtfertigt war, und ihre Politik eindeutig verurteilte, wurde von allen hochrangigen arabischen Beamten, einschließlich hochrangiger Offiziere in den politischen und technischen Abteilungen der Verwaltung*, und - was noch bemerkenswerter ist - von allen arabischen Richtern unterzeichnet oder nachträglich gebilligt. Es scheint uns ein grelles Licht auf den Stand der Dinge in Palästina zu werfen, dass eine britische Regierung jemals mit einer solchen Situation konfrontiert worden ist. Das Memorandum wurde angenommen. Ein ähnliches Memorandum wurde einige Wochen später von 1.200 arabischen Beamten der zweiten Abteilung des öffentlichen Dienstes vorgelegt.

* Die einzige Ausnahme bildeten die Beamten der Polizei.

12. Mitte Juli legten die Qadis der muslimischen *Schari'a*-Gerichte ein weiteres Memorandum vor. Diese Richter sind bekanntlich keine Regierungsbeamten, sondern werden vom Präsidenten des Obersten Muslimischen Rates ernannt, der von der Regierung ein Gehalt erhält, und sind ihm gegenüber verantwortlich. Der Ton dieses Dokuments war noch meuternder als der der anderen. Es bezeichnet die Politik der Regierung als "verabscheuungswürdig", wirft der Polizei und dem Militär "unvorstellbare Taten" vor und warnt "die britischen Behörden vor der Rache Gottes des Allmächtigen". Abschließend forderte er "die Erfüllung aller Forderungen der Araber und die Durchsetzung der ihnen gegebenen Versprechen".

13. Die Bekanntgabe des Mandats und des Personals der Königlichen Kommission Ende Juli hatte keine Auswirkungen auf die arabische Meinung. Erstens hätten die Ergebnisse früherer Untersuchungen gezeigt, dass keine für die arabische Sache günstigen Empfehlungen umgesetzt würden, und zweitens sei es den Arabern aufgrund des Mandats nicht möglich, das Mandat selbst anzugreifen, weil es ein früheres Versprechen gebrochen habe. Im August und September gehen die "Unruhen" also weiter. Es gab zwei kurze Perioden relativer Ruhe, in denen versucht wurde, den Streit zu schlichten. Seine Hoheit, der Amir von Transjordanien, hatte am 6. Juni das arabische Oberkomitee nach Amman eingeladen und war von ihnen darüber informiert worden, dass sie den Streik nicht beenden könnten, wenn die jüdische Einwanderung nicht ausgesetzt würde. Nun, am 7. August, wiederholte der Amir seine Einladung, aber das Ergebnis war nicht zufriedenstellender. Der nächste Schritt kam aus dem Irak: Nuri Pascha, der Irakische Außenminister, traf am 20. August in Palästina ein und bot seine Dienste als inoffizieller Vermittler zwischen der Regierung und den arabischen Führern an. Letztere begrüßen seine Intervention; da er jedoch keine Zusagen im Namen der Regierung machen konnte, scheiterten die Verhandlungen. Am 30. August veröffentlichte das arabische Oberkomitee ein Manifest, in dem es seine Bereitschaft erklärte, sich auf "die Vermittlung der irakischen Regierung und ihrer Majestäten und Hoheiten der arabischen Könige und Fürsten" zu verlassen, und dass in der Zwischenzeit "die Nation ihren Generalstreik mit der gleichen Standhaftigkeit und Überzeugung fortsetzen wird, die sie gezeigt hat."

14. Im Laufe dieser Monate wurden die Kräfte der Unordnung immer stärker und aktiver. Die Stärke der Banden in den Bergen nahm sowohl zahlenmäßig als auch in Bezug auf Waffen und Munition zu, und gegen Ende August schlossen sich ihnen ausgebildete Guerillaführer von außerhalb Palästinas an. Einer von ihnen, Fawzi ed Din el Kauwakji, ein Syrer, hatte im Krieg mit Auszeichnung in der türkischen Armee gedient und nach der französischen Besetzung Syriens die *Ehrenlegion* für seine Arbeit als Nachrichtenoffizier erhalten. Beim Ausbruch des Drusenauflaufs 1925 schloss er sich den Rebellen an und wurde zum Tode verurteilt; er konnte jedoch in den Hedschas fliehen, wo er Militärberater von König Ibn Saud wurde. Schließlich erhielt er einen

Posten in der irakischen Armee, den er 1936 niederlegte. In Palästina angekommen, ernannte er sich selbst zum "Generalissimus" der aufständischen Kräfte und gab "Kommunikes" und "Proklamationen" heraus. Unter seiner Führung wurden die Banden gedrillt und im Grabenkrieg unterrichtet, und es kam zu mehreren scharfen Zusammenstößen mit den britischen Truppen. Unterdessen wurden die gesetzlosen Aktivitäten einzelner Araber oder "terroristischer" Banden immer gewalttätiger und häufiger. Mehrere Juden wurden ermordet. Sabotageakte jeder Art nahmen zu. Die Ölleitung, die durch die Ebene von Esdraelon führte, wurde wiederholt durchstoßen. Straßen wurden systematisch vermint. Eisenbahnen wurden häufig beschädigt, und es kam zu einer schweren Entgleisung mit Todesfolge.

15. Am 7. September gab das Kolonialamt eine Erklärung zur Politik ab. Es skizziert den Verlauf der Unruhen und beschreibt "die entstandene Situation" als "direkte Herausforderung der Autorität der britischen Regierung in Palästina". Sie verwies auf die Einsetzung der Königlichen Kommission und auf die Schlichtungsversuche von außen und wies darauf hin, dass aufgrund der Entschlossenheit der arabischen Führer, den Streik nicht zu beenden, bevor nicht "grundlegende Änderungen" in der britischen Politik vorgenommen worden seien, "alle Bemühungen, einen vernünftigen Geist des Entgegenkommens einzuführen, bisher gescheitert sind." Schließlich erklärte sie, dass der Zustand der Unordnung unverzüglich beendet werden müsse, und kündigte an, dass eine zusätzliche Truppendivision nach Palästina entsandt werde und Generalleutnant J. G. Dill den Oberbefehl über das Militär übernehmen werde.

16. Die Verstärkungen trafen am 22. September in Palästina ein, und es wurden sofort umfangreiche Operationen eingeleitet, um die arabischen Banden zusammenzutreiben. Am Ende des Monats war die Zahl der britischen Truppen im Land auf etwa 20.000 gestiegen. Außerdem wurde eine Ratsverordnung erlassen, die die Verhängung des Kriegsrechts durch den Hochkommissar oder durch das G.O.C. Palestine Forces als seinen Beauftragten erlaubte.

17. Der Ausbruch näherte sich nun eindeutig seinem Ende. Einerseits war es offensichtlich, dass die Banden einer so großen Militärmacht nicht lange widerstehen konnten, andererseits waren viele der weniger politisch gesinnten Araber des langen Konflikts und der damit verbundenen persönlichen Unsicherheit und finanziellen Opfer überdrüssig. Die Aussicht, an der im November beginnenden Orangensaison nicht teilnehmen zu können, war besonders unangenehm. In dieser Situation begrüßte das Arabische Oberkomitee, das während der ganzen Zeit der Unruhen mit den arabischen Königen und Prinzen in Verbindung stand, die Ankunft von Friedensappellen mit gleichem Wortlaut von König Ibn Saud, König Ghazi von Irak und dem Amir Abdullah von Transjordanien. Der Text lautete wie folgt: -

" Durch den Präsidenten des Arabischen Höheren Komitees an unsere Söhne, die Araber von Palästina: -

" Wir sind über die gegenwärtige Lage in Palästina zutiefst erschüttert. Deshalb sind wir mit unseren Brüdern, den Königen und dem Emir, übereingekommen, Sie

aufzufordern, sich für den Frieden zu entscheiden, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Dabei verlassen wir uns auf die guten Absichten unseres Freundes Großbritannien, der erklärt hat, dass er für Gerechtigkeit sorgen wird. Ihr müsst darauf vertrauen, dass wir unsere Bemühungen fortsetzen werden, euch zu unterstützen."

18. Am 11. Oktober veröffentlichte das Arabische Oberkomitee dieses Dokument und teilte mit, dass es mit einstimmiger Zustimmung der Nationalkomitees beschlossen habe, "dem Appell Ihrer Majestäten und Hoheiten der arabischen Könige und Amire zu folgen und die edle arabische Nation in Palästina aufzufordern, zur Ruhe zu kommen und dem Streik und den Unruhen ein Ende zu setzen".

19. Diese Befehle wurden befolgt. Am 12. Oktober wurde die Arbeit im Allgemeinen wieder aufgenommen. Die Banden, die nun von den britischen Truppen bedrängt wurden, durften sich auflösen. Es kam immer noch zu Schießereien und Gesetzesübertretungen, aber die "Unruhen" als organisierte nationale Bewegung hatten aufgehört. Sie hatten sechs Monate gedauert.

20. Anfang November wurde die Lage als ausreichend friedlich angesehen, um die Königliche Kommission nach Palästina zu entsenden. Wir verließen England am 5. November und kamen am 11. November in Jerusalem an. Doch obwohl der Streik beendet war, mussten wir feststellen, dass die arabischen Führer nicht bereit waren, uns bei unserer Untersuchung zu unterstützen. Am 5. November hatte der Staatssekretär im Unterhaus die Entscheidung der Regierung bekannt gegeben, dass eine Aussetzung der Einwanderung während der Untersuchung der Königlichen Kommission "weder aus wirtschaftlichen noch aus anderen Gründen zu rechtfertigen sei".

" Die Regierung Seiner Majestät ist der Ansicht, dass eine drastische Abweichung von der bisher verfolgten Einwanderungspolitik im Vorgriff auf die Ergebnisse der Königlichen Kommission eine Änderung der bestehenden Situation bedeuten würde und als Präjudiz für die Untersuchungen der Königlichen Kommission angesehen werden könnte, die sich unter anderem mit der sehr wichtigen Frage der Einwanderung im Allgemeinen befassen wird."

21. Angesichts dieser Ankündigung beschloss das arabische Oberkomitee am 6. November, die Kommission zu boykottieren, und am nächsten Tag, nach einer Unterredung mit dem Hohen Kommissar, der sein Möglichstes tat, um sie von ihrer Meinung abzubringen, wurde der Beschluss mit folgendem Wortlaut veröffentlicht

" Das arabische Oberkomitee ist zusammengetreten und hat die Erklärung des Kolonialministers im Unterhaus vom 5. November 1936 studiert, die sich auf die Entscheidung der britischen Regierung bezieht, die jüdische Einwanderung nicht zu stoppen, sondern neue Arbeitseinwanderungszertifikate auszustellen und alle anderen Formen der Einwanderung zu erlauben. Dies steht im Gegensatz zu dem, was die Araber erwartet hatten, nämlich einen vollständigen Stopp aller Formen der Einwanderung. Der Ausschuss hält die vom Kolonialminister angegebenen Gründe für offensichtlich unzureichend.

" Der von den Arabern ausgerufenen und sechs Monate andauernden Streik war nichts anderes als ein Protest gegen die Politik der britischen Regierung, die die Araber ihrer politischen Rechte beraubt, und eine Forderung nach einer grundlegenden Änderung der Politik, deren erster Aspekt eine Aussetzung der (jüdischen) Einwanderung wäre, und die Erklärung des Kolonialministers ist eine starke Beleidigung der Araber und feindselig gegenüber ihren Interessen und ein Hinweis auf einen Mangel an gutem Willen, eine gerechte Lösung des arabischen Falles auf der Grundlage der Verwirklichung der arabischen Forderungen und der Sicherung ihrer nationalen Existenz herbeizuführen:

Daher verurteilt der Ausschuss diese Haltung mit Nachdruck und beschließt, nicht mit der Königlichen Kommission zusammenzuarbeiten, und bittet die ehrenwerte Nation, die der ganzen Welt ihre politische Reife und ihren starken nationalen Glauben bewiesen hat, sich an diese Entscheidung zu halten; und möge Gott die Dinge regeln.
Der Arabische Höhere Ausschuss".

22. Der Boykott wurde so lange aufrechterhalten, bis wir den größten Teil der jüdischen und britischen Beweise gehört und das Datum angekündigt hatten, an dem wir Palästina verlassen wollten. Doch am 6. Januar wurde er unter ähnlichen Umständen aufgegeben, unter denen der Streik abgebrochen worden war. Am Abend zuvor war eine Delegation, die das Arabische Oberkomitee in den Irak und nach Saudi-Arabien geschickt hatte, nach Jerusalem zurückgekehrt und hatte Briefe von König Ghazi und König Ibn Saud mitgebracht. Darin empfahlen sie dem Arabischen Oberkomitee in gleichem Wortlaut, ihren Fall vor der Königlichen Kommission vorzutragen.

" Aufgrund des Vertrauens, das wir in die guten Absichten der britischen Regierung haben, den Arabern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, haben wir gesehen, dass es im Interesse der arabischen Sache ist, mit der Königlichen Kommission in Verbindung zu treten und ihr Ihre gerechten Ansprüche darzulegen, weil dies eine sicherere Methode ist, Ihre Rechte zu wahren, und ein hilfreicherer Weg, um die Hilfe Ihrer Freunde bei Ihrer angemessenen Verteidigung zu sichern. Wir haben der edlen Delegation alle unsere Gedanken in dieser Angelegenheit dargelegt und möchten Ihnen versichern, dass wir nicht davon absehen werden, Ihnen bei der Verbesserung der Situation zu helfen, soweit es in unserer Macht liegt, und wir vertrauen darauf, dass Gott Ihnen allen zu dem verhilft, was das Beste für den Islam und die Araber ist."

Am nächsten Tag gab das Arabische Oberkomitee folgendes Manifest heraus:-

"Der Arabische Hohe Ausschuss hat in Anwesenheit der aus Bagdad und Rjad zurückgekehrten Delegation eine Sitzung abgehalten und nach Anhörung der Erklärung der Delegation und nach Verlesung der von der Delegation mitgebrachten Briefe des Königs von Irak und des Königs von Saudi-Arabien es für notwendig befunden, die erhabene Bitte der genannten Könige anzunehmen und den arabischen Fall vor der Königlichen Kommission vorzutragen.

"Das arabische Oberkomitee wird sich im Namen der Araber mit der Königlichen Kommission in Verbindung setzen und hofft, dass jeder, der Informationen oder Aussagen hat, die für den Fall hilfreich sind, diese schriftlich an das Komitee sendet und dass keine Person ohne vorherige Zustimmung des arabischen Oberkomitees als Zeuge aussagen wird,

da diese Regel sowohl zu einer ordnungsgemäßen und systematischen Darstellung des Falles führen als auch Wiederholungen und Verwirrung vermeiden wird."

2. Der Charakter der Störungen und der durch sie verursachte Schaden.

23. Es bleibt, die Aufmerksamkeit auf die wichtigeren Merkmale der Störungen zu lenken und ihre Kosten grob zu schätzen.

Der Ausbruch des Jahres 1936 verlief in vieler Hinsicht nach demselben Muster wie im vorangegangenen Kapitel beschrieben. Die wirtschaftliche Waffe, der Streik, wurde in gleicher Weise eingesetzt. Es gab die gleiche Konsolidierung der arabischen nationalistischen Kräfte, alle Parteien schlossen sich zusammen und die Christen machten gemeinsame Sache mit den Moslems. Es gab ähnliche Angriffe auf die Personen und das Eigentum der Juden, die mit der gleichen rücksichtslosen Grausamkeit durchgeführt wurden. Auch Frauen und Kinder wurden nicht verschont. Von den vielen tragischen Fällen sei der von Herrn Lewis Billig, Dozent für arabische Literatur an der Hebräischen Universität, erwähnt, der sein Leben den arabischen Studien gewidmet hatte und in seinem Haus in den Vororten von Jerusalem ermordet wurde. Aber in all diesen Aspekten, außer vielleicht dem letzten, stellte der Ausbruch von 1936 alle seine Vorgänger in den Schatten. Er dauerte viel länger, erstreckte sich umfassender über das ganze Land und war viel effizienter organisiert.

24. Ein anderes Merkmal der "Unruhen" des letzten Jahres war ebenfalls schon früher aufgetreten. Es ist darauf hingewiesen worden, dass der Ausbruch von 1933 nicht nur oder sogar hauptsächlich ein Angriff auf die Juden war, sondern ein Angriff auf die palästinensische Regierung. Im Jahr 1936 war dies noch deutlicher. Jüdische Menschen wurden getötet und jüdisches Eigentum zerstört, aber der Ausbruch richtete sich in erster Linie und direkt gegen die Regierung. Das Wort "Unruhen" vermittelt einen irreführenden Eindruck von dem, was geschah. Es handelte sich um eine offene Rebellion der palästinensischen Araber gegen die britische Mandats Herrschaft, die von arabischen Mitbürgern aus anderen Ländern unterstützt wurde. Während des gesamten Streiks schwelgte die arabische Presse in hemmungslosen Beschimpfungen gegen die Regierung. "Die Regierung verhaftet und demoliert und verhängt erpresserische Strafen im Interesse des Imperialismus. "Großbritannien hat den Völkerbund zu einem Werkzeug für die Verwirklichung seiner bösesten Ziele und die Legalisierung seiner schlimmsten politischen und sozialen Ziele gemacht und stützt sich auf ihn als Mittel zur Vernichtung Palästinas." Und was die Militäroperationen und das Verhalten der Truppen betrifft, so war der Abwurf von vergifteten Bonbons aus Flugzeugen eine der am wenigsten empörenden Anschuldigungen.

25. Soweit war der Ausbruch von 1936 eine Wiederholung der Vergangenheit, und zwar in stark verschärftem Maße: aber es gab zwei Merkmale, die völlig neu waren. Das erste war die Haltung der arabischen Beamten. Wir haben bereits auf ihr Memorandum verwiesen und werden später noch auf die Schwierigkeiten eingehen, die die Regierung im Laufe der Unruhen hatte, sich auf ihre arabischen Bezirksbeamten und Polizisten zu

verlassen. Die zweite Neuerung war das Eindringen des "externen Faktors". Frühere Ausbrüche in Palästina hatten das Interesse und die Sympathie der benachbarten arabischen Völker geweckt, aber diesmal gab es nicht nur eine beträchtliche Volksstimmung gegen die britische Regierung und die Juden, sondern eine beträchtliche Anzahl von Freiwilligen, einschließlich des letzten Anführers des Aufstands, kam aus Syrien oder dem Irak, und die Araber in Transjordanien konnten nur mit Mühe daran gehindert werden, sich dem Konflikt anzuschließen. Noch wichtiger ist, dass sich die arabischen Regierungen zum ersten Mal in den Streit einmischten. Während des gesamten Verlaufs des Konflikts standen die arabischen Führer in Palästina in Kontakt mit den Königen von Saudi-Arabien und Irak sowie dem Amir von Transjordanien. Ein direkter Vermittlungsversuch wurde vom irakischen Außenminister unternommen. Und der Aufstand wurde auf direkten Rat der Herrscher von Saudi-Arabien, Irak, Jemen und Transjordanien beendet. Irak, Jemen und Transjordanien. Auch der Boykott der Königlichen Kommission wurde auf Veranlassung von König Ibn Saud und König Ghazi aufgegeben. Natürlich spiegelt auch die Sprache, die sowohl die Herrscher in ihren Briefen als auch das Arabische Oberkomitee bei der Bekanntgabe der Annahme ihres Rates verwendeten, die Solidarität der arabischen Interessen wider. Die Herrscher sprechen die palästinensischen Araber als "unsere Söhne" an und versprechen, ihnen jede erdenkliche Hilfe zukommen zu lassen. Das Arabische Oberkomitee erkennt "den großen Nutzen an, der aus ihrer Intervention und Unterstützung erwächst". Die arabischen Herrscher sind sich wohl bewusst, dass die Regierung Eurer Majestät für die Ausführung des Mandats keinem anderen Organ als dem Völkerbund gegenüber verantwortlich ist; und wir verstehen, dass ihre Beziehungen zur Regierung Eurer Majestät durchweg freundschaftlich und korrekt sind: aber die Schwierigkeit, in die sie durch eine arabische Rebellion in Palästina und durch die Erregung, die sie unter ihren Untertanen hervorruft, gebracht werden, ist offensichtlich. Wenn wir in der Tat das Merkmal der jüngsten "Unruhen" herausgreifen sollten, das uns bei einer allgemeinen Betrachtung am auffallendsten und weitreichendsten erscheint, so wäre es die Art und Weise, in der sie die Gefühle der arabischen Welt im Ganzen gegen den Zionismus und seine Verteidiger erweckt haben.

26. Die Verluste, die der arabischen Bevölkerung durch die "Unruhen" entstanden sind, lassen sich nur grob abschätzen. In der offiziellen Liste der "Opfer" werden 195 getötete oder an Wunden gestorbene Araber und 804 Verwundete genannt. Diese Zahlen beruhen jedoch nur auf bestätigten Todesfällen und Behandlungen in Krankenhäusern, und das volle Ausmaß der arabischen Verluste kann nicht abgeschätzt werden. Es wurde glaubhaft auf 1.000 Tote geschätzt, die meisten davon bei Kämpfen, da nur sehr wenige Araber ermordet wurden.

27. Auf jüdischer Seite werden in der offiziellen Liste 80 getötete oder an den Folgen von Verwundungen verstorbene Juden und 308 Verwundete aufgeführt. Die von der Jewish Agency vorgelegten Zahlen lauten: "82 ermordete Juden, abgesehen von neun weiteren Todesfällen im Zusammenhang mit den Unruhen zwischen April und Oktober 1936", und 369 verwundete Juden im gleichen Zeitraum. Was die materiellen Verluste

betrifft, so berichtet die Jewish Agency von der Zerstörung von 80.000 Zitrusbäumen, 62.000 anderen Obstbäumen, 64.000 Waldbäumen und 16.500 Dunum an Ackerland. Sie schätzt die Gesamtkosten für den Schaden an jüdischem Eigentum auf etwa 250.000 Pfund, wovon 100.000 Pfund auf die Zerstörung oder Beschädigung von Geschäfts- und Industriegebäuden in Jaffa durch Feuer oder auf andere Weise entfallen.

28. Von der palästinensischen Polizei und der transjordanischen Grenztruppe wurden ein Offizier und fünfzehn andere Dienstgrade getötet oder starben an ihren Verwundungen, und fünfzehn Offiziere und siebenundachtzig andere Dienstgrade wurden verwundet.

29. Von den britischen Streitkräften (Marine, Militär und Luftwaffe) wurden zwei Offiziere und neunzehn andere Dienstgrade getötet oder starben an ihren Verwundungen, siebzehn Offiziere und siebenundachtzig andere Dienstgrade wurden verwundet.

30. Die direkten Kosten der "Unruhen" für den palästinensischen Fiskus im Haushaltsjahr 1936-37 werden auf mehr als 1.500.000 £ geschätzt (einschließlich 1.186.000 £ für zusätzliche Truppen, 144.000 £ für zusätzliche Ausgaben für Polizei und Gefängnisse und etwa 35.000 £ für die Beseitigung von Schäden an Straßen und Eisenbahnbrücken, rollendem Material und dergleichen). Der entsprechende Gesamtbetrag für 1937-38 beläuft sich auf 433.000 £ (hauptsächlich erhöhte Ausgaben für die Sicherheitskräfte). Die Auswirkungen auf die Einnahmen sind schwieriger abzuschätzen, aber die Einnahmeverluste beliefen sich 1936-37 wahrscheinlich auf 900.000 £ und werden für das laufende Jahr auf bis zu 750.000 £ geschätzt. Somit belaufen sich die direkten Kosten für die Steuerzahler Palästinas auf insgesamt etwa 3½ Millionen Pfund. Hinzu kommen die Verluste, die der arabischen und der jüdischen Bevölkerung entstanden sind - sowohl direkt durch die Unterbrechung von Geschäften und Arbeitsplätzen, die Unterbrechung des Fremdenverkehrs, die Beschädigung von Eigentum und auf andere Weise als auch indirekt durch die daraus resultierende Einschränkung der Kapitaleinfuhr. Über die Höhe dieser Verluste kann nur gemutmaßt werden, sie muss sich aber in Millionenhöhe bewegen.

3. Die zugrundeliegenden Ursachen.

31. Dies scheint uns ein geeigneter Punkt zu sein, um auf die erste unserer Aufgaben einzugehen, die uns auffordert, "die Ursachen der Störungen zu ermitteln",

32. Die Aussagen der Araber zu dieser Frage sind umso wichtiger, als sie es waren, die die "Unruhen" verursachten, und das arabische Oberkomitee hat uns klar gesagt, warum sie es taten. Daran hat es in der Tat nie einen großen Zweifel gegeben. Die arabischen Führer haben ihren Fall schon oft in öffentlichen Erklärungen dargelegt, und eine Zeit lang waren sie im Zweifel, ob sie ihm mehr Gewicht verleihen könnten, wenn sie ihn vor der Königlichen Kommission wiederholten.

33. Der Kern ihrer Aussagen in dieser Angelegenheit lässt sich wie folgt zusammenfassen:-

Sie erklärten freimütig, dass sie zwar der Ansicht sind, dass sie Beschwerden über die Art und Weise haben, wie das Mandat ausgeführt wurde, dass sie ihren Fall aber nicht auf diese Beschwerden stützen, sondern dass ihr Streit mit der Existenz des Mandats selbst zusammenhängt. Sie akzeptieren nicht die Interpretation des McMahon-Briefes, die in der Erklärung der Regierung über die britische Politik in Palästina vom Juni 1922 dargelegt ist.* Sie bestreiten die Gültigkeit der Balfour-Erklärung. Sie haben niemals das Recht der Mächte anerkannt, Großbritannien ein Mandat zu erteilen. Sie sind der Ansicht, dass die von der Mandatsverwaltung ausgeübte Autorität mit dem Völkerbundspakt und dem darin verankerten Grundsatz der Selbstbestimmung unvereinbar ist. Wir haben diese kontroversen Fragen in einem früheren Kapitel untersucht; und der Punkt, um den es uns hier geht, ist nicht, ob diese arabischen Ansprüche gerechtfertigt sind oder nicht, sondern einfach, dass es ihre Ansprüche sind und dass die Überwindung oder Beiseitelegung dieser Ansprüche die Hauptursache für die Unruhen war.

* Siehe Seite 17 oben.

34. Zur Untermauerung dieser Forderungen bekräftigte der Arabische Höhere Ausschuss die von den arabischen Führern seit dem Krieg vertretene Überzeugung, dass Palästina westlich des Jordans nicht von der McMahon-Verpflichtung ausgenommen werden solle. Sie beteuerten, dass sie kein unterdrücktes Volk unter türkischer Herrschaft waren, sondern dass sie einen ebenso großen Anteil an der Regierung des Landes hatten wie alle anderen türkischen Bürger. Nicht um der Unterdrückung zu entkommen, sondern um ihre Unabhängigkeit zu sichern, unterstützten sie die britischen Streitkräfte und stellten sich auf die Seite der Alliierten. König Hussein rief alle arabischen Gebiete auf, ihren Teil beizutragen, und Freiwillige aus Palästina gehörten zu den ersten, die sich einem Aufstand anschlossen, der nur ein Ziel hatte: die Unabhängigkeit der arabischen Länder, einschließlich Palästinas. Die Araber Palästinas vertrauten auf die Proklamation, die Lord Allenby 1918 im Namen der Regierungen Großbritanniens und Frankreichs herausgab und in der die Alliierten das feierliche Ziel verkündeten, die Sache der arabischen Selbstbestimmung zu fördern und nationale arabische Regierungen einzusetzen. Arabische nationale Regierungen. Sie verstanden diese Proklamation als die erneute Bekräftigung des Versprechens, das König Hussein im McMahon-Brief gegeben worden war.

35. Das Arabische Oberkomitee forderte außerdem, dass der Völkerbund grundsätzlich die Unabhängigkeit aller arabischen Länder anerkennt, die vom türkischen Reich getrennt wurden. Sie wurden zu einer Gruppe zusammengefasst, auf die sogenannte A-Mandate angewandt werden sollten, d.h. sie sollten der zeitweiligen Beratung und Aufsicht einer Mandatsregierung unterstellt werden, und bei der Auswahl

der Mandatsregierung sollte die öffentliche Meinung des betreffenden Staates eine entscheidende Stimme haben. Die Araber waren daher entrüstet, als Palästina ohne jegliche Konsultation seiner Bewohner durch die alliierten Mächte von Syrien abgetrennt und einem britischen Mandat unterstellt wurde, in dem die Balfour-Erklärung verankert war. Auch wenn das Mandat angeblich auf Artikel 22 des Völkerbunds Pakts beruhte, waren seine positiven Anweisungen nicht auf das "Wohlergehen und die Entwicklung" der bestehenden arabischen Bevölkerung, sondern auf die Förderung jüdischer Interessen gerichtet. Die vollständige Befugnis zur Gesetzgebung und Verwaltung wurde dem Mandatsträger übertragen, der sich verpflichtete, das Land unter solche politischen, administrativen und wirtschaftlichen Bedingungen zu stellen, die die Errichtung der jüdischen Heimstätte gewährleisten würden.

36. Tatsächlich, so die arabischen Zeugen, sind die Rechte und die Stellung der Araber dadurch beeinträchtigt worden, dass ihr zahlenmäßiger Anteil in Palästina von etwa 90 Prozent im Jahr 1922 auf 70 Prozent heute gesunken ist. Da ihr Streben nach Selbstverwaltung enttäuscht wurde, sind sie nicht in der Lage, ihr eigenes Land zu verwalten, und ihre nationale Existenz ist durch das Eindringen einer anderen Rasse in das Land von der Vernichtung bedroht.

37. Ein Mitglied des Arabischen Höheren Ausschusses ging näher auf das rechtliche Argument ein. Er bemerkte, dass die Bedingungen des Mandats mit den Bestimmungen von Artikel 22 des Völkerbunds Pakts unvereinbar seien. Absatz 4 dieses Artikels erkennt die Existenz von zwei juristischen Personen an - die Gemeinschaft, die selbständig regieren soll, und der Ausländer, der ihr beistehen und sie beraten soll, bis sie in der Lage ist, selbständig zu regieren. Aber in Palästina gibt es nur eine Person, die regiert und sich selbst unterstützt. Eure Majestät ist der Mandatar und die Regierung Eurer Majestät und ihre Beauftragten sind die Regierung Palästinas, und während in der Präambel von einem Mandat die Rede ist, verneint Artikel 1 die Existenz eines Mandats im eigentlichen Sinne, indem er dem, was "der Mandatar" genannt wird, alle Befugnisse der Gesetzgebung und Verwaltung überträgt. Die Gemeinschaft, die vorläufig als unabhängig anerkannt werden soll, hat keine Existenz. Dies entspreche nicht den Bestimmungen von Absatz 4 und stehe grundsätzlich im Widerspruch zur Behandlung anderer Gebiete, die wie Palästina von der türkischen Regierung entlassen wurden. Die Araber behaupten, dass alle "A"-Mandate mit Ausnahme des Mandats für Palästina unter diesen Abschnitt fielen oder fallen, und sie behaupten, dass die Araber in Palästina ebenso zur Selbstverwaltung befähigt sind wie die Araber im Irak oder in Syrien. Sie sind der Meinung, dass Artikel 22 und insbesondere Absatz 4 dieses Artikels in Wirklichkeit ihre Charta ist und das Mandat ihre Geschäftsordnung darstellt - oder darstellen sollte -. Sie machen geltend, dass die Geschäftsordnung nicht mit der Charta vereinbar ist. Sie beklagen, dass die Mandatsbedingungen so formuliert seien, dass der Student verstehen könnte, dass es in Palästina eine jüdische Mehrheit und eine nicht-jüdische Minderheit, die anderen Bevölkerungsgruppen, gebe. Im Gegenteil, die arabischen Einwohner Palästinas bilden die überwältigende Mehrheit und sind die Eigentümer des Gebietes, für dessen Wohlergehen das Mandatssystem geschaffen

wurde; dennoch werden sie im gesamten Mandat als "nicht-jüdische" Bevölkerung bezeichnet - ein irreführender und erniedrigender Begriff. Die Juden sollen in Palästina, um die Worte der Churchill-Erklärung zur Politik zu zitieren, "aus Recht und nicht aus Duldung" leben, während die Araber auf der anderen Seite in Palästina aus Duldung und nicht aus Recht leben sollen. In Artikel 2 wird das Land unter solche administrativen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen gestellt, die die Errichtung einer jüdischen Heimstätte sicherstellen, während den arabischen Eigentümern und Bewohnern des Landes lediglich ihre religiösen und bürgerlichen Rechte garantiert werden sollen. Nach Artikel 4 soll eine jüdische Agentur eingerichtet werden, die das Mandat in allen jüdischen Angelegenheiten unterstützt. Mit dieser Bestimmung wurde nicht nur ein Staat im Staat geschaffen, sondern auch ein Mandat über ein Mandat in diesem Land errichtet.

38. Der Arabische Höhere Ausschuss behauptete ferner, dass das Vertrauen der Araber in die britische Regierung durch dieses Ergebnis ihrer Bemühungen im Krieg erschüttert worden sei und dass nachfolgende Maßnahmen der Regierung ihr Misstrauen noch vertieft hätten. Insbesondere die Ersetzung des "Weißbuchs" von 1930 durch den Brief von Herrn MacDonald und die kürzliche Ablehnung der Vorschläge für einen Legislativrat durch das Parlament hätten sie davon überzeugt, dass der jüdische Einfluss zu stark sei, um Gerechtigkeit walten zu lassen.

39. Der Wunsch nach Abschaffung des Mandats und nach nationaler Unabhängigkeit wurde vom arabischen Oberkomitee als Hauptgrund für die Unruhen genannt. Damit verbunden war sowohl von arabischen als auch von nicht-arabischen Zeugen die Furcht vor jüdischer Vorherrschaft, politisch und wirtschaftlich. Die Araber haben Angst vor den Juden: Sie sind beeindruckt und beunruhigt von ihrer Hartnäckigkeit, ihrem Reichtum, ihren Fähigkeiten und ihrer wachsenden Zahl. Sie können nicht versuchen, den 70 Millionen Pfund oder mehr an Kapital nachzueifern, die die Juden in den letzten 20 Jahren ins Land gebracht haben. Sie betrachten mit Misstrauen das Ausmaß an Land, das in jüdische Hände übergegangen ist: Sie befürchten, dass aufgrund der hohen Preise und der Schwäche einiger ihrer Landsleute noch mehr Land in die Hände der Juden übergehen wird. Sie stellen fest, dass Land, das einmal vom Jüdischen Nationalfonds erworben wurde, aufgrund der Treuhandbedingungen niemals an Araber weiterverkauft werden kann. Sie verweisen auf die Zerstörung von Dörfern und den Verfall der sozialen Struktur des Dorflebens. Wenn sie schon Angst um sich selbst haben, so vervielfachen sich diese Ängste für ihre Kinder, deren gesamte Zukunft durch die fortschreitende Flut jüdischer Einwanderer bedroht zu sein scheint. Zweifellos ist auch unter den weniger gebildeten Arabern die Angst weit verbreitet, dass die jüdische Vorherrschaft die Heiligen Stätten und die Freiheit der Religionsausübung beeinträchtigen könnte.

40. Die jüdischen Zeugen stimmten mit den Arabern darin überein, dass die "tieferen Ursachen" der Unruhen politischer Natur sind. Sie bezweifelten, dass der arabische Nationalismus so stark oder so kohärent war, wie es an der Oberfläche in Palästina oder außerhalb Palästinas den Anschein hatte, aber sie gaben zu, dass die Opposition des

arabischen Nationalismus gegen die Balfour-Deklaration und das Mandat die Hauptursache für alle Unruhen war. *"Die eigentliche Ursache"*, sagte ein jüdischer Zeuge, "ist, dass wir existieren".

41. Aber diese Opposition, so wurde argumentiert, hätte sich in Grenzen halten und ihren Ausdruck in Gewalt und Rebellion finden können, wenn die Mandatsregierung eine positivere Sympathie für die Politik der jüdischen Heimstätte und eine größere Entschlossenheit zu ihrer Verwirklichung gezeigt hätte. Die offizielle Tendenz in Palästina, in dieser wichtigen Frage eine defätistische, fast apologetische Haltung einzunehmen, hatte dazu beigetragen, in den arabischen Köpfen die Überzeugung zu fördern, dass die Nationale Heimstätte kein unveränderlicher Punkt der Politik sei und dass die Mandatsmacht, wenn der arabische Widerstand dagegen hinreichend hartnäckig und gewaltsam wäre, bald beunruhigt oder sogar verängstigt werden könnte, sie aufzugeben. In diesem Zusammenhang betonten jüdische Zeugen das Versagen der Regierung bei der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, ihr Zögern, jüdische Loyalität, insbesondere im Polizeidienst, in Anspruch zu nehmen, ihre Duldung hetzerischer Angriffe auf das Nationale Heim in der arabischen Presse und ihre Erlaubnis, Palästina zu einem Zentrum panarabischer und panislamischer Propaganda zu machen.

42. Auf der negativen Seite behaupteten die Juden, dass die Unruhen weder durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der jüdischen Einwanderung auf die Araber noch durch deren Zunahme verursacht worden seien. Das Wachstum des National Home sei den Arabern insgesamt zugute gekommen; und obwohl die hohe Zahl der Einwanderer im Jahr 1935 dazu beigetragen haben könnte, den Ausbruch im darauffolgenden Jahr zu beschleunigen, hätten die Ausbrüche von 1920 und 1921 stattgefunden, als es relativ wenige Einwanderer gab, und der Ausbruch von 1929 sei auf zwei Jahre mit stark reduzierter Einwanderung gefolgt.

43. Nach der Prüfung dieser und anderer Beweise und der Untersuchung des Verlaufs der Ereignisse in Palästina seit dem Krieg, haben wir keinen Zweifel daran, was "die grundlegenden Ursachen der Unruhen" des letzten Jahres waren. Sie waren:-

- (i) Der Wunsch der Araber nach nationaler Unabhängigkeit.
- (ii) Ihr Hass und ihre Angst vor der Errichtung der jüdischen Heimstätte.

44. Zu diesen beiden Ursachen machen wir folgende Anmerkungen: -

(i) Es handelt sich um dieselben Ursachen, die auch zu den "Unruhen" von 1920, 1921, 1929 und 1933 geführt haben.

(ii) Sie waren und sind immer noch untrennbar miteinander verbunden. Die Balfour-Erklärung und das Mandat, mit dem sie umgesetzt werden sollte, beinhalteten von Anfang an die Verweigerung der nationalen Unabhängigkeit. Das spätere Wachstum des Nationalen Heims stellte ein praktisches und das einzige ernsthafte Hindernis für das spätere Zugeständnis der nationalen

Unabhängigkeit dar. Man glaubte, dass ihr weiteres Wachstum die politische und wirtschaftliche Unterwerfung der Araber unter die Juden bedeuten könnte, so dass, wenn das Mandat schließlich enden und Palästina unabhängig werden sollte, es sich nicht um nationale Unabhängigkeit im arabischen Sinne handeln würde, sondern um eine Selbstverwaltung durch eine jüdische Mehrheit.

(iii) Sie waren die einzigen "grundlegenden" Ursachen. Alle anderen Faktoren waren komplementär oder subsidiär, verschlimmerten die beiden Ursachen oder trugen dazu bei, den Zeitpunkt des Ausbruchs der Unruhen zu bestimmen.

45. Die anderen Faktoren lassen sich wie folgt zusammenfassen: -

(i) Die Auswirkung auf die arabische Meinung in Palästina durch die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit zunächst durch den Irak, in geringerem Maße durch Transjordanien, dann durch Ägypten und schließlich, mit einer kurzen Verzögerung, durch Syrien und den Libanon. Das Gewicht dieses Faktors wurde durch die engen Kontakte zwischen den Arabern in Palästina und den Arabern in Syrien, im Irak und in Saudi-Arabien sowie durch die Bereitschaft der arabischen Herrscher, sie nach Kräften zu unterstützen, noch verstärkt.

(ii) Der Druck, den das Weltjudentum angesichts der Leiden und Ängste der Juden in Mittel- und Osteuropa auf Palästina ausübte. Die Zunahme dieses Drucks ab Anfang 1933 und die daraus resultierenden hohen Zahlen der jüdischen Einwanderung verstärkten die arabischen Ängste vor einer jüdischen Vorherrschaft über Palästina erheblich.

(iii) Die Ungleichheit der Möglichkeiten, die Araber und Juden jeweils genießen, wenn es darum geht, ihren Fall vor der Regierung Eurer Majestät, dem Parlament und der öffentlichen Meinung in diesem Land vorzutragen; und der arabische Glaube, dass die Juden ihren Willen immer mit Mitteln durchsetzen können, die den Arabern verweigert werden. Dieser Glaube, der sich im allgemeinen auf den Status der Jewish Agency sowohl in Jerusalem als auch in London stützt, wurde durch die Veröffentlichung des Briefes von Herrn MacDonald an Dr. Weizmann im Jahre 1931 und durch die Debatten im Parlament über die Vorschläge für einen Legislativrat zu Beginn des letzten Jahres erheblich gestärkt.

(iv) Mit diesem letzten Faktor verbunden ist das wachsende arabische Misstrauen, das auf die Zeit der McMahon-Zusage und der Balfour-Erklärung zurückgeht, in die Fähigkeit, wenn nicht gar den Willen, der Regierung Ihrer Majestät, ihre Versprechen zu erfüllen.

(v) Arabische Besorgnis über den fortgesetzten Kauf von arabischem Land durch Juden.

(vi) Der intensive Charakter des jüdischen Nationalismus in Palästina, der "Modernismus" vieler jüngerer Einwanderer, die provozierende Sprache

unverantwortlicher Juden und der unbeherrschte Ton eines Großteils der jüdischen wie auch der arabischen Presse.

(vii) Die allgemeine Ungewissheit über die endgültigen Absichten der Mandatsmacht, die durch die Zweideutigkeit einiger Formulierungen im Mandat noch verstärkt wurde. Diese Ungewissheit hat alle Schwierigkeiten der Situation verschlimmert und insbesondere (a) den jüdischen Wunsch stimuliert, ihre Position in Palästina so schnell wie möglich zu erweitern und zu festigen, und (b) es den Arabern ermöglicht, die versöhnliche Politik der palästinensischen Regierung und die wohlwollende Haltung einiger ihrer Beamten so zu interpretieren, dass sie zeigen, dass die britische Entschlossenheit, die Balfour-Erklärung umzusetzen, nicht von ganzem Herzen kommt.

KAPITEL V.

DIE GEGENWÄRTIGE SITUATION.

1. Wir kamen am Tag des Waffenstillstands in Palästina an und nahmen an der Zeremonie auf dem britischen Soldatenfriedhof auf dem Berg Scopus oberhalb von Jerusalem teil. Unter diesen Umständen konnte niemand umhin, darüber nachzudenken, dass der Frieden, der auf den Waffenstillstand von 1918 folgte, in Palästina ein noch weniger wirklicher Frieden war als in Europa. Vor kurzem war so etwas wie ein weiterer Krieg, wenn auch von geringem Ausmaß, geführt worden, und so etwas wie ein weiterer Waffenstillstand war geschlossen worden. Je mehr wir in den folgenden Tagen sahen und hörten, desto deutlicher wurde, dass dieser Waffenstillstand nur eine Aussetzung der Feindseligkeiten und nicht die Vorstufe zum Frieden war. Die arabischen Führer hatten sich geweigert, mit uns bei der Suche nach einem Mittel zur Beilegung des Konflikts zusammenzuarbeiten. Viele glaubten, dass es jeden Moment zu einem neuen Ausbruch kommen könnte. Während unseres Aufenthalts kam es zu mehreren vereinzelt Morden oder Überfällen, und zu einer Zeit wurden fast täglich Fälle von Räuberei gemeldet. Es war unmöglich, in Jerusalem nicht das Gefühl der Spannung und des Pessimismus zu spüren. In neutralen Kreisen wurde die Aufgabe, die wir übernommen hatten, als nahezu unmöglich angesehen. Doch obwohl die Lage offensichtlich viel ernster und eine Lösung viel schwieriger war, als wir uns vor unserer Abreise aus England vorgestellt hatten, waren wir uns der Gefahr bewusst, dass wir uns zu sehr von der uns umgebenden Atmosphäre beeinflussen ließen. Wir versuchten zu verhindern, dass unser Urteilsvermögen durch die Umstände des Augenblicks übermäßig getrübt wurde. Wir bemühten uns, alle Faktoren in dem Problem zu vernachlässigen, die als vorübergehende Folgen der jüngsten Unruhen angesehen werden könnten. Und wenn im Ergebnis unsere ernste Sicht der Lage nicht nur bestätigt, sondern noch verstärkt wurde, so war dies, soweit wir wissen, nicht darauf zurückzuführen, dass wir es versäumt hätten, beruhigende Tatsachen oder Meinungen gebührend zu berücksichtigen oder irgendeine Linie zu verfolgen, die möglicherweise zu einem glücklicheren Ergebnis führen könnte. Wir sind daher sicher, dass die folgende Beschreibung der Lage in Palästina, wie wir sie vorfanden und verließen, so entmutigend sie auch sein mag, keine Übertreibung der Tatsachen darstellt.

1 Das Jüdische Nationalheim

2. Auf den ersten Blick und isoliert von dem düsteren Hintergrund betrachtet, könnte ein Merkmal des Bildes hell genug erscheinen. Vor zwölf Jahren war das Nationale Heim ein Experiment: heute ist es ein "laufendes Unternehmen". Die Zahl seiner Bewohner hat sich vervierfacht. Im Jahr 1925 waren es 121.000. Letztes Jahr lag die offizielle Schätzung bei 370.000, aber es wurde allgemein zugegeben, dass die tatsächliche Zahl mindestens 400.000 und wahrscheinlich höher war. Der Prozess der landwirtschaftlichen Kolonisierung hat sich stetig fortgesetzt. Die Menge an Land in jüdischem Besitz ist von 844.000 Dunum im Jahr 1925 auf 1.332.000 Dunum im Jahr 1936 gestiegen. Heute gibt es 203 landwirtschaftliche Siedlungen mit etwa 97.000

Einwohnern.* Einige der neuen Kolonien befinden sich wieder im galiläischen Bergland, nördlich des Berges Tabor, die meisten jedoch, wie zuvor, in der Ebene. Drei Teile der Ebene von Esdraelon, das gesamte Tal von Jesreel, ein großer Teil der See-Ebene zwischen Jaffa und dem Berg Carmel und ein weiteres großes Gebiet südlich von Jaffa - diese weiten Ebenen, entwässert und bewässert, grün mit Zitrusbäumen oder braun vom Pflug, sind jetzt die landwirtschaftliche Basis des Nationalen Hauses. Auch die Landstädte sind gewachsen und gediehen. Um zwei Beispiele aus dem Jahr 1925 zu nennen: Die Fläche von Petah Tiqva (einschließlich der dörflichen Ländereien außerhalb des Stadtgebiets) beträgt heute 5.900 Hektar und die Einwohnerzahl 15.000. Die Einwohnerzahl von Rehovot ist von etwa 1.400 auf fast 7.000 gestiegen, und der Gemeinderat, der 1925 etwa 1.400 Pfund für lokale Dienstleistungen aufgebracht und ausgegeben hatte, verfügte 1936 über einen Haushalt von fast 20.000 Pfund.

* Auszählung der Jewish Agency, September 1936.

3. Noch beeindruckender ist die städtische Entwicklung. Tel Aviv, immer noch eine rein jüdische Stadt, hat den ersten Platz unter den Städten Palästinas eingenommen. Ihre Einwohnerzahl liegt jetzt wahrscheinlich bei über 150.000. Sie erstreckt sich über eine Fläche von 1.600 Hektar und umfasst zwischen 6.000 und 7.000 Häuser. Der Stadtrat verfügt über Einnahmen von mehr als 400.000 Pfund (ohne den Zuschuss der Regierung). Die Stadt ist zu schnell gewachsen, um eine geordnete Stadtplanung zu ermöglichen: ihre Meeresfront wurde bisher vernachlässigt, und sie hat noch keine öffentlichen Gebäude, die ihrer würdig wären; aber ihr *Hauptboulevard* und einige ihrer Wohnviertel, ihre Geschäfte und *Cafés* und Kinos, vor allem die geschäftigen, aktiven Menschen in den Straßen geben bereits die Atmosphäre der älteren europäischen Städte am Mittelmeer wieder. Aber sie ist im Wesentlichen europäisch. Von Anfang an war der Kontrast zwischen Tel Aviv, einer künstlichen Schöpfung, die sich so schnell aus einem unfruchtbaren Sandstreifen erhob, und dem alten Jaffa, mehr noch der Kontrast zu einer rein arabischen Stadt zwischen den Hügeln wie Nablus, deutlich ausgeprägt, und er ist heute ziemlich verblüffend.

Der gleiche Effekt ist in Jerusalem zu beobachten. Auf dem Hang, der sich westlich der Altstadt erhebt, immer noch ein Gewirr von engen Gassen und dunklen Arkaden, immer noch unverkennbar asiatisch, hat sich ein Vorort mit modernen jüdischen Steinvillen, Wohnungen und Geschäften ausgebreitet, die sich um den massiven, festungsartigen Hauptsitz der Jewish Agency gruppieren, und er breitet sich immer noch schnell aus. Die Einwohnerzahl Jerusalems ist auf 125.000 angewachsen, von denen etwa 76.000 Juden sind.

Auch das Wachstum von Haifa, das inzwischen 100.000 Einwohner zählt, ist nur weniger bemerkenswert als das von Tel Aviv. Aber Haifa ist nicht, wie Tel Aviv, ein rein jüdisches Unternehmen. Es ist zwar mit dem Wachstum des Nationalen Hauses gewachsen, etwa die Hälfte seiner Einwohner sind jetzt Juden, und ein großer Teil der

Geschäfte seines Hafens sind jüdische Geschäfte, aber ein großer Teil davon ist auch international. Die europäische Schifffahrt in dem neuen und geräumigen Hafen bedient sowohl das arabische als auch das jüdische Palästina. Wir beobachteten, dass viele Kisten mit Waren in den Schuppen am Kai für den Transit nach Bagdad gekennzeichnet waren.

4. Aber im Großen und Ganzen war die bemerkenswerte städtische Entwicklung in Palästina jüdisch. Auch ist sie in jüdischen Augen noch lange nicht abgeschlossen. Wenn alles gut geht mit der Nationalen Heimstätte, wenn der "Boom" anhält, wenn expandierende Industrien wachsende Märkte finden, wenn die Einwanderung von Männern und Geld weiterhin die Nachfrage nach Produktion und Konsum gleichermaßen befriedigt, werden neue Städte, so wird vorausgesagt, entlang der Sandküste entstehen, wo niemand behaupten kann, was auch immer im Landesinneren gesagt werden mag, dass ein Jude, der hereinkommt, bedeutet, dass ein Araber hinausgeht. In der Tat wurde auf einer kargen Brache südlich von Jaffa bereits eine ganze Stadt geplant, viele Straßen angelegt und gepflastert und mit dem Bau begonnen; und zweifellos werden Pläne für die Entwicklung anderer Küstenstädte in Betracht gezogen. Einigen Zionisten mag dieses rasche Wachstum der Industrie und des städtischen Lebens als Bedrohung für eines der Grundprinzipien ihres ursprünglichen Glaubensbekenntnisses erscheinen - dass die Rückkehr nach Palästina eine Rückkehr zur Arbeit auf seinem Boden sei. Aber bis jetzt kann man jedenfalls sagen, dass die industrielle Struktur nicht völlig über ihre agrarische Basis hinausgewachsen ist. Das Verhältnis zwischen ländlichen und städtischen Gebieten, zwischen Industriellen und Landwirten, ist von Anfang an ziemlich konstant geblieben. Im Jahr 1927 betrug der Anteil der Landarbeiter (Erwerbstätige) an der jüdischen Bevölkerung 7,3 %, heute sind es 6,4 %. Im Vereinigten Königreich liegt der Anteil bei 6,4 Prozent, in Belgien bei 7 Prozent*.

* Die Zahlen wurden von der Jewish to Agency zur Verfügung gestellt.

5. Die wirtschaftliche Struktur des National Home wird in einem späteren Kapitel untersucht werden.† Es genügt hier, das Wachstum der Zitrusproduktion einerseits und des Industrieunternehmens andererseits anhand von Zahlen der Jewish Agency zu illustrieren. In der Saison 1929-30 betrug der Wert der von jüdischen Orangen-, Pampelmusen- und Zitronenplantagen exportierten Früchte etwa 300.000 Pfund: in der Saison 1936-37 schätzt man ihn auf 2.000.000 Pfund. Im gleichen Zeitraum stieg die Produktion jüdischer Industrieunternehmen von 2,5 auf 8,5 Millionen Pfund und die Höhe des investierten Kapitals von 2,5 auf über 8 Millionen Pfund. Von 1918 bis heute wurden in Palästina über 14 Millionen Pfund durch die "nationalen Fonds" und etwa 63 Millionen Pfund durch private Investoren investiert, wobei fast die Hälfte der letzteren Summe im Laufe der letzten vier Jahre erfolgte. Die Gesamtinvestitionen belaufen sich also auf 77 Millionen Pfund, von denen mindestens ein Fünftel von den Juden in den Vereinigten Staaten beigesteuert wurde. Schließlich beliefen sich die jüdischen Einlagen

in palästinensischen Banken im letzten Jahr auf Millionen. Dies sind alles verblüffende Zahlen. Sie zeugen von einem ganz außergewöhnlichen Maß an wirtschaftlicher Expansion.

† Siehe Kapitel VIII.

6. Die politische und soziale Struktur bleibt so, wie wir sie 1925 beschrieben haben. Im Laufe von zehn Jahren und der Vervierfachung der Bevölkerung haben die Jewish Agency und die *Va'ad Leumi* ihre Position als die verbündeten Organe des Weltjudentums und der Juden in Palästina gefestigt. Die Generalversammlung, deren Mitgliederzahl 1930 auf 71 reduziert wurde (die Zahl des alten *Sanhedrins*), besteht immer noch aus fast 20 Parteien oder Gruppen, aber diese haben sich, wie zuvor, in einen dominierenden Arbeits-"Block", eine hauptsächlich revisionistische Opposition und ein schwaches und unorganisiertes Zentrum gegliedert. Die Kommunalverwaltung ist inzwischen fest etabliert. Der Stadtrat von Tel Aviv schreit nach mehr Freiheit von offizieller Kontrolle, als es die Regierung bisher für klug hielt, zuzulassen. Während wir diesen Bericht verfassten, erhielt Petah Tiqva den Status einer Stadt und wurde damit die zweite rein jüdische Stadt der Welt. Jede jüdische "Kolonie" oder jedes Dorf verwaltet seine inneren Angelegenheiten immer noch durch gewählte Komitees.

7. Mit jedem Jahr, das vergeht, wird der Kontrast zwischen dieser stark demokratisch geprägten und hoch organisierten modernen Gemeinschaft und der altmodischen arabischen Welt um sie herum schärfer, und das vielleicht nirgendwo deutlicher als auf ihrer kulturellen Seite. Der literarische Output des National Home steht in keinem Verhältnis zu seiner Größe. Es wurden hebräische Übersetzungen der Werke von Aristoteles, Descartes, Leibnitz, Fichte, Kant, Bergson, Einstein und anderen Philosophen sowie von Shakespeare, Goethe, Heine, Byron, Dickens, den großen russischen Romanciers und vielen modernen Schriftstellern veröffentlicht. In der kreativen Literatur ist das Werk des 1935 verstorbenen Bialik die herausragende Leistung in der hebräischen Lyrik und das von Nahum Sokolov, der 1936 starb, in der hebräischen Prosa. Es wurde eine Reihe hebräischer Romane geschrieben, die den Einfluss des Lebens im Nationalen Heim auf die jüdische Seele widerspiegeln. Die hebräische Presse ist auf vier Tages- und zehn Wochenzeitungen angewachsen. Von den ersteren sind die *Ha'aretz* und die *Davar mit einer* Auflage von etwa 17.000 bzw. 25.000 Exemplaren die einflussreichsten und halten ein hohes literarisches Niveau. Zwei Zeitschriften befassen sich ausschließlich mit Literatur und eine mit dramatischer Kunst. Aber der vielleicht auffälligste Aspekt der Kultur des Nationalen Hauses ist seine Liebe zur Musik. Während unseres Aufenthalts in Palästina dirigierte Signor Toscanini das Palästina-Sinfonieorchester, das aus etwa 70 palästinensischen Juden bestand, in sechs Konzerten, die hauptsächlich den Werken von Brahms und Beethoven gewidmet waren. Jedes Mal waren alle Plätze besetzt, und es ist erwähnenswert, dass ein Konzert für etwa 3.000 Arbeiter zu sehr niedrigen Preisen reserviert war und dass weitere 3.000 an der letzten Probe des Orchesters teilnahmen. Alles in allem ist die kulturelle Leistung dieser

kleinen Gemeinde mit 400.000 Einwohnern eines der bemerkenswertesten Merkmale des Nationalen Hauses.

8. Natürlich gibt es arabische Literatur und arabische Musik, aber die Kultur des arabischen Palästinas ist das Monopol der *Intelligenza*; und da sie aus Asien stammt, hat sie wenig Verwandtschaft mit der Kultur der nationalen Heimat, die, obwohl sie mit der alten jüdischen Tradition verbunden ist, überwiegend eine Kultur des Westens ist. Nirgendwo wird die Kluft zwischen den Rassen deutlicher. Wer den Toscanini-Konzerten in Jerusalem beiwohnte, konnte, wenn er die Augen schloss, glauben, er sei in Paris, London oder New York. Doch fast in Hörweite befanden sich die Altstadt, der *Haram-esh-Sharif* und das Hauptquartier des Arabischen Oberkomitees. Mit der Wissenschaft verhält es sich genauso. Das Daniel-Sieff-Forschungsinstitut in Rehovot ist mit den empfindlichsten modernen Instrumenten ausgestattet; die dort durchgeführten Experimente werden von Chemikern in der ganzen Welt beobachtet; doch von seinen Fenstern aus kann man die Hügel sehen, die von einer rückständigen Bauernschaft bewohnt werden, die es nur als die Demonstration einer Macht betrachtet, die sie hassen und fürchten, und die es zweifellos gerne zerstören würde (when their blood is up (?)).

9. Unser Aufenthalt in Palästina war notwendigerweise zu kurz, um die Psychologie des Nationalen Hauses zu erforschen, aber wir erhielten einige deutliche Eindrücke. Die Juden in Palästina sind zunächst einmal glücklich. Sie sind nicht so glücklich, wie sie es vor dem Ausbruch des letzten Jahres waren. In Tel Aviv herrscht zwar Fröhlichkeit, aber auch Spannung, ebenso wie in Jerusalem, und in den "Kolonien" herrscht ein unbehagliches Gefühl, dass die Nationale Heimstätte vor einer Schicksalskrise steht. Einige Mitglieder der Gemeinschaft, insbesondere einige der jüngsten Einwanderer aus Deutschland, sind weder begeisterte Zionisten noch tief in der hebräischen Tradition verwurzelt und empfinden das Nationale Heim daher vielleicht nicht gerade als heimelig. Aber ganz allgemein gesprochen, ob es sich nun um den Juden handelt, der aus einem bequemen Leben in einem kultivierten *Milieu* vertrieben wurde und nun den ganzen Tag auf den Feldern schuftet und in einer kahlen Hütte schläft, oder ob es sich um den Juden handelt, der aus einem polnischen Ghetto gekommen ist und nun in einer Fabrik in Tel Aviv arbeitet, das vorherrschende Gefühl ist bei beiden ein überwältigendes Gefühl der Flucht. Die Befürworter des Zionismus haben immer behauptet - und im Großen und Ganzen haben sie jetzt Recht -, dass ein Jude, der aus einer antijüdischen Umgebung befreit und nach Palästina "zurückgebracht" wird, sich nicht nur frei fühlen würde, wie er sich nie zuvor gefühlt hat, sondern auch ein neues Selbstvertrauen, eine neue Lebensfreude aus dem Bewusstsein heraus erlangen würde, dass er an einer großen konstruktiven Aufgabe beteiligt ist.

Dieser Sinn für eine "Mission" war, wie wir gesehen haben, von Anfang an stark; und er ist heute mindestens so stark wie eh und je. Aber die Veränderung seines Charakters, die bereits 1925 zu beobachten war, ist jetzt noch deutlicher. In den älteren "Kolonien", die größtenteils russischer Herkunft sind, überwiegt noch immer die

religiöse Einstellung zur Nationalen Heimat; aber in einigen der neueren "Kolonien" und in den Städten sind die eifrigsten, die am meisten missionarisch gesinnten Juden oft nur der Rasse nach Juden und nicht dem Glauben nach. Um es mit den Worten einer bedeutenden Frage und Antwort auf einer unserer Sitzungen zu sagen: Es gibt jetzt weniger Juden, deren Mandat die Bibel ist, und mehr, deren Bibel das Mandat ist.

11. Die nicht-zionistische orthodoxe jüdische Gemeinde, *Agudath Israel*, ist dafür bekannt, dass sie diese zunehmende Tendenz zum Säkularismus bedauert, und sie führt seit langem einen hartnäckigen Streit mit der Jewish Agency, insbesondere in Bezug auf die Zuteilung von Einwanderungszertifikaten. Doch wie bei den muslimischen und christlichen Arabern, so hat auch bei den orthodoxen und unorthodoxen Juden die nationale Krise eine gemeinsame Front geschaffen. Auf die Unruhen von 1933 folgte rasch eine *Annäherung* zwischen der *Agudath Israel* und dem offiziellen Zionismus. Der schwerwiegendere Ausbruch von 1936 zementierte das Bündnis. Die Vertreter der *Agudath Israel* unterstützten bei ihrer Aussage vor uns in allen wichtigen Punkten die Argumentation der Jewish Agency. Der Zionismus ist in der Tat ein jüdischer Nationalismus, und wie der Nationalismus anderswo - zum Beispiel in der Nachkriegstürkei - ist seine treibende Kraft eher politisch als religiös.

12. Damit hat sich eine Tendenz, die sich bereits 1925 abzeichnete, noch verstärkt, und unter den bestehenden Bedingungen wird sich dieser Prozess unserer Meinung nach fortsetzen. Um einen wesentlichen Punkt zu nennen: Das jüdische Bildungssystem tut das, wofür es gedacht war. Praktisch jeder jüdische Junge und jedes jüdische Mädchen besucht eine Grundschule. Ein beträchtlicher Teil von ihnen geht auf eine weiterführende Schule. In mehr als zwei von drei Fällen handelt es sich bei der Schule, sei es eine Grund- oder eine weiterführende Schule, um eine jüdische Schule, der Unterricht findet auf Hebräisch statt, und der Lehrplan ist so gestaltet, dass die Schüler mit der hebräischen Tradition vertraut gemacht werden. Ein Blick auf den Lehrplan einer führenden jüdischen Sekundarschule wird dies verdeutlichen. Zwölf Stunden in der Woche sind der hebräischen Sprache, der Bibel, dem Talmud und der hebräischen Literatur und Geschichte im Allgemeinen gewidmet, gegenüber vier Stunden Englisch und drei Stunden Arabisch - eine sehr lobenswerte Regelung, soweit sie zutrifft. In Anbetracht der Tatsache, dass jüdische Lehrer und Lehrerinnen zum größten Teil begeisterte Anhänger der zionistischen "Mission" sind, ist es nicht verwunderlich, wenn aus diesem pädagogischen "Schmelztiegel" ein nationales Selbstbewusstsein von ungewöhnlicher Intensität hervorgeht. Wir wollen diese Leistung nicht unterschätzen. Es ist in der Tat unmöglich, nicht beeindruckt zu sein von der Energie und der Aufopferung, die in den Aufbau dieses Bildungssystems geflossen sind. Es geht uns nur darum, darauf hinzuweisen, dass der Prozess intensiv ist und dass das Produkt in der Breite verliert, was es in der Tiefe gewonnen hat. Das staatsbürgerliche Bewusstsein der jüdischen Jugend in Palästina ist nicht palästinensisch, es sei denn, Palästina wird theoretisch oder perspektivisch mit der nationalen Heimat identifiziert.

13. Es sollte also offen zugegeben werden, dass das Ideal der Nationalen Heimstätte ein rein jüdisches Ideal ist. Die Araber kommen kaum ins Spiel, es sei denn, sie erzwingen einen Einzug mit Gewalt und Blutvergießen. Das bedeutet nicht, das braucht kaum gesagt zu werden, dass die Juden die Araber unterdrücken oder sie arm und rückständig halten wollen. Im Gegenteil, sie behaupten, wie sie es schon immer getan haben - und wir stellen ihre Aufrichtigkeit nicht in Frage -, dass die Errichtung der Nationalen Heimstätte ein positiver wirtschaftlicher Vorteil für die Araber war und sein wird. Aber für den Durchschnittsjuden ist diese bequeme Zusicherung genug. Er macht mit seiner Arbeit weiter und versucht, die Araber zu vergessen. In einigen der älteren "Kolonien" gab es früher ein gewisses Gefühl der Verwandtschaft mit den Arabern oder zumindest das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das sich aus der gemeinsamen Arbeit ergibt. Aber davon ist heute nicht mehr viel übrig, und unter den moderneren, westlich orientierten, städtischen Juden hat es nie viel davon gegeben. Jüdische Institutionen, insbesondere die Hadassah, haben Wohlfahrtsarbeit für Araber wie für Juden geleistet. Jüdische Berufstätige haben ihre Dienste beiden Völkern zur Verfügung gestellt. Seit wir Palästina verlassen haben, wurde in der Presse über den tragischen Fall eines jüdischen Arztes berichtet, der allein zurückkehrte, um unter den arabischen Dorfbewohnern im abgelegenen Beisan zu arbeiten, und ermordet wurde. Aber im Großen und Ganzen hatten wir den Eindruck, dass das soziale Gewissen des National Home dazu neigt, sich auf die jüdischen Bedürfnisse zu konzentrieren und die Araber der Fürsorge der Regierung zu überlassen.

14. Der jüdische Nationalismus scheint in der Tat manchmal bewusst oder unbewusst die Idee einer echten palästinensischen Gemeinschaft abzulehnen. Er fordert zum Beispiel, dass, obwohl Palästina kein arabisches Wort ist und daher sowohl für Juden als auch für Araber verwendet werden kann, *Eretz Israel* (Land Israel) auch als offizielle Übersetzung von "Palästina" akzeptiert werden sollte, und protestiert dagegen, dass der Aufdruck der hebräischen Initialen "E.I." nach "Palästina" auf jeder Briefmarke und Münze nicht ausreicht. Sie fordert auch, dass die staatlichen Zuschüsse für öffentliche Dienstleistungen zwischen Arabern und Juden im strikten Verhältnis zu ihrer Anzahl aufgeteilt werden sollten, und da die Juden proportional mehr Einnahmen liefern, scheint diese Forderung logisch zu sein; aber in Wirklichkeit läuft sie einem von zwei Prinzipien zuwider. Entweder lehnt sie die Grundidee der öffentlichen Finanzen in der demokratischen Welt ab - dass die Reichen besteuert werden sollten, um die Bedürfnisse der Armen zu befriedigen - oder sie leugnet oder ignoriert die Theorie, dass Araber und Juden Mitglieder einer einzigen palästinensischen Gesellschaft sind. Es ist seit langem klar, dass die Vorstellung einer kulturellen "Assimilation" zwischen Arabern und Juden ein Hirngespinnst ist. Es ist sicherlich an der Zeit, dass auch die palästinensische "Staatsbürgerschaft" als das erkannt wird, was sie ist, nämlich nichts weiter als eine rechtliche Formel ohne moralische Bedeutung.

15. Es bleibt noch, die Beziehungen der Juden zur Mandatsregierung zu betrachten. Man kann sofort sagen, dass sie besser sind als die Beziehungen der Araber zur Regierung, auch wenn es wenig ist, dies zu sagen. Die Politik der großen Mehrheit der

Juden ist die Politik der Jewish Agency; und die Jewish Agency, die nach dem Mandat berechtigt ist, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, mag oft genug von ihr abgewichen sein, sie kritisiert haben, sich über ihre Entscheidungen geärgert haben, aber sie hat die Kontroverse nie so weit getrieben, dass sie die Autorität der Regierung in Frage gestellt hätte. Sie hat einen Kurs für die Mehrheit zwischen den Meinungen zweier Minderheitengruppen gesteuert. Die eine ist eine Gruppe von Intellektuellen, die an der Hebräischen Universität beheimatet ist und die der Meinung ist, dass die einzige Lösung des Palästina-Problems darin besteht, dass die Juden sich in der Qualität und dem Charakter ihres Nationalismus nicht "wie andere Nationen" verhalten, dass sie ihre politischen Ambitionen kulturellen und spirituellen Zielen unterordnen, dass sie sich mit einer solchen zahlenmäßigen Beschränkung abfinden, die sie zu einer dauerhaften Minderheit in Palästina macht, und dass sie sich in letzter Konsequenz sogar der arabischen Herrschaft unterwerfen. Der moralische Mut dieser Denkschule muss Respekt verdienen; aber sie findet keine wirksame Unterstützung in der Nationalen Heimat. Die andere Minderheit besteht aus den Revisionisten, die immer noch die Ausdehnung der Nationalen Heimstätte, vermutlich mit Gewalt, auf ganz Palästina und Transjordanien fordern. Sie sind eine entschlossene und lästige Gruppe. Seit wir Palästina verlassen haben, haben sie das Hauptquartier der Jewish Agency in Jerusalem und ihre Zweigstelle in Warschau angegriffen. Aber ihre Anhänger machen nur etwa ein Zwanzigstel der Juden in Palästina aus, und wir zweifeln kaum daran, dass die Jewish Agency, die sich auf eine organisierte Mehrheit in der Nationalversammlung und der *Va'ad Leumi* stützt, die Situation unter Kontrolle halten wird. Denn in der Nationalen Heimstatt ist der "extremistische" Nationalismus des Vorteils beraubt, den er, wie oben erläutert, anderswo genießt. Er kann sich nicht wie der arabische Extremismus für die Freiheit einsetzen, da ein freies Palästina unter den gegenwärtigen Umständen einen arabischen Staat bedeutet. Sie kann auch der britischen Regierung nicht die Treue verweigern, die allein sie vor der Feindschaft der arabischen Welt schützt. Aber auch wenn die Agentur und die *Va'ad Leumi* in diesem Sinne nicht extremistisch sind, ist ihre Politik nicht ganz gemäßigt. Sie fordern ein Maximum an "Rechten", die das Mandat, so wie sie es interpretieren, gewähren kann. Sie bestehen darauf, dass die Einwanderungsrate bis zum vollen Umfang der "wirtschaftlichen Aufnahmekapazität" des Landes aufrechterhalten werden sollte, und ihre Schätzung dieser Kapazität hat die Schätzung der Regierung immer übertroffen und oft weit übertroffen. Sie greifen die Vorschläge der Regierung zur Regulierung des Landverkaufs im Interesse der arabischen Landwirte an. Sie beschwerten sich darüber, dass der Anteil der Einnahmen, der den jüdischen öffentlichen Diensten zugewiesen wird, nicht in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Zahl oder ihrem Beitrag zur Besteuerung steht. Und wenn sie in diesen und anderen Angelegenheiten nicht ihren Willen bekommen, sind sie versucht zu vergessen, dass die Mandatsverpflichtung eine doppelte ist, und sich zu beschwerten, dass die Verwaltung schuldhaft "pro-arabisch" ist.

16. Wir werden in späteren Kapiteln dieses Berichts untersuchen, inwieweit dieses Gefühl des Unbehagens gerechtfertigt ist. Im Augenblick geht es uns darum, darauf

hinzuweisen, dass das Verhältnis zwischen der Nationalen Heimstätte und der Regierung nicht so glücklich ist, wie es sein sollte. Es stimmt natürlich, dass die Juden in Zeiten der Unruhen im Vergleich zu den Arabern der gesetzestreue Teil der Bevölkerung sind: und in der Tat haben sie während der ganzen Serie von Ausbrüchen und unter sehr großen Provokationen eine bemerkenswerte Fähigkeit zur Disziplin und Selbstbeherrschung gezeigt. Aber in weniger schwerwiegenden Angelegenheiten als Ausschreitungen und Blutvergießen konnten wir eine gewisse Unruhe, eine gewisse Ungeduld gegenüber der Autorität beobachten. Ein Beispiel dafür ist die Haltung der Einwohner von Tel Aviv. Das Gesetz schreibt vor, dass der Stadtrat kein Geld ohne die vorherige Genehmigung der Regierung, vertreten durch den Bezirkskommissar, ausgeben darf. In der Tat wird häufig auf diese vorherige Genehmigung verzichtet, weil eine Ausweitung der sozialen Dienste ohne Verzögerung erforderlich ist. Die Regierung ihrerseits nimmt solche Verstöße gegen das Gesetz in der Regel mit der Begründung hin, dass ein Versuch, das Gesetz durchzusetzen, zumindest auf den passiven Widerstand der gesamten Gemeinde stoßen würde. Unserer Ansicht nach ist eine solche Haltung der Regierung, so unglücklich sie auch sein mag, nicht völlig überraschend. Es sei daran erinnert, dass die britische Regierung mit Ausnahme einer winzigen Handvoll Juden in Palästina für alle eine fremde Regierung ist. Juden aus Polen, Deutschland oder Rumänien können den Unterschied zwischen der britischen Haltung gegenüber dem Judentum und derjenigen, die sie in ihren Geburtsländern erfahren haben, nachvollziehen. Alle Juden, so wurde uns versichert, sind Großbritannien dankbar. Aber wenn man den Juden in Palästina sagt, dass das Interesse der Regierung an der Nationalen Heimstätte höchstens halbherzig ist, wird ihr Groll nicht durch ein Gefühl der Verwandtschaft mit den britischen Offizieren oder durch einheimische Loyalität gegenüber der britischen Krone gemildert.

17. Die Wurzel der Unruhe liegt jedoch tiefer als das. Die Nationale Heimat ist eine sehr gebildete, sehr demokratische, sehr politisch denkende und ungewöhnlich junge Gemeinschaft. Es ist denkbar, wenngleich wir es für unwahrscheinlich halten, dass sie eine Diktatur dulden würde, wenn der Diktator ein Jude ihrer Wahl wäre; aber sie kann sich unter einer fremden Bürokratie niemals wohlfühlen. Die Regierung der Kronkolonie ist keine geeignete Regierungsform für ein zahlreiches, selbständiges und fortschrittliches Volk. Die meisten von ihnen sind Europäer, wenn auch nicht aufgrund ihrer Rasse, so doch aufgrund ihrer Einstellung und Ausstattung. Die europäischen Gemeinschaften im britischen Empire in Übersee sind längst über diese Form hinausgewachsen. Die Entwicklung der Selbstverwaltung in Indien hat dieses Stadium im Jahr 1909 hinter sich gelassen. Die Regierung der Kronkolonien wird heute hauptsächlich für die Vormundschaft politisch rückständiger Rassen in der tropischen oder subtropischen Welt beibehalten. In anderen Kolonien, wie den meisten westindischen Inseln, Mauritius oder Malta, wird sie beibehalten, weil dort eine gemischte Bevölkerung lebt oder andere besondere Umstände vorliegen. Und natürlich sind es nur die besonderen Umstände Palästinas, die die Beibehaltung der Regierung der Kronkolonie dort rechtfertigen. Wenn es, abgesehen von diesen Umständen, schwierig

wäre, die Behauptung der Araber zu bestreiten, dass sie "in der Lage sind, unter den harten Bedingungen der modernen Welt allein zu bestehen", so wäre es absurd, eine solche Behauptung von Seiten der Juden zu bestreiten.

18. Die Regierungsform, die die Umstände ganz Palästina auferlegt haben, ist also für den jüdischen Teil seiner Bevölkerung weder geeignet noch natürlich. Sie neigt außerdem unserer Meinung nach dazu, die politische Gesundheit der Nationalen Heimstätte zu beeinträchtigen: denn sie bringt eine der schlimmsten politischen Krankheiten hervor - die Verantwortungslosigkeit. In vielen wichtigen Angelegenheiten genießen die Juden zwar ein hohes Maß an lokaler Selbstverwaltung, aber selbst in diesem Bereich hat die Regierung von Palästina die letzte Kontrolle, wenn sie sie auch nicht immer ausübt. Und in lebenswichtigeren Angelegenheiten, wie der Einwanderungsrate, der Regelung des Landverkaufs, dem Schutz der Industrie und der Förderung des Handels, der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, der Bereitstellung einer Garnison, in den Angelegenheiten, die wirklich das Schicksal der Nationalen Heimstätte bestimmen, haben die Einwohner überhaupt keine verfassungsmäßige Macht und keine Verantwortung. Die allgemeine Forderung, die sie an die Regierung stellen, lässt sich als Forderung nach einer Beschleunigung des Tempos zusammenfassen. Sie wollen mehr Einwanderer, mehr Land, mehr ländliche und städtische Entwicklung, und sie wollen das alles in Eile. Sie sind sich zweifellos darüber im Klaren, dass ein so schnelles Wachstum mit Risiken verbunden ist, und zweifellos sind sie bereit, diese im sanguinischen Geist ihrer Rasse und ihrer Mission auf sich zu nehmen; aber wenn sie die Regierung beschimpfen, weil sie nicht alles zulässt, was sie verlangen, scheinen sie zu vergessen, dass die Regierung die Schuld und die Last tragen muss, wenn die Dinge schief laufen, um sie in Ordnung zu bringen. Wir haben an anderer Stelle auf die Schwierigkeit hingewiesen, die künftige wirtschaftliche Entwicklung des Nationalen Heims vorherzusagen; aber es liegt auf der Hand, dass aus dem einen oder anderen Grund, vielleicht als Folge einer weltweiten Katastrophe, ein Rückschlag für die Geschicke des Heims zumindest denkbar ist. In diesem Fall würde das Nationale Heim zweifellos am meisten leiden, aber ganz Palästina würde mit ihm leiden: und die Kosten für Wiedergutmachung und Wiederherstellung würden sowohl die arabischen als auch die jüdischen Steuerzahler und vielleicht am Ende auch die britischen Steuerzahler treffen. Forderungen zu stellen, ohne sich mit den damit verbundenen Schwierigkeiten auseinandersetzen zu müssen, für eine Politik zu werben, ohne für ihre Durchführung verantwortlich zu sein, darauf zu bestehen, dass Risiken eingegangen werden, ohne die volle Verantwortung für die Folgen zu übernehmen - das sind bekannte Merkmale der Agitation unter politisch denkenden Menschen, die nicht für die Selbstverwaltung verantwortlich sind. Das Besondere in diesem Fall ist, dass die Agitatoren keine Selbstverwaltung wollen, weil dies eine Regierung durch eine arabische Mehrheit bedeutet. Die Krankheit geht also ungebremst weiter, und wir können nicht umhin, es als eine bedauerliche Schwäche im Leben des Nationalen Hauses zu betrachten, dass seine junge Gemeinschaft in einer Atmosphäre der

Verantwortungslosigkeit in Bezug auf die schwerwiegendsten Fragen, mit denen sie konfrontiert ist, aufwächst.

19. Wir haben soeben von der Beschleunigung des Tempos gesprochen: und der Sinn für Eile ist der letzte, aber keineswegs der am wenigsten ausgeprägte der Eindrücke, die wir vom Nationalen Heim festhalten wollen. Es ist in der Tat offensichtlich, dass die Schnelligkeit, mit der die gesamte Struktur, insbesondere in den letzten Jahren, aufgebaut wurde, die Schwierigkeiten, die der Situation innewohnen, noch verstärkt hat. Wären die jüdischen Einwanderer nur tröpfchenweise eingewandert, wäre die jüdische Kolonisation vorwiegend agrarisch gewesen und hätte sich nur allmählich ausgeweitet, hätte es keine große städtische und industrielle Entwicklung gegeben, so hätte man sich zu gegebener Zeit mit dem Problem der Regelung der Beziehungen zwischen der Nationalen Heimstätte und dem arabischen Nationalismus auseinandersetzen müssen: aber es wäre denkbar, dass man es in einer ruhigeren Atmosphäre und mit besseren Aussichten auf eine Einigung hätte lösen können. So aber hat das Tempo, in dem das Heim gewachsen ist, den Streit verschärft und zu seiner Zuspitzung beigetragen. Dabei ist der Grund für die Eile leicht zu verstehen. Einwanderung bedeutet Flucht. Die Einwanderer drängen nach Palästina, bereit, alle Entbehrungen zu ertragen, die sich aus der Überbelegung ergeben können, weil das Leben in Palästina im schlimmsten Fall besser ist als das Leben, das sie anderswo geführt haben.

20. Aber es gibt noch einen anderen Grund für die Eile, der sich in letzter Zeit, wie wir meinen, in den jüdischen Köpfen festgesetzt hat. Der arabische Antagonismus gegen die Nationale Heimstätte wurde von nachdenklichen Zionisten nie ignoriert; aber während sie ihn früher nur als ein Hindernis ansahen, wie ernsthaft auch immer, das irgendwie überwunden werden musste, sehen sie ihn jetzt, wie wir glauben, auch wenn sie es nicht immer sagen, als die Gefahr, die er ist oder werden könnte. Niemand in Palästina kann übersehen, wie viel erbitterter, wie viel weiter verbreitet im Volk der arabische Hass auf das Nationale Heim heute ist als noch vor fünf oder zehn Jahren. Und das Gefühl ist nicht auf Palästina beschränkt. Die arabischen Führer haben seit langem dafür gesorgt, dass ihre Missstände in Kairo, Damaskus und Bagdad bekannt waren und diskutiert wurden; und die Geschichte der Kämpfe und des Blutvergießens in Palästina im letzten Jahr, oft stark vergrößert und verzerrt, war bald in der gesamten arabischen Welt in aller Munde. In früheren Zeiten war in Ägypten, im Irak oder im Herzen Arabiens wenig oder gar keine antijüdische Stimmung zu beobachten gewesen. Doch im vergangenen Sommer kam es in Kairo und Bagdad wiederholt zu Demonstrationen. Wir haben Grund zu der Annahme, dass diese antijüdische Agitation noch nicht formidabel geworden ist; für den Moment ist sie ruhig: aber es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, dass eine Erneuerung des Konflikts in Palästina sie wiederbeleben und entfachen würde. Das Gleiche gilt für Transjordanien. Die militanten Beduinen konnten nur mit Mühe davon abgehalten werden, sich an den Kämpfen jenseits des Flusses zu beteiligen; und man sagte uns aus unanfechtbarer Quelle, dass, was auch immer die Haltung der Araber in Transjordanien zur Frage der jüdischen

Einwanderung in der Vergangenheit gewesen sein mag, ein jüdischer Siedler das Land jetzt nur unter Einsatz seines Lebens betreten könne.

21. Es ist in der Tat einer der unglücklichsten Aspekte der gegenwärtigen Situation, dass sich ein Bruch zwischen dem Judentum und der arabischen Welt auftut. Wir glauben, dass nicht nur in Palästina, sondern im ganzen Nahen Osten die Araber von dem Kapital und dem Unternehmungsgeist profitieren könnten, den die Juden bereit sind, zur Verfügung zu stellen; und wir glauben, dass unter gewöhnlichen Umständen die verschiedenen arabischen Regierungen ihrerseits bereit wären, ein gewisses Maß an jüdischer Einwanderung unter ihren eigenen Bedingungen und unter ihrer Kontrolle zu erlauben. Aber die Schaffung der Nationalen Heimstätte wurde von den Arabern in Palästina weder bedingt noch kontrolliert. Sie wurde direkt gegen ihren Willen eingerichtet. Und diese harte Tatsache hat ihre natürliche Reaktion auf die arabischen Gemüter in anderen Teilen der Welt gehabt. Die Juden hatten das volle Recht, die ihnen aufgezwungene Tür nach Palästina zu öffnen. Sie taten es mit der Billigung und Ermutigung des Völkerbundes und der Vereinigten Staaten von Amerika. Aber dadurch haben sie die anderen Türen der arabischen Welt gegen sie verschlossen. Und unter bestimmten Umständen könnte diese Feindschaft gefährlich aggressiv werden. Wie alle anderen müssen auch die Juden erkennen, dass ein weiterer Weltkrieg leider nicht unmöglich ist: und bei den Veränderungen und Chancen des Krieges ist es leicht, sich Umstände vorzustellen, unter denen die Juden sich bei der Verteidigung der nationalen Heimat hauptsächlich auf ihre eigenen Mittel verlassen müssen. Es gibt also noch einen zweiten, sehr gewichtigen Grund zur Eile. Je mehr Einwanderer, desto mehr potenzielle Soldaten. "Es gibt Sicherheit in der Zahl", sagte ein jüdischer Zeuge. Und weiter: "Wenn wir in einem Zustand ständiger Minderheit gehalten werden, dann ist es keine Nationale Heimat, es kann eine Todesfalle werden."

22. Wir glauben, dass es für jeden unvoreingenommenen Beobachter unmöglich ist, das Nationale Heim zu sehen und ihm nicht alles Gute zu wünschen. Es hat so viel zur Linderung unverdienter Leiden beigetragen. Es zeigt so viel Energie und Unternehmungsgeist und Hingabe für eine gemeinsame Sache. In dem Maße, in dem Großbritannien zu seiner Gründung beigetragen hat, würden wir mit Lord Balfour behaupten, dass sich die Christenheit zumindest in diesem Ausmaß "nicht blind für all das Unrecht gezeigt hat, das sie begangen hat." Aber wir bitten alle Sympathisanten des Nationalen Heims, ob in Europa oder in Übersee, die Schwierigkeiten, mit denen es konfrontiert ist, nicht zu unterschätzen. Es nützt nichts, sie beiseite zu schieben, zu sagen, dass alles gut wird, wenn wir noch ein wenig warten, und noch weniger zu behaupten, dass es überhaupt keine wirklichen Schwierigkeiten gäbe, wenn die Mandatsmacht ihre Pflicht durch das Mandat erfüllen würde. Bei jeder aufeinanderfolgenden Krise in Palästina wurden solche leeren Hoffnungen geweckt und voreilige Anschuldigungen erhoben. Der beste Dienst, den die Wohlgesinnten der Nationalen Heimat ihr erweisen können, besteht darin, offen anzuerkennen, dass die Lage in Palästina in eine Sackgasse geraten ist, und sich darauf zu konzentrieren, einen Ausweg zu finden.

2. Arabischer Fortschritt.

23. Im arabischen wie im jüdischen Palästina ist die auffälligste Tatsache das Wachstum der Bevölkerung. Sie ist seit 1920 von etwa 600.000 auf etwa 950.000 gestiegen; und in diesem Fall, anders als im jüdischen, ist der Anstieg nur in geringem Maße auf Einwanderung zurückzuführen. Die Zahl der Araber, die aus den benachbarten arabischen Ländern nach Palästina gekommen sind und sich dort niedergelassen haben, lässt sich nicht genau schätzen, aber man kann davon ausgehen, dass etwa neun Zehntel des Wachstums auf natürliches Wachstum zurückzuführen sind, und es war ein Wachstum von über 50 Prozent in 17 Jahren. Das sind bemerkenswerte Zahlen, insbesondere angesichts der allgemeinen Annahme, dass die Bevölkerung Palästinas unter dem osmanischen Regime mehr oder weniger stationär war. Betrachtet man darüber hinaus die Zunahme des Wohlstands in Palästina insgesamt, so fällt es auf den ersten Blick schwer zu glauben, dass die arabische Bevölkerung keinen Anteil daran hatte. Diese Schlussfolgerung ist jedoch Gegenstand einer heftigen Kontroverse. Die Juden, die vor uns aussagten, versuchten, sie mit einer Fülle von Argumenten und Statistiken zu bestätigen. Die Araber leugneten sie rundheraus. Sie sagten uns, dass es ihnen vor der britischen Besatzungszeit besser gegangen sei. Es war eindeutig unsere Pflicht, den Fall auf beiden Seiten zu untersuchen, und wir haben getan, was wir konnten, um uns ein Urteil darüber zu bilden. Da aber bis vor etwa einem Jahr die technische Ausrüstung der palästinensischen Regierung für eine genaue soziologische Untersuchung bedauerlicherweise unzureichend war, ist unser Urteil nur als eine grobe, wenn auch unserer Meinung nach faire Stellungnahme zu einer komplizierten Frage zu verstehen.

24. Die *Effendi* haben zunächst einmal einen eindeutigen Verlust erlitten. Sie kommen unter der jetzigen Regierung nicht in den Genuss der "Süßigkeiten des Amtes", wie sie sie vor dem Krieg genossen haben. Aber das ist kein Schaden, der sich mit der Zeit verschlimmert. Im Gegenteil, seit der britischen Besatzung hat eine stetig wachsende Zahl von *Effendi* und anderen gebildeten Arabern Stellen im Staatsdienst erhalten, einige davon in hochbezahlten Positionen. Abgesehen davon ist eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der arabischen Oberschicht nur schwer zu erkennen. Die Grundbesitzer haben große Teile ihres Landes zu einem Preis verkauft, der weit über dem liegt, den sie vor dem Krieg hätten erzielen können. In den ersten Tagen wurde ein Großteil der Verkäufe von arabischen Eigentümern getätigt, die in Syrien ansässig waren; bei den jüngsten Transaktionen waren jedoch hauptsächlich palästinensische Araber beteiligt, und diese Transaktionen waren beträchtlich. Im Jahr 1933 wurden 854.796 Pfund für den Kauf von arabischem Land gezahlt, meist von Besitzern großer Ländereien, 1934 1.647.836 Pfund und 1935 1.699.448 Pfund. Zweifellos waren die *Effendi* teilweise in der Lage, durch Landverkäufe erhebliche Kapitalinvestitionen zu tätigen. Ein Teil davon floss in die Steigerung der Produktion, insbesondere von Obst, auf dem Land, das sie behalten haben. Mindestens sechsmal mehr Land in arabischem Besitz ist heute mit Zitrusfrüchten bepflanzt als 1920. Die

arabischen Zitrusplantagen in der Maritimebene umfassen jetzt 135.000 *Dunum* und stellen eine Investition von 6.500.000 £ dar.

25. Ein Teil des Kapitals wurde für den Bau von Häusern zur Vermietung oder zum Verkauf oder für Industrieunternehmen verwendet. Die Entwicklung der arabischen Industrie, die natürlich nicht mit der jüdischen vergleichbar ist, hat Fortschritte gemacht. Aus dem Regierungsbericht für 1933 geht hervor, dass die Zahl der arabischen "Industrieunternehmen", die vor dem Krieg bei etwa 1.200 lag, auf etwa 2.200 angestiegen ist. Zu den relativ großen Industriezweigen gehören Seifenherstellung, Mehlmüllerei, Ziegel- und Fliesenherstellung, Zigaretten- und Tabakherstellung, Baumwoll-, Woll- und Seidenweberei, Salzgewinnung, Stein- und Kalkherstellung, Bettgestelle, Nägel, Bekleidung, Süßwaren und alkoholische Getränke. Über die Höhe des in diesem Industriezweig insgesamt investierten Kapitals liegen keine offiziellen Statistiken vor, doch ist es im Laufe der letzten Jahre sicherlich gestiegen, ebenso wie die Höhe der arabischen Bankeinlagen.

26. In Anbetracht dieser Tatsachen besteht kein Zweifel daran, dass viele arabische Landbesitzer von der jüdischen Einwanderung finanziell profitiert haben. Sie haben eine große Menge an Land an Juden zu einem Preis verkauft, der weit über dem Vorkriegswert lag. Ein Mitglied des arabischen Oberkomitees gab uns gegenüber zu, dass "nirgendwo auf der Welt so unwirtschaftliche Landpreise gezahlt wurden wie von Juden in Palästina". Ein Teil des jüdischen Geldes wurde auch für die Produkte der arabischen Industrie, wie Stein und andere Baumaterialien, für die Miete arabischer Häuser und für die Löhne arabischer Arbeiter ausgegeben. Andererseits ist es offensichtlich, dass die arabische Industrie auf lange Sicht nicht mit der jüdischen konkurrieren kann, wenn es um technische Fertigkeiten oder die Verwendung importierter Rohstoffe geht. Es scheint uns unvermeidlich, dass die arabische Industrie in dem Maße zurückgehen wird, in dem sich das Industrieunternehmen und die Ausrüstung des National Home ausweiten. Schon jetzt hat die wichtigste arabische Industrie, die Seifenherstellung in Nablus, die Auswirkungen der jüdischen wie auch der ägyptischen Konkurrenz stark zu spüren bekommen.

27. Die Lage der *Fellachen*, die nach wie vor die große Mehrheit der arabischen Bevölkerung ausmachen, muss bei jeder Einschätzung des wirtschaftlichen Fortschritts im arabischen Palästina als der wichtigste Faktor betrachtet werden. Es ist leider unbestreitbar, dass der Lebensstandard der *Fellachen nach* wie vor niedrig ist. Wie andere landwirtschaftliche Gemeinschaften haben sie unter dem weltweiten Preisverfall gelitten. Sie haben auch unter schweren und wiederholten Dürreperioden und den daraus resultierenden Missernten gelitten. Einige der Hindernisse, die ihrem Fortschritt im Wege standen, sind teilweise beseitigt worden. Das einschränkende *Mash'a*-System des Landbesitzes wurde teilweise durch individuelles Eigentum ersetzt. Ihre Schuldenlast wurde gemildert. Die Regierung hat viel getan, um sie durch die Senkung und den Erlass von Steuern und die Bereitstellung von Darlehen zu entlasten. Der Zehnt wurde gesenkt, umgewandelt und schließlich durch eine gerechtere Steuer auf ländliches Eigentum

ersetzt. Die Entwicklung der Zusammenarbeit verlief langsam und etwas entmutigend, aber zumindest wurde ein Anfang gemacht, und inzwischen gibt es über 60 arabische Genossenschaften. Darüber hinaus gibt es Anzeichen dafür, dass einige *Fellachen auf dem Weg* sind, bessere Landwirte zu werden. Auch wenn die große Mehrheit noch an ihren alten, primitiven Methoden festhält, gibt es doch einige, die unter offizieller Anleitung und Kontrolle bessere Methoden erlernen, besseres Saatgut und bessere Geräte verwenden.

28. Es gibt einen Punkt, in dem die *Fellachen* an Boden verloren haben. Im Jahr 1920 hatten sie kaum genug Land, um sich und ihre Familien zu ernähren. Ihre Zahl hat stark zugenommen, und heute gibt es viele, für die kein Land verfügbar ist. Daher hat in Palästina wie in den meisten anderen Teilen der Welt zwangsläufig eine Abwanderung vom Land in die Städte eingesetzt. Obwohl auch hier keine genauen Statistiken vorliegen, scheint es, dass die industrielle Entwicklung den Arabern, die ihren Lebensunterhalt nicht mehr auf dem Land bestreiten können, viel Arbeit verschafft hat. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Araber dürfte inzwischen weit über den 60.000 liegen, auf die sie bei der Volkszählung von 1931 geschätzt wurde. Die Arbeit in den Städten ist auch der Grund für das Anwachsen solcher Auswüchse wie der Ansammlung von "Hütten" am Stadtrand von Haifa, die schimpflich als "Zinnstadt" bekannt sind. Aber wenn es Anzeichen dafür gibt, dass das Wachstum eines städtischen Proletariats begonnen hat, so ist dies ein soziales Symptom, das Palästina nicht eigen ist, und in Palästina hat es, soweit wir es beurteilen konnten, noch nicht zu Verarmung oder Degeneration geführt. Die offizielle Schätzung der arabischen Arbeitslosigkeit, die zugegebenermaßen sehr grob ist, belief sich zum Zeitpunkt unseres Besuchs in Palästina auf 6.000, was unter den gegebenen Umständen und insbesondere in Anbetracht der "Unruhen" keine alarmierende Zahl ist. Und für die Beschäftigten sind die Löhne stetig gestiegen. Der Tageslohn, der einem Araber für qualifizierte Arbeit gezahlt wird, liegt heute zwischen 250 und 600 Mils und für ungelernte Arbeit zwischen 100 und 180 Mils.* In Syrien reicht der Lohn von 67 Mils in älteren Industrien bis 124 Mils in neueren. Fabrikarbeiter im Irak erhalten zwischen 40 und 60 Mils.

* 100 mils = 2 Schillinge.

29. Doch nicht nur in den Städten findet der landlose *Fellache* ein Auskommen. Das Programm der Regierung für öffentliche Arbeiten bedeutet eine ständige Nachfrage nach Arbeitskräften, und eine große Anzahl von Arabern ist bei Straßen- und Brückenbauarbeiten und ähnlichem beschäftigt. Darüber hinaus hat die starke Ausweitung des Zitrusanbaus, sowohl bei den Arabern als auch bei den Juden, die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften stark erhöht, und auch hier sind die Löhne gestiegen. Für allgemeine landwirtschaftliche Arbeiten lag er 1931 bei 80 bis 120 Mils pro Tag, 1935 bei 100 bis 150 Mils. Für Baumpflanz- und Baumschularbeiten waren es 1931 100 bis 150 Mils und 1935 150 bis 200 Mils.

30. Es ist nicht leicht zu sagen, ob der Anstieg der Löhne einen Anstieg der Reallöhne bedeutet hat. Das arabische Oberkomitee behauptete, dass die Lebenshaltungskosten gestiegen sind und dass dies teilweise auf den künstlichen Schutz der jüdischen Industrien zurückzuführen ist. Zweifellos sind die Lebenshaltungskosten höher als vor dem Krieg, aber die Jewish Agency zitierte offizielle Berechnungen, die zeigen, dass sie seit einigen Jahren stetig sinken.

31. Aufgrund dieser Überlegungen sind wir zu dem Schluß gekommen, daß die *Fellachen* trotz des Mißverhältnisses zwischen ihrer Zahl und der von ihnen beanspruchten Anbaufläche im Großen und Ganzen besser gestellt sind als 1920. Aber es gibt noch einen weiteren Aspekt, den wir noch nicht erwähnt haben und der unumstritten ist. Die gesamte Palette der öffentlichen Dienstleistungen, deren Einführung wir im vorangegangenen Kapitel beschrieben haben, hat sich zum Nutzen der *Fellachen* stetig weiterentwickelt. Außer in Zeiten von "Unruhen" waren ihr Leben und ihr Eigentum einigermaßen sicher. Ihre Bürgerrechte wurden von den Gerichten geschützt. Die Zunahme ihrer Zahl ist größtenteils auf das Gesundheitswesen zurückzuführen, das die Malaria bekämpft, die Kindersterblichkeitsrate senkt und die Wasserversorgung und die sanitären Einrichtungen verbessert. Das Bildungswesen, auch wenn es bisher nur die Hälfte des Bedarfs deckt, hat es der heranwachsenden Generation ermöglicht, leichter von der technischen Ausbildung zu profitieren, die in der arabischen Landwirtschaftsschule oder von offiziellen Beratern in den Dörfern erteilt wird. Bessere Straßen und ein schnellerer Transport haben zu höheren Erträgen für die Marktprodukte geführt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ausstattung Palästinas mit sozialen Diensten fortgeschrittener ist als die irgendeines seiner Nachbarn* und weit fortgeschrittener als die einer indischen Provinz oder einer afrikanischen Kolonie, obwohl viel mehr hätte getan werden können, wenn mehr Geld zur Verfügung gestanden hätte.

* Eine Tabelle, in der die Einnahmen und Ausgaben Palästinas mit denen der Nachbarländer verglichen werden, findet sich in Anhang 3.

32. Es bleibt zu prüfen, inwieweit die Behauptung der Juden zutrifft, dass dieser Fortschritt größtenteils auf die Einrichtung des National Home zurückzuführen ist. Nachdem wir die uns von den jüdischen Vertretern mündlich und schriftlich vorgelegten Beweise zu dieser Frage geprüft haben, sind wir zu folgenden Schlussfolgerungen gekommen:-

- (i) Der große Import jüdischen Kapitals nach Palästina hatte eine allgemein befruchtende Wirkung auf das Wirtschaftsleben des ganzen Landes.
- (ii) Die Ausweitung der arabischen Industrie und des Zitrusanbaus wurde größtenteils durch das so gewonnene Kapital finanziert.

(iii) Das jüdische Beispiel hat viel zur Verbesserung des arabischen Anbaus, insbesondere von Zitrusfrüchten, beigetragen.

(iv) Dank der jüdischen Entwicklung und des jüdischen Unternehmertums hat die Beschäftigung arabischer Arbeitskräfte in städtischen Gebieten, insbesondere in den Häfen, zugenommen.

(v) Die in den jüdischen "Kolonien" durchgeführten Sanierungs- und Anti-Malaria-Arbeiten kamen allen Arabern in der Nachbarschaft zugute.

(vi) Einrichtungen, die mit jüdischen Mitteln in erster Linie für das Nationale Heim gegründet wurden, haben auch der arabischen Bevölkerung gedient. *Hadassah* zum Beispiel behandelt arabische Patienten, vor allem im Tuberkulosekrankenhaus in Safad und im Radiologischen Institut in Jerusalem, nimmt arabische Landbewohner in die Kliniken ihres Fonds für Landkranke auf und leistet viel Fürsorgearbeit für arabische Mütter.

(vii) Die allgemein positive Wirkung der jüdischen Einwanderung auf das Wohlergehen der Araber wird durch die Tatsache veranschaulicht, dass der Anstieg der arabischen Bevölkerung in den städtischen Gebieten, die von der jüdischen Entwicklung betroffen sind, am stärksten ist. Ein Vergleich der Volkszählungsergebnisse von 1922 und 1931 zeigt, dass vor sechs Jahren der prozentuale Zuwachs in Haifa 86, in Jaffa 62 und in Jerusalem 37 betrug, während er in rein arabischen Städten wie Nablus und Hebron nur 7 betrug und in Gaza ein Rückgang von 2 Prozent zu verzeichnen war.

33. Die weitere Behauptung, die sich auf den jüdischen Beitrag zu den Einnahmen stützt, scheint uns unbestreitbar zu sein. Arabische Zeugen argumentierten, dass die Regierung mehr Geld für soziale Dienste hätte ausgeben können, wenn das Nationale Heim nicht einerseits eine aufwendigere und kostspieligere Verwaltung erfordert hätte, als für die Araber nötig gewesen wäre, und wenn es andererseits nicht so große Ausgaben für die Sicherheit zum Schutz vor Angriffen erfordert hätte. Aber sie konnten nicht leugnen, dass die öffentlichen Dienstleistungen, die tatsächlich erbracht worden waren, ihrem Volk zugute gekommen waren; und sie konnten auch nicht leugnen, dass die für diese Dienstleistungen verfügbaren Einnahmen größtenteils von den Juden bereitgestellt worden waren. Es ist unmöglich, den Anteil der Juden an der Besteuerung annähernd genau zu berechnen. Aber es ist sicher, dass der weitaus größte Teil der Zölle von ihnen bezahlt wird, und der steigende Betrag der Zolleinnahmen hat von 1920 bis heute den größten Posten in den steigenden Gesamteinnahmen gebildet.

*Zu den Zahlen siehe Seite (206).

34. Wir kommen also zu dem Schluss, dass die Araber im Großen und Ganzen einen beträchtlichen Anteil an den materiellen Vorteilen hatten, die die jüdische Einwanderung nach Palästina gebracht hat. Die Verpflichtung des Mandats ist in dieser

Hinsicht eingehalten worden. Die wirtschaftliche Lage der Araber als Ganzes betrachtet, ist durch die Errichtung der Nationalen Heimstätte bisher nicht beeinträchtigt worden. Aber wir möchten diesem Urteil einen Zusatz hinzufügen. Erstens hängt der Fortbestand des wirtschaftlichen Nutzens, den die Araber aus dem Nationalen Heim ziehen, davon ab, dass das Heim weiterhin floriert. Sollte es zu einem ernsthaften Rückschlag kommen, zu einer weit verbreiteten Arbeitslosigkeit, so wären unserer Meinung nach die arabischen Arbeitskräfte die ersten, die darunter leiden würden. Zweitens wird der wirtschaftliche Vorteil, den die Araber aus der jüdischen Einwanderung ziehen, stetig abnehmen und schließlich verschwinden, wenn sich der politische Bruch zwischen den Rassen weiter vertieft. Zwei Völker, die sich im Krieg befinden, können das Wohl des anderen nicht fördern. Boykott und Blutvergießen und alles, was sie für den Zusammenbruch der wirtschaftlichen Beziehungen, den Rückgang des Handels, die Kosten für die Regierung und die Kürzung der öffentlichen Dienste bedeuten - diese Dinge werden, wenn sie weitergehen, bald all das Gute zunichte machen, das die Ankunft der Juden für Palästina als Ganzes bedeutet hat.

3. Arabischer Nationalismus.

35. Erst als wir das Datum ankündigten, an dem wir das Land zu verlassen gedachten, beschloss das Oberste Komitee, seinen "Boykott" aufzugeben und mit uns zusammenzuarbeiten, um den Weg zum Frieden in Palästina zu finden; und als sie schließlich unter der Leitung des Mufti von Jerusalem vor uns erschienen, waren die ersten Worte der vorbereiteten Erklärung, die er vor uns abgab, diese: "Die arabische Sache in Palästina ist eine Sache, die auf die nationale Unabhängigkeit abzielt. In ihrem Wesen unterscheidet sie sich nicht von ähnlichen Bewegungen unter den Arabern in allen anderen arabischen Gebieten." Und am Ende seiner Erklärung erklärte er, dass die erste Ursache der "Unruhen" die Tatsache sei, "dass die Araber in Palästina ihrer natürlichen und politischen Rechte beraubt wurden"; und er fasste die arabischen Forderungen wie folgt zusammen: (1) "die Aufgabe des Experiments der jüdischen Heimstätte", (2) "die sofortige und vollständige Beendigung der jüdischen Einwanderung", (3) "das sofortige und vollständige Verbot des Verkaufs von arabischem Land an Juden", (4) "die Lösung des Palästina-Problems auf derselben Grundlage, auf der die Probleme des Irak, Syriens und des Libanon gelöst wurden, nämlich durch die Beendigung des Mandats und den Abschluss eines Vertrags zwischen Großbritannien und Palästina, durch den eine nationale und unabhängige Regierung in konstitutioneller Form errichtet wird".

36. Es ist also klar, dass sich der Standpunkt der arabischen Führer nicht einen Millimeter von dem entfernt hat, den sie eingenommen hatten, als sie zum ersten Mal die Auswirkungen der Balfour-Erklärung verstanden. Die Ereignisse der letzten 17 Jahre haben nur dazu gedient, ihren Widerstand zu verstärken und zu verbittern, und, wie sie behaupten, ihre Argumente zu stärken. Und der Kern ihrer Argumentation, das muss nochmals betont werden, ist politisch. Zweifellos gab es ein Gefühl der wirtschaftlichen Rivalität zwischen den Völkern, und die Araber waren beunruhigt über die

Geschäftsfähigkeit der Juden und die finanziellen Mittel, über die sie verfügen. Aber bis jetzt (wie wir gerade erklärt haben) haben sie nicht darunter gelitten. Alles in allem hat die Nationale Heimstätte für sie einen erheblichen materiellen Gewinn bedeutet. Nicht verwunderlich leugnen sie dies. Aber selbst wenn man sie dazu bringen könnte, dies zuzugeben, sind wir überzeugt, dass dies ihre Feindschaft nicht spürbar schwächen würde. Ihr Gefühl in dieser Angelegenheit wurde in einer bildhaften Sprache wie der folgenden ausgedrückt. "Sie sagen, dass es uns besser geht: Sie sagen, dass mein Haus durch die Fremden, die es betreten haben, reicher geworden ist. Aber es ist *mein* Haus, und ich habe die Fremden nicht hereingebeten oder sie gebeten, es zu bereichern, und es ist mir egal, wie arm oder kahl es ist, wenn ich nur Herr darin bin."

37. Auch ist der Konflikt in seinem Wesen kein Rassenkonflikt, der aus einer alten instinktiven Antipathie der Araber gegenüber den Juden entsteht. Wie wir gesehen haben, gab es in der übrigen arabischen Welt wenig oder gar keine Reibungen zwischen Arabern und Juden, bis der Konflikt in Palästina sie hervorrief. Und genau die gleichen politischen Probleme gab es im Irak, in Syrien und Ägypten - Aufruhr, Rebellion und Blutvergießen -, wo es keine "Nationalen Heimstätten" gibt. Es ist also ganz offensichtlich, dass das Problem Palästinas ein politisches ist. Es ist, wie anderswo auch, das Problem des aufständischen Nationalismus. Der einzige Unterschied besteht darin, dass in Palästina der arabische Nationalismus untrennbar mit dem Antagonismus gegen die Juden verwoben ist. Und die Gründe dafür sind, wie gesagt, ebenso offensichtlich. Erstens bedeutete die Errichtung der Nationalen Heimstätte von Anfang an eine völlige Negierung der Rechte, die mit dem Prinzip der nationalen Selbstverwaltung verbunden sind. Zweitens erwies sie sich bald nicht nur als ein Hindernis für die Entwicklung der nationalen Selbstverwaltung, sondern offenbar als das einzige ernsthafte Hindernis. Drittens wuchs mit dem Wachsen der Heimstätte auch die Befürchtung, dass es sich, falls und wenn die Selbstverwaltung zugestanden wird, nicht um eine nationale Selbstverwaltung im arabischen Sinne handeln könnte, sondern um eine Regierung durch eine jüdische Mehrheit. Deshalb ist es schwierig, ein arabischer Patriot zu sein und die Juden nicht zu hassen.

38. Die logische Konsequenz daraus wurde mit dem Fortschreiten der arabischen Beweise immer deutlicher. Die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit hat Vorrang vor der Forderung nach einem Stopp der jüdischen Einwanderung und des Landerwerbs. Im Falle der Unabhängigkeit, so der Mufti von Jerusalem, werden die Araber selbst mit den Juden verhandeln. Daraus folgt, dass, selbst wenn es möglich wäre, die Nationale Heimstatt in ihrer jetzigen Form zu kristallisieren, zu verbieten, dass ein weiterer Jude nach Palästina einreist oder ein weiteres arabisches Dunum gekauft wird, die Haupttriebfeder der arabischen Agitation unangetastet bliebe. Wir kommen in der Tat nicht um die Schlussfolgerung herum, dass Beschränkungen des Wachstums der Nationalen Heimstätte, ob sie nun aus anderen Gründen wünschenswert sein mögen oder nicht, die Hauptursache der arabischen Unzufriedenheit nicht beseitigen würden. Das Nationale Heim ist in den Augen der Araber bereits zu groß. Aber selbst wenn es viel kleiner wäre, selbst wenn es sich 1925 herauskristallisiert hätte, wäre die arabische

Haltung die gleiche. Ob groß oder klein, es blockiert den Weg zur nationalen Unabhängigkeit. Ob groß oder klein, die Araber bestehen auf ihrem Recht, es als Teil eines selbstverwalteten Palästina zu regieren.

39. Die Geschichte der letzten siebzehn Jahre ist ein Beweis dafür, dass dieser arabische Nationalismus mit seiner antijüdischen Speerspitze kein neues oder vorübergehendes Phänomen ist. Er war von Anfang an da: seine Stärke und Reichweite haben ständig zugenommen; und es scheint uns aus dem, was wir gesehen und gehört haben, klar zu sein, dass er seinen Höhepunkt noch nicht erreicht hat. Es sind sowohl interne als auch externe Faktoren, die das Wachstum vorantreiben. Zwei der internen Faktoren sind vorherrschend. Erstens wird die Bewegung jetzt von einem weitaus effizienteren und umfassenderen politischen Apparat getragen als in früheren Jahren. Die Zentralisierung der Kontrolle, die wir als alarmierendes Merkmal des Ausbruchs von 1933 festgestellt haben, ist jetzt so vollständig verwirklicht, wie es in keinem arabischen Land möglich ist. Alle politischen Parteien bilden eine "gemeinsame Front", und ihre Führer sitzen gemeinsam im Arabischen Oberkomitee. Sowohl christliche als auch muslimische Araber sind in diesem Gremium vertreten. Es gibt keine Oppositionspartei. Wenn irgendetwas in der Öffentlichkeit gesagt oder bei Tageslicht getan wird, das den bekannten Wünschen des Arabischen Oberkomitees zuwiderläuft, so ist dies nicht das Werk eines gemäßigeren, sondern eines vollblütigeren Nationalismus als dem ihren. In jeder Stadt gibt es ein arabisches Nationalkomitee, das seine Vertreter in den benachbarten Dörfern hat. Wie weit verbreitet diese Organisation ist und wie gut sie ihre Arbeit macht, hat das Verhalten der gesamten arabischen Bevölkerung während der Unruhen im vergangenen Jahr gezeigt. Unsere eigene Erfahrung war ein weiterer Beweis dafür. Solange das arabische Oberkomitee den "Boykott" aufrechterhielt, kam kein Araber in unsere Nähe; und selbst als er zurückgezogen wurde, waren die einzigen Zeugen, die vor uns aussagen durften, mit vier Ausnahmen Mitglieder oder Vertreter des Oberkomitees. Die Ausnahmen waren der melkitische Erzbischof von Galiläa und Pfarrer N. Mamura, der mit voller Zustimmung des arabischen Oberkomitees und in Begleitung eines seiner christlichen Mitglieder erschien, Herr George Antonius, dessen Erscheinen ebenfalls gebilligt wurde, und Hassan Sidki Bey Dajani, der zumindest ein so ausreichend glühender Nationalist ist, dass er in Sarafand interniert war. Alle vier Zeugen unterstützten die Argumentation des arabischen Obersten Ausschusses *in vollem Umfang*.

40. Diese nationalistische Organisation wird durch eine umfangreiche und lebendige Presse unterstützt. Es gibt vier Tageszeitungen, die in arabischer Sprache gedruckt werden. *Al Liwa* (Auflage 3.000 bis 4.000) ist das offizielle Organ der Arabischen Partei Palästinas, der Partei des Muftis, und Jamal Bey El Husseini ist ihr Eigentümer. *Falastin* (4.000 bis 6.000), das sich in christlich-arabischem Besitz befindet, unterstützt die Nationale Verteidigungspartei, deren Vorsitzender Ragheb Bey Nashashibi ist. *Al Difa'a* (4.000 bis 6.000) spricht für die Istiqlal-Partei, deren Generalsekretär Awni Bey Abdelhadi ist. *Al Jamia al Islamiya* (etwa 2.000) ist unabhängiger von Parteiorganisationen, aber stark nationalistisch eingestellt. Es gibt auch eine

Wochenzeitschrift, die in englischer Sprache gedruckt wird, *Palästina und Transjordanien* (ca. 1.500), deren Chefredakteur Fuad Eff. Saba, Sekretär des Arabischen Oberkomitees. Mit einer Ausnahme sind alle diese Zeitungen mehr oder weniger eng mit den Mitgliedern des Arabischen Oberkomitees verbunden; und obwohl sie sich oft genug in persönlichen oder taktischen Fragen unterscheiden - *Falastin* zum Beispiel vertrat während unseres Aufenthalts in Jerusalem eine weniger unnachgiebige Linie in der Frage des "Boykotts" als die anderen -, bekräftigen sie in ungebrochener Einmütigkeit den vollen arabischen Anspruch auf nationale Unabhängigkeit. Es gibt auch keine Spur von Mäßigung in ihrem Ton. Während der "Unruhen" im vergangenen Jahr wurden arabische Zeitungen 34 Mal suspendiert und 11 Mal offiziell verwarnt. Und wenn es eines Beweises bedurfte, um zu zeigen, dass die Beendigung des "Streiks" kaum einen Sinneswandel bedeutete, so konnten wir ihn selbst in der allgemeinen Stimmung und oft auch in der tatsächlichen Sprache finden, die von Tag zu Tag in der Presse erschien, während wir im Lande waren. *Al D'ifa'a* zum Beispiel veröffentlichte am 21. Dezember einen Artikel mit der Überschrift "Die Krallen des Wolfes". "Die Araber Palästinas", so hieß es dort, "sehen die Regierung mit einem Auge des Hasses an"; und indem sie die Verantwortung für alle Unruhen "zuerst auf die Regierung und dann auf die Juden" schoben, deuteten sie an, dass mehr "Opfer" nötig sein könnten, um das Land vor "dem Wahnsinn des Imperialismus" zu retten.

41. Der zweite interne Faktor für das Wachstum des arabischen Nationalismus ist das Bildungswesen. Mit Ausnahme einiger weniger Privatschulen wird das gesamte arabische Bildungssystem, anders als das jüdische, von der Regierung unterhalten: aber aus Gründen, die in einem späteren Kapitel untersucht werden sollen,* ist es in seinem Charakter mindestens ebenso rein arabisch wie das jüdische System jüdisch ist. Sowohl in der Primar- als auch in der Sekundarstufe wird nur in arabischer Sprache unterrichtet: Abgesehen von den wissenschaftlichen Fächern ist der Lehrplan fast vollständig der Literatur, der Geschichte und den Traditionen der Araber gewidmet; und alle Schulmeister, vom einfachsten Dorflehrer bis zum Leiter des staatlichen arabischen Colleges, sind Araber. Ein derartig rein arabisches Schulsystem mag für arabische Kinder besser sein als ein "gemischtes" System mit einem britischen Element im Lehrkörper und im Unterrichtsbereich; es sei der richtige Weg, so heißt es, um sie zu "guten Arabern" zu machen. Ob das nun so ist oder nicht, es macht sie auf jeden Fall zu guten arabischen Patrioten. Die allgemeine Tendenz der Schulmeister, politisch zu denken, ist nirgendwo ausgeprägter als im Nahen Osten: und es ist nicht zu erwarten, dass arabische Schulmeister in Palästina, obwohl sie Regierungsbeamte sind, ihre Sympathie für die nationalistische Sache völlig unterdrücken können. Es ist bezeichnend, auch wenn die Haltung der Eltern nicht vergessen werden darf, dass praktisch alle arabischen Schulen im ganzen Land während des "Streiks" im letzten Jahr ihre Türen geschlossen haben. Die Jungen des staatlichen arabischen Colleges, dem Eckpfeiler des Systems, wurden von ihren Lehrern nicht daran gehindert, die Fenster einer privaten "gemischten" Schule in Jerusalem einzuschlagen, die ihre Arbeit fortsetzte. Alle leitenden arabischen Schulmeister und Beamten des

Bildungsministeriums unterzeichneten das Manifest vom 30. Juni 1936. Zwei der Lehrer wurden in Sarafand interniert.

* Siehe Kapitel XVI.

42. Das arabische Bildungswesen produziert somit eine der unlösbarsten Schwierigkeiten der Situation. Wir können nicht wünschen, dass es weniger davon gibt, nur wegen ihrer politischen Folgen: und in einem späteren Kapitel werden wir erklären, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen solch drastische Änderungen in ihrem Lehrplan oder Lehrpersonal, die mit dem Ziel der Neutralisierung ihres politischen Einflusses erdacht werden könnten, so schwierig sind, dass sie praktisch undurchführbar sind. Man muss sich also der Tatsache stellen, dass jedes Jahr einige Tausend junge Araber aus einem Schulsystem hervorgehen, das ihren aufkeimenden Patriotismus unweigerlich gefördert hat.

43. Und das ist noch nicht das Ende ihrer politischen Erziehung. Wir haben gesehen, wie sich die "Jugendbewegung", die in den letzten Jahren eine so große Rolle beim Aufblühen des Nationalismus in Ägypten und Syrien gespielt hat, in letzter Zeit auch in Palästina verbreitet hat. Sie zieht unweigerlich die aufgeschlossenen jungen Araber an. Sie bietet ihnen die Möglichkeit, sich aktiv in den Dienst der nationalen Sache zu stellen, sei es als "Pfadfinder" - und diese "Pfadfinder" sind tatsächlich und nützlich - oder als Patrouillen zur Durchsetzung eines "Streiks" oder "Boykotts", oder sogar, so wird vermutet, als Attentäter. Es handelt sich, wie man vermuten könnte, um eine extremistische Bewegung. Ihre Anhänger haben nichts mit den "Gemäßigten" zu tun. Sie sind schnell dabei, die offizielle Führung ihrer Sache anzuprangern, wenn sie sie für zu langsam oder zu zaghaft halten. Sie sprechen von neuen Männern und neuen Methoden und interessieren sich, wie in Syrien, wohlwollend für den Faschismus. Sie lassen sich von wirtschaftlichen Argumenten nicht beeindrucken. Sie interpretieren ihren Kreuzzug in Begriffen des Konflikts und der Opfer, nicht des Friedens und des Wohlstandes. "Das britische Gerede", so schreibt einer, der die Araber gut kennt, "über ausgeglichene Haushalte und einen höheren Lebensstandard ist im Vergleich zu den Heldentaten der Nationalisten nur ein leeres Gerede. Kein tapferer junger Mann, egal welcher Rasse, würde auch nur einen Moment lang zögern, unter welchem Banner er sich anmeldet. Diese Jugendbewegung hat, wie es scheint, noch keinen nennenswerten Anführer hervorgebracht, so dass ihr Eifer gegenwärtig von älteren Männern bestimmt wird. Sie hat auch nicht die politische Macht erlangt, die in den letzten Jahren von der Studentenschaft in Kairo ausgeübt worden ist. Ihre Bedeutung sollte jedoch nicht überschätzt, aber auch nicht heruntergespielt werden. Die Jugendbewegung in Verbindung mit dem arabischen Bildungssystem bedeutet zumindest, dass die Stärke des arabischen Nationalismus in Palästina im Laufe der Zeit nicht abnehmen wird.

44. Soviel zu den internen Faktoren, die das Wachstum des arabischen Nationalismus begünstigen. Die Bedeutung der äußeren Faktoren haben wir bereits hervorgehoben; wir brauchen hier nur darauf hinzuweisen, dass auch ihr Einfluss auf die Situation zunimmt

und wahrscheinlich weiter zunehmen wird. Einerseits wird der Drang der Juden, aus Osteuropa zu fliehen, im Laufe der nächsten Jahre nicht geringer werden. Andererseits wird die Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit in Ägypten und in naher Zukunft in Syrien und im Libanon sowie die Aufnahme dieser Länder in den Völkerbund das Bewusstsein der palästinensischen Araber über ihre politische Unterlegenheit verstärken und verbittern. Der Anblick Syriens, vor allem, wenn es in weniger als drei Jahren aus der Zwangsvormundschaft entlassen wird und in Freundschaft und Bündnis auf gleicher Augenhöhe mit Frankreich steht, wird ein ständiger Reiz sein; und die Sympathie Syriens mit den Bestrebungen der palästinensischen Araber wird vielleicht noch ausgeprägter sein, wenn es nicht mehr dem zurückhaltenden Einfluss unterliegt, den die französische Regierung bisher für ihren Mandatskollegen in Jerusalem ausgeübt hat.

45. Das hässlichste Element in diesem Bild bleibt zu erwähnen. Der arabische Nationalismus in Palästina ist nicht von der üblen Krankheit verschont geblieben, die die Sache des Nationalismus in anderen Ländern so oft besudelt hat. "Terrorakte" in verschiedenen Teilen des Landes sind seit langem in den Zeitungen zu lesen. Wie in Irland in den schlimmsten Tagen nach dem Krieg oder in Bengalen ist die Einschüchterung mit dem Revolver ein nicht seltenes Merkmal der arabischen Politik geworden. Angriffe von Arabern auf Juden sind bedauerlicherweise nichts Neues. Das Neue an der gegenwärtigen Situation sind Angriffe von Arabern auf Araber. Wenn ein Araber verdächtigt wird, der nationalistischen Sache nur lauwarm anzuhängen, bekommt er Besuch von einer Gruppe "Bewaffneter". Ein solcher Besuch wurde dem Redakteur einer der arabischen Zeitungen im vergangenen August abgestattet, kurz nachdem er Artikel veröffentlicht hatte, in denen er sich für den Abbruch des "Streiks" aussprach. Ähnliche Besuche wurden während unseres Aufenthalts in Palästina wohlhabenden arabischen Landbesitzern oder Geschäftsleuten abgestattet, von denen man glaubte, sie hätten nicht genügend in den Fonds eingezahlt, den das Arab Higher Committee zur Entschädigung der Araber für die während der "Unruhen" erlittenen Schäden auflegte. Die "Bewaffneten" beschränken sich auch nicht auf die Einschüchterung. Es ist nicht bekannt, wer den arabischen amtierenden Bürgermeister von Hebron im vergangenen August ermordet hat, aber niemand zweifelt daran, dass er sein Leben verlor, weil er es gewagt hatte, von der "extremistischen" Politik des Obersten Ausschusses abzuweichen. Der Mordversuch am arabischen Bürgermeister von Haifa, der einige Tage nach unserer Abreise aus Palästina stattfand, wird ebenfalls als politisch angesehen. Es ist nicht verwunderlich, dass eine Reihe von Arabern um den Schutz der Regierung gebeten hat.

46. Dies ist, in der kürzesten Form, die wir erreichen konnten, unsere Analyse des Charakters und der Stimmung der beiden nationalen Gruppen, deren Gegensatz das Problem Palästinas darstellt. Um es zusammenzufassen: -

Die Errichtung der jüdischen Heimstätte war bisher für die Araber insgesamt von wirtschaftlichem Vorteil.

Der jüdische Nationalismus ist ebenso intensiv und egozentrisch wie der arabische Nationalismus. Beide sind wachsende Kräfte, und die Kluft zwischen ihnen vergrößert sich.

Was die Araber am meisten wünschen, ist nationale Unabhängigkeit. Was sie am meisten fürchten, ist die jüdische Vorherrschaft.

Was die Juden am meisten wünschen, ist die Freiheit, die Ideen, die der Nationalen Heimstätte innewohnen, voll zu entfalten und vor allem so viele Einwanderer aufzunehmen, wie sie selbst glauben, "absorbieren" zu können. Was sie am meisten fürchten, ist, dass sich die Nationale Heimstatt in ihrer jetzigen Form herauskristallisiert und die Juden in Palästina in einer dauerhaften Minderheit bleiben, die der Möglichkeit einer arabischen Vorherrschaft ausgesetzt ist oder sogar, unter bestimmten, nicht unvorstellbaren Umständen, das Schicksal erleiden könnte, das die Griechen in Smyrna oder die Assyrer im Irak erleidete.

4. Die Position der Regierung.

47. Wir bezweifeln, dass es ein Land in der Welt gibt, in dem die Position der Regierung weniger beneidenswert ist als die der Regierung Palästinas, die über zwei unversöhnlichen Gemeinschaften steht, gezwungen ist, einen Weg zwischen ihnen zu gehen, der durch ein ausgeklügeltes, aber nicht sehr klares Rechtsinstrument abgesteckt ist, und bei jedem ihrer Schritte von den beiden streitenden Parteien innerhalb des Landes und von außen durch erfahrene Kritiker in der Ständigen Mandatskommission und durch Scharen von Juden in der ganzen Welt beobachtet wird.

48. Ihre Aufgabe wäre leichter gewesen, wenn Palästina ein britisches Gebiet gewesen wäre. Die Regierung hätte dann freie Hand gehabt, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die beiden Rassen einander näher zu bringen und zwischen ihnen ein Gefühl der gemeinsamen Staatsbürgerschaft zu schaffen. Englisch hätte zur alleinigen Amtssprache gemacht werden können und hätte Arabern und Juden helfen können, sich zu verstehen, so wie es den verschiedenen Völkern Indiens so sehr geholfen hat. Das gesamte Bildungssystem hätte unter wirksamer Kontrolle der Regierung stehen und auf denselben vereinigenden Zweck ausgerichtet werden können. Vor allem hätte das Personal der Verwaltung mit Ausnahme sehr kleiner Posten vollständig britisch sein können. Hätte die gesamte Bezirksverwaltung aus sorgfältig ausgewählten britischen Beamten bestanden, die sowohl Arabisch als auch Hebräisch sprechen, die mit der Geschichte und den Ansprüchen beider Völker vertraut sind und die wissen, dass es ihre erste Pflicht ist, durch engen persönlichen Kontakt mit Arabern und Juden zu versuchen, ein besseres Verständnis zwischen ihnen herbeizuführen, dann wäre es denkbar, dass sich die Kluft nicht so schnell und so weit vergrößert hätte, wie es geschehen ist.

49. All dies wurde jedoch durch den obligatorischen Charakter der Verwaltung und insbesondere durch die spezifischen Anforderungen des Mandats behindert.

Im Allgemeinen war es nach den Grundsätzen und Absichten des Mandatssystems ebenso wenig möglich, Palästina nach den Regeln einer normalen Kronkolonie zu regieren, wie den Irak wie eine Provinz von Britisch-Indien oder Syrien wie einen Teil von "Übersee-Frankreich" zu behandeln. Wie wir gesehen haben, gehörte es daher von Anfang an zur Pflicht der Regierung, so viele arabische und jüdische Beamte wie möglich zu ernennen, damit sie sich durch ihre Erfahrung für ihre endgültige Aufgabe der Selbstverwaltung qualifizieren konnten. Unter glücklicheren Umständen hätten diese "palästinensischen" Beamten etwas tun können, wenn auch nicht so viel wie britische Beamte, um ein besseres Gefühl zwischen ihren jeweiligen Völkern zu fördern: aber so, wie die Dinge lagen, konnten sie wenig tun, und so, wie die Dinge liegen, können sie nichts tun. Kein arabischer Beamter wird mit einem jüdischen Bezirk betraut, kein jüdischer Beamter mit einem arabischen. Auch können sie ihre natürlichen Gefühle nicht so neutralisieren, dass sie die Rolle von Vermittlern zwischen ihren Völkern spielen. In ruhigen Zeiten, so wurde uns mitgeteilt, haben sie ihre volle Pflicht gegenüber der Regierung erfüllt und loyal zusammengearbeitet; aber in Zeiten des politischen Konflikts ziehen sie sich auseinander und können nicht als eine Verwaltung handeln. Es wurde nicht geleugnet, dass die arabischen Distriktsbeamten und Polizisten, von einigen bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen, mit zunehmender Schwere der "Unruhen" des letzten Jahres immer weniger in der Lage waren, der Belastung, die ihrer Loyalität auferlegt wurde, standzuhalten. Glücklicherweise ist eine analoge Situation auf jüdischer Seite derzeit wenig wahrscheinlich; sollte sie jedoch eintreten, würden jüdische Beamte und Polizisten in die gleiche schwierige Lage geraten wie ihre arabischen Kollegen im vergangenen Jahr.

50. Die besonderen Erfordernisse des Mandats waren ein ebenso unüberwindliches Hindernis für die Annahme einer durchgreifenden Politik zur Annäherung der Rassen und zur Förderung des allmählichen Wachstums einer gemeinsamen Hingabe an ihr gemeinsames Heimatland. Gerade weil das Mandat in erster Linie auf die Verwirklichung der nationalistischen Ideale des Zionismus ausgerichtet war, hätte es kaum besser geeignet sein können, die Rassen auseinander zu halten. Erstens schrieb es den Gebrauch von drei Amtssprachen vor. Zweitens bekräftigte es "das Recht jeder Gemeinschaft, ihre eigenen Schulen für die Ausbildung ihrer Mitglieder in ihrer eigenen Sprache zu unterhalten". Drittens wurde eine jüdische Agentur eingerichtet, die die Regierung "beraten und mit ihr zusammenarbeiten" sollte - eine Bestimmung, die zu gegebener Zeit durch die Einrichtung des Obersten Muslimischen Rates und der arabischen Exekutive und ihres Nachfolgers ausgeglichen wurde, wenn auch nicht ganz ausgewogen. Im Ergebnis haben die beiden Gemeinschaften, anstatt durch die gemeinsamen Formen und Symbole einer einzigen Staatsbürgerschaft zusammengehalten zu werden, die Formen und Symbole einer getrennten Nationalität angenommen. In Palästina wehen drei Nationalflaggen - der Union Jack, die rot-weiß-grün-schwarze arabische Flagge und die blau-weiße Fahne des Zionismus. Niemand will eine palästinensische Flagge. Wenn es nicht drei Nationalhymnen gibt, dann nur, weil es keine arabische Hymne gibt, die man zusammen mit "God Save the King" und

der zionistischen "*Hatikva*" singen könnte. Und schließlich, was der Sache des Friedens am meisten schadet, gibt es in Palästina drei politische Körperschaften, die Anspruch auf die Loyalität der Palästinenser erheben - die Mandatsverwaltung, das mit dem Obersten Moslemrat verbündete Arabische Oberkomitee und die mit der *Va'ad Leumi* verbündete Jewish Agency. Man könnte sie fast als drei Regierungen bezeichnen; und es ist die schlichte Wahrheit, dass die Regierung von Palästina von allen dreien am wenigsten an die natürliche Loyalität der Araber oder der Juden appelliert.

51. Da der palästinensischen Regierung durch das Mandat die Hände gebunden sind, konnte sie nicht verhindern, dass ihre Hoffnungen auf Einigung und Zusammenarbeit immer wieder zunichte gemacht wurden. Alle positiven Bemühungen, die sie von Zeit zu Zeit unternommen hat, um die Kluft zu überbrücken, haben sich als nutzlos erwiesen, und sie hat mehr und mehr dazu geneigt, die *Rolle* des unparteiischen Schiedsrichters zu übernehmen. Aber auch hier war das Mandat leider nicht hilfreich: Die strikte Befolgung seiner Bestimmungen gegen die Diskriminierung zwischen den Rassen hat eine Art mechanischer Unparteilichkeit begünstigt, die weder zu einem guten Umgang noch zu besseren Beziehungen zwischen den Rassen führt.

52. Ein deutliches Beispiel dafür ist der Prozess der Rekrutierung. Hätte es kein Mandat gegeben, so hätte die Regierung von Anfang an den Grundsatz anwenden können, dass die Fähigkeit von Arabern und Juden, einer politischen Gemeinschaft anzugehören, das einzige Kriterium für eine offizielle Anstellung sein würde. Unter dem Mandat wurde jedoch davon ausgegangen, dass die Zahl der Beamtenstellen so weit wie möglich zwischen Arabern und Juden im Verhältnis zu ihrer Gesamtzahl aufgeteilt werden sollte. Daher muss nicht nur eine freie Stelle in einem arabischen oder jüdischen Gebiet mit einem Araber oder einem Juden besetzt werden, sondern bei Stellen, die keinen direkten Kontakt mit der Bevölkerung erfordern, lautet die erste Frage oft nicht, ob der Mann der beste für die Stelle ist, sondern ob ein Araber oder ein Jude an der Reihe ist, ernannt zu werden.

53. Dieser Grundsatz der proportionalen Behandlung geht weit über die Frage des Personals hinaus: Er durchdringt den gesamten Bereich der Verwaltung. 1933 beschloss die Regierung, dass 30 bis 33 Prozent der bei öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeitskräfte Juden sein sollten, wobei der Prozentsatz auf der Grundlage der Löhne und nicht der Gesamtzahl der Arbeitstage berechnet wurde. Dieser Prozentsatz beruhte auf zwei Faktoren: Die Regierung akzeptierte 37 % als Prozentsatz des jüdischen Beitrags zu den öffentlichen Einnahmen und 18 % als ungefähren Anteil der Juden an der Bevölkerung. Die Berechnungen der Höhe des staatlichen Zuschusses für das jüdische Bildungswesen auf der Grundlage (a) der Ausgaben für das arabische Bildungswesen und (b) des Verhältnisses zwischen der arabischen und der jüdischen Bevölkerung im schulpflichtigen Alter haben zu einem heftigen Streit zwischen dem Bildungsministerium und der *Va'ad Leumi* geführt. Der Zuschuss für das Gesundheitswesen wird auf ähnliche Weise festgelegt. In jeder Abteilung und in jedem Detail wird peinlichst darauf geachtet, das Gleichgewicht zu wahren. Es ist eine

Kleinigkeit, aber nicht weniger bedeutsam, dass die drei von der Regierung für unseren persönlichen Gebrauch zur Verfügung gestellten Autos von moslemisch-arabischen, christlich-arabischen bzw. jüdischen Firmen gemietet wurden. Wir bezweifeln in der Tat, dass der Grundsatz der Unparteilichkeit zwischen den verschiedenen Teilen einer Gemeinschaft irgendwo anders so strikt angewandt wurde. Die Regierung Palästinas könnte man fast als eine Regierung der Arithmetik bezeichnen. Und das Schlimmste daran ist, dass sie, je strenger und umfassender sie arbeitet, den Geist des Antagonismus zwischen den Rassen umso mehr nährt. Sowohl die arabischen als auch die hebräischen Zeitungen halten eifersüchtig Ausschau nach der geringsten Abweichung vom schmalen Pfad, und während unseres Aufenthalts in Palästina wurden empörte Proteste unter anderem aus folgenden Gründen veröffentlicht: dass die jüdischen Lumpensammler in Jerusalem nicht so mit Winterkleidung versorgt wurden, wie die arabischen Lumpensammler; dass ein jüdischer Arzt für das Krankenhaus in Jaffa ernannt wurde, während es in Tel Aviv keine arabischen Ärzte gibt; dass Ferngespräche von und nach Tel Aviv über die Börse in Jaffa laufen müssen; dass am Haupttor des Jerusalemer Museums der Titel der Einrichtung in Englisch und Hebräisch, aber nicht in Arabisch eingraviert ist.

54. Unabhängig davon, ob es notwendig war, den Grundsatz der Unparteilichkeit oder Nichtdiskriminierung so weit auszudehnen, wie er jetzt ausgedehnt wurde, ist die Beibehaltung des Grundsatzes als eine der Grundlagen der Regierungspolitik natürlich unbestreitbar richtig; und obwohl einzelne Beamte manchmal durch unvorsichtige Formulierungen eine persönliche Voreingenommenheit verraten haben, die mit der doppelten Verpflichtung des Mandats nicht in Einklang steht, kann die Regierung als Ganzes behaupten, den Grundsatz ehrlich aufrecht erhalten zu haben. Wir möchten betonen, dass die offizielle Unparteilichkeit keine hilfreiche Auswirkung auf die Beziehungen zwischen den Rassen gehabt hat. Keiner von ihnen glaubt an ihre Aufrichtigkeit, und sie hat ihre Eifersucht und Feindschaft eher geschürt als gemildert.

55. Das Gleiche gilt für ein weiteres Merkmal der Politik der Regierung. Von Anfang bis Ende war sie versöhnlich. Was die Juden anbelangt, so ist sie weit gegangen, wenn auch nicht immer so weit, wie sie es sich gewünscht hat, um deren Forderungen zu erfüllen. Bei der Anwendung des Grundsatzes der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit als begrenzendem Faktor für die Einwanderung wurde beispielsweise der von der Jewish Agency vorgelegte Fall immer sehr sorgfältig geprüft. In kommunalen Angelegenheiten wurde Tel Aviv mit einer sehr leichten Hand geführt; es wurde nie versucht, eine strikte Einhaltung der Verordnung zu erzwingen. Aber die Juden brauchen natürlich, da sie das Mandat akzeptieren, weniger Beschwichtigung als die Araber, die es ablehnen. Und wenn eines aus der Bilanz der Mandatsverwaltung klar hervorsticht, dann ist es die Nachsicht, mit der arabische politische Agitation, selbst wenn sie bis zur Gewalt und zum Mord getrieben wurde, behandelt wurde. Die in Kapitel III aufgeführten Fakten sprechen für sich. Nach jedem Ausbruch war die Bestrafung sparsam und die Milde die Regel: es gab weder einen wirklichen Versuch der Entwaffnung noch eine allgemeine Repression: die Redefreiheit wurde nicht eingeschränkt. Es ist nicht unsere Aufgabe,

uns über die Behandlung des letzten Ausbruchs durch die Regierung zu äußern: diese Frage wurde in unserem Auftrag stillschweigend ausgeschlossen; aber wir fühlen uns verpflichtet zu sagen, und wir denken, dass die Regierung selbst die erste wäre, die zugeben würde, dass sie die Politik der Versöhnung bis an ihre äußerste Grenze geführt hat. Auch hier geht es nicht um die Weisheit dieser Politik. In all diesen Jahren war es offensichtlich, dass die einzige Chance auf Frieden in Palästina, die einzige Hoffnung auf die endgültige Harmonie und Zusammenarbeit, von der die gesamte Zukunft des Mandats abhing, darin bestand, zu versuchen, die Araber mit dem Mandat zu versöhnen. Wir möchten noch einmal betonen, dass die Versöhnung ebenso wie die Unparteilichkeit gescheitert ist. Wenn die geduldige Behandlung der Araber im vergangenen Jahr scharf kritisiert wurde, so müssen ihre Kritiker doch zugeben, dass sie zumindest dieses Verdienst hatte. Sie hat den Beweis erbracht, dass die Schlichtung nichts nützt. Sie wurde nun 17 Jahre lang erprobt, und am Ende sind die Araber insgesamt gesehen den Juden gegenüber feindseliger eingestellt und viel feindseliger gegenüber der Regierung, als sie es zu Beginn waren.

5. Die arabischen und jüdischen Vorschläge.

56. Die Situation zwingt uns zu der Frage, welche andere Politik, wenn überhaupt, bessere Aussichten auf Erfolg hat, und in diesem Sinne haben wir die Vorschläge, die uns von den offiziellen Sprechern der beiden streitenden Parteien vorgelegt wurden, mit größter Aufmerksamkeit verfolgt.

57. Die vom Arabischen Komitee vorgeschlagene Lösung des Problems war, wie wir gesehen haben, einfach. Die rasche Herstellung der nationalen Unabhängigkeit sei der einzige Weg zum Frieden in Palästina. Unter anderen Umständen würde diese Forderung, wie der Verlauf der britischen Politik in den Nachbarländern zeigt, von der britischen Öffentlichkeit nicht negativ aufgenommen werden. Aber unter den gegebenen Umständen fällt es uns schwer zu glauben, dass die arabische öffentliche Meinung auf ihrer Seite wirklich glaubt, dass dieser Anspruch zugestanden werden kann. Denn er bedeutet die Übergabe der jüdischen Heimstätte an die Araber, die die Juden zahlenmäßig mehr als zwei zu eins übertreffen.

58. Das arabische Oberkomitee versicherte uns, dass das Wohlergehen der jüdischen Minderheit nicht nur durch besondere Bestimmungen im Vertrag, der mit der Gewährung der Unabhängigkeit einhergehen würde, sondern auch durch die gewohnheitsmäßige Duldung, die jüdische Minderheiten in anderen arabischen Ländern genossen haben, gesichert würde. Es muss jedoch bedacht werden, dass diese jüdischen Minderheiten anderswo relativ klein sind und dass die jüdische Minderheit in Palästina von den Arabern bereits als zu groß angesehen wird. Zu diesem Punkt sind die folgenden Fragen an den Mufti von Jerusalem und seine Antworten zu beachten: -

Q. Glaubt Seine Eminenz, dass dieses Land die 400.000 Juden, die jetzt im Land sind, assimilieren und verdauen kann?

A: Nein.

Q. Einige von ihnen müssten durch ein Verfahren entfernt werden, das je nach Fall angenehm oder schmerzhaft ist?

A. All dies müssen wir der Zukunft überlassen.

Wir stellen weder die Aufrichtigkeit noch die Menschlichkeit der Absichten des Mufti und seiner Kollegen in Frage; aber wir können nicht vergessen, was vor kurzem trotz vertraglicher Bestimmungen und ausdrücklicher Zusicherungen mit der assyrischen Minderheit im Irak geschehen ist; und wir können auch nicht vergessen, dass der Hass des arabischen Politikers auf das Nationale Haus nie verborgen geblieben ist und dass er nun die gesamte arabische Bevölkerung durchdrungen hat.

59. Es ist auch nicht nur eine Frage der Menschlichkeit. Wir haben versucht zu zeigen, dass das Nationale Heim im Wesentlichen eine europäische Einrichtung ist, die im Wesentlichen modern ist und insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht eng mit der Außenwelt verbunden ist. Wir wollen die natürlichen Fähigkeiten der arabischen Führer nicht schmälern, wenn wir sagen, dass das Nationale Heim mit seiner besonderen und heiklen wirtschaftlichen Verfassung nicht unter einer Regierung gedeihen kann, die wenig Erfahrung mit dem modernen Kapitalismus hat und mit den Finanz- und Handelsproblemen im Weltmaßstab nicht vertraut ist. Es scheint uns in der Tat klar zu sein, dass die Einsetzung einer unabhängigen Regierung Palästinas zum jetzigen Zeitpunkt gegen die in Artikel 2 des Mandats eingegangene Verpflichtung verstoßen würde, das Land "unter solche politischen, administrativen und wirtschaftlichen Bedingungen zu stellen, die die Errichtung der jüdischen Heimstätte sicherstellen würden". Unserer Meinung nach kann auch nicht behauptet werden, dass wir, nachdem eine Heimstätte errichtet worden ist, ehrenhaft aufhören können, uns für ihre Sicherheit zu interessieren. In der Tat sind hier, wie auch in anderen Aspekten des Problems, die tatsächlichen Umstände von heute ebenso zwingend wie alle früheren Verpflichtungen. Es gibt 400.000 Juden in Palästina. Sie sind nicht nur mit unserer Erlaubnis, sondern auch mit unserer Ermutigung dorthin gekommen. Wir sind in angemessenem Rahmen für ihr Wohlergehen verantwortlich. Unter den gegenwärtigen Umständen können wir sie nicht den guten Absichten einer arabischen Regierung überlassen.

60. Dies scheint uns ganz klar zu sein, und wir können nicht umhin, zu glauben, dass es auch für jeden denkenden arabischen Staatsmann klar sein muss. Streitparteien sind verpflichtet, ihre Maximalforderungen vorzubringen, wenn ihr Fall zur Verhandlung ansteht; und man kann kaum erwarten, dass das arabische Oberkomitee weniger verlangt als die nationale Unabhängigkeit, die nach ihrer Interpretation des Abkommens König Hussein versprochen wurde und die jetzt alle Araber in Asien außerhalb Palästinas genießen oder bald genießen werden. Aber sie müssen doch einsehen, dass zwei Unrechte kein Recht ergeben; und wir bezweifeln, dass das britische Ansehen und der Glaube an die britische Gutgläubigkeit irgendwo in der arabischen Welt höher stehen würden, wenn wir versuchen würden, unseren Schwierigkeiten in Palästina durch einen offenen Verrat an den Juden zu entkommen.

61. Außerdem müsste mit jüdischem Widerstand gerechnet werden. Man glaubt, dass sich die Juden, wie bereits erwähnt, heimlich bis zu einem gewissen Grad bewaffnet haben. In der Überzeugung, dass eine arabische Regierung alle ihre Bemühungen und Ideale zunichte machen würde, dass sie das National Home in ein weiteres enges und gefährliches Ghetto verwandeln würde, scheint es nur allzu wahrscheinlich, dass sie eher kämpfen als sich der arabischen Herrschaft unterwerfen würden. Und einen jüdischen Aufstand gegen die britische Politik zu unterdrücken, wäre eine ebenso unangenehme Aufgabe, wie es die Unterdrückung arabischer Aufstände war.

62. Für die jüdischen Extremisten ist die Lösung des Problems so einfach wie die des arabischen Oberkomitees. Herr Jabotinsky und die Revisionisten fordern, dass die Ausdehnung der Nationalen Heimstätte in beschleunigtem Tempo fortgesetzt werden sollte. Transjordanien sollte für jüdische Einwanderer geöffnet werden und in diesem größeren Palästina sollte schnell Platz für viele Millionen Juden geschaffen werden. Das ganze Land würde so faktisch zu *Eretz Israel* werden und zu gegebener Zeit seine Unabhängigkeit als jüdischer Staat erlangen. Es ist wahr, dass, wie in Kapitel II erläutert, die Juden in den Tagen der Balfour-Erklärung verstanden, dass ein solches Ergebnis das Endergebnis sein könnte. Aber die ganze Situation hat sich durch die Ereignisse in der Zwischenzeit verändert. Unter den gegenwärtigen Umständen steht das Programm der Revisionisten nicht nur in klarem Widerspruch zu unseren rechtlichen und moralischen Verpflichtungen: seine Ausführung würde die Freundschaft aller arabischen Völker in unerbittlichen Groll verwandeln und über ihre Grenzen hinaus in der gesamten muslimischen Welt reagieren.

63. Die jüdischen Vorschläge, die uns von Dr. Weizmann und seinen Kollegen im Namen der Jewish Agency und der *Va'ad Leumi* vorgelegt wurden, müssen ernsthafter und länger erwogen werden. Diese Zeugen sind Männer von Welt, die vielleicht besser als die Araber die Schwierigkeiten erkennen, in denen sich die Regierung Eurer Majestät befindet, und die auch die Gefahren erkennen, denen sie ausgesetzt sind. Es war klar, dass ihre Darstellungen sehr gründlich und sorgfältig erwogen worden waren: Sie wurden uns in aller Ausführlichkeit und mit einer Vielzahl von bestätigenden Fakten und Zahlen vorgelegt. In der Tat waren die mündlichen und schriftlichen Aussagen der Juden eine beeindruckende Darbietung, die für den Fleiß und die wissenschaftlichen Standards des Nationalen Heims charakteristisch ist. Es war auch nicht verwunderlich, dass ein derartiger Aufwand in ihrem Namen betrieben wurde, da ihr Schicksal in diesem Moment der Krise durch unseren Bericht auf Gedeih und Verderb ernsthaft beeinflusst werden könnte. Aus diesem Grund war es auch ganz natürlich, dass der jüdische Fall, wie der arabische, maximal sein sollte; dass die Juden, wie die Araber, 100 Prozent von dem, was sie als ihr Recht beanspruchen, verlangen oder vielmehr darauf bestehen sollten. Wir konnten auch nicht vergessen, was die Juden in Palästina nie vergessen - die Leiden der Juden in Europa und den Anreiz, den sie für den Versuch darstellen, die Grenzen der Nationalen Heimstätte bis zum Äußersten zu erweitern.

64. Die Vorschläge lassen sich klar zusammenfassen. Uns wurde gesagt, dass der Frieden in Palästina nur durch die Anwendung des Mandats erreicht werden kann, das in jedem Punkt in Übereinstimmung mit den vollen jüdischen Ansprüchen ausgelegt wird. Es darf keine neue Beschränkung der Einwanderung geben. Ihre Rate darf weiterhin nur durch die "wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit" des Landes "bestimmt" werden und muss bis zur Grenze dieser Fähigkeit aufrechterhalten werden. Es dürfen keine neuen Beschränkungen für den Verkauf von arabischem Land an Juden eingeführt werden. Es dürfen keine Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, dass die jüdische Bevölkerung zu gegebener Zeit die Mehrheit in Palästina bildet; und wenn sie die Mehrheit bildet, sollte kein Veto dagegen eingelegt werden, dass Palästina ein jüdischer Staat wird, in dem Sinne, dass die Juden eine wichtige Stimme in seiner Regierung haben. Nur in diesem Punkt wurde ein Zugeständnis gemacht. Die Juden wollten nicht von den Arabern "beherrscht" werden, und sie wollten sie auch nicht "beherrschen". Sie waren daher bereit, an dem Prinzip der "Parität" festzuhalten. Wenn jetzt ein Legislativrat eingerichtet würde und die derzeitige jüdische Minderheit die gleiche Anzahl von Sitzen wie die derzeitige arabische Mehrheit bekäme, würden die Juden niemals mehr als diese gleiche Anzahl beanspruchen, wie auch immer das zukünftige Verhältnis zwischen arabischer und jüdischer Bevölkerung aussehen würde.

65. Wenn die Regierung diese Politik ohne Zögern oder Zweideutigkeit übernehmen und deutlich machen würde, dass jede illegale Agitation gegen sie sofort und entschieden unterdrückt würde, dann, so versicherten uns die jüdischen Zeugen, würde alles gut werden. Die arabischen Extremisten, so wurde suggeriert bzw. gefolgert, würden sofort ihren Einfluss auf die öffentliche Meinung verlieren. Die gemäßigten Kräfte würden an die Front kommen und mit der Regierung zusammenarbeiten. Die gebildeten Araber würden sich größtenteils mit der Vereitelung ihrer nationalen Ambitionen abfinden, während die *Fellachen*, die nur darauf bedacht sind, ihre Felder in Ruhe zu bestellen, den Zusammenbruch einer gefährlichen und kostspieligen Agitation begrüßen würden, an der sie nie beteiligt waren. Mit anderen Worten, die im Brief von Herrn Ramsay MacDonald dargelegte Politik bedarf keiner Änderung, sondern nur der Durchsetzung. Das scheinbare Hindernis ist ein unwirkliches Hindernis. Der arabische Nationalismus in Palästina ist durch Methoden, die die Regierung niemals hätte zulassen dürfen, künstlich aufgeblasen worden. Es ist nur ein wenig Entschlossenheit erforderlich, um ihn zu entkräften.

. 66. Wir wissen, dass diese optimistische Sichtweise in England und anderswo außerhalb Palästinas weit verbreitet ist; und sie sollte nicht leichtfertig beiseite geschoben werden. Wenn sie tatsächlich durch die Tatsachen gerechtfertigt wäre, würden sich die Schwierigkeiten des Problems natürlich erheblich verringern. Aber wir sind überzeugt, dass sie nicht gerechtfertigt ist. Sie beruht unserer Meinung nach auf zwei Fehleinschätzungen. Sie unterschätzt die Stärke des arabischen Nationalismus im ganzen Land und insbesondere unter der Jugend. Und sie überschätzt die Hilfe, die arabische Gemäßigte bei der weiteren Durchsetzung der Politik von 1931 zu leisten bereit oder in der Lage wären.

67. Es liegt uns fern, die Haltung der Gemäßigten in der Vergangenheit zu kritisieren. Es ist ihnen hoch anzurechnen, dass sie dem Druck der verschiedenen Hochkommissare so weit nachgegeben und so weit mit der Regierung und in einigen Fällen mit den Juden zusammengearbeitet haben, wie sie es getan haben. So weigerten sich vor der jüngsten Verschlechterung der Lage nur wenige der Araber, die eingeladen wurden, in "gemischten" Regierungsgremien oder -ausschüssen zu sitzen, mit der Begründung, dass dort Juden oder ihrer Meinung nach ein zu großer Anteil von Juden vertreten waren. Auch heute noch sitzen Araber in Gremien wie dem Allgemeinen Landwirtschaftsrat, dem Ständigen Ausschuss für Handel und Industrie oder den Hafens- und Straßenbehörden. Aber diese Araber, so wurde uns mitgeteilt, betrachten sich nicht als Mitarbeiter der Juden, sondern nur, wie es von ihnen verlangt wurde, als Mitarbeiter der Regierung, deren offizieller Vertreter stets den Vorsitz führt.

68. In den "gemischten" Gemeinden haben die arabischen Bürgermeister und Stadträte in der Vergangenheit erfolgreich mit ihren jüdischen Kollegen zusammengearbeitet, außer natürlich in Zeiten von "Unruhen". In Haifa waren die Reibungen immer weniger ausgeprägt als anderswo, und es wurde eine Politik der Zusammenarbeit mit den Juden verfolgt. Die jüdischen Interessen in Jaffa haben einen angemessenen Anteil an der kommunalen Aufmerksamkeit erhalten. In Jerusalem, wo der Bürgermeister seit jeher ein Araber ist, obwohl die Mehrheit der Steuerzahler seit einiger Zeit Juden sind, wurden kommunale Fragen in der Regel nicht nach rassischen Gesichtspunkten entschieden; wie stark die latenten Gefühle sind, zeigte sich jedoch im vergangenen Jahr in dem erbitterten Streit, der ausbrach, als die "Unruhen" begannen und der Bürgermeister Mitglied des arabischen Oberausschusses wurde.

69. Auch im Geschäftsleben haben gemäßigt denkende Araber in ruhigen Zeiten mit Juden zusammengearbeitet. Die Mitglieder der Jerusalemer Handelskammer haben ein gewisses Maß an Zusammenarbeit aufrechterhalten, aber arabische und jüdische Zitrusbauern sind getrennt organisiert und haben es nicht oft geschafft, ihre gegensätzlichen Interessen in Einklang zu bringen. Und natürlich gab es einen beträchtlichen kommerziellen, wenn auch wenig sozialen Austausch zwischen den einzelnen Personen. Sogar der 1929 entstandene Bruch zwischen Tel Aviv und Jaffa wurde überwunden; und vor den Unruhen des letzten Jahres kauften viele Araber aus Jaffa, insbesondere Frauen der Oberschicht, in Tel Aviv ein.

70. Das ist keineswegs eine unbedeutender Erfahrung, zu dem jedoch zwei Bemerkungen gemacht werden müssen.

Erstens hat sich die arabische "Mäßigung" nie auf die höhere Ebene der Politik erstreckt. Die Bereitschaft, mit Juden in der Stadtverwaltung zusammenzuarbeiten, ist leider überhaupt kein Beweis für die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf nationaler Ebene: und arabische Ratsmitglieder, die sich mit Juden über die Verbesserung der städtischen Wasserversorgung oder die Regulierung eines Marktes oder die Anlage eines Parks einigen können, können sich mit ihnen nicht über die Einwanderungsrate oder den Landerwerb oder die Verfassung eines Legislativrats einigen. Es sei daran

erinnert, dass praktisch alle arabischen Bürgermeister an dem nationalistischen Treffen in Jaffa teilnahmen, das dem Ausbruch des Jahres 1933 vorausging.* Und natürlich haben die gemäßigten unter den arabischen Politikern in wichtigen nationalen Fragen immer gemeinsame Sache mit den Extremisten gemacht.

* Siehe Seite 75.

71. Zweitens war der Wille zur Zusammenarbeit noch nie stark genug, um eine Krise zu überstehen. Wenn die Rassengefühle aufkamen, wenn ein Ausbruch drohte, dann, wenn überhaupt, war es für die Gemäßigten an der Zeit, sich an das Prinzip der Zusammenarbeit zu klammern, nach einer gemeinsamen Basis zu suchen, ihren ganzen Einfluss einzusetzen, um den Sturm abzuwenden. Aber in der Öffentlichkeit jedenfalls waren sie, was auch immer im Privaten geschehen sein mag, nie stark genug, um die Linie des Kompromisses und der Versöhnung einzuschlagen. Und in jedem Fall wurden natürlich die Fäden der Zusammenarbeit durch den Ausbruch selbst zerrissen und nur langsam und teilweise wieder zusammengefügt, als er vorbei war. Gegenwärtig halten sich die beiden Völker, von wenigen Ausnahmen abgesehen, strikt voneinander fern. Die Jerusalemer Stadtverwaltung als "gemischtes" Gremium ist praktisch handlungsunfähig. Es wurde eine eigene arabische Handelskammer eingerichtet. Jaffa und Tel Aviv befinden sich erneut in einem offenen Krieg, der durch den Bau einer neuen Anlegestelle in Tel Aviv, der durch die Einstellung der Arbeiten am Hafen von Jaffa im letzten Jahr notwendig wurde, noch verschärft wurde. Die Araber kaufen kaum noch in jüdischen Geschäften ein, und der gesellschaftliche Verkehr ist praktisch zum Erliegen gekommen. In Galiläa ist dies von besonderer Bedeutung. Vor 1929 jedenfalls waren die Beziehungen zwischen den Arabern in Galiläa und den alteingesessenen arabischsprachigen Juden nicht unfreundlich. Jetzt gibt es ernsthafte Spannungen in Tiberias, und die Juden von Safad sind in eine Art Ghetto abgesondert.

72. Ein weiterer Grund, der den Versuch, eine Einigung auf der Grundlage der gemäßigten arabischen Meinung zu erzielen, in Frage stellt, ist die Schwierigkeit, jemanden zu finden, der diese Meinung vertritt. Die gemäßigten Araber waren schon immer Nationalisten. Sie waren wie andere Araber dem Druck von Ereignissen und Einflüssen ausgesetzt, die, wie bereits erwähnt, ihren Nationalismus entfachten und verstärkten. Und wenn es für einen Araber, der stolz auf seine Rasse ist, noch nie leicht war, sich von seinen glühenderen Landsleuten abzugrenzen, so ist es jetzt schwieriger denn je - und zwar nicht nur oder sogar hauptsächlich, weil es gefährlicher ist.

73. Unser letzter Grund ergibt sich aus der Erfahrung. Wie wir bei der Erörterung der Situation im Jahre 1925 dargelegt haben, hat in einem Kampf um nationale Unabhängigkeit gewöhnlich der Extremist die Führung behalten, der Gemäßigte hat selten gezählt. Wir sehen keinen Grund, warum sich die Geschichte des Nationalismus in Irland, Indien, Ägypten - um nur Länder zu nennen, mit denen Großbritannien zu tun hatte - in Palästina nicht wiederholen sollte.

74. Aus diesen Gründen sind wir widerstrebend davon überzeugt, dass ein gemäßigter arabischer Nationalismus keine Aussicht auf eine dauerhafte Lösung bieten kann. Bei jeder Krise in der Vergangenheit hat man diese Hoffnung gehegt. In jedem Fall hat sie sich als illusorisch erwiesen.

75. Wenn die Meinungen, die wir in den vorangegangenen Abschnitten dargelegt haben, wohlbegründet sind, ist es klar, dass die von der Jewish Agency und der *Va'ad Leumi* empfohlene Politik Palästina keinen Frieden bringen wird. Wir haben keinen Zweifel daran, dass ihre Durchführung von der ganzen Kraft des arabischen Nationalismus bekämpft werden würde, sei es in einem allgemeinen Ausbruch oder in wiederkehrenden "Unruhen". Denn es würde den Zustrom der maximalen Anzahl von Juden bedeuten, für die das Nationale Heim und seine Unterstützer in Übersee Arbeit finden oder schaffen könnten. Es würde eine jüdische Bevölkerung bedeuten, die, wenn alles gut geht, stetig in Richtung einer Mehrheit über die arabische Bevölkerung ansteigt, mit der Aussicht, dass dies die endgültige jüdische Kontrolle über das ganze Land bedeutet. Die Araber wären daher gezwungen, diesen Prozess als die allmähliche Umwandlung Palästinas in einen jüdischen Staat zu betrachten.

76. Es ist uns manchmal in den Sinn gekommen, dass diese Umwandlung ein für alle Mal als kriegerischer Akt hätte vollzogen werden können. *Realpolitisch* gesehen hatten die Briten das Land von den Türken erobert und waren berechtigt, damit zu machen, was sie wollten. Wäre jeder arabische Beitrag zum Sieg ignoriert und jede Zusage an sie beiseite geschoben worden, und wäre die neue Grenze sofort gezogen und der neue jüdische Staat sofort gegründet worden, hätten die Araber vielleicht schon längst eingewilligt. Aber es ist viel schwieriger, sich die Umwandlung Palästinas in einen jüdischen Staat unter den gegenwärtigen Umständen sozusagen als einen Akt des Friedens vorzustellen. Es stimmt, dass die jüdische Einwanderung durch feierliche internationale Abkommen nicht nur sanktioniert, sondern sogar gefordert wird. Es stimmt, dass die Juden Palästina "mit Recht und nicht mit Duldung" betreten. Dennoch betrachten die Araber ihren Einzug, der von Zeit zu Zeit gegen ihren Widerstand mit Gewalt durchgesetzt wird, als eine Art Invasion und den Prozess, durch den sie allmählich die Mehrheit im Lande erlangen, als eine Art schleichende Eroberung.

77. Aber auch wenn uns der arabische Widerstand gegen die von der Jewish Agency und der *Va'ad Leumi* empfohlene Politik unvermeidlich erscheint, meinen wir nicht, dass er gewaltig sein wird. Es wäre lächerlich anzunehmen, dass es jenseits der Möglichkeiten der Regierung Eurer Majestät liegt, mit einer Rebellion von so kleinem Ausmaß und so schlecht ausgerüstet für eine moderne Kriegsführung umzugehen. Wir sind jedoch der Meinung, dass die britische Öffentlichkeit davon überzeugt werden muss, dass es kein anderes Mittel gibt, um der Gerechtigkeit in Palästina Genüge zu tun, bevor sie sich zu einer Unterdrückung entschließt. Und wir gehen noch weiter. Wir wagen die Vermutung, dass die jüdische Öffentlichkeit in der ganzen Welt, wenn sie so klar wie wir erkennen könnte, dass die von ihren Wortführern befürwortete Politik die wiederholte Anwendung von Gewalt mit sich bringt, ebenfalls zögern würde, auf ihre

Annahme zu drängen, es sei denn, es gäbe nachweislich keinen anderen Weg, durch den ihre Bestrebungen angemessen befriedigt werden können. Die Instrumente der Gewalt, es ist wahr, die Soldaten und Flugzeuge, die Bomben und Maschinengewehre, sind britisch: sie müssen britisch sein, denn die Regierung Ihrer Majestät kann nicht beiseite stehen und die Juden und Araber ihren Streit ausfechten lassen. Aber das verschleiert nicht vor den jüdischen Augen die harte Realität der Unterdrückung; und wenn man zeigen könnte, dass eine vernünftige Chance besteht, das Problem mit anderen Mitteln zu lösen, glauben wir, dass der Geist des Zionismus, so wie wir ihn verstehen, sich gegen die Anwendung von Gewalt auflehnen würde, und zwar umso stärker, als sie nicht seine eigene ist.

78. Für uns ist daher klar, dass weder die arabischen noch die jüdischen Vorschläge, so wie sie uns offiziell vorgelegt wurden, eine Grundlage für eine friedliche oder dauerhafte Lösung bieten. Wir haben daher versucht, mit Hilfe all jener Zeugen, die eine gemäßigte Linie vertraten, einen Mittelweg zu finden. Wir haben eingehend geprüft, was in einem Bereich nach dem anderen in Ausführung des Mandats getan werden könnte, um die Aussichten auf Frieden zu verbessern. Im anschließenden zweiten Teil dieses Berichts haben wir die Ergebnisse dieser Untersuchung festgehalten.

Übersetzung: DeepL, Überprüfung: Peter Voß